A 20111 F

SOPO

Wissenschaft und Ideologie

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 · Postfach 410 269
Dezember 1974

31

SOZIALISTISCHE POLITIK

6. Jahrgang | Nr. 31 | Dezember 1974

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, 1 Berlin 41, Postfach 410 269
Tel. 030/851 11 13
(ISSN 0005 - 9374)

Herausgegeben von Hella Stern (verantwortlich auch für Anzeigen).
Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift.
Postscheckkonto Berlin West 620 10-107.
Satz, Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH Westberlin.
Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit der Redaktion möglich.

Jährlich erscheinen insgesamt 4 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 6,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 5,– inclusive Porto. Das Jahresabonnement (4 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–. Diese Angaben gelten ab Heft 28/1974, für die vorhergehenden Hefte bitte beim Verlag Auskunft einholen.

Redaktionelle Notiz
Seite 1

Fragen der Dialektik
Materialien vom X. Hegel-Kongreß in Moskau
Seite 3

Ursula Koch
Zum Ideologiegehalt soziologischer Forschungsmethoden
Seite 33

Bernd P. Löwe
Theoretische Grundlagen des Antikommunismus
Seite 61

Rolf Famulla
Publizistikwissenschaft oder materialistische Medienwissenschaft
Seite 79

Rezensionen
Beyer: Zwischen Phänomenologie und Logik
Seite 91
Oisermann: Probleme der Philosophie und der Philosophiegeschichte
Seite 95
Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates / Steffen: Strukturelle Revolution
Seite 99

Zu den Autoren
Seite 112

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegen bei Prospekte des Pahl-Rugenstein Verlages sowie eine Bestellkarte der SOPO

Das vorliegende Heft knüpft an das Rahmenthema „Ideologischer Kampf" in SOPO 30 an: Waren dort Analysen zentraler und aktueller Bewegungsformen antikommunistischer Ideologie und ihrer Bekämpfung auf verschiedenen Ebenen ihres theoretischen und politischen Ausdrucks versammelt, so werden hier vertiefende Schwerpunktsetzungen vorgenommen, die sich auf wesentliche philosophische und sozialwissenschaftliche Diskussionsbestände konzentrieren.

So wurde Ende August in Moskau von der Internationalen Hegel-Gesellschaft unter dem Zentralthema Dialektik der X. Internationale Hegel-Kongreß veranstaltet. Dabei hat die philosophische Diskussion selten eine derartige Publizität erfahren, besonders in bürgerlichen Massenmedien. In umfassender Weise haben sie versucht, idealistische, auf dem Kongreß vorgetragene Positionen, als tragende Konzeptionen zur Geltung zu bringen. Die philosophische Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. In immer stärkerem Maße wenden sich Wissenschaftler aus kapitalistischen Ländern nicht-idealistischer und materialistischer Theorie zu. In Moskau wurde deutlich, daß die materialistische Philosophie der wahre Sachwalter des philosophischen und damit Hegelschen Erbes ist.

Einen wesentlichen Aspekt in der sozialwissenschaftlichen Diskussion greift Ursula Koch auf. In ihrem Beitrag wird untersucht, ob soziologische Forschungsinstrumente als willenlose ‚Handwerkzeuge' der Soziologen prinzipiell unter allen gesellschaftlichen Bedingungen einsetzbar sind, oder ob sie mit Merkmalen ihrer Abstammung aus kapitalistischen Ländern so stark behaftet sind, daß sie unter sozialistischen Produktionsverhältnissen nicht unverändert angewandt werden können. Die sozialwissenschaftlichen Methoden wurden unter dem Gesichtspunkt ihrer gesellschaftlichen und politischen Verankerung in den verschiedenen Phasen ihrer Anwendung analysiert; dabei werden einige Aspekte diskutiert, die grundlegende Unterschiede in ihrer Anwendung in der BRD und der DDR deutlich machen.

Bernd P. Löwes Arbeit, in der die Parallelitäten in den grundlegenden politikwissenschaftlichen Konzeptionen in den USA und der BRD analysiert werden, versteht sich als Diskussionsbeitrag, der ein weiteres Eindringen in die modernen – gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden – antikommunistischen Abwehrstrategien ermöglichen soll. Die exponierte Stellung von USA und BRD sowohl hinsichtlich ihrer entwickelten gesellschaftlichen Verhältnisse wie auch der ähnlichen konkret-historischen Aufgaben, die beide Staaten nach dem zweiten Weltkrieg zur Erhaltung des kapitalistischen Gesamtsystems zu erfüllen hatten, macht die Analyse ihrer Parallelitäten zu dem entscheidenden Ausgangspunkt der Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf philosophisch-theoretischem Gebiet überhaupt – einschließlich jener sozialwissenschaftlichen Theorien, die eine Erfassung der (kapitalistischen) Gesamtgesellschaft anstreben müssen, um eine effektivere Abwehr des historischen Prozesses der Überwindung des Kapitalismus zu ermöglichen.

Zentrale Probleme einer anderen sozialwissenschaftlichen Disziplin, der Publizistikwissenschaft, behandelt der Beitrag von Rolf Famulla. Ausgehend vom Diskussionsstand der bür-

gerlichen Publizistikwissenschaft über ihre wissenschaftstheoretischen Grundlagen und gesellschaftlichen Funktionszusammenhänge, prüft er einige neuere Versuche, den Gegenstandsbereich der Publizistikwissenschaft materialistisch zu fundieren. Vor diesem Horizont entwickelt er Ansätze zur Konstituierung einer materialistischen Medienwissenschaft; die Ausführungen zur Gegenstandsbestimmung, zur Standortbestimmung der Medienwissenschaft im System der Fachwissenschaften und zur Methodologie, verstehen sich dabei als Thesen zur Diskussion.

Fragen der Dialektik

Materialien vom X. Hegel-Kongreß in Moskau

Vom 26. bis 30. August 1974 fand in Moskau der X. Internationale Hegel-Kongreß statt, ausgerichtet von der Internationalen Hegel-Gesellschaft (Präsident W.R. Beyer) und der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Es gehört zur Verfahrensweise der Internationalen Hegel-Gesellschaft ihren alle zwei Jahre stattfindenden Kongreß alternierend in einem sozialistischen und nicht-sozialistischen resp. kapitalistischen Land abzuhalten. Insofern entsprach die Wahl Moskaus dem Usus der Gesellschaft, war sie 'normal'. Die Resonanz allerdings auf den in Moskau durchgeführten Hegel-Kongreß ging über den üblichen Kongreß-Rahmen hinaus. Dies drückte sich aus in der überaus großen Zahl von Teilnehmern (ca. 700) und Referenten (ca. 220) aus 36 verschiedenen Ländern und einer durchweg breiten Kommentierung durch die Massenmedien.

Daß die sowjetischen Publikationsorgane in systematischer Weise den Kongreß würdigen und schildern würden, war von Kennern und Freunden der Sowjetunion nicht anders erwartet worden. Ihr Verhältnis zu Hegel ist eindeutig und nicht zwiespältig bestimmt. Sie weiß sich in der Tradition und als Verwirklicher der positivsten Momente der Hegelschen Philosophie, insbesondere ihres wichtigsten Kerns: der Dialektik. Lenin charakterisierte die Hegelsche Philosophie als auf den Kopf gestellten Materialismus (Werke 38, 94) und sah die Notwendigkeit der Bewahrung und Weiterentwicklung des Hegelschen wie Marxschen Werks in der *dialektischen* Bearbeitung der Geschichte des menschlichen Denkens, der Wissenschaft und der Technik. (Werke 38, 137) Historisch erwies sich augenscheinlich die Sowjetunion, die schon in ihrer Gründung durch historisches und dialektisch-materialistisches Denken bestimmt ist, als vorzüglich ausgewiesener Ort, das Zentralthema Dialektik zu diskutieren. Die sowjetischen Philosophen selbst dokumentierten in unübersehbarer Weise den hohen Stand und Differenziertheitsgrad der theoretischen Diskussion in der SU über die Spezifikation der Dialektik in unterschiedlichen Gegenstandsbereichen. Besonders Bogomolov, Kedrov, Lektorski, Narski, Oiserman seien hier genannt. Neben den philosophischen Repräsentanten der SU spiegelte sich in den Beiträgen der Theoretiker aus der CSSR (Ruml, Zeleny) und DDR (Buhr, Hörz, Kosing, Kröber, Kumpf, Ley, Löwe, Camilla Warnke und Vera Wrona) das entwickelte Niveau philosophischer Reflexion in sozialistischen Ländern wider. In welchem Maße eine entfaltete materialistische Philosophie Ausdruck einer starken Arbeiterbewegung sein kann, wurde für kapitalistische Staaten am Auftreten der Vertreter Frankreichs: Althusser, Besse und Seve deutlich. Auch in der BRD und Westberlin hat sich trotz mannigfacher staatlicher Repression bis hin zu den derzeit praktizierten illegalen Berufsverboten die materialistische Betrachtung der Philosophiegeschichte nicht unterdrücken lassen. An der Stellung zu Hegel mißt sich die Stellung zu Marx. Eine entschieden materialistische Position nahmen unter unterschiedlichen Thematisierungen für die BRD Heiseler, Sandkühler, Steigerwald, Otte und de la Vega ein, als Philosophen aus Westberlin Arnaszus, Heidtmann und Tripp. Die Vertretung der marxistischen Philosophie blieb also nicht auf die sozialistischen Staaten beschränkt, obgleich diese naturgemäß die profundesten und subtilsten Sachkenner stell-

ten, die gegenüber westlichen Marxisten in der schöpferischen Anwendung und Fortentwicklung des Marxismus bereits einen großen Schritt nach vorn getan haben, während diese – durch die Umstände bedingt – sich z.T. noch in der Phase der Rezeption der umfassenden marxistischen philosophischen Diskussion befinden. Auf dem Moskauer Hegel-Kongreß wurden gerade auch diejenigen Kräfte deutlich, gegen die eine fortschrittliche Bewahrung des Hegelschen Erbes in Geltung zu bringen ist, Kräfte, die z.T. von explizit rechtshegelianischen Positionen aus argumentieren und die in der BRD teils seit jeher großen Einfluß auf Wissenschaftspolitik, Lehrstuhlbesetzung und Nachwuchsförderung besitzen, oder teils als Vertreter der hermeneutischen Schule einer angeblich wertfreien Hegelrezeption das Wort reden, vollzogen im 'herrschaftsfreien' Dialog. Auf ihre Repräsentanten Lübbe, Becker und Henrich wird noch in gesonderter Form einzugehen sein. Es manifestiert sich durch sie eine Philosophie, die ein Staat duldet, fördert und unterstützt, in dem die vielen durch wenige von der Mitbestimmung an den Produktionsmitteln und an der Verfügung über die Produkte ausgeschlossen sind. Daß gerade auch sie in Moskau zu Wort kamen, exemplifiziert ein weiteres Mal die außerordentliche Diskussionsbereitschaft der sowjetischen Gastgeber wie der Internationalen Hegel-Gesellschaft, denn nur im Meinungsstreit – und nur in ihm – bewährt sich die Relevanz, Weite und der Grad der Präzision einer Theorie, nur in ihm entwickelt sich eine Theorie weiter.

Diese Moskauer 'Situation' wurde von allen aktiven Teilnehmern des Kongresses ausnahmslos anerkannt, von Prof. Lübbe (Zürich), Mitglied des Bundes 'Freiheit der Wissenschaft' in einem sowjetischen Fernsehinterview ausdrücklich erwähnt. Dies trug ihm in der ARD-Berichterstattung den Vorwurf ein, auch (!) er habe sich vereinnahmen lassen. Das jahrelang von Regierung und Massenmedien verzeichnete Bild der Sowjetunion konnte von keinem Teilnehmer auch nur im Ansatz bestätigt werden. Moskau erwies sich vielmehr als offenes Forum, das die bürgerliche Berichterstattung vor unlösbare Schwierigkeiten stellte, weil es dem konzipierten Feindbild nicht entsprach. Nahezu alle Darstellungen in der bürgerlichen Presse spiegeln diese Diskrepanz wider und sind somit der Ausdruck einer in die Defensive geratenen Ideologie. Insofern kann der Moskauer Kongreß als ein Markstein in der Auseinandersetzung zwischen Materialismus und Idealismus bezeichnet werden, der deutlich macht, in wie starkem Maße die fortschrittliche Hegel-Rezeption immer stärker Rang und Anhang gewinnt, vor allem unter jüngeren Wissenschaftlern aus kapitalistischen Ländern, die einen Zusammenhang von Philosophie und Politik herstellen und sich für demokratische Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen einsetzen. Es sind vornehmlich diejenigen, die nicht länger gewillt sind, Philosophie abgelöst von gesellschaftlicher Praxis und damit Verantwortung zu begreifen. Die BRD- und Westberliner Presse hat versucht sie zu diffamieren oder totzuschweigen, um nicht in eine sachliche Diskussion eintreten zu müssen. Es ist gerade auch vornehmlich Aufgabe der Zeitschrift für Sozialistische Politik, diese Kräfte zu Wort kommen zu lassen, im Ansatz und Rahmen des Möglichen die Moskauer Diskussion einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und fortzuführen. Kein Bereich der sozialistischen Politik *kann auf eine Auseinandersetzung um Fragen der Dialektik verzichten* und hat deshalb gerade auch die theoretischen Voraussetzungen materialistischer Dialektik zu reflektieren. Im folgenden wird der Versuch unternommen, einen Überblick der Moskauer Diskussion vorzustellen. Auszüge aus einigen Originalreferaten schließen sich an. Eine vollständige Sammlung aller Referate wird im Frühjahr 1975 im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, erscheinen.

Marxens Bemerkung, 'daß alle Wissenschaft überflüssig wäre, wenn die Erscheinungsformen und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen' sei heute aktueller denn je. Diesen Kerngedanken wissenschaftlichen Erkennens und bewußter Alltagserfahrung rief *W.R. Beyer* in seiner Begrüßungsansprache in Erinnerung. Sie sollte als Aufforderung verstanden werden, sich der Hegel-Kritik von Marx, Engels und Lenin, dem jahrhundertlan-

gen ideologischen Kampf zwischen Idealismus und Materialismus in der Gegenwart, hier und jetzt, zu stellen und ihn fortzusetzen. Das besondere Interesse der marxistischen Wissenschaftler und Philosophen gelte dem, in Lenins Worten, materialistisch vom Kopf auf die Füße gestellten Hegel, dessen genialer Grundgedanke der universelle, allseitige lebendige Zusammenhang von allem mit allem und der Widerspiegelung dieses Zusammenhangs in den Begriffen der Menschen sei, sowie der Negativität als bewegendes und erzeugendes Prinzip der Dialektik überhaupt.

Den rationellen Kern der Dialektik im System der Hegelschen Gedankenentwicklung freizulegen und die Dialektik als Methode und Bewegungsgesetzmäßigkeit im historischen und dialektischen Materialismus zu begreifen, zu begründen und weiterzuentwickeln ist Anspruch und Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus - Leninismus. Diese Arbeit habe sich – nach Beyer – im Kampf gegen die bürgerliche Ideologie zu bewähren, die aus Angst vor der wirklichen Entwicklung der Gesellschaft und der Wissenschaften, entweder im Namen akademischer Textscholastik die Dialektik zum strittigen Sachverhalt zu stilisieren sich anstrengt oder sie in positivistischen Schattierungen als pseudo-wissenschaftlichen Kunstgriff kaltzustellen sich eingelassen hat.

P.M. Kedrow, bis vor kurzem Leiter der Akademie der Wissenschaften in Moskau, referierte in der Eröffnungssitzung über die historischen Schicksale der Hegelschen Dialektik und zeigte in der Einordnung von Marx in die Umwälzung der Wissenschaften vom 16. bis 19. Jahrhundert den revolutionären Charakter des Zusammenbruchs des Glaubens an ein unveränderliches Wesen der Dinge in Gesellschaft und Natur. Die beiden Haupttypen der Erkenntnisbewegung, die in diesem Prozess zur Entfaltung gekommen sind, lassen sich, nach Kedrow, in der Form dialektisch-logischer Gesetzmäßigkeiten zusammenfassen: vom Schein zum wirklichen Wesen und von der Unveränderlichkeit der Dinge zu ihrer Entwicklung. Erst im sozialgeschichtlichen Zusammenhang dieser epochemachenden Ereignisse sind Widerspruch und dialektische Negation als die Kernstücke der Hegelschen Entwicklungsauffassung und des historischen Fortschrittgedankens voll zu verstehen.

Lenins prägnante Kurzformel 'Dialektik als die Algebra der Revolution' legte *M. Buhr* (Berlin/DDR) seinem Eröffnungsvortrag über die Kraft der materialistischen Dialektik zugrunde. Er verwies auf Hegels rationale Einsicht, daß das Eigentum der Realisierung der Vernunft in der bürgerlichen Gesellschaft entgegenstehe, wie wohl die Hegelsche Philosophie in den Schranken ihrer Zeit sich zum absoluten Versöhnungsgedanken verflüchtigt habe. Mit der Kategorie des Widerspruchs fände das Proletariat Eingang in die Philosophie und umgekehrt habe die Arbeiterklasse aufgrund der materialistischen Einsicht in die gesetzmäßige Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung die historische Funktion übernommen, diese Philosophie zu revolutionärer Wirklichkeit zu bringen.

Von dem geistigen Reichtum und der lebendigen Aktualität des Hegelschen Denkens legten namhafte Wissenschaftler aus der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Ländern beredtes Zeugnis ab. Mit aufmerksamem Interesse wurden die sowjetischen Beiträge verfolgt, die Aufschluß über den wissenschaftlichen Stand der dialektisch-materialistischen Hegelforschung in der UdSSR gaben, die einerseits sich durch umfassende Kenntnisse des bürgerlichen Hegelianismus auszeichnet und andererseits zum Problem der dialektischen Logik fortgeschrittene Forschungsarbeiten vorzuweisen hat.

Zu welcher präzisen Detailarbeit die materialistische Lektüre Hegels führt, stellten die Überlegungen von *A.F. Bogomolow* (Moskau) zum Begriff der Entwicklung, sowie *E.P. Sitkowski* (Moskau) zur Dialektik des Prozesses der Notwendigkeit und *W.A. Lektorskji* (Moskau) zur Dialektik von Objekt und Subjekt in Hegels Logik vor.

Eine gründliche Interpretation der Dialektik in den Enzyklopädischen Schriften Hegels legte *J.S. Narski* (Moskau) vor, in der er die spekulative Problemlösung der von objektiv

und subjektiv gnoseologischen Widersprüchen bewegte Verstandesdialektik darstellte. Marxens Analyse der Funktion des Widerspruchs im 'Kapital' setze eine historische Dimension frei, die als 'Inhaltlichkeit der Logik' in der dialektisch-materialistischen Erkenntnislogik die richtungsweisende Problemorientierung umfasse.

Von zentraler Bedeutung für das Verständnis des Aufbaus und des Systems der Hegelschen Logik ist nach *H. Ley* (Berlin/DDR) die Bewegungsstruktur ihrer Begriffswelt, deren eigentümlicher Charakter in der Flüssigkeit der Kategorien bestünde.

E.W. Iljenkow (Moskau) konzentrierte sich in seinem Vortrag auf das Problem des Verhältnisses von Sprache und Denken in der dialektischen Logik; *E. Albrecht* (Greifenswald/DDR) veranschaulichte den politischen Stellenwert der Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Sprachphilosophie am Beispiel der Semantik, ihre Funktion als Instrument des Antimarxismus.

In ihrem Referat 'Relativismus statt Dialektik' begründete *C. Warnke* (Berlin/DDR) den systematischen Geltungsanspruch des Gesetzbegriffs im dialektischen Materialismus. Mit dem Ziel der Kritik bürgerlicher Sozialtheorien entlarvte sie an Rombachs ontologischem Strukturalismus und an Luhmanns radikalisiertem Funktionalismus die ideologische Variante des phänomenologischen Subjektivismus in der BRD. Über die vielfältigen Lösungsversuche des Widerspruchproblems in der materialistischen Dialektik stellten die verschiedenen Beiträge von *J. Cerny, M.Soka* und *J. Zeleny* aus Prag, *W. Eichhorn* (Berlin/DDR) und *L. Erdei* (Budapest) einen Überblick her. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind die Bemerkungen von *F. Kumpf* (Berlin/DDR), der die in den sozialistischen Ländern kontroverse Diskussion um die Gegenstandsbestimmung der dialektischen und formalen Logik und ihr Verhältnis zueinander zusammenfaßte.

Politische Überlegungen zur Wissenschaftswissenschaft stellte *G. Kröber* (Berlin/DDR) an. In der Anwendung des Prinzips der 'Negation der Negation' auf die Wissenschaftsentwicklung unter dem Gesichtspunkt des Systemvergleichs der BRD und DDR widerlegte er schlüssig die Grundannahmen und Zielsetzungen der bürgerlichen Konvergenztheorie, die als evolutionistische Theorie den nivellierenden Charakter der geschichtsideologischen Grundkonzeption der 'Totalitarismus'-Theorie in der BRD restauriert hat.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es in der Diskussion über das Verhältnis von Naturdialektik und Gesellschaftsdialektik im historischen Materialismus. Die von Marxologen ins Feld geführten Differenzen zwischen Marx und Engels in der Auslegung der Naturdialektik wies *A. Kosing* (Berlin/DDR) in seinen Ausführungen als unhaltbare Konstruktion nach.

Hegels Bedeutung für die gegenwärtige Politische Philosophie und Rechtsphilosophie nahm auf dem Kongreß breiten Raum ein. Den Anlaß zu politischen Kontroversen gaben einzelne Beiträge, die Probleme der bürgerlichen Staats- und Verfassungslehre untersuchten. Die Analysen hielten den Wandel juristischer Kategorien fest, die als Erscheinungsformen ökonomischer Funktionen der Institutionen und des Staatsapparates den allmählichen Verfallprozess rechtsstaatlicher Legalität verschleierten.

So sprach *E. Rabofski* (Wien) über den im Arbeitsrecht verborgenen Klassenwiderspruch und exemplifizierte, wie sich die reale Durchsetzung materieller Privatinteressen von der normativen Kraft einer Rechtsordnung leiten läßt, die mit den grundlegendsten demokratischen Rechtsansprüchen in schärfstem Widerspruch geraten sei.

Ergänzende Beiträge zur Problematik gesellschafts- und rechtspolitischer Klassenkonflikte lieferten *P. Löwe* (Berlin/DDR) zur Dialektik des Politischen, *V. Wrona* (Berlin/DDR) über die Beziehung von Vernunft und Geschichte, und *J.H. von Heiseler* (Frankfurt/BRD) zum Verhältnis von Theorie und Geschichte.

In einem von unmittelbar politischen Erfahrungen geprägten Vortrag 'Neue Welt in Hegels Geschichtsphilosophie und die Dialektik der Ungleichzeitigkeit' gelang es *A. Klein* (Buenos Aires), die historische Situation des lateinamerikanischen Kontinents zu vergegenwärtigen. Als Verwalter des 'kapitalistischen Rationalismus' bewege sich der barbarische USA-Imperialismus Nordamerikas im Widerspruch zu den revolutionären Volksbewegungen Südamerikas, die sich befreiende Latinität begreife sich dagegen als die Verwirklichung geschichtlicher Vernunft.

Der sich vor allem in der BRD als die 'Erfolgsphilosophie' und 'Philosophie der Demokratie' profilierende Neopositivismus K.R. Poppers wie der sogenannte 'Kritische Rationalismus' H. Alberts waren Gegenstand kritischer Untersuchungen von *V. Ruml* (Prag), *A. Gedö* (Budapest) und *H. Arnaszus* (West-Berlin) .

Im Rahmen der Abendveranstaltungen initiierten und gestalteten Verteter der Zeitschriften *„Marxistische Blätter"* (Frankfurt) und *„Sozialistische Politik"* (West-Berlin) die Diskussion über Mitbestimmung und Integration, sowie über die Funktionsbestimmung der Philosophie in der bürgerlichen Ideologie.

In diesem Zusammenhang hob *R. Steigerwald* die politische Notwendigkeit der Kritik gegenwärtiger Sozialphilosophien und deren utopistischen und sozialreformistischen Gesellschaftsentwürfen hervor, wie sie derzeit in der bürgerlichen Soziologie vorherrschen, etwa die Systemtheorie Luhmanns in der Entwicklungspolitik Epplers oder der 'herrschaftsfreie Dialog' Habermas' in der Kulturpolitik Oerztens.

Ebenso der Hinweis auf das SPD-Lagzeitprogramm und Schmidts Regierungsentwurf, worin die Stückwerk-Technologie Poppers und Alberts als Legitimationsbasis eines pragmatischen Modells den objektiven Stellenwert für Handlungsstrategien sozial- und gesellschaftspolitischer Observanz gewonnen habe, verdeutlichte den wissenschaftspolitischen Verwertungszusammenhang der Sozialwissenschaften in Wirtschaft und Politik.

Die Beiträge der Vertreter des Marxismus-Leninismus und der fortschrittlich-demokratischen Wissenschaftler aus der BRD, West-Berlin und anderer nichtsozialistischen Länder fanden überhaupt breite Anerkennung. Galt unter ihnen das wissenschaftliche Interesse vorwiegend spezifischen Problemstellungen des dialektischen und historischen Materialismus, waren sie sich gerade der besonderen Bedingungen materialistischer Theoriebildung voll bewußt.

L. Seve (Paris) stellte die zentrale Frage nach der Dialektik des antagonistischen und nichtantagonistischen Widerspruchs in der historisch objektiven Gesetzmäßigkeit der Klassenkämpfe. Die relative Unschärfe des Unterschieds von Antagonismus und Widerspruch bei Marx und Lenin erfordere eine wesentliche Begriffsbestimmung der Kategorie des Antagonismus, die es zur Entwicklung einer allgemeingültigen Widerspruchstheorie zu erarbeiten gelte. Nach Seve ist mit der Marxschen Umkehrung der Hegelschen Dialektik unter dem materialistischen und revolutionären Gesichtspunkt die entscheidende Bruchstelle in der Kritik festgehalten, an der aufweisbar ist, wie und warum Hegel die Dialektik in ihrer spekulativen Form reiner Abstraktion bewußtlos mit der nichtantagonistischen Form des Widerspruchs identifizierte und in deren mystifiziertem Ausdruck die wesentliche Bewegungsstruktur aller Dialektik bestimmte.

R. de la Vega (Giessen) sprach über die Rolle des Linkshegelianismus für die marxistische Dialektik der 20er und 30er Jahre. Er zeigte, daß die Hegelianisierung des Marxismus nicht zuletzt als die historisch bedingte Gegenbewegung auf den sozialreformistischen Ökonomismus des sozialistischen Neukantianismus der II. Internationale zu verstehen ist, die durch die intellektuellen Kräfte der III. Internationale, Lukacs, Korsch, Revai und Deborin den Typus linksrevisionistischen und linksopportunistischen Denkens darstellt.

Die idealistisch-utopische Auffassung von gesellschaftlicher Praxis beruhe als politische Folge der Überwertung des subjektiven Faktors auf der mechanistischen Begründung der Spontanitätstheorien, die in letzter Zeit in der 'Ontologisierung' des gesellschaftlichen Seins eine aktuelle Auflage erfahren habe.

Von politischer Aktualität waren die Ausführungen von *R. Steigerwald* (Frankfurt/BRD) über den besonderen Typus von Dealektik im Maoismus. Auf der Grundlage A.M. Rumjanzews Quellenmaterial deckte der die mechanistische Widerspruchsdialektik komplementärer Erscheinungen in den Schriften Mao Tsetungs auf, die bereits in Bogdanows und später Bucharins Gleichgewichtstheorie Gestalt angenommen hatte.

Mit der Frage nach Marxens Einschätzung der Dialektik und der Funktion der Abstraktion bei Hegel und Kant beschäftigte sich *B. Heidtmann* (West-Berlin). Von der materialistischen Konzeption der Erkenntniskritik ausgehend, analysierte er für die Vorgeschichte der marxistischen Philosophie relevante Problemstellungen in der idealistischen Erkenntnismethode. Die Überwindung von deren Erkenntnisgrenzen und die Auflösung derWiderspruchsauffassung der sich in diesen Grenzen reflektierenden rationalistischen Vernunftkritik war, wie der Referent im einzelnen darlegte, allein mit der Herausbildung der materialistischen Theorie historischer Erkenntnis bei Marx möglich.

G.M. Tripp (West-Berlin) konzentrierte sich auf die zentrale Fragestellung der materialistischen Gnoseologie, auf das Verhältnis von Dialektik und Widerspiegelung in den Marxschen Schriften zur Hegelkritik. Die Kategorie der Widerspiegelung, die als Reflexionskategorie entscheidendes Unterscheidungsmerkmal von Marxscher und Hegelscher Philosophie zu begreifen sei, gewänne ihre historische Dimension in der Vermittlung von gegenständlicher und nichtgegenständlicher Tätigkeit, worin die Prozessualität der Genesis des Denkens sich materialistisch erfassen ließe.

In seinem Referat über das historische Prinzip der Leninschen dialektischen Logik stellte *H.J. Sandkühler* (Bremen) den durch Lenin streng gefaßten materialistischen Historismus als historische Widerspruchsdialektik heraus. Der wissenschaftliche Status jeder logischen Kategorienanalyse setze die differenzierte Verhältnisbestimmung von materialistischer Dialektik als Wissenschaft der Objektivität und dialektisch-materialistischer Gnoseologie in Form der Leninschen dialektischen Logik voraus. Sie prinzipiell gegen die Tendenzen des Erkenntnisrelativismus und des polit-ökonomischen Reduktionismus zu verteidigen, erfordere die praktisch-materialistische Aufhebung der revolutionären Qualität der Hegelschen Logik.

Guy Besse (Paris) sprach zu einigen Aspekten der Dialektik bei Rousseau. Die Einsicht in den Widerspruch zwischen Natur des Menschen und einer dieser Natur nicht adäquaten gesellschaftlichen Verfassung mündet bei Rousseau im Prinzip in eine Konzeption der Überwindung dieses Widerspruchs durch den realen Geschichtsprozeß selbst. Was bei Rousseau (Emile, Contrat Social) als sozialhistorischer Prozeß angelegt ist, wird von Hegel – von dem bekannt ist, daß er schon früh sich mit ‚Emile' beschäftigte – in seiner ‚Phänomenologie des Geistes' sozusagen in umgestülpter Form als Bewegung des Bewußtseins aufgenommen.

W. Schmied-Kowarzik (Kassel/BRD) setzte sich kritisch mit L. Althussers Thesen zum Verhältnis von idealistischer und materialistischer Dialektik bei Hegel und Marx auseinander. In der Konfrontation Althussers mit Hegel versuchte er nachzuweisen, daß gerade in der radikalen Trennung der Hegelschen von der marxistischen Dialektik bei Althusser ein heimlicher Hegelianismus sich verberge. Andererseits konstatierte er einen Positionswandel in Althussers neueren Versuchen, die Besonderheit der marxistischen Philosophie und das Verhältnis von philosophischer Theoriebildung und Klassenstandpunkt zu bestimmen.

Wie bei fortschrittlich-gesinnten Wissenschaftlern im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb die institutionell bedingte Verinnerlichung brüchig gewordener idealistischer Positionen eine wissenschaftliche Kompromißhaltung erzwingt, die heimlichen Dezisionismus birgt, demonstrierten *F. Fulda* und *M. Theunissen* aus Heidelberg. So reduzierte der erstere den Geltungsbereich der Dialektik als Methode auf die speziell im Marxschen ‚Kapital' ausgeführte Darstellungsweise. Das als phänomenologisches Verfahren bezeichnete Darstellungsunternehmen beschreibe die Marxsche ‚Katastrophentheorie' in der ihr eigentümlichen Darstellungsform, deren Erfahrungs- und Wirklichkeitsgehalt von rein begrifflicher Natur sei.

Auf die Habermassche Auffassung der Widerspruchslogik als Logik von Geltungsansprüchen Bezug nehmend, faßte M. Theunissen in seinen Erörterungen über die dialektische Widerspruchstheorie den Hegelschen Widerspruch als Indiz einer ‚Krise der Macht', der in seiner Auflösung durch die machtübergreifende Vernunft des machthabenden Begriffs die ‚Dialogik gegenseitiger Anerkennung' konstituiere. Das Resultat der Auslegung der ‚Kritik der politischen Ökonomie' war folgerichtig eine auf Begriffslogik verkürzte Reflexionsdialektik des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, die – so Theunissen – als ‚hegelianisierende Theorie der realhistorischen Genese des Kapitals im Totalitätsmodell' keinen logisch-systematischen Ort zuzuweisen fähig sei. Die in antizipierender Absicht erheischte ‚geschichtstheoretische Perspektive' beruhe auf dem bei Marx zum wesentlichen Gegensatz zugespitzten Widerspruch, der noch nicht gesetzt sei; durch die ‚Kollision', die Machtergreifung der Arbeiterklasse, erst gesetzt werden könnte.

Die von der bürgerlichen Kathederphilosophie getragene Stoßrichtung des ‚Professoren-Idealismus' besteht nach wie vor in dem Versuch, die Hegelsche Dialektik zu enthistorisieren: sie losgelöst von jeder geschichtlichen Determinierung erklären zu wollen, oder sie als vorwissenschaftliche residuale Denkfigur zu eliminieren.

Gegen den im Namen des Antidogmatismus auftretenden Universalitätsanspruch der philosophischen Hermeneutik von *R. Bubner* (Frankfurt/BRD) und anderen Vertretern aus der BRD wurde geltend gemacht, daß es sich mit dem ‚kritischen Reflexionswissen' der Hermeneutik dem Wesen nach um eine solipsistische Abwandlung des transzendental-philosophischen Subjektivismus handele.

D. Henrich (Heidelberg), Präsident der Hegel-Vereinigung, führte vor, wie Hegels Dialektik zu einer methodischen Grundoperation neutralisiert und als Negationsform in subtiler Sprachmodellierung in ein bedeutungsidentifikatorisches ‚Konglomerat' verwandelt werden kann, dessen ‚eigentlicher Sinn' einer semiotischen Bestimmung der Begriffsordnung bedürfe. Entgegen Hegels Selbstinterpretation, läge in Hegels Theorieprogramm und logischem Konstruktionsverfahren die Besonderheit in der ‚Konfundierung' von ontologisierten Aussageformen und eigentümlichen Formen selbstbezüglicher Negation vor, die – nach Henrich – allein schon die Unhaltbarkeit erkennen ließe, irgendwelche Gesetze der Dialektik herzuleiten oder der Vernunft Objektivitätsanspruch zuzusprechen. Hier wird vorgegeben, Dialektik diesseits von idealistischen und materialistischen Konzeptionen zu verorten.

Mit *H. Lübbe* (Zürich) und *W. Becker* (Frankfurt/BRD) waren führende bürgerliche Ideologen und Mitglieder des Bundes „Freiheit der Wissenschaft" beim Kongreß anwesend. Dem national-liberalen Erbe des rechten Sozialdemokratismus verpflichtet, vertreten sie den politischen Pragmatismus als die technokratische Variante des in der BRD aufkommenden Neokonservatismus, der im radikalen Antihegelianismus den konsequenten ideologischen Ausdruck fand. Lübbe wußte denn in seinem Referat über Begriffsgeschichte als dialektischen Prozeß in der Dialektik Hegels, gemessen an der transzendentalen Dialektik des Scheins bei Kant, nur mehr eine ‚operativ-argumentative Konstruktion' zu erkennen. In

der Marxschen Version sei sie als ein beliebig ‚transformierbarer Parameter' zu einer Leerformel deformiert worden, deren ideologisiertes Erkenntnisinteresse einzig im begriffsgeschichtlichen Zugang noch wissenschaftlich faßbar werde.

Die totale Demontage der dialektischen Methode nahm sich Becker vor. Hegels Lehre vom Widerspruch und der dialektischen Negation wie auch Marxens Arbeitswertlehre ‚überführte' er schlicht der prinzipiellen Irrationalität der Weltanschauung. Deren mystische Begriffsdialektik rekurriere auf eine subjektivistische Entscheidungslogik bar jeder Erfahrungsbasis und strenger wissenschaftlicher Überprüfbarkeit, während die Dialektik als Methode, auf der kategorialen Verwechselung von Prognose und Bewertung beruhend, sich kraft unkontrollierbarer Identifikation geschichtsphilosophische Aussagen erschleiche.

Die diesen Thesen anhaftenden unverkennbaren Grundzüge des Eklektizismus neopositivistischen Denkens verrieten das dezidierte Ziel bürgerlicher Philosophen, den professionellen Antimarxismus als wesentliches Element des gegenwärtigen Antikommunismus zu stabilisieren.

Auf der anderen Seite bestätigten *I. Soll* (Madison) und *W. Kaufmann* (Princeton), Vertreter der in den USA vorherrschenden sprachanalytisch-orientierten Philosophie, daß die der Hegelschen Philosophie zugrundeliegende geschichtliche Erfahrungssubstanz und das ihr innewohnende Prinzip der Entwicklung gesellschaftlicher Widersprüche sich dem Verständnis der analytischen Wissenschaftstheorie und der angelsächsischen Sprachphilosophie entziehen.

Der Kongreß behandelte ebenfalls Fragen der Dialektik in der Ästhetik und der Kultur. Dabei wurden gehaltvolle Referate zu Hegels Ästhetik vorgetragen, etwa von *I. Abrahamoviceva* (Bratislava) über Hegels Kritik der Romantik oder *M.F. Owsjannikow* (Moskau) über die Entwicklungsidee in Hegels System der Ästhetik. Andere Aspekte der Hegelschen Schriften beleuchtete *U. Apitsch* (Frankfurt/BRD), die das von Hegel bei der Ausarbeitung seiner Ästhetik erforschte literarische Material zusammenzufassen suchte. Aktuelle Probleme kultureller Dialektik erörterten *M. Maren-Grisebach* (Hamburg) und *V. Gransow* (West-Berlin). Maren-Grisebach wandte sich in ihrem Vortrag über die Weiterentwicklung der Form-Inhalt-Dialektik für die Literatur sowohl gegen ‚inhaltistische' als auch gegen formalistische Tendenzen. Gransow entwickelte einen dialektischen Kulturbegriff, der Kultur nicht als ‚Bereich', sondern als eine Seite des gesellschaftlichen Lebens versteht; damit stellten sich nach Gransows Auffassung neue Forderungen an die demokratische und sozialistische Kulturpolitik.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Ausführungen *T.I. Oisermanns* (Moskau) auf der abschließenden Plenarsitzung zum Verhältnis von Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie. Sie knüpften gewissermaßen an Kedrows Referat auf der Eröffnungssitzung an. Oisermann betonte, daß mit Hegel, gegen Kant, das Verständnis der Historizität der Kategorien der Logik in Form der Universalisierung des Denkens zur Substanz alles Bestehenden beginnt und zeigte auf, wie Marx im ‚Kapital' auf der Grundlage des Prinzips der Einheit von Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie die ökonomischen Kategorien als Ausdruck der Kritik historischer Erkenntnis begriff. Die (philosophischen) Kategorien, die, im Gegensatz zu den (wissenschaftlichen) Begriffen, in keiner direkten Beziehung zu empirischen Fakten stünden, seien letztlich als Sublimate des gesamten historischen Entwicklungsprozesses menschlicher Erkenntnis zu begreifen: Logik als Verallgemeinerung der menschlichen Erkenntnisdialektik.

In einem abschließenden Referat über die Dialektik der Entwicklung des jungen Marx nahm *L. Althusser* (Paris) Stellung zu der auf dem Kongreß zentralen Auseinandersetzung um die Marxsche Hegel-Kritik. Die innere Einheit des Verhältnisses von politischen, theo-

retisch-philosophischen und wissenschaftlichen Momenten in Marxens Entwicklung vom bürgerlich-radikalen Liberalismus zum wissenschaftlichen Kommunismus – mit dem dramatischen Knotenpunkt der Pariser Manuskripte – verdeutliche exemplarisch den geschichtlichen Prozeß der Entstehung der materialistischen Geschichtswissenschaft und der Vereinigung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der revolutionären Arbeiterbewegung. Marxens theoretischer Standpunktwechsel im Erfahrungsprozeß seiner politischen Praxis war konstitutiv für die ‚Abrechnung mit seinem ehemaligen philosophischen Gewissen' und Voraussetzung seiner revolutionären wissenschaftlichen Leistung. Das Prinzip materialistischer Dialektik unterscheide sich – nach Althusser – dem Wesen nach radikal von dem ideologischen Prinzip der analytisch-teleologischen Methode Hegels und habe erst als deren gerades Gegenteil revolutionär wirksam werden können.

Auf der Mitgliederversammlung der Internationalen Hegel-Gesellschaft wurde erneut W.R. Beyer zum 1. Vorsitzenden gewählt. Erwähnenswert dabei ist der wissenschaftliche Beirat, der neu gebildet wurde und dessen Mitglieder A. Klein (Argentinien), L. Séve (Frankreich), E. Chitas (Portugal), T.I. Oisermann (UdSSR), I. Soll (USA) und H.J. Sandkühler (BRD) sind.

Der nächste Kongreß wird 1976 in Porto (Portugal) stattfinden und sich dem Thema „Idee und Materie" widmen. Mit diesem Beschluß der Mitgliederversammlung hat die Hegel-Gesellschaft ihr Vertrauen in die demokratische Bewegung in Portugal bekundet.

Lucien Seve

Der Klassenkampf und die marxistische Umkehrung der Hegelschen Dialektik

„Die Mystifikation, welche die Dialektik in Hegels Händen erleidet, verhindert in keiner Weise, daß er ihre allgemeinen Bewegungsformen zuerst in umfassender und bewußter Weise dargestellt hat. Sie steht bei ihm auf dem Kopf. Man muß sie umstülpen, um den rationellen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken."

Hier im Nachwort zur zweiten deutschen Auflage des Kapitals (MEW Bd. 23, Berlin 1971, S. 27), findet die These von der materialistischen Umkehrung der idealistischen Dialektik Hegels und der Herausschälung ihres rationellen Kerns ihren klaren Ausdruck.

Wie man weiß, hat diese These stets von neuem – von Dühring bis Merleau-Ponty und Sartre über Bernstein und Sorel Einwand hervorgerufen: Wie kann die Dialektik von Hegel, d.h. eine Bewegung des Geistes, in der Materie vorhanden sein, wenn die Materie nicht selbst Ausdruck des Geistes ist? Wie kann ein Materialist den *Widerspruch* in die *Dinge* hineinlegen? Anders ausgedrückt: wie kann die materialistische Umkehrung einer idealistischen Dialektik nicht zur Verwerfung des gesamten Inhalts führen, sondern zur Herauslösung eines „rationellen Kerns", der derart seltsam von einer „mystischen" Deformation befreit – in einer neuen materialistischen Dialektik bewahrt werden soll.

Auf diesen Einwand haben die Marxisten bereits seit langem durch Marx und Engels selbst geantwortet, indem sie betonten, daß diese marxistische Umkehrung in Wirklichkeit eine Umkehrung der Umkehrung, ein „auf die Füße stellen" ist. Bei Hegel, dessen Werk immenses theoretisches Wissen und praktische Erfahrung widerspiegelt, ist die Dialektik gut und gerne Ausdruck der wirklichen Bewegung – und sie enthält von daher unbewußt einen rationellen, materialistischen Kern. Aber es ist ein ideologisch umgekehrter und verfälschter Ausdruck, der in seine ursprüngliche Bedeutung zurückgebracht werden und inhaltlich in eine wissenschaftliche Methode umgewandelt werden muß.

Aber diese Antwort wirft eine weitere schwierige Frage auf: ob sich die materialistische Umkehrung, anders ausgedrückt: die Konzeption der Dialektik als Widerspiegelung der realen Bewegung im Kopfe des Menschen, als *Aufgabe* die kritische Untersuchung der Hegelschen Dialektik stellt, wobei – das versteht sich von selbst – ein rationeller Kern herausgelöst und von einer mystischen Schale befreit werden könnte. Aber worin erweist sich diese Umkehrung als *ausreichend*, oder *hilft sie* jedenfalls diese Aufgabe konkret zu verwirklichen? Seien es z.B. die Kategorien Widerspruch, Aufhebung, Negation der Negation etc. Wodurch erlaubt uns die Tatsache einer Betrachtung unter der Perspektive der materialistischen Umkehrung, mit einem Male das herauszusondern, was an Rationellem (also Aufzubewahrendem) und das was an Mystischem (also zu Verwerfendem) oder an gleichzeitig Mystischem und Rationellem, also Aufzuarbeitendem (wie?) vorhanden ist?

Wenn die Begriffe der Umkehrung und des rationellen Kerns denkbar sein sollen auf der Grundlage einer materialistisch-historischen Konzeption der Genese der Hegelschen Dialektik zur marxistischen, kann man zustimmen. Aber es ist genau die durch Marx behauptete Natur der Verbindung dieser beiden Operationen, welche höchst rätselhaft erscheint, denn die erste beschränkt sich nicht darauf die zweite hervorzurufen, sondern sie bewirkt – *zumindest teilweise* – ihr Vordringen.

Wenn wir alle vorläufigen Hypothesen beiseite lassen und versuchen die Schwierigkeit aufzuheben, indem wir selbst das Protokoll der kritischen Revision des Inhalts Hegelscher Dialektik und der Ausarbeitung des Inhalts der neuen Dialektik studieren; d.h. wenn

wir solche Werke wie „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie", „Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844", „Die heilige Familie", „Die deutsche Ideologie", „Das Elend der Philosophie", das „Manifest" analysieren, sind wir von der zentralen Rolle beeindruckt die gewisse bestimmte Widersprüche in der Arbeit des Denkens bei Marx und Engels spielen – und einer insbesondere: der Widerspruch zwischen den Klassen, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, worüber das 16. Kapitel der „Heiligen Familie" einen ersten theoretischen, vollständigen Entwurf enthält, der im „Manifest" seine nunmehr klassische Formulierung findet: *Klassengegensatz.*

Was ist nun das Spezifische an dieser fundamentalen Widerspruchsbestimmung des Historischen Materialismus? In Kürze: es handelt sich um einen *unversöhnlichen* Widerspruch, bei dem die Entwicklung der einen Seite die Zerstörung der anderen Seite – der ursprünglich dominierenden – zur absoluten Bedingung hat; er läßt sich also auf keinen Fall in einer höheren Einheit wie dem Staat aufheben, der nach der Hegelschen Formulierung in der „Rechtsphilosophie" (§ 256) sein wahres Fundament sein soll; im Gegenteil, der „dritte Terminus", hier der Staat, ist konzentrierter Ausdruck des unversöhnlichen Charakters des Widerspruchs; seine alleinige „Lösung" besteht in der materiellen Zerstörung dieser Grundlagen durch eine wirkliche revolutionäre Tat, eine Lösung, die also keineswegs den spekulativen Übergang in eine andere Sphäre der Idee darstellt, sondern den wirklichen Übergang in eine andere Etappe der Geschichte, wo dieser Widerspruch weniger gelöst als abgeschafft ist.

Diesen von Grund auf nicht-Hegelianischen Typ von Widerspruch bezeichnen Marx und Engels, obgleich sie im Rahmen der Funktionalanalyse gemäß einer transformierten Logik die Kategorien offenbar von Hegel übernehmen, etwas indifferent mit den Ausdrücken „Gegensatz" und „Widerspruch", und der materielle Widerspruch durch die Reflexion im Kopf des Menschen begriffen wird. Von Zeit zu Zeit, z.B. im Brief von Marx an Annenkov im Dezember 1846 und im „Elend der Philosophie" wird als exakteres Synonym der französische Ausdruck *Antagonismus* gebraucht (mit dem später Engels Klassengegensatz zu Klassenantagonismus übersetzt). Dann wurde dieser Begriff, scheinbar völlig integriert, in *Antagonismus, antagonistisch* verdeutscht, z.B. im Vorwort der „Beiträge", in den Büchern I und IV des „Kapital" usw. Zusammengefaßt kann man sagen, daß im Zentrum des spezifisch marxistischen Denkens die Kategorie des Antagonismus steht, daß der antagonistische Widerspruch das zentrale Element des „rationellen Kerns" konstituiert, freigelegt durch die materialistische Umkehrung der Hegelschen Dialektik.

Robert Steigerwald

Welche Art von Philosophie entwickelt der Maoismus ?

Die maoistische Theorie der Dialektik

Die Maoisten selbst halten Maos Behandlung des Widerspruch-Problems für den Gipfel seiner Leistungen und folglich der marxistischen Philosophie. Konzentrieren wir uns also auf diese Frage.

Hätte Hegel nur darauf bestanden, daß der Kampf entgegengesetzter Elemente Quell alles Werdens sei, würde er das Niveau der heraklitischen Dialektik nie überschritten haben. *Daß* der Streit der Vater aller Dinge sei, war gewiß eine großartige Einsicht. Doch sie sagt uns noch nicht, *wie* aus dem Kampf gegensätzlicher Momente Neues hervorgeht. *Bleibt* es bei ewiger Spannung zwischen Position und Negation, so folgt daraus gerade *kein* Werden. *Wie* der Kampf der widerstreitenden Seiten in ein Neues, widerspruchsvolles Etwas „aufgelöst" wird, in solch Neues umschlägt, das folgt aus der Widerspruchs-These noch nicht. Gäbe es jedoch solche „Auflösung" nicht, fände auch kein Werden statt. Gibt es aber solches Fortschreiten durch Widersprüche, so ist dessen Gesetzmäßigkeit zu klären. Fehlt solche Gesetzmäßigkeit, geschieht der Umschlag von einer widerspruchsvollen Einheit in die andere also chaotisch, so folgt daraus, daß sich, aufs Ganze gesehen, solche Qualitäts-Umschläge gegenseitig annullieren, also keine Entwicklung stattfindet.

Dasselbe gilt, wenn es nur den *einfachen* Umschlag der einander widersprechenden Seiten gäbe. Das Ergebnis wäre ein einfacher Kreislauf. Einmal negierte die Position, dann wieder die Negation. Wenn die einander widersprechenden Momente nur im Verhältnis des absoluten Gegensatzes stünden, gäbe es bestenfalls solchen einfachen Umschlag, den Kreislauf. Die Negation träte an die Stelle der Position, und dann wieder geschähe das Gegenteil. Es gäbe keine Entwicklung. Alles das wäre Stillstand unter dem Schein von Bewegung.

Wir hätten es abermals mit dem gleichen Resultat zu tun, wenn die Elemente des Gegensatzes – wie etwa in der Dialektik des Cusanus – einfach konvergierten: Wenn sich der Widerspruch in Harmonie verflüchtigt, verschwindet die Triebkraft der Entwicklung, tritt Stillstand ein.

Hegels Dialektik übersteigt das skizzierte Niveau heraklitischen und cusanischen Denkens. Nichts gibt es, was nicht ebenso die Unmittelbarkeit enthält, als die Vermittlung, so daß sich diese beiden Bestimmungen als ungetrennt und untrennbar und jener Gegensatz sich als ein Nichtiges zeigt, schrieb er. (Hegel, Wissenschaft der Logik, 1928, S. 70 f.) Die Elemente des Widerspruchs sind nicht nur einander entgegengesetzt, sondern sie bedingen einander. Seine Momente sind miteinander so verknüpft, daß der eine Pol nicht ohne den anderen ist oder sein kann: Der Herr ist nur Herr in bezug auf den Knecht und umgekehrt. Kapitalismus gibt es nur dank der dieser Ordnung spezifischen Herr-und-Knecht-Beziehung. Die Pole des Widerspruchs sind also nicht verteilt auf einen bestimmten Sachverhalt einerseits und sein Anders-Sein andererseits, sondern sie wirken in allem Sein. Aus Heraklits: „Der Streit ist der Vater aller Dinge" wird: Jedes Ding, jede Erscheinung ist eine Einheit von Widersprüchen, bewegt sich vermöge dieser Einheit und des Kampfes der Widersprüche in seinem Innern. Der Kapitalismus entwickelt sich im Ergebnis des Kampfes der innerkapitalistischen Klassen und Schichten, vor allem des Kampfes von Bourgeoisie und Proletariat.

Gerade in der Theorie vom Widerspruch ist der Marxismus zutiefst Hegel verpflichtet. Wie aber stellt sich nun dieses Problem bei Mao dar? Um darüber Aufschluß zu erlangen, genügt es nicht, bei seinen allgemeinen Thesen stehen zu bleiben. Gerade dann, wenn man

Maos Erläuterungen solcher allgemeinen Thesen studiert, erkennt man, daß er weit zurückfällt nicht nur hinter die marxistisch-leninistische, sondern auch hinter die hegelianische Lösung des Widerspruchs-Problems. Hier offenbart sich, wie schädlich das bornierte Festhalten an der für ihre Zeit zwar großartigen, aber heute eben doch zurückgebliebenen, elementaren Dialektik feudaler chinesischer Denker ist.

Maos Widerspruchstheorie reduziert sich auf eine Lehre von komplementären Begriffen und ihren einfachen, kreisförmigen Umschlag. „An sich können die einander widersprechenden Seiten nicht isoliert voneinander existieren ... Ohne Leben tritt kein Tod ein, ohne Tod kein Leben. Ohne Oben kann man nicht von Unten, ohne Unten nicht von Oben sprechen. Ohne Unglück kann keine Rede von Glück und ohne Glück keine Rede von Unglück sein. Ohne Leicht gibt es kein Schwer, ohne Schwer kein Leicht." (Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 794, chin.) Ohne Pächter gibt es keine Grundbesitzer und umgekehrt. (Ebenda, Werke, Berlin 1957, Bd. 1, S. 389)

Ist es wirklich richtig, daß es ohne Unglück kein Glück gibt? Würde es dann nicht umso besser sein, je schlechter es zuginge? Ist diese „Dialektik" Maos nicht außerordentlich ähnlich der des Till Ulenspiegel, der, wenn er den Berg hinaufmarschiert, sich darüber freut, daß er hinterher den Berg wieder hinabmarschieren wird, und der sich folglich darüber ärgert, wenns bergab geht, weil er ja weiß, daß er anschließend wieder den Berg hinaufmarschieren muß?! Daß es keine Pächter ohne Grundbesitzer gibt, ist richtig, doch die Umkehrung ist ebenso falsch wie die analoge Ansicht, daß, weil zur Bourgeoisie das Proletariat gehöre, es auch umgekehrt so sei. Es ist eben nicht so, daß komplementäre Erscheinungen einander bedingen müssen. Die Ursache des Tages ist nicht die Nacht und umgekehrt. Seit langem weiß man, daß etwas nicht darum die Ursache von anderem nur deshalb ist, weil das andere auf das erste folgt und sich zu ihm im Verhältnis der Komplementarität befindet. Die Komplementarität von Oben und Unten kann im Gesellschaftlichen Quelle von Bewegung sein, im Geographischen wäre solch eine Vorstellung unsinnig. Leicht und schwer sind komplementär, sind sie aber auch dialektisch widersprechende Seiten im Sinne der Bewegungsursache ?

Maos Widerspruchstheorie erweist sich hier als oberflächlich, mechanistisch. Aus der Tatsache, daß Lebendes in Totes übergeht, folgt doch nicht die dialektische Identität beider. Leben ist ein Widerspruch entgegengesetzter Stoffwechselprozesse. Engels macht gerade darauf aufmerksam, daß Leben und Tod ein Gegensatz sind, dessen Grundlage das Aufhören dieses Stoffwechselprozesses ist. Nehmen wir Krieg und Frieden. Ist der Krieg die Ursache des Friedens oder umgekehrt, wie Mao meint: „Krieg wird zu Frieden ... Frieden wird zu Krieg ..."? (Ebenda, S. 796) Krieg und Frieden sind Beziehungen zwischen Klassen und Staaten antagonistischer Gesellschaftsordnungen. Was hier die Gesellschaft bewegt und auch Krieg und Frieden bedingt, das ist der antagonistische Klassengegensatz.

Maos oberflächliche, mechanistische Dialektik komplementärer Erscheinungen tritt auch darin zutage, daß er innerhalb einander widersprechender Momente das quantitativ stärkere Moment als dominierend ansieht. (Ebenda, S. 789 ff.) Der Marxismus geht jedoch ganz anders an diese Frage heran und sieht quantitative Stärke auf die Dauer gesehen als die Folge einer qualitativen Überlegenheit an. Die Arbeiterklasse ist der bestimmende Pol innerhalb des Kapitalismus nicht erst, seitdem sie quantitativ die stärkste Klasse geworden ist. Sie war dies schon zu dem Zeitpunkt, da Marx und Engels die „Heilige Familie" schrieben, (K. Marx/F. Engels: Werke, Bd. 2, S. 37 f.) als die Arbeiterklasse in der Gesamtbevölkerung noch eine kleine Klasse darstellte.

Mao meint: „Die Gegensätze stehen sich in allen Prozessen im wesentlichen antagonistisch gegenüber. Sie sind unversöhnlich und verschmelzen nicht miteinander. Es sind zwei Feinde, die einander hassen. Sowohl im Prozeß der Entwicklung aller Erscheinungen in der

Welt als auch im menschlichen Denken sind derartige feindliche Gegensätze enthalten; Ausnahmen gibt es nicht." (Mao Tse-tung: Dialektischer Materialismus, in: Minghu, 1940, Nr. 1 u. 2, chin.) Dies ist eine Widerspruchsdialektik bestenfalls auf dem Niveau Heraklits, eine Dialektik, deren innere Logik bestenfalls eine Kreislaufbewegung erzeugt. Kein Wunder also, daß genau jene Kreislaufbewegung bei Mao eintritt: „Durch die Revolution verwandelt sich das beherrschte Proletariat in die herrschende Klasse, die ursprünglich herrschende Bourgeoisie verwandelt sich in die beherrschte Klasse und geht auf den Platz über, den ursprünglich die Gegenseite einnahm." (Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke, Bd. 2, S. 795) Oder ein anderes Zitat gleicher Qualität: „Unter bestimmten Bedingungen verwandeln sich diese Klassen ineinander, so daß die Ausbeuter zu Ausgebeuteten und die Ausgebeuteten zu Ausbeutern werden und die kapitalistische Gesellschaft sich in die sozialistische verwandelt." (Mao Tse-tung: Zur Frage der richtigen Behandlung von Widersprüchen innerhalb des Volkes, in: Volkshandbuch, Peking 1958, S. 13, chin.) Nimmt wirklich die Bourgeoisie die Rolle der Arbeiterklasse ein? Bleibt die Polarität zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie nach der sozialistischen Revolution wirklich bestehen? Wird die Bourgeoisie durch die sozialistische Umwälzung nicht vielmehr als Klasse beseitigt? Wie, ist die sozialistische Gesellschaft diejenige, in der die ehemals Ausgebeuteten, die Proletarier, zu Ausbeutern werden und die Bourgeoisie zur ausgebeuteten Klasse?

Maos mechanistische Widerspruchstheorie ist letztlich unfähig, den Ursprung der Bewegung aus den inneren Widersprüchen zu klären, womit sie zu religiösen Konsequenzen: äußerer Anstoß der Bewegung, äußerer Erstbeweger, verleitet. Letztlich sieht sie den Ursprung in ständigen Verletzungen von Gleichgewichtszuständen.

Helmut Arnaszus

Erkenntnistheorie ohne Dialektik: Karl R. Poppers Hegelverständnis und sein objektiver Idealismus

Am Beispiel der Entwicklung der Erkenntnistheorie Poppers soll hier skizziert werden, auf welche Weise die durch idealistische Anschauungen verursachten Widersprüche der wissenschaftstheoretischen Reflexion zunächst zur Aufgabe des extremen subjektiven Idealismus zwingen. Andererseits läßt sich zeigen, daß das Mißverstehen der Dialektik Hegels und ihrer materialistischen Wendung durch Marx unter Hinzunahme der entscheidenden erkenntnistheoretischen Kategorie der Praxis ein vollständiges Erfassen des Prozesses wissenschaftlicher Erkenntnis nicht zulassen.

In der „Logik der Forschung" steht Popper noch auf subjektiv-idealistischen Positionen. Die Entscheidung über die Bewußtseinskategorie „Theorie" wird letztlich von der Bewußtseinskategorie „Basissatz" gefällt, der eine bloße Behauptung über einen „im individuellen Raum-Zeit-Gebiet beobachtbaren Vorgang" ist. So ergibt sich eine Definition von „Objektivität" höchstens als konventionell feststellbare Intersubjektivität im Anerkennen von Basissätzen. Auf dieser Anschauung läßt sich, wie auch der Empirismus seit Hume weiß, das Entstehen theoretischer Systeme aus einer dem Beobachter äußerlichen Realität nicht begründen. Popper verzichtet daher – hierin konsequenter als Carnap u.a. – auf das Induktionsprinzip, und damit auf das Verstehen der „ersten Hälfte der Tätigkeit des wissenschaftlichen Forschers": der Genese der Theorie. Aus der Not eine Tugend machend, behauptet er, das „Aufstellen der Theorien (sei) der logischen Analyse weder fähig noch bedürftig". (Vgl. Logik der Forschung, Tübingen 1966, S. 6)

Popper meint zunächst den subjektiven Idealismus retten zu können, indem er die in der Theorie zulässigen Sätze auf Existenzbehauptungen einschränkt. Es komme dann nur darauf an, Hypothesen so zu formulieren, daß sie durch anerkannte „Basissätze" falsifizierbar sind. Dies ist aber eine bloß formale Umkehrung der Allsätze und des mit ihnen verbundenen Verifikationsprinzips. Die Frage nach der Genese von Theorie verweist Popper an die Psychologie und schließt sie – unter Hinweis auf ein jeder Entdeckung innewohnendes „irrationales Moment" und auf die „schöpferische Intuition" (Ebenda, a.a.O.) – aus der „Erkenntnislogik" aus. Sie wird, einem Brauch der modernen Empiristen folgend, als „metaphysische" Frage abqualifiziert. (a.a.O., S. 72)

Der Streit zwischen dem Wiener Kreis und Popper zeigt die zwei widersprüchlichen Möglichkeiten des agnostizistischen Ausweichens vor der Grundfrage der Philosophie: Entweder wird versucht, Theorie aus atomaren „Erlebnissen", aus „Protokoll-, Beobachtungs- oder Basissätzen" u.ä. auf deduktivem bzw. induktivem Wege zu konstruieren, oder aber sie wird als durch „Intuition", „Glaube" etc. vorgegeben gedacht.

Die zweite, von Popper vertretene Lösung weist gleichzeitig über den reinen subjektiven Idealismus hinaus. Ließ sich die Konstruktion von Theorie aus Sätzen noch als ein rein logischer Vorgang, also als ein Prozeß innerhalb des Bewußtseins darstellen und hierin die Welt der Wissenschaft eingrenzen, so mußte Popper zur Falsifikation von Sätzen der Theorie schon etwas außerhalb ihrer selbst Liegendes annehmen, an dem sie überprüfbar wurden. Die rein konventionalistische Lösung des Problems der Objektivität genügte hier nicht mehr, zumal Popper auch die Methode des Experimentierens in der Wissenschaft nicht umgehen wollte. Die Blickrichtung von der Theorie zu ihren Konkretionsmöglichkeiten wies so notwendig auf die objektive Realität.

Aus diesen erkenntnistheoretischen Erwägungen heraus ist Popper schließlich zu Positionen übergegangen, die er „realistisch" nennt. Es ist das Anerkennen einer außerhalb des

menschlichen Subjekts liegenden physischen Realität, an der die „vermuteten Theorien" überprüft und so der „Wirklichkeit" angenähert werden können. (Vgl. Popper, Objektive Erkenntnis, dtsch., Hamburg 1973, S. 53) Aber dieses Anerkennen erweist sich auch beim heutigen Popper nur als scheinbarer Materialismus, denn er hält wie vordem an dem vom erkennenden Subjekt unabhängigen Reich der Ideen und Theorien fest: „Der erkenntnistheoretische Idealist hat in meinen Augen recht, wenn er darauf besteht, daß alle Erkenntnis und aller Erkenntnisfortschritt aus uns selbst stammen, und daß es ohne diese selbsterzeugten Ideen keine Erkenntnis gäbe. Er übersieht aber, daß es ohne eine Auslese dieser Mutationen durch Zusammenstoß mit der Umwelt nicht nur keinen Anstoß zu neuen Ideen, sondern überhaupt keine Erkenntnis von irgend etwas gäbe." (a.a.O., S. 82 Anm. 31)

Die eigentliche theoriegenerierende Funktion bleibt also dem Reich der Ideen, dem Bewußtsein allein vorbehalten, und damit bleibt sie ein irrationaler Vorgang. Objektive Erkenntnis ist nur in der sog. „Welt 3" möglich, die „die Welt der logischen Gehalte von Büchern, Bibliotheken, Informationsspeichern von Daten und ähnlichem" ist. (a.a.O., S. 88) Die Ideen werden allerdings an der „physikalischen Welt", der sog. „Welt 1", überprüft, d.h. falsifiziert. Das erkennende Subjekt selbst fällt aus dieser erkenntnistheoretischen Beziehung der „Objektivität" als ein mit individuellen Bewußtseins- oder Geisteszuständen bzw. Verhaltens- und Reaktionsdispositionen behaftetes weitgehend heraus. (Vgl. a.a.O., S. 126 ff.) Es entsteht eine „Erkenntnistheorie ohne erkennendes Subjekt". Andererseits sind sowohl „Welt 1" als auch „Welt 3" nur auf das Subjekt, also „Welt 2" unmittelbar bezogen. Seine Erkenntnis bezieht das Subjekt aus der „Welt 3", wobei „Welt 1" nur zur Korrektur der Ideen, Probleme und Argumente der „Welt 3" dient. Obwohl „Welt 3" wiederum ein „natürliches Erzeugnis des Lebewesens Mensch" (a.a.O., S. 129) ist, gewinnen diese Erzeugnisse doch eine Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom Menschen. Sie sind in ihrer Entstehung vor allem nicht auf „Welt 1" zurückführbar.

Popper kehrt damit zu einer speziellen Form des objektiven Idealismus zurück, dem eine erkenntnistheoretische Trennung von Objekt, Subjekt und Idee charakteristisch ist und deren Vermittlung eine undialektische, also metaphysische bleibt. Die „Welt 3" hat, entgegen seiner eigenen Einschätzung, durchaus nicht viel mit dem „objektiven Geist" Hegels gemeinsam (Vgl. a.a.O., S. 123), sondern sie muß, wie Wilhelm R. Beyer äußerte, eher als eine Art „objektivierter Geist" gekennzeichnet werden, der platt aus Büchern u.a. besteht.

Hans Jörg Sandkühler

Das historische Prinzip der Leninschen dialektischen Logik

Wie kaum ein Bereich der Philosophie scheint sich die Logik dem historischen Denken zu versperren. Logische Formen und Gesetze werden zumindest in der gegenwärtigen bürgerlichen analytischen, positivistischen und neorationalistischen Philosophie weitgehend unter dem Gesichtspunkt ihrer übergeschichtlichen Konstanz diskutiert. In der Logik scheint die Flucht vor der Dialektik, insbesondere vor dem materialistischen Historismus ungestraft zu bleiben. Die ‚kritisch-rationalistische' Argumentation etwa K.R. Poppers und H. Alberts gegen die Dialektik bedient sich mit Vorliebe des formal-logisch vorgetragenen Angriffs gegen den Widerspruchs-Begriff der dialektischen Logik. Sie unterstellt, was diese Logik längst überwunden hat: eine Trennung von formaler als Strukturlogik und dialektischer als Logik des Verhältnisses von Seins- und Bewußtseinswidersprüchen; dies gelingt ihr nur, weil sie zwischen ‚Widerspruch' und ‚Gegensatz' nicht zu differenzieren versteht.

Was ist dialektische Logik? Dialektische Logik ist – laut ‚Philosophischem Wörterbuch' – die „philosophische Theorie der intensionalen gesetzmäßigen Zusammenhänge des erkennenden Denkens einschließlich seiner Entwicklungsgesetze. Sie basiert auf der Einheit, der dialektischen Identität von Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie im Rahmen der marxistischen Philosophie" (Philosophisches Wörterbuch. Hg. v. G. Klaus/M. Buhr, Leipzig 1969, S. 655). Mit der Unterscheidung von ‚Extensionalität' und ‚Intensionalität' ist freilich das letzte Wort zur Differenz zwischen formaler und dialektischer Logik nicht gesprochen. Bei der Lektüre der Hegelschen ‚Wissenschaft der Logik' notierte Lenin: „Logik, Dialektik und Erkenntnistheorie (man braucht keine drei Worte: das ist ein und dasselbe)" (W.I. Lenin, Werke 38, S. 316). Die Debatte – vor allem in der sowjetischen Philosophie – über dieses „ein und dasselbe" (Vgl.: Über formale Logik und Dialektik, Berlin 1954; F. Kumpf, Probleme der Dialektik in Lenins Imperialismus-Analyse. Eine Studie zur dialektischen Logik, Berlin 1968) ist noch nicht abgeschlossen. Eines zumindest kann aber als unbestreitbar gelten: Der Identitäts-Begriff der dialektischen Logik ist selbst dialektisch und unterstellt keine schlechte Kongruenz (Einerleiheit).

Im folgenden sollen einige Grundfragen dieser dialektischen Einheit von Dialektik und Gnoseologie überprüft werden. Die Leninistische Perspektive ist hierbei nicht zufällig. Denn die Logik erhält nach Hegel, auf Hegels Grundlage, ihre neue revolutionäre Qualität; revolutionär, weil *praktisch-materialistisch* aufgehoben. Sie vereint sich mit jener Dialektik, welche die Bewegungsgesetze der Revolutionen in Natur, Geschichte und Erkenntnis begründet, als Theorie formuliert und als Methode anwendet. Die dialektische Logik versteht dabei die Verknüpfung von Dialektik der Objektivität, Theorie und Methode im Unterschied zu allen neo-kantianischen Versuchen, Dialektik als ‚Begriff' nur des Denkens zu verkürzen, aus der materiellen Prozessualität: in Natur, gesellschaftlichen Verhältnissen und im Bewußtsein. Insofern kann von einem Primat der Dialektik als ‚Ontologie' gesprochen werden (Aus Gründen der historischen und gegenwärtigen ideologischen Belastung des Terminus ‚Ontologie' wird auf dessen Verwendung verzichtet. Schul-Ontologie, Ontologie N. Hartmanns wie auch das Ansinnen G. Lukacs', historische gesellschaftliche Prozesse zu ontologisieren, drängen den Begriff in eine Verwandtschaft, auf die er verzichtet. Primat der ‚Ontologie' meint: Bestehen auf Lenins Definition des philosophischen Materie-Konzepts, Bestehen auf dem Materialismus-Primat mit der Konsequenz, alle Verkürzungen der Dialektik und Logik auf ‚Produktionsverhältnisse' (ökonomistisch) oder ewige soziale Gesetze (ontologistisch) zurückzuweisen.). Die dialektisch-materialistische Gnoseologie ist auf dem Niveau der Leninschen dialektischen Logik die systematische Theorie der Wider-

spiegelungsbeziehungen des Menschen. Damit ist sie genetische, historische Logik, die sich gegenüber der ‚rein' formalen der historisch-logischen Widerspiegelungs-Genesis aus der Geschichte des Stoffwechsels mit der materiellen Natur nicht verschließt. Die dialektische Logik ist die Erkenntnistheorie par excellence der Geschichte der Klassenkämpfe und der in dieser Geschichte materiell-praktisch und geistig-schöpferisch erarbeiteten Erkenntnis. Ihre materialistische Prämisse hindert sie daran, in einen relativistischen Historismus abzugleiten.

Der Kampf der bürgerlichen Philosophie gegen die Dialektik der Logik ist der Kampf gegen die philosophische Logik des Klassenkampfs. Ihre Bornierung auf Formalismen gründet nicht zuletzt im ideologischen Interesse an der Preisgabe klassenorientierten Geschichtsbewußtseins; sie ist selbst ein Symptom der scheinbaren Geschichtslosigkeit kapitalistischer Produktion und Reproduktion. ‚Klassenorientiert' bedeutet für die Logik, die Entstehung, Entwicklung und Akkumulation logischer Axiome unter dem Gesichtspunkt des dominanten Faktors der Bewußtseinsbildung in ökonomischen Gesellschaftsformationen zu begreifen und weder ‚ewige' Denkschemata ‚des' Menschen noch die totale Relativierung von Wahrheit anzuerkennen. Der marxistische Philosoph, der seine Theorie in kapitalistischen Ländern in den Dienst der Arbeiterklasse stellt, gewinnt mit der dialektischen Logik ein wesentliches Werkzeug des streitbaren Materialismus, ein Instrument der Analyse objektiver Realität wie der Objektivität (und Relativität) der Erkenntnis, ein Instrument auch zur Wiederherstellung der ‚Geschichte' als eines kategorialen Systems zur Beschreibung der *wesentlichen* Faktoren des historischen Fortschritts. Sieg und Niederlage, Revolution und Fortschritt sind so keine Vokabeln aus hohlem Pathos mehr, sondern Kategorien logischer Geschichtsaneignung, der historischen dialektischen Rekonstruktion der Genesis.

Daß zwei Sätze Lenins unmittelbar zusammenpassen, kann gezeigt werden. Satz 1 lautet: die Logik sei „die Lehre nicht von den äußeren Formen des Denkens, sondern von den Entwicklungsgesetzen ‚aller materiellen, natürlichen und geistigen Dinge', d.h. der Entwicklung des gesamten konkreten Inhalts der Welt und ihrer Erkenntnis, d.h. Fazit, Summe, Schlußfolgerung aus der *Geschichte* der Erkenntnis der Welt" (W.I. Lenin, Werke 38, S. 84/85). Satz 2 lautet: „Wer sich zur Geschichte seiner Bewegung verhält wie einer, der sich an nichts erinnert, der kann kein klassenbewußter Arbeiter sein" (W.I. Lenin, Werke 20, S. 278).

Das menschliche Denken hat die gegenläufigen Tendenzen des Vergessens wie der Erinnerung. Das Individuum weiß nicht per se, daß es erst als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse sein Wesen fortschreitend produziert, darunter auch die Produktivkraft ‚Wissen'. Die ‚naturwüchsige' Enthistorisierung des kapitalistischen Alltagslebens führt zum Verlust nicht allein des klassenspezifischen Epochenbewußtseins, sondern im usurpierten Ideologem des ‚Menschen-an-sich' bzw. ‚der Menschheit' auch zum Verlust der gesellschaftlichen Individualgeschichte. Aber die dialektische Logik ist nicht allein eine wissenschaftliche Form der Erinnerung; sie ist, nach der geschichtlichen Genesis in der Perspektive der gesellschaftlichen Wirklichkeit fragend, selbst die Widerspiegelung der Gegenmacht, die als Arbeiterklasse die materiellen kapitalistischen Bedingungen der ‚Geschichtslosigkeit' revolutionär überwindet. Zum ‚Fazit', zur ‚Schlußfolgerung' in systematischer wissenschaftlicher Form, wird die dialektische Logik durch ihr Subjekt, welches um des Fortschritts willen die Geschichte der Klassen in den Widerspiegelungsweisen bewußt und interessiert erforscht. Diese Schlußfolgerungen sind nicht allein aus ‚Denken' gezogen. Sie sind nicht allein aus gesellschaftlich akkumuliertem und institutionell gespeichertem Wissen gezogen. Die dialektische Logik systematisiert in Aussagen über die Entwicklungsgesetzmäßigkeit der Erkenntnis und über die Formbestimmtheit des Denkens (historisch-logischer und sozial-historischer Formbestimmtheit) das Resultat, welches sich im Brennpunkt gegenwärtiger gesellschaftlicher Wirklichkeit gesellschaftlich notwendig einstellt; sie ist parteilich unter den Bedingungen der Theorie und Praxis orientierenden Phase des Übergangs zum Sozialismus. Das Resultat selbst ist Produkt aus der Einheit der Entwicklung in der Geschichte, der Einheit von natürlichem, gesellschaftlichem und ideologischem Prozeß. ‚Parteilichkeit' bedeutet keine ‚Interpretation' der Geschichte, sondern Anerkennung, daß unsere Realität und die Bedürfnisse der Massen zur objektiven Rekonstruktion der Geschichte, auch der logischen Genesis logisch geltender Axiome, zwingen.

Günter Kröber

Negation und Wissenschaftsentwicklung

Hegel verbindet den Begriff der Negation mit dem der Qualität. Erst die Qualität als die „seiende Bestimmtheit" (G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Erster Teil. Leipzig 1951, S. 95; auch: Encyklopädie der philosophischen Wissenschaften, § 90), als Bestimmtheit des Daseins enthält in sich die Negation ihrer selbst. Das reine abstrakte Sein hingegen ist keiner Negation fähig; es ist das „unbestimmte Unmittelbare" (G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Erster Teil, S. 66), das „qualitätslose Sein" (Ebenda), das „ohne alle weitere Bestimmung" (Ebenda) ist, „die reine Unbestimmtheit und Leere" (Ebenda) und somit „in der Tat Nichts" (Ebenda). Es ist zwar „das absolut Negative" (G.W.F. Hegel: Encyclopädie der philosophischen Wissenschaften, § 87), das jedoch ohne jede konkrete Bestimmung ist. Erst die Qualität des durch die Vermittlung von Sein und Nichts gewordenen Daseins hat konkrete Bestimmtheit an sich und bestimmt sich damit als Etwas gegen ein Anderes als seine Negation. Die Negation, wie Hegel sie versteht, ist also nicht das abstrakte Nichts (Vgl.: Ebenda, § 91), sondern selbst ein qualitativ bestimmtes Dasein und Etwas, dessen Bestimmtheit durch die Bestimmtheit jenes Daseins, dessen Negation sie ist, determiniert ist.

Und weiter: „*Etwas* ist durch seine Qualität erstlich *endlich* und zweitens *veränderlich,* so daß die Endlichkeit und Veränderlichkeit seinem Sein angehört." (Ebenda, § 92) Für die durch die Qualität gesetzte Negation ihrer selbst bedeutet das, daß diese, erstens, die abstrakte Negation der endlichen Qualität und somit die negativ bestimmte (oder auch „schlechte") Unendlichkeit, und, zweitens, die konkrete Negation des Etwas durch ein bestimmtes Anderes, das als Qualität selbst wieder endlich ist, sein kann. Dieses Andere aber kann als *Negation* des Etwas nichts anderes als der konkrete Gegensatz dessen sein, d.h. die Negation der Qualität des Etwas ist durch diese Qualität selbst bestimmt, sie hebt die Qualität in dem bekannten doppelten Sinne auf: macht ihr ein Ende und erhält sie zugleich. „So ist das Aufgehobene ein zugleich Aufbewahrtes", „es ist das Nichtseiende, aber als Resultat, das von einem Sein ausgegangen ist. Es hat daher die Bestimmtheit, aus der es herkommt, noch an sich" (G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik. Erster Teil, S. 94); mit anderen Worten: die Negation als der konkrete Gegensatz ist nicht die bloße, abstrakte Negation, sondern ist zugleich eine Position und somit Negation der Negation, die Vermittlung des Etwas mit sich selbst. Hegel besteht deshalb darauf, daß „die Negation als *erste,* als Negation *überhaupt* wohl zu unterscheiden (ist) von der zweiten, der Negation der Negation, welche die konkrete, *absolute* Negativität, wie jene erste dagegen nur die *abstrakte* Negativität ist" (Ebenda, S. 103).

Eine Interpretation dieser bekannten Hegelschen Wendungen aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Philosophie hat nun m.E. folgendes zu berücksichtigen.

1. Die Hegelsche Dialektik von Position, Negation und Negation der Negation versteht sich als eine *logische, zeitlose* Dialektik und nicht als eine Dialektik *realer* Entwicklungsprozesse *in der Zeit.* Das Hegelsche Etwas *wird* nicht zum Anderen als seiner Negation, sondern der *Begriff* des Etwas *enthält als seine Bestimmung* die Entgegensetzung zum Anderen; die bestimmte Qualität wird nicht in einem zeitlichen Prozeß negiert, sondern *ist* als seiende Bestimmtheit *zugleich* die Negation des Anderen: omnis determinatio est negatio. In gleicher Weise wird die konkrete Negation nicht in einem realen zeitlichen Prozeß wiederum negiert, sondern *ist* bereits die Negation der Negation, da sie die Bestimmtheit der Qualität, aus der sie herkommt, noch an sich hat, somit Position und damit Negation der Negation ist.

Die Hegelsche Methode der Negation der Negation ist deshalb eine Methode der *logischen* Entwicklung der *Begriffe,* nicht aber eine Methode der gedanklichen Erfassung und Widerspiegelung der realen Entwicklung materieller oder ideeller Objekte . Um die Negation der Negation selbst als objektiven Prozeß bzw. als ein Entwicklungsgesetz realer Objekte aus dialektisch-materialistischer Sicht darstellen zu können, muß das logische Schema Hegels in einen realen Prozeß aufgelöst werden. d.h. es muß der Zeitfaktor eingeführt und das, was bei Hegel logische Stadien der begrifflichen Analyse sind, in eine zeitliche Aufeinanderfolge realer Stadien eines objektiven Entwicklungsprozesses auseinandergefächert werden. Dann aber ergibt sich bei sonstiger Anlehnung an Hegel folgendes.

2. Ein materielles oder ideelles Objekt, das der Entwicklung fähig ist, ist zunächst ein Ganzes vieler Qualitäten. Rein theoretisch gesehen kann jede dieser Qualitäten im Laufe der Entwicklung des Objekts dialektisch negiert werden. Das Objekt verfügt in diesem Sinne über ein gewisses *Negationspotential* oder auch: eine gewisse *Negationsmächtigkeit.* Die Parameter, durch welche die einzelnen zu negierenden Qualitäten charakterisiert werden können, seien *Negationsparameter* genannt. Unter Benutzung dieses Terminus kann der Entwicklungsprozeß des Objekts als ein Prozeß gleichzeitiger oder aufeinander folgender dialektischer Negationen verstanden werden, von denen jede durch einen anderen Negationsparameter charakterisiert wird. Das Objekt kann, mit anderen Worten, im Laufe seiner Entwicklung nach ganz verschiedenen Negationsparametern negiert werden, und jede dieser einmal erfolgten Negationen kann wiederum negiert werden. Kommt es nun zur Negation einer bereits negierten Qualität, also zur Negation der Negation, so wird die ursprüngliche Qualität des Objekts, oder besser: die dem ursprünglichen Wert des betreffenden Parameters entsprechende Qualität des Objekts wiederhergestellt. In bezug auf den Wert *dieses* Parameters ist das Objekt im Stadium der Negation der Negation mit seinem ursprünglichen Zustand identisch; es unterscheidet sich jedoch vom ursprünglichen Zustand dadurch, daß es inzwischen auch noch nach einer ganzen Reihe anderer Parameter negiert worden ist. Das Stadium der Negation der Negation schließt somit einen bestimmten *Entwicklungszyklus* ab, der durch einen bestimmten Negationsparameter charakterisiert wird. — Der Unterschied zwischen dem Zustand des Objekts im Stadium der Negation der Negation und seinem ursprünglichen Zustand läßt sich durch den Begriff des *Entwicklungsabstandes* kennzeichnen. Der Entwicklungsabstand zwischen dem ursprünglichen Zustand und dem im Stadium der Negation der Negation wird durch die Gesamtheit dialektischer Negationen nach anderen Negationsparametern bestimmt. Der Gesamtentwicklungsprozeß des Objekts stellt sich so als eine Menge ineinandergreifender, relativ abgeschlossener Entwicklungszyklen dar, von denen jeder durch einen anderen Negationsparameter charakterisiert wird. Ist ein Entwicklungszyklus abgeschlossen, d.h. ist der mögliche Wertebereich des betreffenden Negationsparameters ausgeschöpft, so kann die weitere Entwicklung des Objekts nur noch nach anderen Negationsparametern verlaufen.

Günter Matthias Tripp

Dialektik und Widerspiegelung

Nach Marx (Siehe Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, Bln. 1968, S. 574.) gewinnt Hegel mittels der Dialektik als methodischer Verfahrensweise die Selbsterzeugung des Menschen. In der Beschreibung dieses Vorgangs artikuliert sich ihr Zweck, sie ist das bewegende Prinzip, sie bewerkstelligt „die Verwandlung jenes *Ansichs* in das *Fürsich,* der *Substanz* in das *Subjekt,* des Gegenstandes des *Bewußtseins* in Gegenstand des *Selbstbewußtseins,* d.h. in ebensosehr aufgehobenen Gegenstand, oder in den Begriff." (G.W.F. Hegel, Phänomenologie des Geistes, Hamburg 1952, S. 558f.) Erst in der Vollendung als Weltgeist kann sich der Geist, nach Hegel, als selbstbewußter Geist vollenden, wahres Wissen werden. Als *Arbeit* wird nun die Bewegung beschrieben, die Form seines Wissens von sich hervorzutreiben. Die Momente der Bewegung aber stellen sich auf der höchsten Stufe des Wissens als bestimmte Begriffe desselben dar, als Begriffe des Begriffs, des Geistes als Wissenschaft. (Siehe Hegel, S. 562.)

Die Hegelsche Philosophie betreibt für Marx insofern die Verkehrung der Beziehung eines realen Sachverhalts, nämlich von Subjekt und Gegenstand, indem sie wider die unmittelbare Erfahrung die Gegenständlichkeit als durch das Subjekt gesetzt versteht. In seiner Entäußerung setzt das Selbstbewußtsein den Gegenstand. Mittels der Aufhebung und Zurücknahme der Entäußerung und Gegenständlichkeit ist das Selbstbewußtsein in seinem Anderssein wieder bei sich selbst. (Siehe Hegel, S. 549.) Die Gegenständlichkeit als solche gilt, nach Marx, für Hegel als ein entfremdetes, dem menschlichen Wesen, dem Selbstbewußtsein nicht entsprechendes Verhältnis des Menschen.

Mit der Aufhebung der Gegenständlichkeit ist nicht nur die durch sie vermittelte Entfremdung zum Verschwinden gebracht, sondern die Gegenständlichkeit des Subjekts selbst - das zwangsläufig zum reinen Geistwesen avanciert. Die Entfremdung des Selbstbewußtseins gilt nicht als *Ausdruck*, im Wissen und Denken sich *abspiegelnder* Ausdruck der *wirklichen* Entfremdung des menschlichen Wesens. Diese ist vielmehr die Widerspiegelung des entfremdeten Selbstbewußtseins. (Siehe Marx, 1. c. 575 f.) Wird die Hegelsche Prämisse vom Begriff der Gegenständlichkeit als Resultat der Selbstentäußerung des Selbstbewußtseins akzeptiert, kann nur noch die abstrakt-logische, subjektivistisch-spekulative Ebene die Instanz der Beurteilung von Gegenständlichkeit sein. Marx fragt sich hier zu Recht, was denn dabei die reale Gegenständlichkeit gewönne. Aber vorweg gilt es, solange diese nicht Ausgangspunkt der Reflexion ist, ein unleugbares Kriterium ihrer Existenz zu gewinnen. Marx greift deshalb zu einer demonstratio ad hominem. Gegen die auf Bewußtseinsprozesse des Idealismus reduzierende Selbsterfahrung stellt er die menschliche Selbsterfahrung des Materialismus, indem er die den Menschen konstituierenden gegenständlichen Wesenskräfte, die jede alltägliche Erfahrung vermittelt, konkret benennt: „Wenn der wirkliche, leibliche, auf der festen wohlgerundeten Erde stehende, alle Naturkräfte aus- und einatmende *Mensch* seine wirklichen, gegenständlichen *Wesenskräfte* durch seine Entäußerung als fremde Gegenstände setzt, so ist nicht das *Setzen* Subjekt, es ist die Subjektivität *gegenständlicher* Wesenskräfte, deren Aktion daher auch eine *gegenständliche* sein muß. Das gegenständliche Wesen wirkt gegenständlich, und es würde nicht gegenständlich wirken, wenn nicht das Gegenständliche in seiner Wesensbestimmung läge." (Siehe Marx, 1. c. 577.)

Wie wir oben gesehen haben (Marx, 1. c., S. 575) bezeichnet Marx die Entfremdung des Selbstbewußtseins als Abspiegelung der wirklichen Entfremdung. Abspiegelung bezeichnet hier also das Verhältnis von Grund und Folge, das Verhältnis von Bedingung und Bedingtheit, ein unauflöslich Aufeinanderbezogensein. Was sich als Abbild im Intellekt vollzieht, ist im realen Sein bereits gebildet, in diesem Falle die wirkliche Entfremdung, besonderer Form eines realen Prozesses. Ist aber gegenständliches Sein immer auch schon prozeßhaftes Sein, d.h. kommt ihm seine reale Existenz qua Prozessualität als solche erst zu, so muß sich diese Prozessualität im Akt der Abspiegelung zwangsläufig vermitteln. Die Widerspiegelung ist also die naturbedingte Art und Weise der notwendig wiederum prozeßhaften Aneignung der Wirklichkeit im Bewußtsein, dessen Reflexionsbedingungen selbst diesem Prozeßcharakter unterworfen sind und das dieses prozessuale Sein in seinen ideellen Resultaten als Dialektik auf den Begriff bringt.

Die gnoseologische, das Verhältnis von Dialektik und Widerspiegelung betreffende Fragestellung ist nun diese:
Wie gestaltet Hegel methodisch die Gewinnung des Selbstbewußtseins und wieweit ist das Hegelsche Verfahren der Beschreibung des Bewußtseinsprozesses und der Ichkonstitution auch dann noch gültig, wenn nach Marx dem Hegelschen Selbstbewußtsein der Anspruch genommen werden muß, die Phänomenologie des Geistes schon für die Darstellung der Wirklichkeit selbst ausgeben zu können. Wenn aber die Hegelsche Darstellung nur die Widerspiegelung der Wirklichkeit im Bewußtsein und nicht schon diese selbst ist, so ist darüber hinaus weiter zu fragen, nach welchen Regeln prozessualer Gestaltung denn diese Wirklichkeit selbst verläuft und wie diese zu adäquaten Darstellungen im Bewußtsein gebracht werden können bzw. in wieweit die Regeln des Bewußtseins mit diesen identisch sind.

Der abstrakte Ausdruck des entfremdeten Gegenstands, der entfremdeten Wesenswirklichkeit im Verhältnis zum autochthon gesetzten Selbstbewußtsein ist, nach Marx, bei Hegel die Negation. Deren ebenso abstrakte Aufhebung die Negation der Negation. (Siehe Marx, 1. c., S. 584 f.) In deren Vollzug wird die Selbstvergegenständlichung zur absoluten Negativität, die als Tätigkeit schlechthin gedacht wird, die allerdings jeden konkreten Inhalts entbehren muß. Diese Abstraktionsformen, Denkformen und logischen Kategorien sind deshalb, nach Marx, losgerissen vom wirklichen Geist und der wirklichen Natur, weil das Resultat ihrer Entfaltung in Form der absoluten Negativität sich konkret nicht vermitteln läßt. In ihrer Selbständigkeit und Abgehobenheit von Natur und Geist, sind sie selbst wiederum nur der Ausdruck der wirklichen Entfremdung, denn dem Hegelschen Denken gilt „seine Aktion auch für *sinnliche wirkliche Aktion.*" (Siehe Marx, 1.c., S. 583.)

Die Frage steht nun, ob die von Hegel aufgezeigten Momente des Abstraktionsprozesses, die „Dialektik der Negativität als bewegendes und erzeugendes Prinzip" (Siehe Marx, 1.c., S. 574.) über Hegel hinaus als Produkt des objektiven Idealismus nach der von Marx vollzogenen Umkehrung Geltung behalten können. Als Realität setzende verlieren sie durch die Marxsche Erkenntnis ihre Relevanz, als Ausdruck realer Bewegungsformen im Bewußtsein in Form der Widerspiegelung behalten sie Geltung. Im Marxschen Ansatz sind also Dialektik der Bewußtseinsformen und Kategorialbestimmungen notwendig als widergespiegelte gefaßt, aber wiederum nicht in der Weise, daß vom Hegelschen Idealismus nun zu einem Objektivismus übergegangen würde, sondern vielmehr durch die materielle Wesensbestimmung des Menschen werden materielles und ideelles Sein als unauflösliche Einheit gefaßt. Für Hegels Selbstbewußtsein war der gegenständliche Charakter des Gegenstandes das Anstößige (Siehe Marx, 1.c., S. 580.), Marx wendet Hegel nicht in der Form, indem er dem Bewußtsein seinen spezifischen Charakter abspricht, sondern er hebt dessen gegenständliche Bedingtheit hervor, Objekt und Subjekt, Konkretes und Abstraktes sind immer als wechselseitig vermittelte zu denken. Das Kriterium der Überwindung ihrer durch mechanischen Materialismus wie Formen des Idealismus verursachten Trennung ist die gegenständliche Wesensbestimmung des Menschen, gegenständliche Tätigkeit, Praxis.

Gerade durch diese Verbindung von Nichtgegenständlichkeit und Gegenständlichkeit gewinnt das Marxsche Denken die historische Dimension, denn über die gesellschaftliche, historisch vermittelte gegenständliche Praxis im Verkehr mit anderen Menschen, gewinnt das, was sich zunächst als Erstes und unmittelbarer Ausgangspunkt versteht, nämlich das Bewußtsein, die Einsicht abgeleitetes und vermitteltes zu sein. Schon Feuerbach konstatierte:„Allerdings ist das Bewußtsein das Erste, aber es ist nur das Erste für mich, nicht das Erste an sich." (Siehe Lenin, Werke 38, S. 74.) Ist das Denken aber einmal dahin gelangt, sich selbst vermittelt, d.h. durch den Prozeß der Widerspiegelung bedingt zu begreifen, so muß deutlich werden, daß die Kategorie der Widerspiegelung, die nicht abgelöst vom Begriff der Gegenständlichkeit zu denken ist, die ganz entscheidende Reflexionskategorie des nachhegelschen Denkens, eines der ganz wesentlichen Unterscheidungskriterien von Marxscher und Hegelscher Philosophie ausmacht. Und sie ist insofern von materialistischer Dialektik nicht getrennt zu denken, als sie in jede ihrer Kategorien eingeht, d.h. ohne jene diesen der Anspruch abgesprochen werden muß, materialistisch zu sein. Insofern erfüllt u.E. die Widerspiegelung den Anspruch der Hegelschen Philosophie, nämlich Theorie des Bewußtseins zu sein, im Akt der Reflexion die substantielle Unmittelbarkeit im Selbstbewußtsein auf den Begriff zu bringen, in Form materialistischer Ableitung.

Camilla Warnke

Relativismus statt Dialektik ?
Zum Funktionalismus von N. Luhmann und H. Rombach

In den beiden letzten Jahrzehnten hat sich in der BRD eine philosophische Richtung etabliert, die systemwissenschaftliche Begriffe wie „System", „Struktur" und „Funktion" zu Grundkategorien einer ihrer Meinung nach völlig neuartigen Philosophie erheben möchte. Mit diesem Anspruch tritt am entschiedensten Heinrich Rombach auf, der eine von den Begriffen „Funktion" und „Struktur" getragene „Strukturontologie" proklamiert, die die alte Substanzenontologie ablösen soll. (Siehe H. Rombach: „Strukturontologie. Eine Phänomenologie der Freiheit", München 1971 und „Substanz, System, Struktur", Freiburg/München 1965.)

Nicht mit derselben Deutlichkeit zwar, weil eingebettet in und verschleiert durch eine Systemtheorie der Gesellschaft, hat Niklas Luhmann einen umfassenden philosophischen Ansatz erarbeitet, den man „radikalisierten Funktionalismus" (Vgl. N. Luhmann: „Soziologische Aufklärung", Opladen 1971, S. 113.) nennen könnte, und in dessen Zentrum gleichfalls der Begriff der Funktion steht.

Daß es Luhmann und Rombach um eine neue Philosophie zu tun ist und nicht etwa nur darum, den Funktionalismus als legitime Forschungsmethode in den Einzelwissenschaften durchzusetzen, läßt sich sofort an ihrer Bestimmung von „Funktion" ablesen, die philosophisch ist. „Funktion" ist nach Rombach nämlich – und der Sache nach auch für Luhmann – „Unselbständigkeit", „Angelegtheit auf Anderes", „Sein im Anderen". (Rombach: „Substanz, System, Struktur", a.a.O., Bd. 1 S. 13.) Sie ist Gegenbegriff zu „Substanz", zur Vorstellung von einem Etwas, das „für sich zu bestehen vermag". (Ebenda.) „Funktion" ist also für diese Richtung nichts als ein modernerer Terminus für das, was Hegel in der „Logik" als Erscheinung bezeichnet. Sie ist Für Anderes Sein.

In der Gegenüberstellung von Substanz und Funktion und in der Primordalität von Funktion vor Substanz, die sich in der Ernennung der Funktion zur zentralen Kategorie dieser Philosophie äußert, wird bei Lichte besehen, nochmals jener Vorgang wiederholt, mittels dessen Hegel in der „Logik" im Abschnitt „Die Erscheinung" das abstrakte Ding an sich in die Erscheinung überführt und der in dem Satze gipfelt: „Die Eigenschaft, welche die Beziehung der selbständigen Extreme ausmachen sollte, ist daher das Selbständige selbst. Die Dinge dagegen sind das Unwesentliche." (G.W.F. Hegel: Wissenschaft der Logik, 2. Teil, Leipzig 1934, S. 114.)

Auf den gleichen Schluß gründet sich die Funktionenontologie. Rombach schreibt: „Die Wechselbedingtheit zwischen den Momenten ist ursprünglicher als die Momente. Diese ‚ergeben' sich aus der Relation als jenem ursprünglichen einheitlichen Bezug, der sich im Hinblick auf die verschiedenen Seiten verschieden darstellt." (Rombach: Strukturontologie, a.a.O., S. 28.) Halten wir fest, welcher philosophische Vorgang sich hier vollzogen hat: Der metaphysischen Behauptung, daß die Dinge in ihrer Konsistenz von ihrer Wechselwirkung mit der Umwelt unabhängige Substanzen sind, die selbständig und für sich zu bestehen vermögen, die lediglich sekundär, nachträglich und äußerlich auch noch in Wechselwirkung treten können, wird die abstrakt entgegengesetzte Auffassung gegenübergestellt. Die Substanzenontologie wird abstrakt, undialektisch negiert. Das heißt: Wechselwirkung, Eigenschaft, Relation, Beziehung, Für Anderes Sein werden dem ontologisch vorgeordnet, dem gegenüber verselbständigt, was da wechselwirkt, sich in Relation befindet usw. Das aber hat zur Folge, daß auf die Begriffe „Funktion", „Relation" usw. unter

der Hand die Bestimmung zurückschlägt, um deretwillen der Substanzbegriff bekämpft worden war. Funktion ist nun selbst zu Substanz, zu Essenz avanciert, weil zu einem Etwas, das für sich zu bestehen vermag.

Der radikalisierte Funktionalismus verstrickt sich somit in Antinomien, was seit Kant, spätestens seit Hegel als Anzeichen dafür gewertet werden muß, daß die Lösung des philosophischen Problems verfehlt wurde. Für Hegel ist dieser daher auch noch nicht der ganze sondern erst der halbe Schluß. Sobald Hegel Substanz in Eigenschaft und Wechselwirkung aufgelöst hat, signalisiert er das Vorläufige dieses Übergangs, indem er ihn ebenso wie das Ding an sich als abstrakte Einseitigkeit, lediglich „mit umgekehrten Werte" kennzeichnet. (Hegel: Wissenschaft der Logik, a.a.O., S. 114.)

Der Übergang vom Ding an sich zu Eigenschaft und Wechselwirkung ereignet sich bei Hegel bezeichnenderweise im Abschnitt „Die Erscheinung". Mit dieser Lokalisation ist aber für ihn der Platz jeglicher Spielart von Philosophie bestimmt, die Eigenschaft, Wechselwirkung, kurz, irgendeine Gestalt des Für Anderes Seins verabsolutiert: Sie ist dingfest gemacht als Phänomenologie. Und der philosophische Funktionalismus ist in der Tat pure Phänomenologie, auch wenn er sich als solche verkennt. Sowohl Rombach als auch Luhmann stehen in der phänomenologischen Tradition. Sie sind in einem Maße vor allem der Phänomenologie Husserls verpflichtet (Siehe dazu: L. Eley; Transzendentale Phänomenologie und Systemtheorie der Gesellschaft, Freiburg 1972.), der gegenüber ihre eigene philosophische Originalität bis auf die Leistung eingeschrumpft, in den von Husserl höchst abstrakt gefaßten, auf Konstitution und Intentionalität abgestellten Subjektbegriff, das Begriffsgefüge „System", „Struktur" und „Funktion" eingebracht haben. Beide arbeiten mit jenem Vorstellungsfeld, das Husserl bereitgestellt hat, um die Welt, sofern sie erscheinende ist, als erscheinende erfassen zu können: mit der Horizonthaftigkeit alles Erlebens, seiner je subjektiven Relativität usw., worauf später zurückzukommen sein wird.

In diesem Kontext hat man Hegel für sich entdeckt, Hegel insoweit und insofern er das Reich der Erscheinungen charakterisiert: als die Sphäre der Vielheit, Veränderlichkeit, des Wechsels, der Unterschiede usw., kurz, als die Sphäre des „perennierenden Herüber- und Hinübergehens von dem einen Gliede des bleibenden Widerspruchs zum anderen", das aber „nicht ein Fortgehen und Weiterkommen, sondern ein Wiederholen von ein und demselben, Setzen, Aufheben und Wiedersetzen und Wiederaufheben" ist, „dem das, was es aufhebt, durch sein Aufheben selbst als ein Kontinuierliches wiederkehrt". (Hegel: Wissenschaft der Logik, Erster Teil, a.a.O., S. 225.)

Wenn Hegel den Übergang in die Erscheinung auch für die weiterentwickelte und höhere Denkweise hält als diejenige, die die abstrakte Einheit noch nicht in Unterschiede, die Ruhe noch nicht in die Bewegung, das Ding an sich noch nicht in seine Beziehungen überführt hat, so gilt sie ihm darum noch nicht als die eigentlich dialektische. Den Vorschlag, sie bereits für Dialektik zu nehmen, hätte er gewiß wie die Zumutung zurückgewiesen, der Heraklitischen Dialektik den Logos zu entziehen, um sich mit der nominalistischen Plattheit des Kratylos zu bescheiden. Dialektik hebt erst dort an, wo der Unterschied zum Widerspruch zugespitzt, Bewegung in Entwicklung übergegangen und Beziehungen zum „wesentlichen Verhältnis" hin vertieft sind. Das aber ist vom phänomenologischen Ansatz, welcher Prägung auch immer, nicht zu leisten. So ist es Selbstbetrug, wenn etwa Rombach glaubt, Hegel nahe zu stehen, weil er alles Feste verflüssigt, in Dynamik aufgelöst hat. Und es ist irreführend – wobei das Beispiel für das Verfahren insgesamt stehen mag – wenn Luhmann mit der Verwendung der Termini „Negation" und „Negation der Negation" suggerieren möchte, Hegelsche Kategorien rezipiert zu haben.

Bernhard Heidtmann

Abstraktion und Dialektik in Marx' Erkenntniskritik

Kants Vernunftkritik erweist ihre Bedeutung für Marx bereits dort, wo dieser in Auseinandersetzung mit der klassischen Ökonomie die Prinzipien der dialektisch-materialistischen Methode historischer Erkenntnis (‚Allgemeine Einleitung zur Kritik der polit. Ökonomie') darlegt. Die rationalen wissenschaftlichen Prinzipien der Philosophie Kants begegnen dort einem Typus von Dialektik, den Hegel aus seiner Kritik an Kant entwickelt, deren spezifische Rationalität sich jedoch erst in der Anwendung der Dialektik im Zusammenhang der Entwicklung der historisch-materialistischen Geschichtsauffassung im ‚Kapital' erweisen kann.

Marx' Definition der Kategorie Arbeit als eine ‚bestimmte Abstraktion' führt zur Unterscheidung der marxistischen und der bürgerlichen Auffassung der methodischen Relevanz von wissenschaftlichen Abstraktionen. Von der materialistischen Ableitung der Abstraktionen ist – wie Marx in der ‚Allgemeinen Einleitung' fordert – eine widerspruchsfreie Erkenntnis historischer Gesetzmäßigkeiten abhängig, die klassischer Ökonomie und idealistischer Philosophie nicht möglich war.

Die Analyse von Abstraktionen als notwendige Voraussetzungen der dialektischen Ableitung der Formen, in denen sie entstehen und sich manifestieren, bedeutet eine Konkretisierung von Abstrakta (nicht im vergegenständlichenden, sondern im materialistischen Sinne) dann, wenn sie gleichsam der dialektischen Ableitung ökonomischer Formbestimmungen das Material liefert. Daher bildet die Analyse der Wertabstraktion als dialektische Ableitung der Wertform aus abstrakter Arbeit die wesentliche Aufgabe des ‚Kapital'. Die Ableitung der Wertform gewährleistet die Analyse der Kategorie ‚abstrakte Arbeit' und der Systeme, abstrakter Arbeit', der gesellschaftlichen Struktur dieser Abstraktion. Indem Marx diesen Untersuchungsprozeß dort ansetzt, wo die zu analysierende Abstraktion und abzuleitende Form als ‚einfachste', ‚allgemeinste', am wenigsten entwickelt erscheint, ist damit bereits der erste Schritt über die der klassischen Ökonomie gesetzten theoretischen Grenzen hinausgetan. Zugleich ist der Anfang bestimmt der Anwendung der materialistischen Methode historischer Erkenntnis als der Exposition einer Theorie der Geschichte, deren Prinzipien in der Methode des ‚Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten' vorgezeichnet sind.

Die dialektische Analyse von Systemen abstrakter Arbeit durch Marx bringt die eigentümliche Rationalität einer Handlung zum Vorschein, die mit der der Erkenntnistätigkeit des Verstandes bei Kant übereinstimmt. Daher stellt sich jetzt die Frage, inwiefern die Funktionsweise transzendentaler Erkenntnis diejenige Operation widerspiegelt oder abbildet, die Marx als ‚abstrakte Arbeit' bezeichnet. Abstrakte Arbeit ist – wie gezeigt – Aneignung bzw. Reproduktion von den im Wert abstrakt vergegenständlichten Produkten konkreter Arbeit. Dieser Prozeß, der die Transformation des Produkts konkreter Arbeit in seine gesellschaftlich gültige Gegenständlichkeit bedeutet, ist Erfahrungskontinuum und Erkenntnishorizont der in ihm ökonomisch handelnden Subjekte.

Kommt es darauf an zu zeigen, von welcher Relevanz die kantische Erkenntnisproblematik für die Methode historischer Erkenntnis bei Hegel und bei Marx ist, so gilt es, die spezifisch antinomische Beschaffenheit der Erkenntnisproduktion und der Erkenntnisprodukte im System Kants zu beachten. Aus dieser nämlich lassen sich Aussagen über Reichweite und Begrenztheit der bei Kant ausgebildeten bürgerlichen Auffassung von Erkenntnis im Unterschied zur marxistischen erschließen. Dies insbesondere dann, wenn man berücksichtigt, daß die antinomische Struktur der Erkenntnistheorie Resultat dessen ist, daß bei

Kant ‚in bewußter Weise Materialismus und Empirismus mit dem Idealismus und der spekulativ-metaphysischen Dogmatik zusammentreffen'. (I.S. Narski, ‚Kants Antinomien und die Logik der Erkenntnis, in: Dt. Zeitschr. f. Philos. 4,1974, S. 334.)

Nach Kant muß sich die Erkenntnis apriori an der stofflichen Seite der Erfahrung, dem der Erkenntnis ‚Gegebenen' entwickeln. Wird dies Gegebene in objektiver Erkenntnis reproduziert, entsteht nach Kant eine Gegenständlichkeit, die er unter dem Terminus ‚Erscheinung' faßt. Als ‚Erscheinung' ist Gegenständliches der subjektiven Erkenntnis und Wahrnehmung, die zusammen die ‚Vorstellung' bilden, gegeben. Das zwar dem Denken jedoch nicht subjektiver Erkenntnis Zugängliche der objektiven Gegenständlichkeit, die erscheint, wird von Kant unter dem Terminus ‚Ding an sich' als existierend vorausgesetzt, transzendentiert in dieser Bedeutung aber die Möglichkeit subjektiver Erkenntnis und bleibt als Spekulationsobjekt reiner Vernunft von dieser unbegriffen. Daß die Gegenstände nicht Dinge an sich sind, sondern Erscheinungen, verbürgt zugleich, daß objektive Erkenntnis nur hinsichtlich jener Gegenstände möglich ist, die wir vermöge der Organisation unseres Verstandes selbst schaffen: ‚In diesem Sinne wird durch die Ordnungsleitung des Verstandes der Gegenstand unserer Erkenntnis konstituiert und nur dadurch, daß der Gegenstand derart produziert wird, ist allgemeingültiges und notwendiges Wissen über ihn möglich.' (S. Böhnisch, ‚Studie zum Verhältnis von theoretischer und praktischer Vernunft in der Philosophie Kants, in: Wissenschaftliche Zeitschrift, Universität Leipzig, 23. Jhrg. (1974), Heft 3, S. 157)

Dem subjektiv-objektiven Konzept Kants zufolge stehen Erscheinungen unter dem Gesetz der Reproduktion,die idealistische These Kants, nach der der ‚Verstand der Natur die Gesetze vorschreibt' bezeichnet aber auch den realistischen ‚Vorgang, in dem sich ein wesentliches Moment der Abbildung objektiver Strukturen und Muster vollzieht.

Von Marx her gesehen ist der theoretische Vorgang der Reproduktion realer Strukturen als Abbildung oder Widerspiegelung des Prozesses einer realen ‚Verkehrung' zu interpretieren, der in Systemen abstrakter Arbeit die Struktur von Erfahrung bildet. Allerdings geht Kant doch partiell über die erkenntnistheoretische Reproduktion der realen Verkehrung hinaus: an der Stelle seiner ‚Kritik', wo er im Zusammenhang der ‚transzendentalen Dialektik' eine‚Logik des Scheins' vorführt. Hier und insbesondere dort, wo Kant diese Dialektik in der Form der Aufstellung von ‚Antinomien' behandelt, wird die grundsätzlich antinomische Struktur der kantischen Position überhaupt deutlich. An ihr kommt der Widerstreit materialistischer und idealistischer Tendenzen in der Erkenntnistheorie Kants zum deutlichen Ausdruck.

In seiner Kant-Kritik begreift Hegel es als einen Fortschritt, daß er mit der Positivierung der kantischen Antinomien – der dialektischen Erweiterung der Theorie bloßer Verstandeserkenntnis – den von Kant restriktiv behandelten dialektischen Charakter des Logischen weiterentwickelt habe. Gleichzeitig anerkennt Hegel jedoch, daß Kant in der Aufstellung der Antinomien ‚auf das dialektische Moment des Logischen hingewiesen' habe. (Enzyklopädie, Ffm. 1973, § 48, Zusatz. Vgl. auch ‚Wissenschaft der Logik' (ed. Lasson), 2. Buch, S. 187 ff.) Er hat sich jedoch wegen der idealistischen bzw. der identitätsphilosophischen Voraussetzungen seiner Konzeption von Dialektik auf eine die Aufstellung der Antinomien bei Kant bestimmende Problematik nicht eingelassen. Diese war für Hegel auch nicht Anlaß, jene Voraussetzungen in Frage zu stellen. Im Gegensatz zur Behandlung der antinomischen Struktur des Widerspruchs bei Marx werden in Hegels Kant-Kritik idealistische Voraussetzungen geltend gemacht, deren Ausbildung vernachlässigt, was Kant hinderte, zu einer positiven Lösung der Antinomien zu gelangen. In nahezu ausschließlicher Beachtung der philosophisch relevanten, die dem spekulativen Denken Vorschub leistenden Bestandteile der kantischen Konzeption, werden die wissenschaftsrelevanten Bestandteile dieser Konzeption, die in der marxistischen Theorie eine wesentliche Rolle spielen, vernachlässigt.

Daher bedeutet Hegels Kant-Kritik durchaus nicht in allen Punkten eine Weiterentwicklung von dessen Problemstellung noch ihre akzeptierbare Lösung. Die Gründe, die Kant anführt, um einen wissenschaftstranszendenten Gebrauch von Kategorien zu vermeiden (hier wird gewissermaßen eine Kritik der Hegelschen Spekulation vorweggenommen), werden in ihrer Rationalität von Hegel nicht anerkannt. Sie fallen vielmehr unter das Verdikt der Abstraktion, die zur Erkenntnis dessen, was im Erkenntnisprozeß als solchem vor geht, nicht gelange. (Vgl. Enzyklopädie, a.a.O., § 52, Zusatz.) Diese Gründe hat Kant dort formuliert, wo er einen ‚positiven' Gebrauch von Ideen der Vernunft behandelt: sie in ihrer regulativen Funktion. Die idealistische Kritik an Kant kritisiert also einen Dogmatismus der Abstraktion der Verstandestheorie und ist nicht imstande, den Realismus der Konzeption des regulativen Gebrauchs der Ideen der Vernunft zu bemerken. (Ebenda, a.a.O., § 60.)

In seiner spekulativen Theorie des absoluten Selbstbewußtseins, der Theorie einer Substantivierung und Subjektivierung der absoluten Idee hat Hegel durchaus – entgegen den Vorbehalten Kants – dieses heuristische Prinzip in ein konstitutives Prinzip der reinen Denkbewegung verwandelt. Insofern ist die dialektische Konkretisierung der Theorie der abstrakten Verstandeserkenntnis durch Hegel, nach der es darauf ankommt: ‚die empirische Welt (zu denken) ... ihre empirische Form um (zu) ändern und sie in ein Allgemeines (zu) verwandeln' (Enzyklopädie, a.a.O., § 50), eine Umkehrung der von Kant getroffenen Unterscheidung des konstitutiven und des regulativen Gebrauchs der Vernunft. War für Hegel ein ‚bloß verständiges Denken auf die Form des abstrakt Allgemeinen beschränkt' und vermochte Kant deshalb nicht ‚zur Besonderung dieses Allgemeinen' fortzuschreiten (Enzyklopädie, a.a.O., § 37, Zusatz), so geht es demgegenüber Hegel darum, der dialektischen Entwicklung des absoluten Selbstbewußtseins eine Konzeption der Konkretisierung gerade auch der in der Erkenntnistheorie Kants fixierten Abstrakta zu integrieren. Damit wäre eine nur ‚äußerliche Ordnung', die durch die Kategorien hergestellt wird, in eine die objektiven Widersprüche von Denkbestimmungen begreifende Bewegung aufgenommen, der abstrakte Dualismus von Erkenntnis und Denken, Kategorien und Denkbewegungen aufgehoben. (Ebenda, § 52, Zusatz.)

Andererseits ist Kant indirekt Kritiker des dogmatischen Idealismus. Für Hegel dagegen begründet diese Rücksicht Kants den Vorwurf der Äußerlichkeit abstrakter, in Urteilsformen ausgedrückter Gegenstandsbeziehungen. Wie er in seiner Kritik der ‚sinnlichen Gewißheit' zeigt, in der sich eine nicht abstrakte Theorie allgemeingültiger Aussagen bewahrheiten soll, d. h. konkrete Allgemeinheit darstellen soll, muß Hegel, um diese Allgemeinheit aussagen zu können, von allen bewußtseinstranszendenten, vom Denken nicht herzustellenden Bestimmungen des sinnlichen Gegenstandes (der Wahrnehmung) abstrahieren. In idealisierender Transzendenz der Gegenstände der sinnlichen Gewißheit versucht Hegel, die bewußtseinstranszendente materielle Qualität des Gegenstandes in Denkakten gewissermaßen einzufangen. In der Konsequenz dieses Vorgangs werden dann die sinnlich materiellen Gegenstandsbestimmungen zum Verschwinden gebracht bzw. als ‚Sein' in einen ontologischen Gegenstand verwandelt, der nur als solcher für Hegel als Repräsentant eines begriffenen Allgemeinen gelten kann.

Es stellt sich abschließend die Frage, ob Marx, indem er die spekulative Bedeutung einer die Realstruktur der bürgerlichen Gesellschaft abbildenden antinomischen Verfassung von Erkenntnisvorgängen kritisiert, sich gewisse Prinzipien der kantischen Vernunftkritik zu eigen gemacht habe, ‚in welcher Hinsicht man in der Marxschen Kritik der Hegelschen spekulativen Philosophie die Fortsetzung von Kants Vernunftkritik erkennen könne'

(J. Zeleny: Die Wissenschaftslogik bei Marx und das ‚Kapital', Ffm 1962, S. 300). Eine solche Übereinstimmung ist möglicherweise dort zu sehen, wo Marx die Bedeutung der erkenntnistheoretischen Grenzziehung bei Kant in seiner Erkenntnismethode als historisch bedingte identifiziert, insofern diese Grenzziehung sich als eine Manifestation der in die Erkenntnistätigkeit hineinwirkenden gesellschaftlich realisierten Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft erklären läßt.

Hegels Überschreitung der von Kant festgesetzten Erkenntnisgrenzen führt zwar zur Entwicklung des von Engels hervorgehobenen ‚historischen Sinnes' der Hegelschen Dialektik, die jedoch nur zur Ausbildung eines letztlich metaphysisch-theologischen Begriffs von historischer Gesetzmäßigkeit führt. In der Kritik daran erneuert Marx Gründe gegen den idealistischen Vernunftgebrauch also nur soweit, als diese – wie zu zeigen war – in wissenschaftlicher Korrespondenz zur Ausbildung der materialistischen Methode historischer Erkenntnis stehen.

uz Unsere Zeit Zeitung der DKP

Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
– Vertriebsabteilung –
404 Neuss/Rhld., Xantener Straße 7
Telefon 0 21 01 / 5 70 81 – 88

TAGESZEITUNG	WOCHENZEITUNG
☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **TAGESZEITUNG** für mindestens 3 Monate (Abonnementspreis monatlich DM 7.–)	☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **WOCHENZEITUNG** für mindestens 1 Jahr (Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,50)

BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name

Vorname

PLZ Ort

Straße und Hausnummer

Beruf

Datum Unterschrift

Ursula Koch

Zum Ideologiegehalt soziologischer Forschungsmethoden

Im Rahmen der systematischen Analyse der Gesellschaft erhebt sich die Frage nach der Adäquanz der Methoden zu ihrer Untersuchung. Die soziologische Methodendiskussion, die bislang vorwiegend immanent und unter dem vorherrschenden Gesichtspunkt der Exaktheit der Methoden geführt worden ist, kann ihre eigenen, meist unausgesprochenen Prämissen nicht länger der Reflexion entziehen.

Einerseits verweist die Entwicklung der Sozialforschung in der BRD selbst auf die Notwendigkeit, methodologische Grundlagen der praktischen Forschung zu überprüfen. Neue Ansätze wie der der Handlungsforschung, Überlegungen wie die der „Sozialforschung als politische Handlung" und nicht zuletzt die Existenz immenser „Datenfriedhöfe" in den Sozialforschungsinstitutionen können als Indizien dafür gewertet werden, daß die Sozialforschung sich von ihren ursprünglichen pragmatischen Aufgaben entfernt hat oder sie jedenfalls nicht mehr adäquat zu lösen vermag. Diese generelle Unfähigkeit ist nicht der Qualität der bestehenden Methoden allein zuzuschreiben. Vielmehr muß die gesamte Forschungsaktivität gesehen werden als Ausdruck der bestimmten Funktionsweisen der Produktivkraft Wissenschaft in der bürgerlichen Gesellschaft.

Zum anderen heben die Existenz der sozialistischen Staaten und deren Erfolg auf gesellschafts- und auch außenpolitischem Gebiet die iedeologische Auseinandersetzung über die theoretischen und technischen Grundlagen der Sozialforschung auf eine neue Ebene. Wurde die Frage nach der Formationsspezifik soziologischer Forschungsmethoden schon vor 10 Jahren in der Diskussion um die ambivalente Situation der Sozialforschung als fortschrittliche oder affirmative angedeutet, so wird die „Austauschbarkeit" der empirischen Methoden nun vollends zum Problem, wo sich zeigt, daß in der DDR ebenfalls Sozialforschung in erheblichem Ausmaß betrieben wird – offensichtlich mit den gleichen „bürgerlichen" Methoden, jedoch aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln notwendig mit anderen Zielsetzungen.

Im folgenden soll versucht werden, zu zeigen, wo die bürgerliche Gesellschaft systematisch in den soziologischen Forschungsmethoden „wiederzuerkennen" ist: es soll die kapitalistische Gesellschaftsordnung als Entstehungskriterium in der Analyse der Methoden selbst aufgewiesen werden. Grundlage der Untersuchungen ist dabei die Auffassung vom Erkennungsprozeß als Teil der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und weiterhin die veränderte Funktion der Arbeits- und Erkenntnismittel in der DDR als einer Gesellschaft in der Phase des Aufbaus des Sozialismus. Das allgemeine Postulat vom bestimmten Verhältnis zwischen Gegenstand und Methode soll – einzelwissenschaftlich eingeschränkt – am Beispiel des Einflusses der Gesellschaftsform und ihrer Theorie auf die soziologischen Forschungsmethoden exemplifiziert werden.

---

* Dieser Aufsatz ist, leicht abgeändert, einem demnächst erscheinenden Buch über die Übernahmeproblematik „bürgerlicher" soziologischer Forschungsmethoden in der DDR entnommen.

1. Die neue Stellung der soziologischen Erkenntnismittel

Der Zusammenhang zwischen Arbeit und Erkennen führt zu ganz bestimmten Konsequenzen in Bezug auf die sozialökonomische Determination der Erkenntnismittel. Diese Konsequenzen lassen sich einerseits allgemein formulieren als generelle Aussagen über die Stellung von Arbeitsmitteln im Rahmen der assoziierten Arbeit; andererseits müssen sie spezifisch gefaßt werden als die Hilfsmittel, die einem jeweiligen Erkenntnisbereich zugehörig sind.

Unter den Bedingungen der assoziierten Arbeit werden die Arbeitsmittel wieder das, was sie ursprünglich waren: Sie werden als einfaches Hilfsmittel benutzt, das der Arbeiter zwischen sich und den Gegenstand schiebt. Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen spiegeln die Arbeitsmittel insofern das Klassenverhältnis wieder, als die Arbeitsmittel ja zum fixem Kapital gehören und in ihrer Anwendung daher nicht dem Produzenten, sondern dem Käufer der lebendigen Arbeitskraft dienen. Es erscheint notwendig, daß diese eingeengte Funktion die Form der Arbeitsmittel mit beeinflußt. Dasselbe muß auch für die Erkenntnismittel, d.h. für die wissenschaftlichen Methoden gelten.

Diese Analogie zwischen Arbeits-und Erkenntnismittel kann nicht auf allen Ebenen problemlos angenommen werden, zumal Erkenntnismittel vorwiegend nicht reell subsumiert sind. Zum Zweck der Kennzeichnung der gesellschaftlichen Formbestimmtheit der Erkenntnis und ihrer Mittel erscheint mir jedoch die Zugrundelegung dieser Analogie zulässig. (1)

So,wie die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit zustandegekommen sind aufgrund unterschiedlicher Problemkomplexe und Lösungsstrategien, werden sie auch in unterschiedlicher und je spezifischer Weise der gesellschaftlichen Nutzung zugeführt. „In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäufte Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäufte Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern". (2) Die von den Produzenten selbst geschaffenen Arbeitsmittel (die aufgehäufte Arbeit) wenden sich nicht mehr in Form von fixem Kapital gegen sie, sondern sie bleiben innerhalb der Verfügung der Produzenten selbst. Es ist daher zu erwarten, daß diese neue Funktion der Arbeitsmittel auch ihre Form modifiziert. Die Modifikationen müßten sowohl bei materiellen wie auch bei ideellen Arbeitsmitteln nachzuweisen sein. Da der zu bearbeitende bzw. zu erkennende Gegenstand in doppelter Weise materiell determiniert ist, einerseits als Naturgegenstand, andererseits als Gegenstand innerhalb der bestimmten gesellschaftlichen Reproduktion, muß das Arbeitsmittel sich notwendig auf beide Aspekte beziehen und von ihnen abhängig sein. Das Ding jedoch, dessen sich der Arbeitende unmittelbar bemächtigt, ist nicht der Gegenstand selbst, sondern zunächst das Arbeitsmittel. Es tritt daher in den unmittelbarsten Kontakt zum Arbeiter und ist so (vor allem als bereits bearbeitetes Arbeitsmittel) direkt von seinen Bedürfnissen beeinflußt. Seine Bedürfnisse wiederum sind nur zu verstehen im gesellschaftlichen Produktions- und Lebenszusammenhang. In einer allgemeinen Form kommt dabei dem Arbeitsmittel die Funktion eines Gradmessers der gesellschaftlichen Entwicklung zu, das offensichtlich Schlüsse zuläßt über die Gesellschaftsformation, in der es angewendet und entwickelt wurde. „Nicht was gemacht ist, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen

1 Vgl. K. Gößler: „Erkennen als sozialer Prozeß", in DZFPH, 5, 1972, S. 521.
2 K. Marx, F. Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei", MEW Bd 4, Berlin 1959, S. 476.

Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch *Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird".* (3)

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Übergangsgesellschaft sind charakterisiert durch das Eigentum der Produzenten an den Produktionsmitteln. Das Eigentum ist dabei aber nicht nur die Beziehung, auf deren Grundlage Arbeitsprozesse stattfinden, sondern die Eigentumsbeziehung zu den Produktionsmitteln ist die permanente tätige Aneignung selbst im Rahmen der gemeinschaftlichen Anwendung der Produktionmittel. Im Prozeß der Aneignung während der Produktion verwirklicht sich erst das gesellschaftliche Eigentum: „ ... das Eigentum, soweit es nur das bewußte Verhalten ... zu den Produktionsbedingungen als den seinen ist, das Dasein des Produzenten also als Dasein in den ihm gehörigen objektiven Bedingungen erscheint, – wird erst verwirklicht durch die Produktion selbst. Die wirkliche Aneignung geschieht erst nicht in der gedachten, sondern in der tätigen, realen Beziehung auf diese Bedingungen – das wirkliche Setzen derselben als der Bedingungen seiner subjektiven Tätigkeit." (4)

Die Einbeziehung des subjektiven Faktors in die Produktionsbedingungen weist auf ein wesentliches Ergebnis der vergesellschafteten Arbeit hin: Auf die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Individuum und Gesellschaft. In der sozialistischen Gesellschaft wird individuelle Arbeit direkt als gesellschaftliche verausgabt, und jedes einzelne Individuum begreift (bei entsprechend entwickeltem Bewußtsein) seine Arbeit bewußt als gesellschaftliche. Herstellung wie auch Aneignung der Produkte geschehen gemeinschaftlich, so daß die Einheit von Individuum und Gesellschaft an der Oberfläche jedes Arbeitsprozesses spürbar ist und das adäquate Bewußtsein sich nicht gegen die subjektive Tätigkeit entwickeln muß. Die gesellschaftlichen Beziehungen liegen dem Denken jetzt – als machbare und bewußt gemachte – unverschleiert offen; diese Offenheit bedeutet ein qualitativ neues Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Praxis und Gesellschaftstheorie. War die wissenschaftliche Analyse der bürgerlichen Gesellschaft hauptsächlich Ausdruck des sich unabhängig von den Individuen vollziehenden materiellen Prozesses – der Bewegung des Kapitals –, so müssen die gesellschaftlichen Prozesse im Sozialismus bewußt gestaltet werden auf der Grundlage ihrer theoretischen Antizipation. (5) Die Erkenntnismittel, d.h., die Methoden, derer sich die gesellschaftswissenschaftliche Forschung bedient, müssen bis zu einem gewissen Grade die Offenheit der Beziehungen zwischen materieller Basis und gesellschaftlichen Prozessen, zwischen tätigen Individuen und der ihnen zugrunde liegenden Gesellschaftsordnung widerspiegeln.

Nun kann es allerdings nicht Aufgabe der Sozialwissenschaften bleiben, die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft in solch globaler Form zum Gegenstand ihrer Analyse zu machen. Darzustellen sind also das allgemeine Bewußtsein und auch die vermittelnden Glieder in diesen Beziehungen, z.B. die Gruppen. Um einer Verabsolutierung der Gruppen, Gruppennormen usw. zu entgehen, ist es notwendig, die Gruppen sowohl in erkenntnistheoretischer Hinsicht wie auch in gesellschaftstheoretischer Hinsicht als Vermittlungsglied zwischen Individuum und Gesellschaft auf dem Hintergrunde der sozialen Determination des Individuum zu erfassen. Hahn führt dazu aus: „Wie bei kaum einem anderen soziologisch-theoretischen Problem ist bei diesem der Standpunkt von ausschlaggebender Be-

3 K. Marx: „Das Kapital", Bd.1, MEW Bd. 23, Berlin 1968, S. 194, Hervorh. U.K. .
4 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin (DDR) 1953, S. 393.
5 Das Moment der Antizipation soll allerdings nicht in einer Weise hypostasiert werden, daß die gleichzeitige Materialität aller gesellschaftlichen Prozesse negiert wäre.

deutung, daß der übergreifende Zusammenhang innerhalb des Ganzen der Gesellschaft dargestellt werden muß, ehe die einzelnen abstrakten Momente ihrer gegenseitigen Wechselwirkung zur Darstellung gelangen können." (6) Die besondere Wechselwirkung zwischen Individuum und Gesellschaft über das Medium der Gruppen läßt sich allerdings nicht einfach als „gegenseitige" apostrophieren. Sie muß jeweils konkret an bestimmten Gruppen analysiert werden. Die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen, die gemacht wurden, legen zumindest nahe, daß die Individuen durch ihre materiell-gesellschaftlichen Beziehungen geprägt sind. Im besonderen kann die Wirksamkeit einer Gruppe auf ein Individuum gerade so dargestellt werden, daß die relevanten gesellschaftlichen Inhalte der Gesellschaft über die Gruppe vermittelt werden. „Stets wirken also derartige gesellschaftliche Gebilde nicht schlechthin als solche, sondern dadurch, daß das Gebilde Träger, Repräsentant eines bestimmten ideellen Gehalts ist." (7) Der „bestimmte ideelle Gehalt" in der sozialistischen Gesellschaft ist das sozialistische Bewußtsein, die adäquate Widerspiegelung der vergesellschafteten Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Aufgaben. Die soziologischen Forschungsmethoden als Erkenntnismittel müssen also eingehen auf die gesellschaftliche Bestimmtheit sowohl der Individuen wie auch der Gruppen, die Gegenstand der soziologischen Forschung sind.

2. Zur Einheit von Theorie und Empirie

Darüber hinaus muß geklärt werden, welche Funktionen soziologische Methoden generell als Erkenntnismittel besitzen. Dazu ist es notwendig, wenigstens in Umrissen das Verhältnis zwischen soziologischer Theorie und Empirie darzustellen. Diese Darstellung soll von vornherein nicht primär als Auseinandersetzung mit der positivistischen Auffassung von Gesellschaftstheorien geleistet werden, sondern soll sich am Verständnis der marxistischen soziologischen Forschung in der DDR orientieren.

Die Frage nach der allgemeinen soziologischen Theorie wird von Erich Hahn in einer in der DDR als gültig anzusehenden Form beantwortet: Er spricht von dem „Tatbestand ..., daß der historische Materialismus die allgemeine marxistische Soziologie oder die allgemeine soziologische Theorie des Marxismus darstellt". (8) Wenn versucht wurde (9), in der Gruppe der DDR-Soziologen unterschiedliche Positionen zu definieren, die von der Absetzung vom historischen Materialismus bis zur bedingungslosen und dogmatischen Verpflichtung gegenüber dieser Theorie rangieren, so erweist sich m.E. zumindest dieses Kriterium, d.h. die Stellung zum historischen Materialismus, als ungeeignet, Unterschiede zu kennzeichnen. Die soziologischen Veröffentlichungen in der DDR basieren alle auf den in der Theorie und in der gesellschaftlichen Praxis als relevant erkannten Gesetzmäßigkeiten, die den Inhalt des wissenschaftlichen Sozialismus bilden. Aussagen wie die von Braunreuther: „Die allgemeine Soziologie, die der historische Materialismus darstellt, kann sich ihrerseits nur auf der Grundlage der vielen speziellen Forschungen weiterentwickeln" (10) kann m.E. nur im Zusammenhang mit dem Verständnis von Theorie und Empirie als untrennbarer

6 Erich Hahn: HISTORISCHER MATERIALISMUS UND MARXISTISCHE SOZIOLOGIE, Berlin (DDR) 1968, S. 139.
7 Ebenda, S. 137.
8 E. Hahn: HISTORISCHER MATERIALISMUS ..., a.a.O. S. 8.
9 So vor allem von Ludz in P.C. Ludz: SOZIOLOGIE UND EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG IN DER DDR, Köln/Opladen 1964, und von H. Bütow: „Soziologie und empirische Sozialforschung II", in: HOCHSCHUL-INFORMATIONEN, Nr. 1, 18 Jg. 1967.
10 Aus: K. Braunreuther (Hrsg.): ZUR KRITIK DER BÜRGERLICHEN SOZIOLOGIE IN WESTDEUTSCHLAND, Berlin (DDR) 1962, S. 47.

Einheit bei der Erlangung von Wissen über die Gesellschaft interpretiert werden. Keinesfalls kann eine solche Aussage (wie Bütow vermutet) als Beleg für die Existenz einer Gruppe von Soziologen in der DDR gewertet werden, deren Ziel darin besteht, in der Absetzung vom historischen Materialismus „ein eigenes Profil" zu gewinnen. (11) Die Weiterentwicklung der soziologischen Theorie muß auf der Grundlage der von Marx erkannten allgemeinen Bewegungsgesetze vielmehr so verstanden werden, daß vorliegende Lösungen auf neu entstehende Fragen anzuwenden sind und daß darüber hinaus die Aufdeckung neuer Gesetzmäßigkeiten zur Aufgabe der soziologischen Forschung wird.

Da die Produzenten in einem bewußten Verhältnis zur Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse stehen sollen, bedeutet das für die soziologische Theorie, daß sie „in einem Maße der ständigen Konfrontation mit der Praxis ausgesetzt (ist), wie das in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft niemals vorher der Fall war". (12) Als Bindeglied zwischen der Theorie und der objektiven Realität ist die Empirie zu verstehen. Beide wiederum, Theorie und Empirie, sind Glieder des Gesamtzusammenhanges von Wissenschaft und Praxis.

Die Einheit von Theorie und Empirie kann einerseits unter dem Aspekt der Widerspiegelung der Wirklichkeit betrachtet werden. Beide, Theorie und Empirie, stellen durchaus „gleichwertige" wissenschaftliche Widerspiegelungsbeziehungen dar. Andererseits setzen Theorie und Empirie einander wechselseitig voraus und sind auch unter diesem Aspekt nicht zu trennen. Das Problem, das zu einer empirischen Untersuchung führt, stammt in erster Linie aus der gesellschaftlichen Entwicklung selbst. Die Problemgegenstände in der sozialistischen Gesellschaft sind ganz bewußt Teil der im gesellschaftlichen Rahmen zu erlangenden Verfahren zur Befriedigung der Bedürfnisse. Dieses objektive Abbild von gesellschaftlichen Problemen verläuft allerdings in seiner Entwicklung nicht linear und widerspruchsfrei. Die Widerspiegelung enthält immer auch subjektive Momente, die den Zustand des das Problem rezipierenden Subjekts betreffen. Das heißt, in die Auffassung, wie ein Problem zum Zweck einer wissenschaftlichen Untersuchung zu formulieren sei, gehen die objektiven Zustände der gesellschaftlichen Realität ebenso ein wie die subjektive Einschätzung dieses objektiven Zustands. Von psychologisierenden Deutungen des subjektiven Faktors soll allerdings in diesem Zusammenhange abgesehen werden; gemeint sind in erster Linie die ideellen Abbilder der Wirklichkeit, die sich als bestimmte Auffassungen von der Realität in den Köpfen der Menschen wiederfinden: Gemeint ist also die Gesellschaftstheorie selbst. (13) Das bedeutet aber im Kontext der wechselseitigen Voraussetzung von Theorie und Empirie, daß nicht nur, wie eben dargestellt, die gesellschaftliche Entwicklung selbst zur Formulierung eines Problems in der Sozialforschung führt, sondern daß die Theorie schon in die Erfassung des Problems mit eingeht und insofern die Empirie bedingt. Die Theorie ist wiederum nicht ein Konglomerat von theoretischen Setzungen, sondern sie besteht ja u.a. aus den verallgemeinerten Schlußfolgerungen vorangegangener empirischer Untersuchungen. Auf dieser allgemeinen Ebene ist es daher m.E. recht müßig, zu versuchen, die Priorität der einen oder der anderen, d.h. der Theorie oder der Empirie, feststellen zu wollen.

Bevor die einzelnen Etappen der Sozialforschung jedoch im Hinblick auf ihre theoretische und methodologische Relevanz dargestellt werden können, müssen die Begriffe Theorie

11 Vgl. Bütow: „Soziologie ... II", a.a.O., S. 14.
12 E. Hahn: „Historischer Materialismus ...", a.a.O., S. 155.
13 Widersprüche in den Verhaltensweisen und Vorstellungen sind jedoch nicht vorher bestimmbar; wäre das der Fall, müßte sich empirische Sozialforschung als überflüssig erweisen.

und Empirie einer kurzen klärenden Untersuchung unterzogen werden. Wenn von *Theorie* die Rede ist, dann soll es sich in unserem Zusammenhang um soziologische Theorie handeln, d.h. um Theorie von der Gesellschaft. Die von Marx aufgedeckten Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft können beanspruchen, gesellschaftliche Theorie zu sein. Ebenso gilt dies für die aus ihnen abgeleiteten Aussagen über die Übergangsgesellschaft, obwohl diese Gesellschaftsform selbst nicht auf eine vollständige Theorie „zurückgreifen" kann. Da einzelne gesetzmäßige Zusammenhänge dieser Gesellschaftsformation bekannt sind (so etwa das Gesetz der Ökonomie der Zeit, das Gesetz des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, das sozialistische Aneignungsgesetz) (14) kann von dieser Grundlage aus die Erforschung der sozialistischen Wirklichkeit und die Weiterentwicklung der Gesellschaftstheorie vorangetrieben werden. „Zusammen mit der empirischen Basis bestimmen ... (die) grundlegenden Abstraktionen das Wesen und den Charakter der betreffenden Theorie." (15)

Hahn nennt nach Jolon vier verschiedene Aspekte, unter denen eine wissenschaftliche Theorie als System bezeichnet werden kann: 1. als logisches System, das sich bestimmter, auf der Grundlage von Regeln gebildeter, Zeichen und Symbole bedient; 2. als sprachliches System, das in Form von Axiomen und Theoremen aufgebaut ist; 3. als erklärendes System, das die Tendenzen der Entwicklung und Veränderung der Wirklichkeit aufzufinden und Prognosen zu liefern hat; 4. als heuristisches System, das als Mittel der Erlangung neuer Kenntnisse und der Veränderung des Objekts dient. (16) In dieser Systematik sind in Bezug auf die Gesellschaftswissenschaft und die in ihr formulierte Theorie besonders die letzten beiden Aspekte von Relevanz. Sie zeigen das Wesentliche einer Theorie auf, nämlich die Eigenschaft, *Fakten zu erklären.* Genau an dieser Stelle, in ihrer Erklärungsfunktion, muß die Einheit der Fakten mit der Theorie festgemacht werden. Wenn also später (17) im Zusammenhang mit der Auswahl und Begründung von Methoden der empirischen Forschung von den Erfordernissen der Faktensammlung die Rede sein wird, so geht in die begriffliche Fassung der Fakten bereits ein Stück von der Theorie von der betreffenden Gesellschaft ein: Es werden also ganz bestimmte Fakten gesammelt, deren Erfassung nur auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der entsprechenden Theorie möglich ist, die diese Verhältnisse abbildet.

Bei der Verwendung des Begriffs *Empirie* muß unterschieden werden zwischen der von Marx und Engels immer wieder gebrauchten Anwendung und zwischen dem Begriff Empirie als Kennzeichnung einer „relativ selbständigen, wesentlichen Stufe der wissenschaftlichen Erkenntnis". (18) Wenn, besonders in der „Deutschen Ideologie", zur Darstellung der Bedingungen des historischen Werdens des jeweiligen gesellschaftlichen Zustandes die Rede ist vom empirisch konstatierbaren und an materielle Voraussetzungen geknüpften" Lebensprozeß, oder von dem „wirklichen, empirisch anschaulichen Entwicklungsprozeß unter bestimmten Bedingungen" (19), so haftet der Verwendung des Begriffs „empirisch" eine Bedeutung an, die den üblichen und auch unseren Rahmen einer methodologischen Untersuchung im Bereich der empirischen Sozialforschung weit überschreitet. Marx und Engels wenden sich mit diesem Begriff hauptsächlich gegen die unhistorische Rezeption einfacher Fakten die, losgelöst von ihrem gesellschaftlichen Entstehungs- und Begründungszusammenhang, keinen erkenntnismäßigen Wert hat. Der Begriff wendet sich also in Wirklichkeit gegen empiristische Auffassungen von der Realität und ist selbst schon wieder ein höchst theoretischer Begriff. „Sobald dieser tätige Lebensprozeß dargestellt wird, hört die Geschichte auf, eine Sammlung toter Fakta zu sein, wie bei den selbst noch abstrakten Empirikern, oder eine eingebildete Aktion eingebildeter Subjekte, wie bei den Idealisten." (20) Das heißt, ohne den gesetzmäßigen gesellschaftlichen Zusammenhang erscheinen alle Fakten als tote Fakten, und die Forscher, die in diesem Sinne ahistorisch vorgehen, sind gleichzusetzen mit Idealisten. Hahn setzt den von Marx und Engels gebrauchten Begriff „empirisch" daher gleich mit „nicht spekulativ, nicht idealistisch, nicht ausgedacht, nicht erfunden, nicht willkürlich". (21)

Empirie im hier verwendeten Sinne soll jedoch lediglich die Stufe im Prozeß des wissenschaftlichen Erkennens der Gesellschaft bezeichnen, „in der mit Hilfe der verschiedenartigsten Methoden die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens erfaßt und nach bestimmten Kriterien systematisiert werden" (22) Diese Bestimmung zeigt die Einheit von Empirie und Theorie insofern auf, als einerseits die Frage nach den erkenntnistheoretischen Voraussetzungen in materialistischer Weise beantwortet wird („die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens"), andererseits die „bestimmten Kriterien" der Systematisierung auf die zugrundeliegende Gesellschaftstheorie hinweisen. Das heißt, daß Empirie oder empirische Sozialforschung keineswegs eine durch ihren rein instrumentellen Charakter aus dem theoretischen soziologischen Erkenntnisprozeß auszugliedernde Phase ist. Ihre Durchführung ist daher einerseits nicht zu trennen vom ideellen Abbild der Gesellschaft, in der sie angewendet wird; andererseits ist Empirie zwingende wissenschaftliche Praxis und somit keinesfalls beliebig im Sinne der Durchführung oder Unterlassung im Erkenntnisprozeß.

3. Der Einfluß der Theorie auf den Forschungsprozeß

Welches sind nun die Etappen eines konkreten soziologischen Forschungsprozesses und in welcher Weise beeinflußt die Theorie jede einzelne Etappe? Der Aufzählung der einzelnen Phasen muß vorangeschickt werden, daß auch eine Systematisierung unter anderen Gesichtspunkten möglich wäre; der hier folgende Vorschlag läßt z.B. einzelne Schritte (etwa den Pretest) aus, die speziell bei der Frage des Einflusses der Theorie methodisch keine hervorgehobene Rolle spielen.

Generell können vier Phasen unterschieden werden: a. die Auswahl des Forschungsobjektes, b. die Auswahl der Methoden, c. die Datensammlung, d. die Auswertung der Daten und die Erklärung des empirischen Materials. (23)

14 Vgl. die Darstellung dieser Gesetze in: POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS UND IHRE ANWENDUNG IN DER DDR, Berlin (DDR) 1969.
15 E. Hahn: HISTORISCHER MATERIALISMUS ..., a.a.O., S. 178.
16 E. Hahn: HISTORISCHER MATERIALISMUS ..., a.a.O., S. 178.
17 Siehe S.
18 E. Hahn: HISTORISCHER MATERIALISMUS ..., a.a.O., S. 180.
19 K. Marx: „Die deutsche Ideologie", MEW Bd. 3, Berlin 1958, S. 26.
20 K. Marx: „Die deutsche Ideologie", a.a.O., S. 27.
21 E. Hahn: HISTORISCHER MATERIALISMUS ..., a.a.O., S. 183.
22 WÖRTERBUCH DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN SOZIOLOGIE, Berlin (DDR) 1969, S. 100.
23 Vgl. den Aufsatz von G.M. Andrejewa: „Die methodologische Rolle der Theorie auf den verschiedenen Etappen der Sozialforschung", in: SOZIOLOGISCHE FORSCHUNG – GRUNDSÄTZE UND METHODEN v. P. Bollhagen (Hrsg.), Berlin (DDR) 1966; und H. Jetzschmann, H. Kallabis, R. Schulz, H. Taubert (Hrsg.): EINFÜHRUNG IN DIE SOZIOLOGISCHE FORSCHUNG, Berlin (DDR) 1966, S. 33f.

Die Wahl des Forschungsobjekts

Die *Wahl des Forschungsobjekts* ist in der sozialistischen Gesellschaft in zweierlei Hinsicht von der Theorie , d.h. von der Theorie von der sozialistischen Gesellschaft und von der theoretischen Erfassung einzelner Bereiche abhängig. Einerseits in dem allgemeinen Sinne, indem auch in einer anderen Gesellschaftsform die Wahl des Forschungsobjekts und die Formulierung der Hypothesen (24) nur auf dem Hintergrund der theoretischen Ausgangsposition des Forschers gesehen werden kann. Teilweise wird dieser Einfluß in der bürgerlichen Sozialforschung insofern negiert, als er nur in psychologisierender Form dargestellt wird. So spricht etwa R. König von der „ausgesprochenen hypothesenbildenden Phantasie", die zwar „auf den Gegebenheiten des unmittelbarsten sozialen Alltags beruht", aber ansonsten gehöre „es zu den Merkmalen menschlicher Reife, daß sie ‚wissend' sein kann, ohne darum ihre Unbefangenheit zu verlieren". (25) Von Unbefangenheit kann jedoch in keinem Falle die Rede sein, denn bereits die Sprache, in der das zu untersuchende Problem ausgewählt wird, die Kategorien, vermittels welcher ein Stück Wirklichkeit zum Gegenstand der Forschung gemacht wird, drücken eine ganz bestimmte Konzeption vom Gegenstandsbereich aus. H. Albert verabsolutiert diesen Aspekt und nennt die Wissenschaften nach K. Popper nur noch „Sprachstile". (26) Die prinzipielle Möglichkeit, Wesentliches über die gewählten Forschungsobjekte aussagen zu können, bleibt für ihn dem Forschungsprozeß selbst fremd: Es sei „ein genetisches Problem, das bestenfalls in die Psychologie gehört, nicht aber in die Erkenntnistheorie (bzw. Wissenschaftslehre oder Methodologie)". (27)

Wenn dabei das Bedürfnis nach objektiven Daten die Wahl des Forschungsobjekts immer „konkreter" werden läßt, d.h. wenn etwa die Gesellschaft zum Zwecke der genaueren Erfassung in Gruppen, diese Gruppen wiederum in Einzelpersonen zersplittert werden, und diese Einzelpersonen dann zum Forschungsobjekt werden, obwohl letzten Endes etwas über die Gesellschaft ausgesagt werden sollte, dann spiegelt diese Vorgehensweise bei der Objektauswahl nicht nur einen fehlenden gesellschaftstheoretischen Zusammenhang wieder, sondern impliziert bereits wieder eine Auffassung von der Gesellschaft ungefähr in der Art eines „menschlichen Aggregats von Individuen".

„Gleiche objektive Problemsituationen können in Abhängigkeit von unterschiedlichen ideologischen Standpunkten sehr verschieden definiert werden", schreibt Schliwa (28). Dem muß hinzugefügt werden, daß von entsprechenden Standpunkten aus manche Probleme überhaupt nicht erkannt werden. Die Gefahr des Abgleitens in nur psychologische Begründungszusammenhänge der Erkenntnistätigkeit besteht nach Schliwa in der sozialistischen Gesellschaft nicht, da der gesellschaftliche Zusammenhang der einzelnen Phänomene nach und nach zum allgemeinen Bewußtsein gemacht wird: „Alle Veränderungen und weitreichende Ereignisse im politisch-gesellschaftlichen Bereich sind als Problemsituation zu bestimmen, vor die die Klassen und Klassenindividuen gestellt sind. Die ideologische Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft ist wesentlich darauf gerichtet, die sozialistischen Persönlichkeiten und Kollektive zu befähigen, diese Situationen vom Standpunkt ihrer Grundinteressen, der Interessen des sozialistischen gesellschaftlichen Gesamtsubjekts, in ihrem wesentlichen Inhalt zu begreifen und das theoretische wie praktische Problemlösungsverhalten dementsprechend zu gestalten." (29)

In der einen oder anderen ,d.h. ideologiekritischen oder systemkritischen Form ist das Bewußtsein vom Einfluß bestimmter theoretischer Auffassungen auf die Wahl des Forschungsobjekts in der neueren Literatur zur Sozialforschung jedoch schon ein allgemeines, so daß dieser Aspekt hier nicht weiter verfolgt zu werden braucht.

Dargestellt werden sollte dagegen der besondere Einfluß der Theorie der sozialistischen Gesellschaft auf die Wahl des Forschungsobjekts. Das entscheidende Spezifikum ist dabei die Tatsache, daß die Theorie über die *bewußt* gestaltete Praxis Einfluß nimmt. Das heißt, der Einfluß der Praxis findet nicht in vager Form, etwa als „sozialer Alltag"Eingang in den Forschungsprozeß, sondern die Ausführung eines soziologischen Forschungsvorhabens ist selbst Teil der bewußt gestalteten gesellschaftlichen Prozesse. Insofern ist die Auffassung des Forschers von der Gesellschaft zwingend vorgegeben, denn er kann nicht einerseits ein konkretes gesellschaftliches Problem in einer geplanten Gesellschaft der effektiveren Inangriffnahme zuführen wollen und andererseits eine Gesellschaftstheorie in seinem Forschungsprozeß zur Geltung kommen lassen, die das Finden der relevanten gesellschaftlichen Probleme weitgehend dem individuellen Forscher oder gar der Einschätzung der „Nachwelt" überläßt.

Indem also die gesellschaftlichen Prozesse gestaltet werden auf der Grundlage der Kenntnis der grundlegenden Bewegungsgesetze der Gesellschaft, kann die Ausführung von soziologischen Forschungsvorhaben auch nichts weiter sein als ein Stück dieser Gestaltung, die direkte Vorarbeit zu praktischen Maßnahmen. Die Kenntnis grundlegender Gesetzmäßigkeiten zeigt dabei jedoch nur den Zusammenhang auf, in dem einzelne Teilbereiche wirken. Ansonsten sollen „die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens ... mit maximaler Gründlichkeit erfaßt werden. Daher können und müssen die einzelnen Seiten, Momente und sogar Elemente des gesellschaftlichen Lebens erforscht werden (ohne daß dabei selbstverständlich vergessen wird, daß die Erforschung der Gesellschaft als Ganzes notwendig ist).Aber die Aufgabe besteht darin, dieses Element richtig auszusondern". (30)

Nun ist es nicht die besondere Aufgabe der Sozialwissenschaftler, die Entwicklung der Gesellschaft voranzutreiben. Das wird vielmehr von allen Mitgliedern des „werktätigen Volkes" besorgt. Die Partei der Arbeiterklasse (in der DDR die SED) sieht es als ihre Aufgabe, die unterschiedlichen Anstrengungen zu koordinieren, die bisherigen Erfahrungen auszuwerten und neue Aufträge zu erteilen. Obwohl gerade auf der Ebene der Parteiarbeit prinzipiell zwischen taktischen und „gesellschaftstheoretischen" Maßnahmen und Beschlüssen unterschieden werden muß, soll hier die Aktivität der Parteiarbeit herausgegriffen werden, die unmittelbar relevant für die Arbeit der Soziologen ist. So berichtet K. Hager: „Der VIII. Parteitag leistete einen bedeutenden Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie und ihrer schöpferischen Anwendung auf die konkreten Bedingungen der DDR. Er bestimmte wissenschaftlich exakt die gegenwärtige Entwicklungsetappe der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und legte die Aufgaben zu ihrer weiteren Gestaltung fest." (31)

---

24 Vgl. dazu H. Korch: DIE WISSENSCHAFTLICHE HYPOTHESE, Berlin (DDR) 1972, S. 332f.

25 R. König (Hrsg.): DAS INTERVIEW, Köln/Berlin 1962, S. 25.

26 H. Albert: „Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften", in: LOGIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN, hrsg. von E. Topitsch, Köln/Berlin 1965, S. 126. Ebenso handelt eine Arbeit von A. Weymann mit dem Titel „Gesellschaftswissenschaften und Marxismus. Zur methodologischen Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften in der DDR" schwerpunktmäßig von Sprachphilosophie und Linguistik. A. Weymann: GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN UND MARXISMUS, Düsseldorf 1972, Kap. 3-7, 10.

27 H. Albert: a.a.O., S. 129.

28 H. Schliwa: „Erkenntnis und Ideologie", in: „Probleme und Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie", DZFPH, Berlin (DDR) 1968, S. 120.

29 H. Schliwa: „Erkenntnis und Ideologie", a.a.O. S. 120.

30 Andrejewa: a.a.O. S. 36.

31 K. Hager: „Die entwickelte sozialistische Gesellschaft". Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED, in: EINHEIT 11, 1971, S. 1203.

Die Ausführung der von der Partei auf dem Parteitag beschlossenen Aufgaben für die Gesellschaftswissenschaften obliegt unterschiedlichen Institutionen, die P.C. Ludz in „parteieigene", „parteinahe" und „parteiferne" klassifiziert hat; innerhalb dieser Institutionen lassen sich (nach Ludz) wiederum vier Ebenen der Forschung angeben: (32) Die erste Ebene stellt die Ideologische Kommission beim Politbüro des Zentralkomitees der SED dar; sie formuliert in recht allgemeiner Form das Rahmenprogramm für die Forschung. Die zweite Ebene ist das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Abteilung Soziologische Forschung; hier wird das Forschungsprogramm gemäß dem Rahmenprogramm genauer formuliert und in einzelne Forschungsaufgaben aufgegliedert. Die dritte Ebene, auf der die Durchführung der Forschungsprogramme geschieht, stellt entweder das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED selbst („parteieigene Forschung"), oder es delegiert die Durchführung an überregionale Institute, wie die Sektion Soziologie bei der „Vereinigung philosophischer Institutionen der DDR" und die Sektionen für Philosophie und Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften; im Bereich der Humboldt-Universität an die Soziologische Kommission beim Prorektorat für Gesellschaftswissenschaften und insbesondere die Interfakultative Forschungsgemeinschaft „Soziologie und Gesellschaft" (33). Die vierte Ebene sind schließlich die Universitätsinstitute, die die Aufträge für ganz bestimmte Forschungsvorhaben bekommen. In ihnen wird genau festgelegt, welche Mitarbeiter an welchen Aufgaben arbeiten sollen etc. Ein Beispiel dafür ist etwa die Darstellung des „Instanzenweges" bei einer in Halle durchgeführten Untersuchung: „Das Zentralkomitee der SED beschloß im September 1964 ein umfassendes Programm der soziologischen Forschung in der DDR: ‚Die Entwicklung des kulturell-technischen Niveaus der Werktätigen im Prozeß der technischen Revolution.' Dieses Programm gilt vorerst bis 1970 und befindet sich im Stadium seiner Realisierung und Präzisierung. ... Für die Soziologische Abteilung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde daraus 1966 das Teilthema ‚Die Entwicklung des Verhältnisses der Werktätigen zur Arbeit im Prozeß der technischen Revolution' zur selbständigen eigenverantwortlichen Forschung bestimmt." (34) Ludz fügt hinzu: „Dieser einlinig verlaufende Zug der Organisation der Forschung ‚von oben nach unten' wird ergänzt durch einen ‚von unten nach oben' gehenden Prozeß, in dem die Institute der dritten oder auch der vierten Ebene etwa die Gestaltung der Forschungsprogramme anregen." (35)

Die vier Ebenen der Planung der soziologischen Forschung, die von Ludz unter dem Gesichtspunkt der Forschungsorganisation dargestellt werden, gewinnen in diesem Zusammenhang an Relevanz, insofern sie zeigen, wie die führende Partei und ihre Einschätzung der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in beinah unmittelbarer Form Einfluß hat auf die Wahl der Forschungsfragen des Soziologen. Aus der Forderung an die Gesellschaftswissenschaften, sich als wirksames Instrument bei der Herausbildung und Vertiefung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen zu entwickeln, ergibt sich, „daß wir auch in der weiteren Arbeit konsequent an dem Grundsatz der inhaltlichen Leitung der Gesellschaftswissenschaften durch die Partei festhalten werden." (36)

Die unmittelbare gesellschaftliche Praxis selbst findet ihren Niederschlag in unorganisierter Form (Anregungen ‚von unten') wie auch in organisierter Form über die Rechenschaftsberichte bei den Parteitagen. Grundlage für die Einschätzung und Beeinflussung der Entwicklung der Gesellschaft ist jedoch die Theorie von der sozialistischen Gesellschaft: „Theoretische Ausgangspunkte dafür waren die Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus über den Charakter der Arbeit, und zwar sowohl über das allgemeine (anthropologische) Verhältnis Mensch-Arbeit, als auch über die Veränderlichkeit des Charakters der Arbeit entsprechend den verschiedenen gesellschaftlichen Produktionsweisen. Weiterhin waren es die von der SED verarbeiteten, in ihren Dokumenten und Materialien enthaltenen aus Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung abgeleiteten Erkenntnisse, Beschlüsse und Grundgedanken zur Arbeit unter den konkreten sozialistischen Verhältnissen in der DDR. Schließlich waren es Veröffentlichungen marxistischer Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen vor allem über die Wandlung des Charakters der Arbeit unter den Bedingungen der technischen Revolution." (37) In dieser bestimmten praktisch und theoretisch hergeleiteten Form gewinnt das Postulat vom Einfluß der Theorie auf die Auswahl des Forschungsobjekts in der sozialistischen Gesellschaft Relevanz.

Die Auswahl der Forschungsmethoden

Die *Auswahl der Methoden*, die die Antworten geben sollen auf die im Hypothesenansatz gestellten Fragen, erfordert ebenso wie die Auswahl des Forschungsobjektes selbst weitreichende theoretische Erwägungen. Zu dieser Etappe des Forschungsprozesses gehören sowohl Entscheidungen über die Verwendung qualitativer Verfahrensweisen, wie auch schon die Planung des Auswertungsmodus nach der Faktensammlung. Da alle quantitativen Verfahren im Zusammenhang mit den qualitativen Verfahren geplant und eingesetzt werden müssen, ist es notwendig, selbst mathematische Auswahlverfahren von vornherein in detaillierter Form und im Zusammenhang mit den Untersuchungshypothesen auszuwählen, da für die quantitative Analyse oft zusätzliche Bedingungen erfüllt werden müssen (etwa Zufalls- oder Wahrscheinlichkeitskriterien). Die für quantitative Verfahren wie etwa die Faktorenanalyse benötigten Daten können nicht erst nach Abschluß der Datensammlung aus dem vorliegenden Material zusammengesucht werden, sondern sie müssen bereits in das Stadium der Planung der Untersuchung mit einbezogen werden. Dies gilt selbstverständlich für jedes empirische Vorhaben in der bürgerlichen wie auch in der sozialistischen Gesellschaft.

Die Kriterien, nach denen die Methoden ausgewählt werden, die vorwiegend qualitative Informationen über den Forschungsgegenstand liefern sollen, können unter drei Gesichtspunkten zusammengefaßt werden:

1) Es muß unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft die Entscheidung getroffen werden, ob überhaupt Methoden aus der Tradition der bürgerlichen empirischen Sozialforschung verwendet werden sollen. Dieser Gesichtspunkt ist nicht immer berücksichtigt worden. Einerseits deswegen, weil eben nur jene Methoden zur Verfügung standen und stehen, andererseits aus Gründen der noch nicht differenziert genug entwickelten Methodendiskussion in der Entwicklung der marxistischen Soziologie.

2) Der zweite Gesichtspunkt zur Auswahl der Methoden ist – wiederum generell – die Übereinstimmung der Verfahrensweisen mit den Erfordernissen der Hypothese, d.h. mit der dem Gegenstand zugrunde liegenden Theorie. Dabei müssen solche Fragen in Erwägung gezogen werden wie das Verhältnis zwischen Erscheinung und Wesen des betreffenden Gegenstandes und den Möglichkeiten, mit Hilfe bestimmter Verfahrensweisen Informa-

32 Vgl. P.C. Ludz: „Soziologie in der 'DDR' ", I., in: SBZ-ARCHIV, 15, Heft 17/18, 1964, S. 270.
33 P.C. Ludz: „Soziologie in der ‚DDR' ", a.a.O., S. 270.
34 J. Gerats, A. Toepel, O. Voigt: „Probleme der Vorbereitung einer soziologischen Untersuchung", in: P.C. Ludz (Hrsg.): SOZIOLOGIE UND MARXISMUS IN DER DDR, Bd. 1, Neuwied/Berlin 1972, S. 456.
35 P.C. Ludz: „Soziologie in der ‚DDR' ", a.a.O., S. 270.
36 K. Hager: „Die entwickelte sozialistische ... ", a.a.O., S. 1240.
37 J. Gerats e.a.: „Probleme der Vorbereitung ...", a.a.O., S. 457.

tionen über die vielfältigen Aspekte des Gegenstandes zu erlangen, die geeignet sind, den Erkenntnisprozeß wirklich weiterzubringen und die nicht nur in einer Sammlung unterschiedlicher Fakten resultieren.

Es geht also darum, im Forschungsprozeß selbst die Wichtigkeit der Einbeziehung *aller* theoretischen Voraussetzungen, die dem Forscher zur Verfügung stehen, zu betonen. Wenn die Relevanz einzelner Teilbereiche oder Aspekte des Gegenstandes nicht richtig eingeschätzt wird, gelangen bestimmte Methoden nicht zur Anwendung. Das Ergebnis der Untersuchung kann dann keinesfalls beanspruchen, Wesentliches zur Erkenntnis des Gegenstandes beizutragen. Als ein Beispiel dafür sei hier der Bericht von Gerats e.a. (38) zitiert, in dem das Vorgehen bei einer Untersuchung zum Verhältnis der Werktätigen zur Arbeit geschildert wird. Obwohl unmittelbarer Gegenstand der Untersuchung die Werktätigen selbst waren bzw. ihr Verhältnis zur Arbeit, erschien es der Komplexität des Gegenstandes angemessen, nicht allein die Werktätigen und ihre Arbeit zu befragen bzw. zu beobachten: „Eine Arbeitsgruppe ... führte deshalb eine Reihe von Experteninterviews mit verantwortlichen Mitarbeitern der Betriebe durch. Dabei interessierten insbesondere die Meinungen des Leiters der Abteilung Arbeitsnormung, des Kaderleiters, des Vorsitzenden der Konfliktkommission, des Leiters des Büros für Neuererwesen, des Arbeitsschutzbevollmächtigten, des Leiters der Gruppe Wettbewerbe ..., des Vorsitzenden des Rates für Sozialversicherung, des Leiters der Abteilung Sicherheitstechnik usw." (39)

Aus der Vielseitigkeit der in die Expertengespräche einbezogenen Funktionsträger im Betrieb kann man ersehen, welche Faktoren aus theoretischen Erwägungen mit in das Verhältnis des einzelnen Arbeiters zu seiner Arbeit hineinspielen. Die Autoren konnten auf diese Weise „spezielle Fragen klären, z.B. Grad der Normerfüllung als Maß der Arbeitsleistung und damit als Element der Einstellung zur Arbeit." (40)

Das Beispiel zeigt, inwieweit die theoretische Konzeption des Gegenstands direkten Einfluß auf die Auswahl unterschiedlicher Methoden ausübt. Die hervorgehobene Stellung des Interviews in der bürgerlichen empirischen Sozialforschung kann unter anderem einer fehlenden Gesellschaftstheorie geschuldet sein; der Mangel an theoretischem Wissen über den Zusammenhang, in dem ein gesellschaftliches (oder auch individuelles) Phänomen zu sehen ist, hebt die Äußerung einer individuellen Meinung in eine Wichtigkeitsstufe, die dem tatsächlichen Zustand des Forschungsobjekts nicht angemessen sein muß. Dies vor allem, wenn es sich um ein kompliziertes und nur indirekt zu messendes Objekt handelt wie etwa im obigen Beispiel „Das Verhältnis zur Arbeit".

Die quantitative Zusammenfassung solcher unhinterfragter Meinungen zu „Mehrheiten" überdeckt dabei in der bürgerlichen Gesellschaft das ungelöste Problem der Offenlegung des Begründungszusammenhanges einer Meinung und legitimiert damit ansonsten unbegründbare Standpunkte oder „mehrheitliche Auffassungen" als „demokratisch" entstandene.

Kern und Schumann haben in ihrer Studie „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" den Versuch unternommen, objektivierbare Informationen vermittels Interview und Arbeitsplatzbeobachtung zu erlangen. (41) Die bewußte Beschränkung auf die „Sphäre von Produktion und Arbeit" und die Nichtbeachtung der Sphären „Politik und Staat" und der

38 J. Gerats e.a.: „Probleme der Vorbereitung ...", a.a.O.
39 Ebenda, S. 472.
40 Ebenda, S. 472.
41 H. Kern, M. Schumann: INDUSTRIEARBEIT UND ARBEITERBEWUSSTSEIN Frankfurt/M., 1970.

„Absatz- und Konsumsphäre" (42) schließt jedoch ganze Zusammenhänge bestimmter Formen der Verausgabung der Arbeitskraft aus der theoretischen Konzeption der Untersuchung aus. Das zeigt sich im Leitfaden zur Arbeitsplatzbeobachtung, in dem Operationalisierungen dann in einer so engen Weise vorgenommen werden, daß sie nur noch spezifische Aussagekraft haben und das Instrument „Arbeitsplatzbeobachtung" dadurch recht einseitige und dünne Information liefert. Als Beispiel sei hier die Operationalisierung der dem Arbeiter obliegenden Verantwortung genannt. Im Leitfaden heißt es dazu: „Den Umfang der Verantwortung des Arbeiters exakt zu ermitteln, dürfte sehr schwierig sein. Es genügt darzulegen, was passiert, wenn ein Arbeiter einen Fehler macht." (43) Es folgen dann Fragen nach den Auswirkungen dieses Fehlers auf die Qualität und Quantität des Arbeitsprodukts, auf den Zustand der technischen Einrichtungen am Arbeitsplatz, auf die Sicherheit der am Produktionsprozeß beteiligten Personen und auf gewandelte Anforderungen an Inhaber anderer Arbeitsplätze. (44)

Dieses Beispiel soll zumindest andeuten, inwieweit ein Instrument (hier das der Arbeitsplatzbeobachtung) überhaupt zu Recht in den Ruf geraten konnte, „objektivierbare" Information liefern zu können. Dabei darf die Problematik des theoretischen Stellenwerts einzelner Methoden nicht allein der Frage der Operationalisierung zugeschoben werden. Das hieße nämlich, das Instrument selbst der kritischen Betrachtung zu entziehen und nur seine technischen Möglichkeiten wahrzunehmen. Realistischerweise muß hier allerdings angemerkt werden, daß derartige Betrachtungen über die theoretischen Implikationen einzelner Instrumente in der westlichen Literatur so gut wie gar nicht (45), in der DDR zwar häufiger anzutreffen sind, daß aber trotz hier und da aufflackernder Bedenken die Instrumente in DDR-Untersuchungen voll eingesetzt werden. So begründen Gerats e.a. in dem Bericht über ihre Untersuchung die Durchführung eines Befragungsprogramms mit der Aufzählung der Möglichkeiten, vermittels der Befragung Daten zu erlangen. „Bedenken gegen die Aussagekraft dieser Methode sind nicht gerechtfertigt, wenn die Prinzipien der Befragung beachtet werden und eine sorgfältige Vorbereitung stattfindet." (46) Der Befragungsmethode wird hier also kurzerhand Aussagekraft solange zugesprochen, wie keine Dilettanten am Werk sind. M.E. müßten Bedenken gegen diese Methode in fundierterer Weise entkräftet werden.

3) Der Vollständigkeit halber sei noch ein dritter Gesichtspunkt bei der Auswahl der Forschungsmethoden erwähnt. Wenn eben von der Übereinstimmung der Methode mit dem Gegenstand die Rede war, dann war damit zunächst die Übereinstimmung mit dem Abbild des Gegenstandes, d.h. mit der formulierten Hypothese gemeint. Der Gegenstand ist jedoch realer Gegenstand: Zur vollständigen Übereinstimmung mit dem Gegenstand gehört somit auch „die erste direkte Kontaktaufnahme mit dem Objekt. Das ist unter anderem deshalb wichtig, weil man nochmals an Ort und Stelle die Möglichkeiten für die Anwendung der verschiedenen Methoden sichten kann." (47)

Dabei können ganz besondere Bedingungen, denen das Forschungsobjekt unterworfen ist, festgehalten werden und mit in die Untersuchung eingehen. Weiterhin kann auch bei diesem Schritt eine Umformulierung der Hypothese initiiert werden, so wie das bei allen vor-

42 Vgl. a.a.O., Bd. 1, S. 23.
43 Ebenda, Bd. 2., S. 216 .
44 Ebenda.
45 Eine Ausnahme wäre etwa J. Ritsert: INHALTSANALYSE UND IDEOLOGIEKRITIK, Frankfurt/M., 1972.
46 J. Gerats e.a.: „Probleme der Vorbereitung ...", a.a.O., S. 475.
47 D. Dohnke: „Zum Verhältnis von Theorie und Empirie in der soziologischen Forschung", unveröffentl. Dissertation, Berlin (DDR) 1968.

bereitenden Schritten in der Untersuchung der Fall sein kann. Denn die Hypothese beinhaltet nicht einen generellen, sondern einen ganz bestimmten Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen oder individuellen Objekten. „Hypothetisch ist ... nicht die These, daß die Faktoren sich wechselseitig bedingen und beeinflussen, sondern wie, in welchem Grad sie jenes tun. Daraus ergibt sich dann die Frage, welche Methoden und Techniken bei der Untersuchung angewandt werden können." (48) Dohnkes Bemerkung, daß nicht jedes empirische Material die Formulierung sinnvoller Hypothesen erlaube, erscheint im Hinblick vor allem auf die von ihm gezogenen Konsequenzen fragwürdig: „Einige Forschungsmethoden erleichtern aber durch die Art ihrer Datensystematisierung diese Aufgabe. So können Korrelations- und Kontingenzkoeffizienten bei entsprechender Größe Hypothesen über kausale Abhängigkeiten anbieten. Weiterhin sei nur an die Faktorenanalyse erinnert, die von der Deutung ihrer Ergebnisse her die Formulierung von Hypothesen direkt erzwingt." (49) Diese Aussage gelangt in gefährliche Nähe des von ihm selbst abgelehnten empiristischen Verfahrens in der Sozialforschung. Ohne Zweifel können statistische Abhängigkeiten aus beinah jedem beliebigen Datenmaterial errechnet werden. Es fragt sich nur, ob sie die Formulierung sinnvoller Hypothesen vor der Datensammlung ersetzen sollen oder können. Der unmittelbare Kontakt mit dem Untersuchungsgegenstand und den konkreten Bedingungen, unter denen er untersucht werden muß, kann zu einer Modifikation bestimmter Aussagen in der Hypothese führen; in systematisierter Form jedoch gelangt diese Modifikation im methodischen Schritt des Pretest zur Anwendung.

Forschungsmethoden zur Datensammlung

Die *Datensammlung* ist die Phase im Forschungsprozeß, in der die Anwendung der Methoden (zunächst der Methoden der Datensammlung) stattfindet. In dieser Phase sind die wesentlichsten theoretischen Schritte der Einschätzung des Gegenstandes und der Auswahl der Methoden geleistet; das heißt aber keinesfalls, daß die „praktische" Anwendung der gewählten Methoden nun quasi mechanisch abliefe. Die Datensammlung findet schließlich unter ganz bestimmten Bedingungen statt – sowohl in Bezug auf den Gegenstandsbereich (Schule, Betrieb) wie auch im weiteren Sinne in Bezug auf die gesellschaftlichen Bedingungen, denen der Gegenstandsbereich und damit der Ort der Datensammlung unterworfen ist.

Unter dem leitenden Gesichtspunkt der Formationsspezifik der Methoden soll daher etwas näher eingegangen werden auf die bestimmten Umstände, unter denen Daten erhoben werden. Besonders soll dabei das Verhältnis zwischen Forscher und Erforschtem berücksichtigt werden. Die Faktensammlung stellt ja (außer bei den Methoden der Dokumentenanalyse, Inhaltsanalyse etc.) eine soziale Begegnung dar, einen Interaktions- und Kommunikationsprozeß, der allerdings durch die zu erfüllende Aufgabe in ganz bestimmter Weise strukturiert ist. Hervorstechendes Merkmal in diesem Prozeß ist, zumindest zunächst, die einseitig vorhandene Motivation, miteinander zu kommunizieren. Der Forscher „will etwas" vom Erforschten oder von der zu erforschenden Gruppe, und die sich ergebenden Kommunikationsmuster sind einerseits unter diesem Gesichtspunkt der Einseitigkeit zu sehen, andererseits aber auch unter dem Gesichtspunkt der Zielgerichtetheit, der konkreten Aufgabe, die im Prozeß der Faktensammlung zu erfüllen ist und die die Kommunikation insofern erleichtert, als alle Beteiligten wissen, was von ihnen erwartet wird.

48 H. Korch: „Die wissenschaftliche Hypothese", a.a.O., S. 335.
49 D. Dohnke: „Theorie und Empirie in der Soziologie", in: H. Jetzschmann (Hrsg.): EINFÜHRUNG IN DIE SOZIOLOGISCHE FORSCHUNG, Berlin (DDR) 1966, S.50.

In der bürgerlichen Literatur zum Forschungsprozeß hat dieser Aspekt des Verhältnisses Forscher – Erforschter in recht ausführlicher und ausgearbeiteter Form Eingang gefunden. Da die Bewältigung der „sozialen Situation", die sich zwischen Forscher und Untersuchten ergibt, so schwierig, aber auch so wichtig zur Erreichung des Ziels der Datensammlung ist, sind die Vorschriften und Empfehlungen für den Forscher zur Bewältigung dieser Situation, wie ich meine, zum integralen Bestandteil der Methoden selbst geworden.

Im folgenden soll kurz dargestellt werden, auf welche Weise sich im Begründungs- und Anwendungszusammenhang der Methoden der Aspekt „Untersuchung als soziale Situation" theoretisch konstituiert. Ausgegangen werden muß dabei vom Charakter der menschlichen Beziehungen in der *kapitalistischen Gesellschaft*. Bedingt durch die zunehmende Arbeitsteilung und vor allem durch die vollständige Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln nehmen die menschlichen Beziehungen allmählich den Charakter von Sachbeziehungen an. „Die Tatsache, daß die Produktionsmittel und die sie anwendende Arbeitskraft auseinandertreten, zwingt die Menschen auf den Markt. Sie erfahren sich, und dies sind von Stund an ihre sozialen Beziehungen, als Käufer oder Verkäufer (von Arbeitskraft, U.K.) oder als Konkurrenten." (50) Der Zwang zum Sich-selbst-verkaufen resultiert in der eigenartigen Fremdheit der Produzenten gegenüber den grundlegenden und wesentlichen Prozessen der materiellen Reproduktion, der Form der Verausgabung der Arbeitskraft, der Schaffung von Gebrauchswerten für das eigene Leben und für das der Gemeinschaft. Dieser Zwang läßt mit der Zeit den Tauschwert wichtiger werden als den Gebrauchswert, eine Tendenz, die der kapitalistischen Produktionsweise immanent ist, und die sukzessive durch den Warencharakter der menschlichen Arbeitskraft auf die menschlichen Beziehungen übergreift. So kommt es, daß unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft „die Begegnung von Menschen eine Tendenz hat, sich dem Gegenübertreten von Waren anzugleichen. Ihre Unterhaltungen haben etwas von Verkaufsgesprächen an sich; sie sind vielfach darauf bedacht, durch Erscheinung, Redeweise und sonstige Ausstattung einen höheren Gebrauchswert zu signalisieren, um für den Fall einer beruflichen Einstellung oder eines beruflichen Aufstiegs einen höheren Tauschwert für ihre Arbeitskraft zu erhalten." (51) Die kategoriale Folgerung der bürgerlichen Soziologie auf diese gesellschaftliche Wirklichkeit ist das Konzept der Rolle. (52)

Folgerichtig auf der Basis der Rollentheorie wird nun die soziale Situation zwischen Forscher und Erforschtem interpretiert. Dabei wird die wirkliche Beziehung zwischen der Vergesellschaftung der Individuen und ihrem Bewußtsein auf den Kopf gestellt und in die Sphäre der Deutungen und Interpretationen verlagert. (53) So kann es schließlich kommen, daß zwar die Untersuchungssituation selbst als Widerspiegelung „einige(r) grundlegende(r) Eigenschaften der sozialen Ordnung" (54) erkannt wird; die Lösung der Probleme (und diese Probleme sind erheblich, wie anschließend gezeigt werden wird) bei der Kontaktaufnahme mit den zu Erforschenden wird jedoch zu einer reinen Frage der gegenseitigen Einschätzung gemacht. Vor allem der Forscher müsse eine Rolle vortäuschen und an die Wirksamkeit des Rollenspiels glauben: „Rollenvorspiegelung ist in diesen Aktivitäten ein grundlegendes Thema. Es macht wenig aus, ob der vollständige Partizipierende (bei der teilnehmenden Beobachtung, U.K.) in einer Fabriksituation aus einem oberen Un-

50 F. Haug: KRITIK DER ROLLENTHEORIE, Frankfurt/M., 1972, S. 105.
51 Ebenda.
52 Die umfassende Darstellung und Kritik dieser Konzepte wird in ausführlicher Weise von F. Haug geleistet. Vgl. a.a.O.
53 Vgl. F. Haug, a.a.O., S. 72.
54 A. Cicourel: METHODE UND MESSUNG IN DER SOZIOLOGIE, Frankfurt/M., 1970, S. 91.

terklassenmilieu kommt und vielleicht einige Fabrikerfahrung hat, oder ob er aus einem oberen Mittelklassemilieu kommt, das von der Fabrikarbeit und den Normen solcher Arbeiter ganz getrennt ist. Was wirklich zählt, ist, daß er weiß, daß er vorgibt, ein Kollege zu sein." (55) Das heißt, wenn er es nur intensiv genug vorgibt und glaubt, dann wird ihm die „Selbsttäuschung" auch gelingen. Unerwähnt bleibt hier die Tatsache, daß er wahrscheinlich von einem leitenden Angestellten der Firma in die Arbeitssituation eingeführt worden ist (anders bekommt er ja keinen Zugang zu einer Fabriksituation), und daß sein Erfolg weniger seiner fantastischen Täuschung (Rollenvorspiegelung) geschuldet ist, sondern wohl eher der Tatsache, daß die dort arbeitenden Lohnarbeiter jede Arbeitsbedingung zu akzeptieren gezwungen sind: Lohnarbeit mit oder ohne teilnehmenden Sozialforscher.

Was in den Erforschten vorgeht, bzw. wie ihre Interessen wirkungsvoll in die Datenerhebung miteinzubeziehen sind, bleibt unter den Bedingungen der letztlichen Subsumtion aller Arbeit, auch der Erkenntnistätigkeit, unter das Verwertungsinteresse des Kapitals uninteressant: „Über die konkreten Verhaltenserwartungen der zu Befragenden können wir nur mutmaßen, denn sie sind bisher kaum untersucht worden." (56) Die Einschätzung der Motivationen der Befragten verbleibt damit beim Sozialforscher selbst. Da aber auch er nicht *wirkliche* Zusammenhänge erforschen soll, sondern eher Erscheinungsformen glätten helfen soll, löst er seine Probleme, die er in der Untersuchungssituation hat, in der einzig ihm verbleibenden Form auf der Grundlage der Rollentheorie.

Es erhebt sich hier einerseits das Problem der Kommunikation und der Informationserlangung. Das Gespräch wird analysiert als eine Form der „Kommunikation zwischen zwei oder mehr Fremden": Für diese Kommunikation gelten dann folgende Funktionen: a) Freude am Ausdruck, b) Überzeugung des jeweils anderen, c) Therapie, um emotionale Spannungen abzubauen, d) Ritual, e) Informationsaustausch. (57) Da der Forscher nicht an den Funktionen a) bis d) des Gesprächs interessiert ist, muß er sich überlegen, wie er am geschicktesten Punkt e) erreichen kann. Es ist also die Frage, „in welchen Rollen man Erfolg haben würde bei der Gewinnung inoffizieller Information von mißtrauischen Versuchspersonen." (58)

Abgesehen vom unmittelbaren Anlaß der Kommunikation der Untersuchung also, die Information zu ganz bestimmten Themenbereichen liefern soll und die als „soziale Situation" gemeistert werden muß, gilt aber in der kapitalistischen Gesellschaft auch noch die grundlegende Qualität aller menschlichen Beziehungen als verdinglichter Beziehungen. Sie sind „Verkaufsgespräche" sowohl vom Forscher wie auch vom Befragten aus und müssen beidseitig entsprechend geführt werden.

So entsteht ein ziemlich undurchdringliches Dickicht von Vortäuschungen, Irreführungen, Interpretationen und Deutungen, dessen Durchblick in der Tat einer gesonderten methodischen Anstrengung bedarf. „Material über den *Kontext* von Interaktion zwischen dem Forscher und seiner Versuchsperson ist äußerst schwierig zu erhalten und genau aufzuzeichnen, aber es würde auch eine wichtige Datenquelle liefern zur Dokumentierung der sozialen Prozesse, die Dalton als wichtig für den Aufstieg auf der Karriereleiter erwähnt, für die Machtkämpfe am Fließband, Beziehungen zwischen Angestellten und Arbeitern

55 A. Cicourel: METHODE UND MESSUNG ..., a.a.O., S. 69
56 A. Schrader: EINFÜHRUNG IN DIE EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG, Stuttgart 1971, S. 116.
57 A. Schrader: EINFÜHRUNG ... , a.a.O., S. 117.
58 A. Cicourel: METHODE UND MESSUNG ... , a.a.O., S. 86.

und so weiter. .. (Es) sind diese inoffiziellen Faktoren häufig die Datenbasis, werden aber nicht als solche wiedergegeben, sondern laufen neben den Materialien her, über welche die Forscher berichten ..." (59)

Das andere, tiefgreifende Problem des Forschers ist das seiner eigenen wahrgenommenen sozialen Funktion. Es ist ganz klar, daß er nicht mit denselben Interessen wie der Erforschte in eine Kommunikationssituation tritt. Der Forscher nimmt, wie oben schon angedeutet, letztlich Kapitalfunktion wahr. In dieser Funktion geht er allerdings nicht vollkommen auf. Indem er rationale Forschung betreibt, gerät er mit seiner Erkenntnisintention durchaus in Widerspruch zu seiner Kapitalfunktion. Dazu ist er Lohnarbeiter, so wie die von ihm Untersuchten es sind. Das Zugehörigkeitsverhältnis in dieser dichotomen Form erscheint auch im Bewußtsein der affirmativen bürgerlichen Soziologen; bestenfalls spielen sie daher (ihrer eigenen Wahrnehmungen nach) noch eine „neutrale Rolle".

Die Fiktion von der Neutralität des Sozialforschers muß allerdings im Zuge der methodischen Behandlung der Untersuchungssituation weitgehend wieder aufgegeben werden: „Da die meisten Interviewer den Mittelschichten angehören, denn dort sind die gewünschten Eigenschaften für das Interviewverhalten am ehesten zu finden (60), können gültige Interviews nur im Umfeld der Mittelschichten durchgeführt werden. Underdogs und Topdogs können mit solchen Interviewern gar nicht untersucht werden. Vermutlich weist daher die Soziologie ein ... Vorurteil gegenüber Mittelschichten auf." (61) Das „Vorurteil gegenüber Mittelschichten" kann daher ganz leicht als die konkrete Subsumtion der Sozialforschung unter die kapitalistischen Interessen dechiffriert werden: sind es doch die „Mittelschichten", denen in der bürgerlichen Gesellschaft die herrschaftsstabilisierenden Funktionen der Verwaltung und des Kapitalmanagements zufallen. So gelangen auch die bürgerlichen Autoren zu der Einsicht, daß „die wahre Identität und Absicht des vollständig Partizipierenden in der Feldforschung ... jenen, die er beobachtet, nicht bekannt (sind)." (62)

Diese Aussage ist selbstverständlich in mehrerlei Hinsicht zu interpretieren, denn der Charakter der teilnehmenden Beobachtung (um die es im obigen Zitat geht) verlangt ja vom Forscher mindestens zweierlei Aktivitäten: Teilnahme an den Aktivitäten der Gruppe selbst und gleichzeitig Bewertung der Aktivitäten zur späteren Aufzeichnung und Auswertung. Im Zusammenhang mit dem „Mittelschicht-Vorurteil" der Sozialforschung scheint es aber nicht unangemessen, der obigen Aussage eine weitergehende Bedeutung zuzuschreiben. Wenn man den historischen Entstehungszusammenhang einiger Verfahren der (vor allem Industrie-)soziologischen Forschung betrachtet (63), so spiegelt sich das Verhältnis

59 Ebenda, S. 87, Hervorh. U.K.
60 Es ist daher der Komplex der schichtenspezifischen Sozialisation, der den Mittelschichtindividuen vor allem die Fähigkeit zur Rollendistanz, Ambivalenztoleranz und Ich-Identität zuschreibt. Die Darstellung und Lösung der Probleme der Untersuchungssituation erfordern genau diese Fähigkeiten zum differenzierten Rollenspiel, zum Ertragen von uneindeutigen Situationen und zur besonderen Einschätzung der eigenen Person im Unterschungsprozeß, U.K.
61 A. Schrader: EINFÜHRUNG ... , a.a.O., S. 116.
62 A. Cicourel: METHODE UND MESSUNG ..., a.a.O., S. 69.
63 Vgl. E. Mayo: PROBLEME INDUSTRIELLER ARBEITSBEDINGUNGEN, Frankfurt 1947. Hier ist vor allem die sogenannte Hawthorne-Studie gemeint, die von 1927 bis 1939 im Western Electric Werk in Chicago durchgeführt wurde, und die vermittels der soziologischen Analyse des menschlichen Verhaltens im Betrieb zu einer „Neuorientierung" der innerbetrieblichen Praxis verhelfen sollte. Neuorientierung ist in diesem Falle die größtmögliche Ausbeutung des Faktors Arbeitskraft,

von Lohnarbeit und Kapital auch in dieser der Effektivität sozialer Prozesse dienenden Forschungssituation wider. Die ambivalente Lage des Forschers wächst sich zu einem Problem aus, und es ist nicht mehr nur die Forschungssituation als solche, die gemeistert werden muß.

Ein Forscher berichtet, daß „er wenig interviewe, um dem Problem auszuweichen, seinen Versuchspersonen erklären zu müssen, worauf er hinaus wollte und warum." (64) In Situationen, in denen die Mittelklassenherkunft des Forschers „sich radikal unterschied von der Gruppe, die er untersuchte, ... halfen ihm Rollenvorspiegelung und ein sehr wichtiger Schlüsselinformant." (65) Die grundsätzliche Interessendivergenz zwischen Untersucher und Untersuchten (inklusive den Informanten, die hier beinahe wie „Verräter" der Untersuchten erscheinen) geht klar hervor aus der nun notwendig gewordenen Diskussion über die verschiedenen Arten von Informanten, die ihre Informationen aus wiederum unterschiedlichen Motivationen preisgeben. Die möglichen Motivationen rangieren vom tatsächlichen Interesse an dem Problembereich bis zu den neurotischen Motiven der „outs", negative Fakten über die „Etablierten" zu enthüllen. (66)

Hieraus geht m.E. ganz klar die antagonistische Interessensituation zwischen Forscher und Erforschtem in der bürgerlichen Gesellschaft hervor. In der bürgerlichen Sozialforschung wurden entsprechend Erfahrungen über die auf der Seite der Erforschten zu erwartenden massiven Widerstände gegen das Untersuchtwerden gesammelt: „ ... Der Beobachter wird stereotypisiert (z.B. als Kommunist bezeichnet); dem Beobachter wird eine Detektivrolle angedient; der Beobachter wird machtlosen Mitgliedern der Gruppe zugeordnet, um ihn von den Machtzentren fernzuhalten; dem Beobachter werden zu viele Situationen zur Beobachtungen geboten, so daß er sich nicht auf seine Meßabsicht konzentrieren kann." (67) Der Untersuchungsprozeß in der bürgerlichen Gesellschaft scheint eine Abart des Kampfes zwischen starken Mächtigen und listigen Schwachen zu sein.

Für den Forscher gibt es daher nur einen Ausweg, doch noch zu Daten zu kommen: die Rollendistanz. Auch die objektive Distanz von der sozialen Schichtzugehörigkeit der Untersuchten sollte dabei möglichst gering sein (am besten sollten deswegen Mittelschicht-Individuen Interviewer sein, da sie sich nach diesem Modell „in der Mitte" zwischen Ober- und Unterschichten befinden), sie sollte aber auch vom Forscher bewußt in den Hintergrund gespielt werden, wenn doch eine Schichtinkongruenz besteht. Eine „mittlere soziale Distanz ... vermeidet allzu positive oder negative Erwartungen des Befragten." (68) Er soll außerdem in geschickter Weise Gleichgültigkeit mit Freundlichkeit mischen, und in seinen Rollenvorspiegelungen besonders auf die emotionalen Impulse achten, die vom Untersuchten ausgehen. Über allen seinen angenommenen Rollen und Hilfsrollen steht jedoch die Verpflichtung, „gegenüber dem Handelnden und der Aktionsszene ein gleichgültiges Verhalten beizubehalten." (69) Gleichgültigkeit bietet danach die beste Voraussetzung für wissenschaftliches Vorgehen, d.h. für die Übersetzung solcher „Bedeutungsstrukturen in Konstrukte, ... , die mit seinen theoretischen Interessen konsistent sind." (70) Es wird also

d.h. die Intensivierung und Rationalisierung dieses Faktors im Produktionsprozeß. Während der Durchführung der Untersuchung wurde den Arbeitern bewußt vorgespiegelt, diese Untersuchung diene nur der Erleichterung der Arbeitsbedingungen.

64 A. Cicourel: METHODE UND MESSUNG ...., a.a.O., S. 88.
65 Ebenda, S. 69.
66 Ebenda, S. 97.
67 A. Schrader: EINFÜHRUNG ..., a.a.O., S. 89.
68 Ebenda, S. 116.
69 A. Cicourel: METHODE UND MESSUNG ..., S. 78.
70 Ebenda.

grundsätzlich davon ausgegangen, daß die Interessen und das Engagement der Untersuchten (sofern solches zustande kommt) keinesfalls vom Forscher geteilt werden dürfen, da sonst die wissenschaftlichen Interessen nicht berücksichtigt werden können.

Bevor nun Stellung genommen werden kann zu der Phase der Datensammlung, wie sie sich in der sozialistischen Gesellschaft unter dem Aspekt der Beziehung zwischen Forschern und Erforschtem gestaltet, soll noch einmal gesondert eingegangen werden auf den Bereich des „Zwischenmenschlichen", Emotionalen, der in dieser Beziehung in der bürgerlichen Literatur so hervorgehoben wird.

Wir hatten gesehen, daß die Untersuchungssituation in erster Linie eine „Unterhaltung zwischen Fremden" ist, deren Funktion (Freude am Ausdruck, Überzeugung des jeweils anderen, Therapie, um emotionale Spannungen abzubauen, Ritual, Informationsaustausch) gekannt sein müssen, um manipuliert werden zu können. Die genauere Betrachtung dieser Funktionen eines „Gesprächs zwischen Fremden" lassen jedoch einige Rückschlüsse zu auf das Verhältnis zwischen Individuum und Gruppe in der bürgerlichen Gesellschaft. Auffallend sind zumindest diese genannten vier Funktionen, die die Aufmerksamkeit nur auf ein formalisiertes Rollenspiel lenken, das jeder konkreten Bezugnahme auf eine sinnvolle und inhaltlich definierte Zielsetzung der Kommunikation entbehrt. In gewisser Weise entsprechen diese Funktionen allgemeinen gruppendynamischen Arbeits- und Lernzielen in der bürgerlichen Gesellschaft. (71)

Der Ursprung dieser abgehobenen Akzentuierung des „rein Persönlichen" ist zu suchen im Konstitutionszusammenhang des bürgerlichen Individuums und in der Unfähigkeit gerade des Individuums, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu durchbrechen. „Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse haben das autonome Individuum entwickelt, dessen Ich als eine Sphäre der privat-exklusiven Eigenverantwortlichkeit und der undurchdringlichen Abkapselung gegen drohende Eingriffe von außen analog zum Verhalten gegenüber Privateigentum strukturiert ist." (72) Auf der Oberfläche der sozialen Interaktionen machen sich daher Verhärtungen der Individuen gegeneinander bemerkbar, die durch gesonderte Anstrengungen auf der Ebene der Emotionen und Motivationen wieder aufgelöst werden sollen. Die Negierung des ökonomischen Zusammenhangs zwischen der Konstitution des autonomen Individuums einerseits (als historischer Fortschritt) und der Vereinsamung und Vereinzelung dieses Individuums andererseits (als Kehrseite dieses Fortschritts) führt dabei zu Überlegungen, die auch in der Rollentheorie wirksam werden. Es wird gleichsam neben der ökonomischen Existenz des Menschen noch eine Art Austauschrolle fixiert, die die unterschiedlichsten Ausprägungen annehmen kann. Dieses Rollenspiel zur Überwindung der Verhärtung im Bereich zwischen den Individuen kann jedoch keinerlei Erfolg haben. „Die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen und damit auch ihrer sozialen Beziehungen und ihres Bewußtseins ist nicht nur abhängig von ihrer konkreten Tätigkeit, sondern zugleich die vollendete Ökonomie und nicht ... ein neben dem ökonomischen Geschehen herlaufendes ‚mitmenschliches' Geschehen." (73) Die vollendete Ökonomie ist die Übereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, sie ist die auf der sozialistischen Produktionsweise basierende Gesellschaftlichkeit.

Wenn unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise auf der Grundlage der privaten Verausgabung von Arbeitskraft die Beziehungen der Menschen notwendig zu For-

71 Vgl. C. Ohm: „Ziellosigkeit als Lernziel der Gruppendynamik", in : DAS ARGUMENT, 78, H.1-3, 1973, S. 94 ff.
72 Ebenda, S. 115.
73 F. Haug: KRITIK DER ROLLENTHEORIE ..., a.a.O., S. 145.

men erstarren, die die Konkurrenz zwischen isolierten Produzenten widerspiegeln, so gelten diese allgemeinen Bestimmungen der Beziehungen zwischen Menschen auch in besonderer Form für die Beziehung zwischen Forschern und Erforschten in den Sozialwissenschaften. Sie sind gekennzeichnet durch die Trennung des Zwecks von den Formen der Interaktion, und bringen so mit sich die Interessendivergenz zwischen Forschern und Erforschten, die Rollenvorspiegelung durch den Forscher auf der Ebene der direkten Interaktion, und die Geheimhaltung des Zwecks der Untersuchung vor den Untersuchten. Diese Formationsspezifika im Prozeß der Datensammlung wirken, wie ansatzweise am Beispiel der Befragung gezeigt werden konnte, auf die einzelnen soziologischen Forschungsmethoden ein und bestimmen sogar weitgehend deren Charakter. Es muß nun gezeigt werden, wie die veränderte ökonomische Grundlage in der sozialistischen Gesellschaft auf die Beziehungen zwischen den Menschen Einfluß ausübt und wie sich diese neue Situation grundsätzlich in der Beziehung zwischen Forscher und Untersuchten im Prozeß der Datensammlung darstellt bzw. darstellen kann.

Mit der Erreichung des bewußten stofflichen Zusammenhangs der Produzenten in der sozialistischen Gesellschaft ist die Grundlage des wirklichen gesellschaftlichen Zusammenhangs der Individuen gegeben. Die Aufhebung der Trennung des Eigentums an Produktionsmitteln von den Produzenten hat einerseits zur Folge, daß die Produzenten weder den Produkten ihrer Arbeit noch ihrer Arbeit selbst fremd gegenüberstehen. Das heißt, daß die Teilnahme der Produzenten an der Planung und Leitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sukzessive ausgebaut werden kann. Die Kompliziertheit und Vielfalt der zu bewältigenden Probleme für die einzelnen Produzenten und für die Leiter in den Kollektiven erfordern die wissenschaftliche Lösung der vor ihnen stehenden Aufgaben. Das heißt aber, daß alle Produzenten in ihren Kollektiven zu *Subjekten* der Planung werden. Die Aufhebung der Trennung vom Eigentum an den Produktionsmitteln heißt auch, daß die Forscher innerhalb der von ihnen zu lösenden Aufgaben in ein unmittelbares Verhältnis zu den Erforschten gelangen, sie verfolgen mit ihnen das gleiche Ziel innerhalb des Aufbaus des Sozialismus. Daraus resultiert eine grundsätzliche Interessenkongruenz, die sich nicht nur in der *Situation* der Datensammlung als sozialer Situation niederschlägt und dort Auswirkungen zeitigt, sondern die deswegen und darüber hinaus auch das jeweilige Instrument der Datensammlung verändert.

Die Interaktion mit den zu Untersuchenden ist eine wesentliche Komponente der Datensammlung. Wesentlich deshalb, weil die Interaktion und Kommunikation nicht eine Art Randbedingung bei der Datenbeschaffung sind, sondern weil sie (beim Interview, bei der Beobachtung und beim soziologischen Experiment) direkt von der „Beschaffenheit" des Untersuchungsgegenstandes selbst abhängig sind.

Die grundlegenden Bedingungen und die „Beschaffenheit" der Individen und Kollektive in der sozialistischen Gesellschaft sind in der bestimmten Produktionsweise, d.h. im gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln verankert. Wenn die Entwicklung des Individuums im Kapitalismus in seinem Verhalten gegenüber anderen Individuen zu vergleichen ist mit einer „Sphäre der privat-exklusiven Eigenverantwortlichkeit und der undurchdringlichen Abkapselung gegen drohende Eingriffe von außen analog zum Verhalten gegenüber Privateigentum", dann kann die Entwicklung unter sozialistischen Bedingungen einer Sphäre der gemeinsamen Verantwortlichkeit in der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen. Die Konkurrenz als trennendes Element zwischen den Individuen verschwindet. „Der Aufbau neuer sozialer Verhältnisse ist zugleich auch ein Kampf gegen die Macht bürgerlicher Gewohnheiten der Gleichgültigkeit gegenüber dem gesellschaftlichen Zusammenhang, dem Zynismus angesichts der Niederlagen anderer ." (74)

74 C. Ohm: „Ziellosigkeit ...", a.a.O., S. 116.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhang jedoch adäquat erfassen zu können, ist es notwendig, daß jedes Individuum auch in seinem Bewußtsein zum Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung wird. Die Erziehung der „sozialistischen Persönlichkeit" (75) ist daher eine der hervorragenden Aufgaben der sozialistischen Gesellschaft. Es gilt, „alle Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft zu befähigen, bewußt und mit hohem Können an der Erhöhung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität teilzunehmen und damit ihre sozialen, geistigen, produktiven und ästhetischen Anlagen und Fähigkeiten voll zur Entfaltung zu bringen." (76)

Diese Entwicklung vollzieht sich selbstverständlich nicht nur im Bewußtsein, sie ist nicht beliebig steuerbar oder abrufbar zum Zeitpunkt der Übernahme der politischen Macht durch die Partei des Proletariats. Immerhin sind die Autonomiebestrebungen und Verhärtungen des bürgerlichen Individuums einige Jahrhunderte lang die notwendige Voraussetzung für die Entfaltung der Produktivkräfte gewesen. „Die Umerziehung wird ein generationenlanger Prozeß sein, in den unter großen Anstrengungen die im Kapitalismus davongetragenen Verstümmelungen (i.e. die unterdrückten sozialen Fähigkeiten, U.K.) des Individuums überwunden werden müssen. Das Medium dieses Kampfes um die Herausbildung des Menschen der neuen Gesellschaft ist ... die kollektive Arbeit." (77)

Das gemeinsame Ziel und die kollektive Verfolgung dieses Ziels bilden daher die Grundlage für die Entwicklung neuer Formen der Individualität und der Gesellschaftlichkeit. Die neuen Produktionsverhältnisse selbst sind dazu zwar die notwendige Grundlage, aber sie reichen nicht aus. Die Erziehung ist jedoch „keineswegs nur eine propagandistische Aufgabe. Die Partei muß die Werktätigen so führen, daß sie im Verlaufe der sozialistischen Umwälzung in ihrem eigenen Handeln jeden Tag erneut erfahren: Sie selbst bauen den Sozialismus auf, und diese Tätigkeit liegt in ihrem individuellen wie auch im gesellschaftlichen Interesse. Die Übereinstimmung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen muß praktisch erlebt werden." (78) Wenn wir nun auf der Grundlage der wirklich bestehenden sozialistischen Produktionsverhältnisse davon ausgehen, daß die Übereinstimmung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen bereits in Ansätzen wirklich erlebt wird, müssen wir entsprechende Schlußfolgerungen für die soziale Situation im Prozeß der Datensammlung ziehen.

Weiter oben wurde von der objektiven Interessenkongruenz zwischen Forscher und Untersuchtem in der sozialistischen Gesellschaft gesprochen. Zu dieser Gemeinsamkeit des zu verfolgenden Ziels kann nun die wachsende Fähigkeit sowohl der Forscher wie auch der Untersuchten gezählt werden, die Notwendigkeit und Richtigkeit dieses Ziels auch wirklich zu begreifen und zum eigenen Ziel zu machen. Das heißt, daß die objektiven Bedingungen gegeben sind, keinen Widerspruch zwischen den Absichten des Forschers und den Möglichkeiten der Erforschten aufkommen zu lassen, und daß gleichzeitig im Rahmen des Prozesses der Bildung von „sozialistischen Persönlichkeiten" diesen objektiven Bedingungen auf der Ebene der Bedürfnisse der Individuen selbst Rechnung getragen wird. Sie sind in wachsendem Maße fähig, die Einsicht in die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft auch zu realisieren.

Welches könnten nun die unmittelbaren Konsequenzen dieser neuen Gesellschaftlichkeit für die soziale Situation bei der Datensammlung sein? Auf der Grundlage der Inter-

75 Vgl. SOZIALISTISCHE BILDUNGSÖKONOMIE, hrsg. v.A. Knauer, H. Majer, W. Wolter, Berlin 1972, S. 16.
76 Ebenda.
77 C. Ohm: „Ziellosigkeit ...", a.a.O., S. 116.
78 H. Klotsch, F. Reumann: ARBEITERKLASSE UND BEWUSSTGESTALTETE PRAXIS, Berlin (DDR) 1969, S. 89.

essenkongruenz zwischen Forscher und Untersuchten und im Zuge der wachsenden Einsicht in die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Lösung von Problemen der Entwicklung der Gesellschaft oder eines Teilbereichs kann ein distanziertes Rollenhandeln des Forschers nicht mehr adäquat sein. Die Forschungssituation verliert ihren einseitigen Subjekt-Objekt-Charakter, sie gerät immer mehr zur *gemeinsamen* Aufgabe. Das bedeutet auf der Ebene der Methoden vielerlei: die komplizierten Konstruktionen zur Erweckung einer Minimalmotivation der Untersuchten auf der Grundlage der Geheimhaltung der Zwecke der Untersuchung entfallen; die Vorsichts- und Kontrollmaßnahmen, die der mehr oder weniger bewußten Irreführung des Forschers durch den Untersuchten auf die Spur kommen sollen, entfallen ebenfalls in einem weiten Ausmaß; die absurde Situation wird undenkbar, die sich einstellt, wenn die Phase der Datensammlung z.B. von nichtwissenschaftlichen Interviewern übernommen wird, die selbst über die Ziele der Untersuchung im Unklaren gelassen werden (79), trotzdem aber alle Tricks gegenüber den Untersuchten zur Erlangung von Information anwenden müssen.

Es kann daher von einer *grundsätzlich* positiven Motivation der Untersuchten ausgegangen werden. Das heißt nicht, daß keine Rücksicht auf die *akute* Motiviertheit der Untersuchten genommen werden müßte: Die Situation ist ja von den besonderen Merkmalen des Datensammlungsprozesses geprägt, und diese Merkmale (einseitiges Fragen, Vorgabe des Themas etc.) müssen in die Gestaltung der jeweiligen Situation mit eingehen. Die Elemente, die auf diese Weise in die Situation mit eingehen und die sich in konkreten Anweisungen für das Verhalten des Forschers niederschlagen, haben dann allerdings nicht mehr die komplizierte Vielschichtigkeit der durch „Verkaufsgespräch", Rollenspiel und Rollendistanz geprägten Datensammlungssituation in der bürgerlichen Gesellschaft. In einer Interviewerанweisung heißt es dann vielmehr: „Er sollte den notwendigen zwischenmenschlichen Kontakt herstellen ... Dies resultiert auch aus den schwer faßbaren Verhaltensäußerungen (Mimik, Tonfall, „Benehmen") des Interviewers, die seine Achtung des Partners als Persönlichkeit und Informand ausdrücken." (80) Von einer „Achtung des Partners als Persönlichkeit und Informand" kann unter den Bedingungen des bürgerlich distanzierten Rollenspiels im Forschungsprozeß natürlich nicht die Rede sein. Diese Qualität kann der Kontakt zwischen Forscher und Erforschten erst erreichen, wenn der verdinglichte Charakter der menschlichen Beziehungen in gesellschaftlichem Maßstab aufgehoben ist.

In ähnlicher Weise kann die Frage der Kenntnis des Ziels der Untersuchung in einfacher, man möchte fast sagen: natürlicher Form gelöst werden. Da die Untersuchung in einem ganz bestimmten gesellschaftlichen Problemzusammenhang steht und von allen Beteiligten gemeinsame aktive Mitarbeit an der Lösung der anstehenden Aufgabe gefordert ist, wird die Forderung nach „Neutralität" von Forscher und Erforschten gegenstandslos. Den Untersuchten ist „der gesellschaftliche Wert des Interviews in der Einleitung ersichtlich zu

79 "... denn gerade die Unkenntnis der Ziele sichert am besten die Unbefangenheit des Fragens, das unverfälschte Aufzeichnen von Antworten und Beobachtungen sowie den Verzicht auf selbständige (d.h. statistisch nicht auswertbare) Recherchen und damit die Neutralität der Erhebung. Der Interviewer muß seinen Vorschriften und seinem Fragebogen ‚gläubig' folgen – das erklärt, warum Studenten selten gute Interviewer sind; denn sie werden in ihrem Studium zum Gegenteil einer gläubigen Hinnahme von Vorschriften erzogen. E. Noelle: UMFRAGEN IN DER MASSENGESELLSCHAFT, Hamburg 1963, S. 166.

80 W. Henning: „Einige Fragen des Aufbaus von Interviewfragen und der Interviewerausbildung" in: W. Friedrich (Hrsg.): METHODEN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN SOZIALFORSCHUNG, Berlin (DDR) 1971, S. 86.

machen" (81) und für den Forscher bzw. den Interviewer gilt etwa: „Wer nach den 10 Grundsätzen unserer Jugendpolitik fragt, muß sie selbst kennen." (82) Es kann also von einem direkten Verhältnis des Forschers zu den Erkenntnismitteln gesprochen werden, sobald der Gebrauch von Erkenntnismitteln zur Verwirklichung eigener *und* gesellschaftlicher Ziele stattfindet. Dabei kann es sich nicht nur um die oberflächliche Kenntnis der jeweils anstehenden Problematik handeln, sondern diese Kenntnis muß Ausdruck der Übereinstimmung des individuellen Handelns mit dem gesellschaftlichen sein. Diese Übereinstimmung macht wiederum die komplizierte Problematik des Transfers ideologischer Divergenzen in ein einheitliches Erhebungsinstrument überflüssig.

Die Konstatierung eines „direkten Verhältnisses des Forschers zu den Erkenntnismitteln" beruht zunächst auf der Ableitung aus der theoretischen Möglichkeit, die sich auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ergibt. Dieses Verhältnis bedarf im besonderen Fall noch der Interpretation. Wenn unter einem nicht direkten Verhältnis zu einem Arbeits- und Erkenntnismittel jede Form der entfremdeten Entwicklung verstanden wird, so wie sie unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen notwendig stattfindet, so müssen unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen die Beziehungen zwischen dem Forscher, dem Gegenstand und dem Erkenntnismittel, das zwischen beide geschoben wird, neue Qualität annehmen. Die Übereinstimmung der Ziele in der konkreten Situation der Datensammlung ebnet gleichsam die Hindernisse auf dem zu überwindenden Weg zwischen Forscher und Untersuchten, so daß das Instrument der Datenerhebung wesentliche Informationen auf viel direktere Art erfassen kann, als das in einer Situation des distanzierten Rollenhandelns der Fall sein könnte. Das Bedürfnis des Forschers, Daten zu erhalten, kollidiert nicht grundsätzlich (83) mit den objektiven Interessen und kaum mit den subjektiven Motivationen der Erforschten. Das Verhältnis zwischen dem Forscher und dem Instrument kann daher insofern direkt sein, als es sein kommunikatives Verhalten in der Datensammlungssituation prinzipiell erleichtert. Er muß nicht in einer strengen, wissenschaftliche Neutralität erheischenden Art hinter dem Instrument „verschwinden", sondern kann vielmehr das Instrument als eine besonders geeignete und überprüfte Art und Weise der zielgerichteten Kontaktaufnahme mit den Untersuchten benutzen. Da das Ziel der Untersuchung ihm und den Untersuchten bekannt ist, hat das Instrument keine Verschleierungsfunktion zu erfüllen und ist insofern vom Forscher in seinem Aufbau und in seiner Anwendung in sinnvoller und dem Gegenstand der Untersuchung angemessener Weise variierbar. Die relative „Eigengesetzlichkeit" der Methodenkonstruktion dürfte dadurch einiges an Starrheit und Fixiertheit verlieren und einer grösseren Aufgeschlossenheit dem Forscher und dem Gegenstand gegenüber Platz machen. Diese Überlegungen zum direkten Verhältnis zwischen Forscher und Instrument bedürfen allerdings noch sehr stark der Präzisierung; diese Präzisierung kann jedoch nur auf der Basis einer ausgedehnteren Sozialforschungstätigkeit und unter dem expliziten Gesichtspunkt der Methodendiskussion geleistet werden. Beide Voraussetzungen befinden sich in der DDR erst in einem früheren Stadium. (84)

81 Ebenda.

82 Ebenda.

83 In der bürgerlichen Gesellschaft kann von einer g r u n d s ä t z l i c h e n Interessenkollision gesprochen werden, wobei im Einzelfall notwendig auch fortschrittliche Forschung, d.h. Forschung im Interesse der Arbeiterklasse, betrieben wird – so etwa im Rahmen gewerkschaftlicher Untersuchungen.

84 Vgl. K. Gößler, a.a.O., S. 518; und J. Jetzschmann e.a.: EINFÜHRUNG ..., a.a.O., S. 114.

Die Stufe der Datenauswertung.

Bei der *Auswertung der Daten* und der Erklärung des empirischen Materials gelangt der Einfluß der Theorie wiederum uneingeschränkt zur Geltung. Der Komplex der Konstruktion und Anwendung von Methoden der Datenerhebung ist in dieser Forschungsphase beendet und hat nun entsprechende Auswirkungen auf die Methoden der Auswertung. Wenn von Methoden der Auswertung die Rede ist, dann sind im engeren Sinne zunächst *statistische Methoden der Auswertung* gemeint. Dohnke (85) zeigt auf, daß die Anwendung statistischer Verfahren in der Soziologie nicht immer in einer theoretisch und methodologisch dem Gegenstand angemessenen Form vonstatten geht. Häufig stelle die Erarbeitung statistischer Materialien gar keine soziologische Arbeit im eigentlichen Sinne dar, sondern sei eher reine verwaltungstechnische Arbeit, etwa dann, wenn bestimmte Zahlentabellen gedeutet werden und Verbesserungsvorschläge aufgrund des Zahlenmaterials vorgebracht werden. In anderen Fällen sei das Umgehen mit Zahlenmaterial eher anderen Disziplinen, etwa der Ökonomie, zuzuordnen, z.B. dann, wenn auf die besonderen und vielschichtigen sozialen Bedingungen der Wirkung ökonomischer Größen (wie Qualifikationsstruktur, Bildungsniveau auf das Wachstum der Produktivität) gar nicht eingegangen werden soll.(86) „Die Deutung offizieller statistischer Angaben kann immer nur ein Teil, eine Grundlage oder eine notwendige Zuarbeit zu einer auf die Komplexität sozialer Prozesse gerichteten soziologischen Untersuchung sein." (87) Die verkürzte Verarbeitung statistischen Materials ergibt sich nicht nur aus bereits gegebenen offiziellen Statistiken, sondern sie kann auch auftreten, wenn vom Soziologen selbst verarbeitetes Material gedeutet werden soll. Die Notwendigkeit, eigenes statistisches Material zu erarbeiten, ergibt sich einerseits dann, wenn kein Material vorliegt zu objektiven Daten, andererseits dann, wenn Korrelationen o.ä. zwischen objektivem und subjektivem Verhalten untersucht werden sollen. Die Aufstellung von Tabellen allein kann jedoch auch dann noch nicht im vollen Sinne als Anwendung der statistischen Verfahren in der Soziologie bezeichnet werden. Dohnke führt dazu aus, „daß die Erarbeitung solcher Daten und ihre statistische Erfassung dann sinnvoll ist, wenn sie im weiteren Prozeß der Forschung auch mit weiterführenden statistisch-mathematischen Methoden bearbeitet werden sollen. In solchem Fall ist eine statistische Tabellierung (z.B. Häufigkeitsverteilungen, Bildung von Untergruppen oder Prozentangaben) immer nur eine Stufe in einem weiterführenden soziologischen Forschungsprozeß. Ihre Deutung ist ein Bestandteil dieses Forschungsprozesses." (88)

Das von Dohnke verwandte Konzept der Deutung statistischen Materials ist nicht gleichzusetzen mit dem Schritt der Verallgemeinerung empirischen Wissens, der im engeren Sinne der theoretischen Auswertung zuzuordnen ist. Selbstverständlich ist die Deutung vorliegenden Materials ein Teil der theoretischen Auswertung, die theoretische Auswertung geht aber über die statistischen Befunde hinaus und gelangt zu weitreichenderen Ergebnissen als die, die allein aus der quantitativen Erfassung der Daten gewonnen werden können. Im Verlauf der theoretischen Verallgemeinerung der empirischen Befunde nähert sich das Wissen über den Gegenstand immer mehr dem Wesen, das der untersuchten Erscheinung zugrunde liegt. Und so, wie die Erscheinung kein „unwesentlicher" Teil des Gegenstandes oder Untersuchungspbjekts ist, so spiegelt die Deutung des empirischen und statistischen Materials wesentliche Eigenschaften wider, sie ersetzt aber nicht die theoretische Arbeit am Gesamtbild des Gegenstands.

85 D. Dohnke: „Dissertation", a.a.O., S. 158 ff.
86 Vgl. Ebenda, S. 160.
87 Ebenda.
88 D. Dohnke: Dissertation, a.a.O., S. 162.

Die theoretische Auswertung des gesammelten Datenmaterials geschieht unter den spezifischen Aspekten der soziologischen Theorie des Gegenstandsbereiches sowie im Zusammenhang mit den allgemeinen theoretischen Implikationen, die aus dem Charakter der Arbeit in der Übergangsgesellschaft resultieren. Die Auswirkungen, die die soziologische Theorie auf den Prozeß der theoretischen Auswertung der Daten hat, sind bei verschiedenen Autoren dargestellt worden (89); im Mittelpunkt der Erörterungen stehen dabei vorwiegend die Fragen der soziologischen Theorienbildung sowie die Fragen nach dem möglichen und anzustrebenden Verallgemeinerungsniveau. (90) Die Ergebnisse der soziologischen Forschungstätigkeit resultieren in der marxistischen Soziologie in Theorien mit unterschiedlichem Allgemeinheitsgrad, deren gemeinsames Ziel die Formulierung allgemeiner Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Die Abgrenzung von der bürgerlichen Theorien „mittlerer Reichweite" und dem entsprechenden funktionalen Herangehen an die gesammelten Daten besteht für Andrejewa darin, daß diese Theorien, die sich auf die Methodologie der Funktionsanalyse stützen, „es unmöglich machen, in das Wesen der gesellschaftlichen Erscheinungen einzudringen und ihre wahren Ursachen zu enthüllen." (91) Die auf einer rein quantitativen Stufe verbleibenden Feststellungen formaler Ursachen können zwar bestimmte Wechselwirkungen zwischen den Erscheinungen wiedergegeben, sie können jedoch Erklärungen nicht einmal ansatzweise liefern, da sie sich durch ihre unmaterialistische Geschichtsauffassung quasi selbst der Grundlage beraubt haben. Plechanow nennt diese Grundlage: „Um die Wechselwirkung zu verstehen, ... muß man die Eigenschaften der in Wechselwirkung befindlichen Kräfte klären, und diese Eigenschaften können nicht ihre letzte Erklärung in der Tatsache der Wechselwirkung finden, so sehr sie sich dadurch auch verändern mögen. In unserem Falle werden die Qualitäten der in Wechselwirkung befindlichen Kräfte ... in letzter Instanz durch die uns bereits bekannte Ursache erklärt: durch *die ökonomische Struktur.*" (92)

Dazu muß gesagt werden, daß mit der Konstatierung der ökonomischen Struktur als objektiver Grundlage materieller und ideeller Erscheinungen die methodologische Diskussion nicht aufhört, sondern anfängt. (93) Da im Zusammenhang mit den konkreten Problemen bei der Interpretation empirischen Materials bislang nur Empfehlungen und „Richtungsweisungen" veröffentlicht wurden (94), die wenig konkrete Schlußfolgerungen zulassen, die noch über den generell konstatierten Einfluß hinausweisen, den die Theorie auf die Aufgabenstellung und Hypothesenbildung in der Sozialforschung ausübt, soll hier nicht weiter auf diese methodologische Diskussion eingegangen werden. M.E. kann diese Diskussion auch nicht in *allgemeiner Form* weitergeführt werden, da auf dieser Ebene weitreichende Übereinstimmung über die grundlegenden Bestimmungselemente der Verallgemeinerung gesellschaftlicher Erscheinungen besteht. Eine nächste Stufe in der Erarbeitung des wissenschaftlichen Charakters der marxistischen Soziologie wäre die sorgfältige Durchführung soziologischer Studien, u.a. mit dem Ziel, solche theoretischen Voraussetzungen zu bestätigen. Diese Empfehlung muß gesehen werden als ein Versuch, den

89 Vgl. G. Andrejewa: a.a.O.; QUANTITATIVE METHODEN IN DER SOZIOLOGIE, Berlin (DDR) 1970,; S. Bönisch: „Einige philosophisch-methodologische Fragen", in: W. Friedrich (Hrsg.): METHODEN ..., a.a.O.
90 Vgl. G. Andrejewa: a.a.O., S. 41 f.
91 Ebenda, S. 45.
92 G.W. Plechanow: WERKE, Bd. VII, Moskau-Leningrad 1925, S. 212 (russ.), zit. bei Andrejewa, a.a.O., S. 45.
93 Vgl. dazu den Bericht „Arbeitstagung zur marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie" von B. Okun, in: WISSENSCHAFTLICHE ZEITSCHRIFT DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT, Ges.- und sprachwiss. Reihe, H.3, 21. Jg. 1972, S. 251-258.
94 Vgl. etwa E. Hahn: HISTORISCHER MATERIALISMUS UND MARXISTISCHE SOZIOLOGIE, das Kapitel „Die Erklärung in der Soziologie", a.a.O., S. 219 f.

theoretischen Ansatz in der emprischen Sozialforschung zu einer „greifbaren" Größe zu machen , und sie der Willkür und Einschätzung der verschiedenen Schulen des Denkens zu entziehen. Die unmittelbaren Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR müssen dabei vorrangig berücksichtigt werden, um die Wissenschaft von der Erforschung der Gesellschaft nicht künstlich der gesellschaftlichen Entwicklung selbst auszugliedern.

Ein Aspekt des besonderen Charakters der Arbeit in der Übergangsgesellschaft, die Entwicklung zur allgemeinen Arbeit, erweist sich auch bei der theoretischen Auswertung des Datenmaterials als einflußreiche „Randbedingung". Die Entwicklung der allgemeinen Arbeit ist Teil der gesellschaftlichen Weiterentwicklung, die sich in vielen Erscheinungen manifestiert: in der Fortentwicklung der Produktivkräfte, in der Verwissenschaftlichung der einzelnen Arbeitsprozesse, und in der höheren Qualifikation der Werktätigen. Das Prinzip der allgemeinen, der wissenschaftlichen Arbeit setzt sich nicht nur intensiv in den einzelnen Bereichen durch, sondern es wirkt gesamtgesellschaftlich, indem es, den Erfordernissen der Planung und Leitung folgend, alle Bereiche ihrer naturwüchsigen Entwicklungsform entreißt und zu Objekten bewußt gestalteter Prozesse macht.

Bei der Durchführung soziologischer Untersuchungen kann daher in erhöhtem Maß mit der qualifizierten Kooperation der zu Untersuchenden gerechnet werden; dabei kommen alle die Auswirkungen auf die anzuwendenden Methoden zum Tragen, die durch wachsende Motivation und größere Fähigkeit der Beteiligten entstehen, die Planungs- und Leistungsaufgaben gemeinschaftlich und wissenschaftlich zu lösen. Die Sozialforscher können Anforderungen an die zu Untersuchenden stellen, und diese Möglichkeit verändert den Teil der Instrumente, der gerade die Unmotiviertheit und die unbeteiligte, unwissende Haltung der Untersuchten überbrücken helfen sollte. Auf der anderen Seite stellen die Betroffenen durchaus Anforderungen an die Sozialforscher: Kooperation kann nur dann erfolgen, wenn die Transparenz der von den Sozialforschern geleisteten Arbeit gegeben ist. Die Auswertung der Daten geschieht dann nicht nur als Teil und Etappe der Studie, sondern wird intendiert als notwendiger Beitrag zur besseren Bewältigung des jeweiligen Gegenstandsbereichs, sie wird als Studie zumTeil der Arbeit in diesem Bereich. (95)

Die Erfordernisse der Transparenz und Eingliederung der Studie in einen konkreten Arbeitsprozeß heben den *praktischen Aspekt* bei der Auswertung des Datenmaterials hervor. In gewisser Hinsicht wird dieser Aspekt dem theoretischen Aspekt noch vorgeordnet. Da die Praxis Ausgangspunkt und Ziel jeder wissenschaftlichen Betätigung ist, wird sie auch zum Kriterium bei der Auswertung soziologischer Studien gemacht. Im „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie" heißt es: Die „Auswertung ... soll nicht nur Zustandsanalyse, sondern vielmehr den staatlichen und Parteileitungen wissenschaftlich fundiertes Arbeitsmaterial sein, das zu Verwendung bei der wissenschaftlichen Durchdringung des Leitungsprozesses bis hin zur Ausarbeitung von Prognosen dienen kann. Dabei werden in der Auswertung nicht nur Mängel aufgedeckt, sondern gleichzeitig Wege zu ihrer Überwindung aufgezeigt. *Weiterhin* sollte die Auswertung einer soziologischen Untersuchung zu theoretischen Verallgemeinerungen über den konkreten Untersuchungsbereich hinaus führen und damit einen Beitrag für die Anwendung und Weiterentwicklung der marxistischen Theorie leisten." (96) Diese Einschätzung allerdings, die der theoretischen Tätigkeit eine beinahe zweitrangige Bedeutung zuweist, wird von anderen Autoren nicht geteilt. Andrejewa hebt klar den theoretischen Aspekt vor dem praktischen hervor: „Wenn das Material gesammelt und gruppiert ist, wird es möglich, an seine theoretische Bearbeitung heranzugehen .... Wenn empirisches Material erklärt werden soll, so heißt das, es vom Standpunkt des Gesetzes aus zu erklären." (97)

95 „Die Auswertung darf daher auch nicht bei einigen primären Daten oder Prozentsätzen, welche die Leitungen dann nach ihren Bedürfnissen oder Vorstellungen interpretieren, stehenbleiben. Sie muß Schlußfolgerungen oder Empfehlungen beinhalten, die durch die Analyse wissenschaftlich begründet und theoretisch ausgearbeitet sind." H. Jetzschmann e.a. (hrsg.): EINFÜHRUNG ..., a.a.O., S. 103.

96 WÖRTERBUCH DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN SOZIOLOGIE, a.a.O., S. 46, Hervorh. U.K.

In Anbetracht der tatsächlichen Bedeutung, die der Einsatz wissenschaftlicher Methoden bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme unter den Bedingungen des Sozialismus hat, erscheint es jedoch angemessen, sich auch bei der Auswertung von Studien von der Einheit von Theorie und Praxis leiten zu lassen und diese Aspekte nicht isoliert zu behandeln. Die Entwicklung der allgemeinen Arbeit im Produktionsprozeß schafft die praktischen Voraussetzungen (Qualifikation der Beteiligten), die die leitende Funktion der Theorie in der praktischen Arbeit ermöglichen. So hebt Schulz zunächst den praktischen Aspekt hervor: „Jede soziologische Analyse muß bis zu brauchbaren Ergebnissen und Schlußfolgerungen für die Leitung der erforschten Bereiche oder Prozesse durchgeführt werden." (98) Gleichzeitig zeigt er aber auf, daß die unmittelbare gesellschaftliche Nützlichkeit nicht einem blinden Pragmatismus geschuldet ist: „Das neue ökonomische System der Planung und Leitung hebt die wissenschaftlichen und theoretischen Aspekte in der Leitungstätigkeit *auf eine neue Stufe* .... (Jeder Leiter) soll daher auch befähigt werden, die von der Wissenschaft entdeckten Zusammenhänge, die Gesetze und Kategorien des sozialen Handelns und Verhaltens der Werktätigen zu begreifen, sie bewußt zu organisieren und zu lenken. Deshalb ist jede Vorbereitung, Durchführung und Auswertung soziologischer Forschungen mit theoretischen Überlegungen und Diskussionen *im Betrieb,* mit den Leitern und den Werktätigen der untersuchten Bereiche verbunden." (99)

Ebenso wie die Datensammlung ist daher auch die Auswertung einer Studie bei einem entsprechenden Forschungsgegenstand quasi im Felde zu leisten. Die Ergebnisse der Auswertung erhalten dabei eine andere Relevanz als die in der Studierstube des Forschers erarbeiteten Ergebnisse: Einerseits sind gewisse Interpretationen der Kontrolle durch die Betriebsangehörigen zugänglich, d.h. die Sicht des Soziologen kann relativiert werden, es können Schwerpunkte modifiziert werden. Diese Modifikationen können allerdings nur innerhalb des Rahmens vorgenommen werden, den die Theorie steckt.

Andererseits ist durch den einschränkenden Auswertungs- und Geltungsbereich der Studie „eine gewisse Zurückhaltung bei der Verallgemeinerung und Veröffentlichung erster Ergebnisse ... angebracht." (100) Diese Zurückhaltung ist angebracht sowohl aus theoretischen Gründen, die die Repräsentativität und die Ebene der Verallgemeinerung betreffen, wie auch aus Verantwortlichkeit gegenüber der praktischen Anwendung der veröffentlichten Ergebnisse in anderen Betrieben. Keinesfalls darf jedoch unter dieser Zurückhaltung und Vorsicht im Umgang mit Untersuchungsergebnissen die Transparenz der Arbeit der Soziologen für die Betriebsangehörigen leiden. „Damit soll nicht einer Geheimnistuerei mit soziologischen Studien und Ergebnissen im Untersuchungsbereich selbst das Wort geredet werden. Was mit der Vorbereitung, der teilnehmenden Beobachtung und der Studie selbst begonnen wurde – die Zusammenarbeit mit Leitern, Brigaden und einzelnen Befragten –, sollte bei der Auswertung fortgesetzt werden. Zu Recht gibt es zur Zeit in Betrieben (der DDR, U.K.) Kritik an „Stippvisiten" soziologischer Gruppen. Die Auswertung jeder soziologischen Studie im Kreis der Beteiligten sollte zur Regel und Pflicht der Soziologen werden." (101)

97 G. Andrejewa: a.a.O., S. 41.

98 In: H. Jetzschmann e.a.(hrsg.): EINFÜHRUNG ..., a.a.O., S. 107.

99 Ebenda, S. 108, Hervorh. U.K.

100 Ebenda, S. 111.

101 Ebenda.

Schulz geht sogar so weit, die Mitarbeit an den Studien und die Auswertung „zur Aufgabe der Leitungen selbst" (102) zu machen. Da die Mitarbeit an einer Gesamtanalyse jedoch oft die Möglichkeiten der Leiter übersteigen wird, schlägt Schulz vor, Studien zu Teilproblemen anzufertigen, die dann mit den Leitern gemeinsam besprochen und bearbeitet werden können. Diese „Beratungen" erfüllen wichtige Funktionen für die Leiter, sie ermöglichen aber auch Korrekturen der Einschätzungen der Forscher und sind so für die theoretische Arbeit wertvoll. „Wir sehen in solchen Beratungen, deren Thema fest umrissen ist und deren Teilnehmer vorbereitet sind, die beste Methode der Auswertung." (103)

Einen weiteren Schritt innerhalb der Auswertung im Betrieb stellen Diskussionen mit den Werktätigen dar. Vor diesen Diskussionen, die auch im kleinen Kreis stattfinden können, müssen die Teilnehmer in ausreichendem Maß durch Wandzeitungen, Betriebszeitungen oder Versammlungen mit dem Thema vertraut gemacht werden. Diese Beratungen im kleineren Kreis können einen direkten Zugang zur Bewußtseinsbildung der Werktätigen vorbereiten, da in diesen Beratungen in intensiver Form auf die Äußerungen der Untersuchten eingegangen werden kann.

Die für diese Beratungen angemessene Methode ist die Gruppendiskussion. Dabei stehen vor allem (im Unterschied zu der im Forschungsverlauf angewandten Gruppendiskussion) die einzelnen Ergebnisse der Studie zur Diskussion, die im Verlauf einer längeren Zusammenarbeit von den Mitgliedern des Kollektivs in zunehmendem Maße gewertet und eingeschätzt werden können. Schulz hält diese Form der praktischen Auswertung für notwendig und sinnvoll, er weist aber darauf hin, daß die Methoden der Auswertung von Ergebnissen in dieser kooperativen Weise noch nicht voll ausgebildet sind und daß Erfahrungen auf diesemGebiet nur bedingt zu verallgemeinern sind. (104)

4. Forschungsmethoden in der gesellschaftlichen Praxis

Wenn die ideologischen Auseinandersetzungen auf der Ebene der soziologischen Forschungsmethoden im einzelnen zu bestimmten Ergebnissen in bezug auf die Formationsspezifik der Methoden geführt hat, dann müssen diese Ergebnisse immer bezogen bleiben auf ihren Stellenwert in der wirklichen Forschungspraxis. So wie die Entstehung der Methoden nicht zu trennen ist von konkreten historischen und praktischen Bedingungen, so vollzieht sich auch die Anwendung der Methoden jeweils historisch spezifisch und unterliegt allein deshalb immer schon bestimmten Modifikationen. Die sozialökonomische Determination der Methoden impliziert daher beide: ihren objektiv fortschrittlichen Charakter als unabdingbare Hilfsmittel zur Steuerung sozialer Prozesse wie auch die Tatsache, daß die Methoden nicht nur stoffliche Merkmale tragen, sondern auch solche, die sie ihrer Entstehung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft und dort wiederum ganz bestimmten Organisationen und Institutionen verdanken. Auf dem realen Hintergrund der unterschiedlichen Zwecke der gesellschaftlichen Produktion in der DDR konnten einige Aspekte dieser Formationsspezifik der Methoden herausgeschält werden.

Die methodologische Betrachtungsweise ist nicht eine Art Pflichtübung, die aus prinzipiellen oder erkenntnistheoretischen Erwägungen vorgenommen wird; vielmehr ergibt sich ein wirkliches Bedürfnis nach theoretischer Klärung notwendig an ganz bestimmten Entwicklungspunkten der Praxis. Der „Beweis" für die Relevanz der Analyse der Methoden kann daher nur von der gesellschaftlichen Forschungspraxis selbst in der BRD und in der DDR geführt werden.

102 Ebenda, S. 110.
103 Ebenda.
104 Ebenda, S. 114.

Bernd P. Löwe

Theoretische Grundlagen des Antikommunismus

Wenn hier einige theoretische Grundlagen des Antikommunismus in den USA und in der BRD untersucht werden sollen, dann geht es in erster Linie um eine Skizzierung von parallelen Entwicklungen im philosophisch-weltanschaulichen und soziologisch-politologischen Bereich. Unter den gegenwärtigen Bedingungen und Tendenzen der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus erscheint es mehr denn je geboten, die philosophisch-weltanschaulichen und sozial- wie politikwissenschaftlichen Konzeptionen der antikommunistischen Ideologie und Politik der internationalen Monopolbourgeoisie genauestens zu kennen, weil erstere zu einem wesentlichen Teil eingehen in die politische Entscheidungsfindung der bourgeoisen Klasse. (1)

Grundlagen der ideologisch-theoretischen Entwicklungslinien in den USA und in der BRD

Eine Untersuchung von Parallelitäten in den philosophisch-weltanschaulichen und sozial- wie politikwissenschaftlichen Grundlagen antikommunistischer Politik und Ideologie in den USA und in der BRD geht wesentlich über eine ideengeschichtliche Bestandsaufnahme hinaus. Denn eine Reihe von sozialökonomischen Entwicklungen, die ehemals oder heute noch als typisch für die USA angesehen wurden bzw. werden, haben sich als gesetzmäßige Entwicklungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgestellt und sind zu allgemeinen Merkmalen einer qualitativ neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus geworden.

Das Erscheinungsbild solcher Veränderungen, das sich aus den konkret-historischen Entwicklungen in den USA ergab, hat sich in modifizierter Gestalt in den westeuropäischen kapitalistischen Staaten zum Teil um Jahre später wiedererkennen lassen. Das hat in marxistisch-leninistischen Untersuchungen berechtigterweise zu dem Schluß geführt, daß diese Merkmale auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus rückführbar sind. (2)

Unter diesem Gesichtspunkt verwundert es nicht, daß ideologisch-theoretische Konzeptionsbildungen der internationalen Monopolbourgeoisie, die sich als relativ dauerhaft und von nachhaltiger Wirkung in der Politik und im Gesamtarsenal der imperialistischen Ideo-

1 Vgl. näher bei W.G. Kalenski/R. Mocek/B.P. Löwe: POLITOLOGIE IN DEN USA. Zur Kritik imperialistischer Machtkonzeptionen, Berlin 1971; A.W. Dmitrijew: POLITITSCHESKAJA SOZIOLOGIJA SSA, Leningrad 1971.
2 Vgl. in: SPÄTKAPITALISMUS OHNE PERSPEKTIVE. Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre, Berlin 1969; H. Heininger/P. Hess: DIE AKTUALITÄT DER LENINSCHEN IMPERIALISMUSKRITIK, Berlin 1970; DER IMPERIALISMUS DER BRD, Berlin 1971; A. Lemmnitz/H. Schäfer: POLITISCHE ÖKONOMIE DES KAPITALISMUS, Frankfurt/Main 1972.

logie erwiesen, in der Mehrzahl als richtungsbestimmende Grundpositionen in den USA ihren Ausgangspunkt nahmen. Der allgemeine Grund dafür besteht darin, daß die USA die stärkste imperialistische Macht verkörpern und in ihrer Entwicklung (Krisenmerkmale, Zerfallserscheinungen, Auswirkungen des kapitalistischen Grundwiderspruchs in gesamtgesellschaftlichen Dimensionen, Anpassungsversuche an das veränderte Kräfteverhältnis, Anwachsen der innerimperialistischen Widersprüche usw.) am weitesten fortgeschritten sind.

Trotz dieser sich verschärfenden Widersprüche und der auch in Zukunft anhaltenden Konkurrenz zwischen den imperialistischen Machtzentren wird die Tatsache zu beachten sein, daß die allgemeinen theoretischen Grundlagen und leitenden Orientierungen in der antikommunistischen Politik und Ideologie der USA auch weiterhin bestimmend bleiben werden, weil die USA-Monopolbourgeoisie an ihrer Vormachtstellung in dem von ihr geführten imperialistischen Lager festhalten wird.

Die besonders augenfälligen Parallelitäten in den philosophisch-weltanschaulichen und sozial- wie politikwissenschaftlichen Grundlagen des Antikommunismus zwischen den USA und der BRD sind vordringlich auf folgende objektiven Ursachen zurückzuführen:

1. Nach dem zweiten Weltkrieg war in der BRD eine direkte Fortsetzung der unter dem Faschismus typischen Ideologienbildung nicht möglich. (3) Unter bestimmten Bedingungen konnte so der Neuthomismus zu einer Art Staatsphilosophie avancieren. Seine Krise und der Schwund an Einfluß und Wirksamkeit der klerikalen Ideologie führte zu einer Reihe sekularisierter ideologisch-theoretischer Konzeptionen, die trotz ihrer stärkeren sozial- und politikwissenschaftlichen Fundierung keine geringere Weltanschauungsfunktion übernehmen als die in den Hintergrund getretenen traditionellen philosophischen „Schulen" und Richtungen. (4)

2. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre zeichnen sich – hervorgerufen durch das zugunsten des Sozialismus spürbar veränderte Kräfteverhältnis, durch seine gewachsene Anziehungskraft und durch die weltweite Offensive des Marxismus-Leninismus – Evolutionen im Antikommunismus ab, der eine veränderte theoretische Begründung und Legitimierung erfordert. (5) Der offene und militante Antikommunismus tritt – ohne gänzlich seine Bedeutung und seinen Einfluß aufzugeben – zurück hinter einem verfeinerten, versteckten und flexibleren Antikommunismus, der unter Beibehaltung seiner Grundpositionen und Ziele nach angemessenen Formen und Methoden sucht, um auf der nunmehr bestimmenden Ebene des ideologischen Klassenkampfes in die Offensive zu gelangen. (6)

3 Vgl. W. Heise: AUFBRUCH IN DIE ILLUSION. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin 1964; D. Bergner u.a.: IMPERIALISMUS UND WELTANSCHAUUNG. Zu neuen Tendenzen der bürgerlichen Philosophie und Ideologie in Westdeutschland, Berlin 1966.

4 Vgl. SOWREMENNAJA FILOSSOFIJA I SOZIOLOGIJA W FRG, Moskau 1971; SOWREMENNAJA BURZUAZNAJA FILOSSOFIJA, Moskau 1972.

5 DER LENINISMUS UND DER KAMPF GEGEN DIE BÜRGERLICHE IDEOLOGIE UND DEN ANTIKOMMUNISMUS IN DER GEGENWÄRTIGEN ETAPPE, Moskau 1970; E.D. Modrshinskaja: LENINISMUS UND DER GEGENWÄRTIGE IDEOLOGISCHE KAMPF, Moskau 1970; G.P. Tshernikow: OSNOWNIJE TEORII ANTIKOMMUNISMA, Moskau 1972; W.W. Mschweniradse: ANTIKOMUNISM-IDEOLOGIJA I POLITIKA IMPERIALISMA, Moskau 1973; W.B. Knjashinski: DIE INTERNATIONALE STRATEGIE DES ANTIKOMMUNISMUS, Berlin 1973; DER GEGENWÄRTIGE ANTIKOMMUNISMUS – POLITIK UND IDEOLOGIE, Berlin 1974.

6 Vgl. G.A. Arbatow: IDEOLOGISCHER KLASSENKAMPF UND IMPERIALISMUS, Berlin 1972.

3. Die Monopolbourgeoisie der BRD steht auf Grund ihres Sonderbündnisses mit dem USA-Imperialismus im Rahmen des internationalen Klassenkampfes vor vergleichbar ähnlichen Aufgaben wie die USA-Bourgeoisie und entwickelt entsprechende analoge Theorie- und Ideologiebedürfnisse. (7) Neben diesen teilweise recht offensichtlich übereinstimmenden sozialpolitischen Situationen sind es in bedeutendem Maße die sozialökonomischen Bindungen und Entwicklungstendenzen des Monopolkapitals sowie der wachsende Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes, die für die Bestimmung ideologisch-theoretischer Parallelitäten ausschlaggebende Bedeutung besitzen. (8)

4. Wesentliche Entwicklungen auf sozialökonomischem und sozialpolitischem Gebiet in den USA werden von den geistigen Vertretern der Monopolbourgeoisie seit Jahrzehnten einer interessenadäquaten Analyse unterzogen. Solche – zunächst scheinbar nur für die USA typischen – Erscheinungen und Prozesse haben sich entweder längst als allgemeingültig für die Entwicklung des staatsmonopolitischen Kapitalismus herausgestellt oder werden für die absehbare Zeit derartig eingeschätzt. (9) Das führte dazu, daß die zur Schau getragenen antiamerikanischen Positionen von Vertretern der westeuropäischen und auch der BRD-Bourgeoisie vielfach nichts anderes waren, als ein aktivistischer Zweckpessimismus. Liegt doch der Verdacht nahe, daß die Ideologieproduktionen der „europäischen Partei" der internationalen Monopolbourgeoisie stärker als bisher bestrebt sein wird, den „ideologisch-theoretischen Vorlauf" der USA-Monopolbourgeoisie wettzumachen. Dies soll unter Aufgreifen zweier Forderungen geschehen: a) praktisch erprobte und erfolgversprechende ideologisch-theoretische Konzeptionen sollen den eigenen Bedingungen angepaßt und b) unter Reduzierung des Zeitaufwandes für diesen „Lernprozeß" in den politisch-praktischen Prozeß übergeführt werden. (10)

5. Bestimmte Ideologiebildungen der USA-Monopolbourgeoisie, die sich aus ihrer imperialistischen Führungsrolle und aus ihren Weltherrschaftsplänen ergeben, sind vergleichbar mit den Bestrebungen der BRD-Bourgeoisie bezüglich ihres Strebens um eine Vormachtstellung in Westeuropa und ihrer besonderen Rolle bei der Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern. (11) Ähnliche Faktoren gibt es zu berücksichtigen, wenn man die Politik gegenüber den nichtpaktgebundenen Staaten und gegenüber den Ländern der nationalen Befreiungsbewegung untersucht. Bei Betrachtung der jeweiligen Spezifik (kon-

7 Vgl. H.-M. Gerlach/B.P. Löwe: „Politik, Philosophie und Soziologie im westdeutschen staatsmonopolistischen System", in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, 1970/Heft 6.

8 Vgl. A.W. Kirsanow: DIE USA UND WESTEUROPA. Ihre ökonomischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg, Berlin 1968.

9 Vgl.: DER STAATSMONOPOLISTISCHE KAPITALISMUS, Berlin 1962; N.N. Inosemzew: DER HEUTIGE KAPITALISMUS: NEUE ERSCHEINUNGEN UND WIDERSPRÜCHE, Berlin 1973.

10 Vgl. S.I. Popow: KRITIKA SOWREMENNOJ BURZUAZNOJ SOZIOLOGII, Moskau 1970; R. Mocek/D. Pälike/B.P. Löwe: DER WISSENSCHAFTSBEGRIFF DER POLITICAL SCIENCE (unveröffentliches Manuskript), Sammelband zur bürgerlichen Wissenschaftsauffassung, Moskau 1974.

11 Vgl.: ZUR KRITIK DER BÜRGERLICHEN SOZIOLOGIE IN WESTDEUTSCHLAND, herausgegeben von Kurt Braunreuther, Berlin 1962; BÜRGERLICHE ÖKONOMIE IM MODERNEN KAPITALISMUS, herausgegeben von Herbert Meißner, Berlin 1967; B.A. Schabad: DIE POLITISCHE PHILOSOPHIE DES GEGENWÄRTIGEN IMPERIALISMUS. Zur Kritik der antikommunistischen Grundkonzeption, Berlin 1970.

krete Möglichkeiten der Macht und des Einflusses, Traditionen, Anpassungsmöglichkeiten, Bündnisverpflichtungen usw.) sind auch diesbezüglich Analogien unverkennbar. (12)

6. Schließlich haben sich – bedingt durch diesen Komplex objektiver Determinanten – Ähnlichkeiten im politisch-ideologischen Überbau herausgebildet, die besonders die Bereiche der „Techniken" und des „Wissens" im Zusammenhang mit imperialistischer Macht und Herrschaft betreffen. Theoretische Ansatzpunkte in der Geschichts- und Gesellschaftsauffassung, in den allgemeinverbindlichen ideologischen Grundwerten und Leitbildern, in den organisatorischen und institutionellen Maßnahmen der Sicherung von bourgeoiser Macht und Herrschaft, Praktiken sozialpolitischer Regulierung von sogen. Konflikten und Modelle des Sozialreformismus sind in vielerlei Hinsicht äquivalent. Dabei spielen subjektive Faktoren – wie die Kongruenz in den politisch-ideologischen Denkstilen, wie der personelle „Austausch" im politischen, Wissenschafts- und Wirtschaftsmanagement – eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Angesichts dieser Faktoren liegt die Annahme nicht fern, daß auch im Bereich des politisch-ideologischen Überbaus – bei aller relativen Selbständigkeit, die ihm zuzubilligen ist – auch in der BRD solche Parallelitäten tendenziell weiter ausgebildet werden. Dies ist schon insofern keine bloße Hypothese mehr, weil auf dem bedeutsamen Gebiet der Außen- und Militärpolitik diese Entwicklungen bereits signifikant sind. (13)

Deshalb soll hier die Aufgabe stehen, diejenigen philosophisch-weltanschaulichen und sozial- wie politikwissenschaftlichen Parallelitäten zu skizzieren, die langfristig und konzeptionell bestimmend die antikommunistische Politik und Ideologie der Monopolbourgeoisie in den USA und in der BRD getragen haben. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, die komplexen Zusammenhänge der Krise der bürgerlichen Ideologie und des Antikommunismus unter internationalistischem Gesichtspunkt differenzierter erfassen und daraus notwendige Schlußfolgerungen für die Stärkung der weiteren Offensive des Marxismus-Leninismus und seinen Kampf gegen die Ideologie des Imperialismus ableiten zu können.

Im hier zur Verfügung stehenden Rahmen ist dabei eine erhebliche Eingrenzung und Beschränkung erforderlich, weshalb sich diese Ausführungen als ein Diskussionsbeitrag verstehen. Denn es wird im wesentlichen eine Konzentration auf die weltanschaulich-methodologischen Grundlagen des bourgeoisen sozial- und politikwissenschaftlichen Denkens erfolgen. Bekanntlich verkörpert dieses einen Ausgangspunkt für die theoretischen Begründungen der politisch-ideologischen Konzeptionsbildungen, die ihrerseits ein entscheidendes Arsenal zur Ausarbeitung und Legitimierung strategischer Doktrinen und taktischer Verhaltenskataloge der praktischen Politik der internationalen Monopolbourgeoisie darstellen. (14)

Eine solche Untersuchung muß bei dem angestrebten Vergleich davon ausgehen, daß die letztlich entscheidenden Ursachen für die genannten Parallelitäten durch sozialökonomische und sozialpolitische Entwicklungen hervorgerufen oder bedingt werden, die als Gesetzmäßigkeiten der materiellen Basis der Gesellschaft den beiden staatsmonopolistischen

12 Vgl. G. Hall: DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS IN DER WELT VON HEUTE. Eine Einschätzung wichtiger Fragen und Ereignisse unserer Zeit, Berlin 1973.

13 Vgl. A. Karenin: FILOSOFIJA POLITICESKOGO NASILIJA. Kritika antikomunisticeskich koncepcij v oblasti vnesnej politiki SSA, Moskau 1971; E. Krippendorff: DIE AMERIKANISCHE STRATEGIE. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt am Main 1970.

14 Vgl. SOVREMENNAJA BURUZAZNAJA IDEOLOGIJA V SSA, Moskau 1967.

Systemen immanent sind. Dies wird vorausgesetzt. (15) Zudem muß berücksichtigt werden, daß es die ökonomischen Beziehungen, wirtschaftspolitischer Verbindungen und monopolistischen Verflechtungen selbst und in direkter Weise sind, die unter dem dominierenden Einfluß des USA-Monopolkapitals in der Wirtschaft der BRD Verhältnisse hervorrufen, die eine rasche Ausbreitung scheinbar „typisch amerikanischer" Erscheinungen bedingten und gegenwärtig auch verstärkt auslösen. (16) Doch zeigt sich bei genauerer Analyse, daß es sich dabei nicht um irgendwelche „Amerikanisierungs"-Prozesse handelt, sondern um Entwicklungen staatsmonopolistischen Charakters. Daß diese Prozesse zeitlich früher schon in den USA ausgemacht werden konnten, liegt begründet in dem dort wesentlich weiter fortgeschrittenen Stadium staatsmonopolistischer Entwicklungen und ihrer Krisenmerkmale. (17)

Zu berücksichtigen sind außerdem die engen politischen Bindungen, die geschichtlichen Traditionen, die Homogenität bzw. die Widersprüchlichkeit ihrer Entwicklung im Zusammenhang mit der Krise in der NATO, weil diese Faktoren Rückschlüsse auf wesentliche imperialistische Interessenübereinstimmung besonders in den Fragen der politischen Macht und des politischen Einflusses zulassen. Zurecht spricht deshalb Kalenski bezüglich der „Konzeptionen von der politischen Macht und dem politischen Einfluß" von ideologisch-theoretischen Auffassungen, deren „Vaterschaft" scheinbar spezifisch die Interessenkonstellationen der Monopolbourgeoisie der USA widerspiegeln, tatsächlich aber in originärer Weise den Interessen und Bedürfnissen der Monopolbourgeoisie unter ihren gegenwärtigen objektiven Existenzbestimmungen schlechthin Ausdruck verleihen. (18)

In gleichem Maße ist deshalb auch zu berücksichtigen, daß unter den Bedingungen der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus die von Lenin aufgedeckte Gesetzmäßigkeit der ungleichmäßigen und sprunghaften Entwicklung unter den kapitalistischen Staaten sich ausweitet und als objektiver Entwicklungsfaktor größere Bedeutung erlangt. Da sich diese Widersprüche in komplizierter Weise mit der Dialektik imperialistischer Anpassungsprozesse an das veränderte Kräfteverhältnis verflechten, hat dies nicht zuletzt auch Auswirkungen im ideologischen Bereich. Leitbilder wie die „amerikanische Herausforderung", die „technologische Lücke", der „EWG-Protektionismus" u.a. zeugen davon, daß sich innerimperialistische Widersprüche verschärfen und zu ihrer Verschleierung vielfach verzweifelte Rückgriffe auf traditionelle Formen des Antikommunismus erfolgen. Diese ideologischen Ablenkungsmanöver, bei denen die verschiedensten gesellschaftlichen Probleme in den Vordergrund gespielt werden (z.B. „Umwelt-Krise", „Nord-Süd-Konflikt", Wachstumsprobleme), sollen den Blick abwenden von den formationsspezifischen Widersprüchen im Kapitalismus und von dem Grundwiderspruch unserer Epoche. Ob es nun aber Homogenität oder Dissenz sind, die die bilateralen und multilateralen Beziehungen zwischen den USA und ihren sogenannten Partnern prägen, ob es gelungen oder fehlgeschlagene Anpassungsmanöver an das zugunsten des Sozialismus veränderte Kräfteverhältnis sind, fest steht, daß es die allgemeinen objektiven sozialökono-

15 Vgl. u.a. T.J. Oiserman: DER ANTIKOMMUNISMUS – AUSDRUCK DER KRISE DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE, Berlin 1963.

16 Vgl. I. Noskova/B. Sokolnikow: „USA-Kapital in der westdeutschen Wirtschaft", in: SOWJETWISSENSCHAFT/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1964/Heft 6; M. Dyner: „Das USA-Kapital im Angriff auf Europa", in: EINHEIT, 1967/Heft 2; V. Regner: „Presentday problems in the relations between the USA and GFR", in: INTERNATIONAL RELATIONS, Praha 1972.

17 Vgl. G. Hall: DER AMERIKANISCHE IMPERIALISMUS IN DER WELT VON HEUTE, a.a.O.

18 Vgl. bei W.G. Kalenski/R. Mocek/B.P. Löwe: POLITOLOGIE IN DEN USA, a.a.O.

mischen Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus und das Gesetz unserer Epoche sind, die zu analogen ideologisch-theoretischen Positionen der internationalen Monopolbourgeoisie führen. Der Generalnenner dieser Ideologie ist der Antikommunismus mit seiner besonderen Ausprägung als Antisowjetismus. (18) Seine Entlarvung und Zerschlagung erfordert u.a., die philosophisch-weltanschaulichen und sozial- wie politikwissenschaftlichen Quellen und Bestandteile, aus denen sich diese Ideologie speist und die die theoretische Basis des gegenwärtigen bourgeoisen Welt- und Selbstverständnisses bilden, zu untersuchen, um die tendenziell bestimmenden Richtungen und Schwerpunkte des ideologischen Kampfes der Monopolbourgeoisie gegen ihren inneren und äußeren Klassengegner fixieren und entsprechende Konsequenzen für die Offensive des Marxismus-Leninismus ableiten zu können. (20)

Konkret-historische Entwicklung und ideologisch-theoretische Erscheinungen

Die philosophisch-theoretische Neuorientierung nach dem Zweiten Weltkrieg

Eine erste größere Phase der Parallelität im weltanschaulich-methodologischen Grundgehalt antikommunistischer Konzeptionsbildung der Monopolbourgeoisie in den USA und in der BRD läßt sich zeitlich etwa für die ersten zehn Jahre nach dem zweiten Weltkrieg bestimmen.

In den USA waren während bzw. unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg bemerkenswerte ideologisch-theoretische Konzeptionsbildungen, die in direktem Zusammenhang mit einer forcierten antikommunistischen ideologischen Aufrüstung standen, kaum auszumachen. Unter den Bedingungen der Anti-Hitler-Koalition mußten sich die Ideologen der Bourgeoisie bestimmte Mäßigung in der Propagierung eines offenen Antikommunismus auferlegen. Solche Äußerungen wie die des erzreaktionären Senators R.A. Taft, daß „ein Sieg des Kommunismus für die Vereinigten Staaten weitaus gefährlicher (sein würde) als ein Sieg des Faschismus" (21), wurden deshalb zunächst auch wenig beachtet. Das sollte sich nahezu über Nacht ändern. Als Repräsentant der Rüstungsmonopole, Harry S. Truman, eine Administration schuf, in der zunächst hintergründig der Bruch der Anti-Hitler-Koalition betrieben und machtpolitische wie ideologische Vorbereitungen für eine Periode des kalten Krieges getroffen wurden, erhielten auch die Ideologen der Monopolbourgeoisie das Zeichen zur frontalen ideologischen Kriegführung gegen die Sowjetunion. (22) Für die „offizielle" Truman-Doktrin wurden im Hinblick auf die Politik und Ideologie des Antikommunismus drei Schwerpunkte bestimmend: 1. Verstärkung des politischen Einflusses der aggressivsten und im Rüstungsgeschäft am mächtigsten gewordenen Monopolverbände; damit 2. Korrektur und schließlich gänzliche Zurücknahme der außenpolitischen Realistik des New Deal von Präsident Roosevelt und Vorbereitung einer globalen „kalten" – gegebenenfalls auch „heißen" – Kriegführung gegen die Sowjetunion und die entstehenden sozialistischen bzw. antifaschistisch-demokratischen Ordnungen in den vom Hitler-Faschismus befreiten Ländern; und zur innenpolitischen „Absicherung" dieses aggressiven Kurses damit 3. die Ausweitung des offenen und militanten Antikommunismus in der McCarty-Ära. (23)

Mit der Verstärkung des kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder erfolgt dann eine allseits spürbare Hinwendung auch des philosophischen Denkens auf politische Probleme. Unter den Erschütterungen der Kriegsereignisse hatte diese keimhaft bereits in den 40er Jahren begonnen, um dann zu deren Ende und zu Anfang der 50er Jahre einen entscheidenden Stellenwert innerhalb der politischen Ideologie der USA-Monopolbourgeoisie einzunehmen. Eine Strömung des bourgeoisen philosophischen Denkens in den USA, die bereits über nicht unwesentliche Traditionen in der Ideologiebildung verfügte, zieht dabei die Aufmerksamkeit besonders auf sich: die sogenannte realistische Schule von der Politik. (24)

Im Gewand religiöser „Neubesinnung" und eines demagogischen Mißbrauchs des christlichen Humanismus verfolgte diese „Schule" hauptsächlich zwei ideologische Funktionen: *Einmal* sollte dieser „Realismus", der sich stets in engster Verbindung mit den Traditionen des amerikanischen Pragmatismus (25) wußte, der Monopolbourgeoisie selbst zum Verständnis ihrer gewandelten Existenzbedingungen verhelfen. Da diese sich nachhaltig durch die weiteren Erfolge des Sozialismus zuungunsten der internationalen Monopolbourgeoisie veränderten, stellten sich die Vertreter dieser Richtung die Aufgabe, mit ihren Konzeptionen von der „realistischen Politik" die strategische Erneuerung der imperialistischen Politik einzuleiten, deren antikommunistischen Charakter zu legitimieren und die politischen Aktionen selbst als schicksalhafte Notwendigkeit vor den Augen der werktätigen Massen zu begründen. (26) *Andererseits* wurde dazu parallel das Ziel verfolgt, in der Arbeiterklasse und in anderen Schichten der Bevölkerung die gewachsenen Sympathien für die Sowjetunion zu zerschlagen und jeglichen Gedanken an die Fortsetzung normaler Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR – und damit verbunden eine Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftsordnung – auszumerzen. (27)

Diese von der Monopolbourgeoisie ihren geistigen Interessenvertretern auf dem Gebiet des ideologischen Klassenkampfes nahegelegten Aufgaben stehen in einem direkten Zusammenhang mit der „personellen" Zusammensetzung dieser an Einfluß gewinnenden ideolo-

19 Vgl. D. Bergner/B.P. Löwe: „Philosophische Probleme des Kampfes gegen die Globalstrategie", in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, 1970/Heft 9; D. Bergner: „Politisch-ideologische Grundlagen des Antikommunismus", in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, 1971/Heft 9.

20 Vgl. in: L. Stern: DER ANTIKOMMUNISMUS ALS POLITISCHE HAUPTDOKTRIN DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS, Berlin 1964; VERBRECHEN OHNE CHANCE. Gegen die Ideologie des Antikommunismus, Berlin 1967.

21 R.A. Taft, zit. in H.-P. Schwarz: VOM REICH ZUR BUNDESREPUBLIK – Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied/Berlin (West) 1966, S. 97.

22 Vgl. ausführlicher bei D. Horowitz: KALTER KRIEG. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 1, Berlin (West) 1969, Teil I.

23 Vgl. u.a. F.J. Donner: THE UN-AMERICANS, New York 1961; S. Lens: THE FUTILE CRUSADE: ANTI-COMMUNISM AS AMERICAN CREDO, Chicago 1964.

24 Vgl. G.-K. Kindermann: „Philosophische Grundlagen und Methodik der Realistischen Schule von der Politik (mit besonderer Berücksichtigung der Werke von Hans S. Morgenthau und Reinhold Niebuhr)", in: D. Oberndörfer (Hrsg.), WISSENSCHAFTLICHE POLITIK. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg i.Br. 1962.

25 Vgl. M.K. Wells: DER PRAGMATISMUS. Eine Philosophie des Imperialismus, Berlin 1957; H.S. Thayer: MEANING AND ACTION, New York 1968.

26 Vgl. K.A. Schwarzmann: ETHIK OHNE MORAL. Kritik der modernen bürgerlichen ethischen Theorien, Berlin 1967.

27 Vgl. D. Horowitz: KALTER KRIEG. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. I und Bd. II, (West-)Berlin 1969; J.L. Kusnez: OT PERL-CHABORA DO POTSDAM. Ocerk wnesnej politiki SSA, Moskau 1970.

gisch-theoretischen Linie. Die sogenannten Väter dieser „Schule", der Theologe Reinhold Niebuhr, die Politologen H.J. Morgenthau, N.J. Spykman, K.W. Tompson, die Historiker E.H. Carr und H. Butterfield, der Publizist Walter Lippmann sowie die Mitglieder des Planungsstabes des Departements of State G.F. Kennan, Paul Nitze, Ch.B. Marshall und Louis Halle vertraten in konkreten politischen Fragen zwar durchaus nicht immer einheitliche Meinungen, doch war ihre Position zu den Grundwerten der amerikanischen Gesellschaft zum erwünschten Menschenbild, zur Rolle der politischen Philosophie im Verhältnis zur Theorienbildung innerhalb der political science, zum Verhältnis von Ideologie und Monopolinteressen, zum Verhältnis von Macht und Recht sowie im Sinne ihrer bewußten Wahrnehmung der ideologischen Dienstleistung für die Ziele des USA-Imperialismus einheitlich. (28) Diese einheitliche Linie ist es, die für den allgemeinen Denkstil der Monopolbourgeoisie in den Fragen der Innen- und Außenpolitik nie an Bedeutung verloren hat, wenngleich nicht unwesentliche Modifikationen erfolgten und die „Realistische Schule von der Politik" unter diesem Namen verschiedentlich nur im Sinne einer „Hintergrundideologie" (J. Habermas) die politische Konzeptionsbildung beeinflußte. (29) Es läßt sich aber offensichtlich der direkte Zusammenhang zwischen dieser ideologisch-theoretischen Grundlinie und der Doktrin der amerikanischen Globalstrategie aufdecken, da die philosophisch-weltanschaulichen und die sozial- wie politikwissenschaftlichen Fundamente dieser antikommunistischen Politik und Ideologie in jener „Schule" aufzufinden sind. (30)

Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg schien es in den westlichen Besatzungszonen bis zur Gründung der BRD und der damit von den Westmächten und der deutschen Monopolbourgeoisie verfolgten Spaltung Deutschlands, als würde sich ein ideologischer „Pluralismus" durchsetzen. Denn neben bürgerlichem Liberalismus, Konservatismus, neben Revisionismus und Opportunismus hatte auch der Marxismus-Leninismus, gestützt auf revolutionäre Kräfte der Arbeiterbewegung, starke Positionen behaupten können. (31)

Für die internationale Monopolbourgeoisie, die dem westdeutschen Monopolkapital bereits eine Bollwerkfunktion gegen den Vormarsch des Sozialismus und eine besondere Rolle im kalten Krieg zugedacht hatte, konnte diese Situation ebensowenig befriedigend sein wie für die westdeutsche Bourgeoisie selbst. Mit der ökonomischen und politischen Restauration des deutschen Imperialismus mußten zwangsläufig auch Pläne seiner ideologischen Inthronisierung konkrete Gestalt annehmen.

Unter der „Schirmherrschaft" der westlichen Besatzungsmächte wurden deshalb bereits 1949 in Waldleiningen 90 Politiker und Professoren zusammengezogen, die unter dem Vorsitz des Soziologen Alfred Weber, des Bruders von Max Weber, eine Konferenz über die Grundlinien der politischen Bildung und Erziehung in Westdeutschland abhielten. Diesem ersten Treffen folgten weitere in Königstein (Taunus) und West-Berlin. Die konzeptionsbildenden Kräfte waren u.a. A. Weber, O. Suhr, D. Sternberger, Th. Eschenburg und E. Kogon. (32) Die Differenzierungen, die im Verlaufe der Zeit in diesem Arbeitskreis auftraten, werden von bürgerlichen Autoren stets auf methodologische Streitpunkte zurückgeführt. Fest steht aber, daß das Auseinanderbrechen der Standpunkte zusammen-

28 Vgl. B.P. Löwe: „Politologie und political science in den USA", in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, 1974/Heft 6.
29 Vgl. A. Karenin, FILOSOFIJA POLITICESKOGO NASILIJA, a.a.O.
30 Vgl. ebenda.
31 Vgl. R. Badstübner/S. Thomas: DIE SPALTUNG DEUTSCHLANDS 1945-1949, Berlin 1966.
32 Vgl. H.-P. Schwarz: „Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland", in: D. Oberndörfer (Hrsg.), WISSENSCHAFTLICHE POLITIK, a.a.O., S. 279 ff.

fällt mit dem Dissenz zwischen einer konservativen und einer liberalen Linie bürgerlicher Ideologie. Denn inzwischen hat sich mit dem Beginn der Adenauer-Ära eine Symbiose von Konservatismus und politischem Klerikalismus herausgebildet, der die entscheidende Voraussetzung bilden sollte für eine ideologische Formierung in Gestalt eines offenen und militanten Antikommunismus nach innen und nach außen. Unter dem eindeutigen Primat dieser politisch-ideologischen Ausrichtung soll die „vielberufene Kluft zwischen deutschem Geist und deutscher Politik überbrückt" (33) werden. Dem unterzuordnen haben sich auch die sozial- wie politikwissenschaftlichen Entwicklungen, als deren Hauptvertreter A. Weber, A. Rüstow, H. Plessner, M. Horkheimer, L. von Wiese, R. König, Th. W. Adorno ihr Wirkungsfeld aufbauen. Dabei hat die philosophisch-weltanschauliche Inthronisierung der imperialistischen Ideologie bereits einen deutlichen Vorsprung gegenüber dieser mehr sozial- und politikwissenschaftlichen Linie aufzuweisen. Besonders der Neuthomismus und in gewissem Maße der Existenzialismus sowie die Lebensphilosophie sind es, die in eigentümlicher Nachbarschaft zu einer Art Staatsphilosophie avancieren. Dieser „Aufbruch in die Illusion" – wie es W. Heise treffend bezeichnete und in gründlicher Beweisführung nachwies – kennzeichnete den Inhalt und die Funktionen einer bourgeoisen Ideologie, die sich in der Etappe der Restauration des deutschen Imperialismus konstituiert und unter den veränderten Nachkriegsbedingungen der wiederentstandenen Monopolherrschaft zur ideologischen Machtausübung dient. (34)

Auf den ersten Blick mag es abwegig erscheinen, diese Entwicklungen mit denen in den USA hinsichtlich grundlegender Parallelitäten auf einen Nenner zu bringen. Eine genauere Untersuchung der ideologischen Aufrüstung in den USA und in der BRD offenbart jedoch einen Prozeß, der – bei allen Unterschiedlichkeiten in den äußeren Erscheinungsformen, unter Beachtung der ideologiegeschichtlichen Traditionen und genetischen Merkmale sowie bei Berücksichtigung der zeitlichen „Phasenverschiebung" – nicht nur in den ideologischen Zielsetzungen wesentliche Parallelitäten aufwies, sondern auch bezüglich der allgemeinen objektiven Rahmenbedingungen bourgeoiser Ideologieproduktion unübersehbare Analogien erkennen läßt.

So wie mittels der ideologischen Leitbilder der „Realistischen Schule" der McCartyanismus nach innen und die Globalstrategie nach außen gerechtfertigt werden sollten, so legitimierte das Bündnis von Neuthomismus und politischem Klerikalismus in demagogischer Weise den ideologischen und politischen Feldzug gegen den inneren und äußeren Klassengegner der Monopolbourgeoisie der BRD. In beiden Fällen dienten als philosophisch-weltanschauliches „Ausgangsmaterial" ideologische Werte und Leitbilder, die einmal der protestantischen Ethik entlehnt waren und mit den weltanschaulichen Dogmen des amerikanischen Pragmatismus den ideologischen Bedürfnissen angepaßt wurden bzw. der neuthomistischen Philosophie und Soziallehre entnommen waren und in Verbindung mit den Prämissen des politischen Klerikalismus die neuen ideologischen Ansprüche erfüllen sollten. Gleichermaßen wurde eine militante antikommunistische Front errichtet, die sowohl auf ideologischem Gebiet die Nachkriegsoffensive einleiten, als auch auf politischem Gebiet die Politik des kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder begründen sollte.

Dieser Rückgriff auf religiöse Werte und Leitbilder, die in beiden Fällen als äußeres Gewand zur Verschleierung des reaktionären Inhalts der imperialistischen Ideologie dienten, ist erklärbar aus dem bourgeoisen Bestreben, bei den Werktätigen wieder Masseneinfluß zu gewinnen und sie bewußtseinsmäßig an das imperialistische Macht- und Herrschafts-

33 Vgl. ebenda, S. 308.
34 Vgl. W. Heise: AUFBRUCH IN DIE ILLUSION, a.a.O.

system zu ketten. Der Krieg und seine Folgen hatten schließlich ein übriges dazu beigetragen, daß die imperialistische Ideologie massenhaft ihre Anhängerschaft reduziert sah. Dabei ist zu beachten:

1. In den USA sind breite Bevölkerungsschichten nie in systematischer Weise mit der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse in Berührung gekommen. Der forcierte Antikommunismus in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen hatte trotz des Aufschwungs im antimonopolistischen Kampf tiefe Spuren hinterlassen. Die prosowjetischen Stimmungen in weiten Bevölkerungskreisen während des zweiten Weltkrieges waren stark emotional begründet. Dies galt besonders auch für die Arbeiterklasse, die tradeunionistisch organisiert und in großen Teilen dem schädlichen Einfluß des bürgerlichen Sozialreformismus der rechten Gewerkschaftsführung erlegen war. (35)

2. In der BRD wurde entsprechend den Interessen der Monopolbourgeoisie nichts getan, um mit dem Ungeist der faschistischen Ideologie historisch abzurechnen; vielmehr konnten seine theoretischen Wegbereiter unbehelligt und zum Teil noch mit besonderer Förderung von staatlicher Seite wirken. Andererseits wurde alles unternommen, um die Verbreitung des Marxismus-Leninismus durch die KPD und andere fortschrittliche Kräfte zu verhindern. (36)

Wenn also einerseits von einer verlorenen ideologischen Bindung der Massen an die imperialistische Ideologie in beiden Fällen gesprochen werden kann, so ist dies nicht gleichbedeutend mit einem gänzlichen Verlust ihres Einflusses oder mit dem Übergang auf marxistisch-leninistische Positionen. Eher kann man von einer partiellen ideologischen Leere sprechen, die infolge einer weltanschaulich-ideologischen Desillusionierung und Zerstörung bisheriger Leitbilder und Werte eingetreten war. In eben diese Lücke stößt in beiden Fällen die bewußt von der Monopolbourgeoisie vorangetriebene ideologische Aufrüstung zunächst mit gerade den Werten und Leitbildern, die am wenigsten die Klasseninteressen der Bourgeoisie vermuten lassen und zugleich aber für die Verteufelung des Sozialismus in Theorie und Praxis geeignet erscheinen. Mit dieser bewußten Intensivierung des ideologischen Klassenkampfes seitens der Bourgeoisie verbinden sich entsprechende politische Repressalien (McCartyanismus in den USA) und Unterdrückungsmaßnahmen (KPD-Verbot in der BRD) gegen all jene Kräfte, die die antifaschistisch-demokratische Bewegung als antimonopolistischen und antimilitaristischen Kampf für Frieden und Fortschritt weiterzuführen trachten. Da es sich bei der Realistischen Schule von der Politik wie auch bei der politischen Philosophie des Neuthomismus um ideologische Prozesse mit internationaler Ausdehnung handelt, können die allgemeinen Merkmale beider als Bestandteil verstanden werden für die ideologische Reaktion der internationalen Monopolbourgeoisie auf das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt. In diesem Prozeß sind zugleich entscheidende ideologische Triebkräfte für die Entwicklung der political science in den USA bzw. der politischen Philosophie in der BRD aufzufinden. (37) Darüber hinaus prägen sich bereits hier entscheidende Züge der objektiv bedingten Anpassung des Imperialismus aus, wie sie im Rahmen der Gesetzmäßigkeit unserer Epoche als Folge der Verschärfung des Grundwiderspruchs die historische Defensivposition des Imperialismus charakterisieren.

---

35 Vgl. W.Z. Foster: ABRISS DER POLITISCHEN GESCHICHTE BEIDER AMERIKA, Berlin 1957.

36 Vgl. G.S. Wheeler: DIE AMERIKANISCHE POLITIK IN DEUTSCHLAND (1945-1950), Berlin 1958; UNBEWÄLTIGTE VERGANGENHEIT, herausgegeben von Gerhard Lozek u.a., Berlin 1971.

37 Vgl. H.-M. Gerlach/B.P. Löwe: „Politik, Philosophie und Soziologie im westdeutschen staatsmonopolistischen System", a.a.O.

Verändertes Kräfteverhältnis und die Funktionszunahme der Sozial- und Politikwissenschaften in den 60er Jahren

Ein zweiter Komplex von Parallelitäten in den philosophisch-weltanschaulichen und sozial- wie politikwissenschaftlichen Grundlagen des Antikommunismus in den USA und in der BRD ergibt sich aus dem zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnis. Dieser Faktor, der als eine entscheidende Triebkraft in weltweiter Dimension wirkt, bedarf in dem hier verfolgten Darstellungsziel einer kurzen Präzisierung:

1. „Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus" ist nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Weltsystemen, sondern auch von ausschlaggebender Bedeutung für eine Reihe innerimperialistischer ökonomischer und politischer Beziehungen sowie von maßgeblicher Bedeutung für die nationale Unabhängigkeitsbewegung und den weltweiten antiimperialistischen und Friedenskampf. (38)

2. „Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus" erfaßt nicht nur eine außenpolitische Komponente, sondern schließt auch die Innenpolitik in komplexer Weise ein. Dabei geht es in erster Linie um den Beispielcharakter des real existierenden Sozialismus bei der Lösung grundlegender Probleme der Menschheit, die da z.B. sind: Frieden, Recht auf Arbeit, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Gleichberechtigung der Frau, Beseitigung von Rassismus und Nationalismus, sozialistischer Humanismus, proletarischer und sozialistischer Internationalismus und Patriotismus. (39)

3. „Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus" bedeutet folglich auch deutlicheres Hervortreten der Gebrechen und Krankheiten des Kapitalismus, weil im Vergleich mit dem Sozialismus als Verkörperung des gesetzmäßigen gesellschaftlichen Fortschritts die Krisen- und Verfallsmerkmale der bürgerlichen „Ordnung" den Glauben an eine historische Alternative für den Kapitalismus zerstören. Als zentrales Problem erweist sich dabei stets der Grundwiderspruch und seine gesamtgesellschaftlichen Folgeerscheinungen, die da z.B. sind: Grenzen der Produktivkraftentwicklung, Widerspruch zwischen Wissenschaftsentwicklung und Produktionsverhältnissen, sozialökonomischen Wachstumsschwierigkeiten, ökologische Krise. (40)

Diese Faktoren beginnen bereits Ende der 50er Jahre, verstärkt dann im Übergang zu den 60er Jahren zu wirken. Parallel dazu wirkt das Scheitern der außenpolitischen Doktrin der internationalen Monopolbourgeoisie auf die weitere Evolution des Antikommunismus. (41)

---

38 Vgl. B. Ponomarjow: „Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses", in: DER XXIV. PARTEITAG DER KPDSU UND DIE ENTWICKLUNG DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN THEORIE, Berlin 1971; „Neue Beziehungen zwischen Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen (Beiträge)", in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 1974/Heft 2.

39 Vgl. „Friedliche Koexistenz – ideologischer Klassenkampf", IPW-FORSCHUNGSHEFTE, 1973/Heft 2; DAS SOZIALISTISCHE WELTSYSTEM UND DER ANTIKOMMUNISMUS, Moskau 1968.

40 Vgl. W. Gerns/R. Steigerwald: PROBLEME DER STRATEGIE DES ANTIMONOPOLISTISCHEN KAMPFES, Frankfurt/Main 1973; F. Seibert: PROFIT CONTRA LEBENSQUALITÄT, Frankfurt/Main 1973; O. Neumann: SICHER INS JAHR 2000? , Frankfurt/Main 1973.

41 Vgl. E. Weber: IMPERIALISMUS IN DER ANPASSUNG. Vom „roll back" zur „indirekten Strategie", Frankfurt/Main 1972; J.S. Nawopaschin: STRATEGIE DER „FRIEDLICHEN EINMISCHUNG", Berlin 1974.

Die bis in diese Phase der Entwicklung nahezu undiskutierte Gültigkeit der philosophisch-weltanschaulichen und sozial- wie politwissenschaftlichen Grundlagen des Antikommunismus wird nunmehr in Frage gestellt und führt zu Wandlungen im bourgeoisen Welt- und Selbstverständnis. Der für die imperialistische Ideologie in ihrer Grundsubstanz seit der Herausbildung des Imperialismus typische „Aufbruch in die Illusion", der an sich schon ein inneres Merkmal der Krise des bürgerlichen philosophisch-weltanschaulichen Denkens darstellt, vermag der Bourgeoisie für keines der vor ihr aufgetürmten Probleme realistische Lösungswege aufzuzeigen. Die tiefe Krise der imperialistischen Ideologie wird selbst für die geistigen Repräsentanten der Monopolbourgeoisie zu einer offensichtlichen Tatsache und führt zu entsprechenden Eingeständnissen. (42)

Um Jahre früher als in der BRD zeichnen sich Erscheinungen dieses Prozesses in den USA ab. Deshalb wird auch hier zuerst der Ruf nach brauchbaren, der bourgeoisen Praxis dienenden Theorien und langfristigen Konzeptionen unüberhörbar. (43) In dieser Situation mobilisieren die imperialistischen Ideologen einen Bestandteil des bourgeoisen Klassenbewußtseins, der in diesem nicht nur vom Umfang her schon immer einen großen Raum einnahm, sondern der auch in Teilbereichen der Gesellschaft schon Nutzen für die Bourgeoisie einbrachte. Gemeint sind die bürgerlichen Sozial- und politischen Wissenschaften, die sich nunmehr gegenüber den stärker philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen für die Begründung der antikommunistischen Politik und Ideologie in den Vordergrund schieben. Zwar bleiben auch im weiteren Idealismus und Metaphysik, Subjektivismus und Voluntarismus als weltanschaulich-methodologische Grundlagen bürgerlicher Geschichts- und Gesellschaftsbewußtseins dem Wesen nach erhalten. Es bleibt ebenso die eindeutige Frontstellung gegen die wissenschaftliche Weltanschauung der revolutionären Arbeiterklasse und es bleibt folglich der Antikommunismus als integrierende Kraft für den von der Bourgeoisie geführten ideologischen Kampf gegen ihren inneren und äußeren Klassengegner erhalten. Aber in den Formen und methodischen Konzepten einer zweckorientierten Neuformierung des bourgeoisen Geschichts- und Gesellschaftsverständnisses gewinnen Theorien mit größerer Praxisnähe und Praktikabilität für die Bedürfnisse imperialistischer Macht und Herrschaft das Übergewicht. (44) Dabei wird immer offensichtlicher, daß die sozial- wie politikwissenschaftliche und auch die philosophisch-weltanschauliche Begründung des Antikommunismus eine differenzierte Ausprägung entsprechend ihres innen- oder außenpolitischen Klassengegners annimmt. (45)

In diesem gesamten Prozeß erweisen sich unter weltanschaulich-methodologischem Gesichtspunkt und im Hinblick auf Parallelitäten im Arsenal der antikommunistischen Ideologie der USA- und der BRD-Monopolbourgeoisie u.a. folgende drei Faktoren als wesentlich:

1. Die – wenngleich äußerliche – Gegnerschaft des Positivismus zur Metaphysik, seine verbalen Gefechte gegen Mystik und religiöse Weltanschauung sowie sein Anspruch, alle bisherige Philosophie – einschließlich des Gegensatzes von Materialismus und Idealismus –

42 Vgl. u.a. D. Bergner/W. Jopke: „Theoretische Probleme des ideologischen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der Gegenwart", in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, 1968/Heft 11.
43 Vgl. W.G. Kalenski/R. Mocek/B.P. Löwe: POLITOLOGIE IN DEN USA, a.a.O.
44 Vgl. D. Bergner/R. Mocek: BÜRGERLICHE GESELLSCHAFTSTHEORIEN, (unveröffentlichtes Manuskript), Berlin 1974.
45 Vgl. die Beiträge in: LENINSCHE PRINZIPIEN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT DER BÜRGERLICHEN UND REVISIONISTISCHEN IDEOLOGIE. Philosophen-Kongreß der DDR, Teil V, Berlin 1970.

– „positiv" überwunden zu haben, verschaffen ihm eine exponierte Stellung in den weltanschaulich-metho dologischen Ausgangspositionen der ideologischen Umgruppierung und teilweisen Neuformierung. (46) Zwar hatte der Positivismus als „Denkstil" in den bürgerlichen Sozialwissenschaften schon immer seine Heimat, weil deren empiristisches Wissenschaftsverständnis dafür weitgehende Möglichkeiten bot. (47) Auch hatten pragmatische Anforderungen der Bourgeoisie an die sozialtheoretischen und politikwissenschaftlichen Konzeptionsbildungen dafür stets hinreichende Möglichkeiten erschlossen. Denn die bourgeoisen Interessen an der optimalen Gestaltung der Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft, an der Notwendigkeit, unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus den wissenschaftlich-technischen Fortschritt dem Profitstreben zu unterwerfen, und an den Erfordernissen für die innen- und außenpolitische Sicherung imperialistischer Macht und Herrschaft übten einen nachhaltigen Druck auf positivistisch-scientistische, technokratische und pragmatisch-utilitaristische Fundierungen der ideologischen Konzeptionsbildung aus. Aber die nahezu uneingeschränkte Okkupation dieser weltanschaulich-methodologischen Grundposition gegenüber den traditionellen Prämissen antikommunistischer Politik und Ideologie wird in diesem Umfang erst möglich, als die imperialistischen Ideologen an der Krise ihres eigenen gesellschaftlichen Seins und Bewußtseins nicht mehr vorbeigehen können und sie sich mit unvorhergesehenen, ihren Interessen zuwiderlaufenden Entwicklungen konfrontiert sehen. (48)

2. Das Dogma des Positivismus, daß alles Weltanschauungs- und philosophische Denken Ideologiecharakter trage und Ideologie schlechthin falsches Bewußtsein sei, macht ihn in der skizzierten krisenhaften Situation für die bourgeoisen Ideologen in zweierlei Hinsicht anziehend, läßt ihn brauchbar und nützlich erscheinen. Zum einen sollte mit der Übernahme dieses Dogmas in jegliche Geschichts- und Gesellschaftsdeutung die Ideologie der Arbeiterklasse als unwissenschaftlich abqualifiziert werden. Die Diskreditierung der wissenschaftlichen Weltanschauung des revolutionären Proletariats konnte als permanenter und immanenter Faktor imperialistischer Ideologie in scheinwissenschaftlicher Pose gesteigert werden. Zum anderen bot das positivistische Dogma der angeblichen Ideologiegegnerschaft und eigenen Ideologiefreiheit einen Deckmantel für die wissenschaftliche Beschränktheit bourgeoiser Geschichts- und Gesellschaftskonzeptionen. Diese wurden mit dem objektivistischen Anspruch auf „reine" Wissenschaftlichkeit und absolute Gültigkeit verbrämt. Das verlieh der ideologischen Funktionserfüllung dieses bourgeoisen Denkens sowohl in Richtung der Verteidigung gegenüber dem Marxismus-Leninismus, als auch im Hinblick auf die Rechtfertigung der bestehenden kapitalistischen „Ordnung" eine relativ einheitliche Plattform, die sich in Form und Methode sowie in den theoretischen Möglichkeiten erheblich von den traditionellen philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen antikommunistischer Politik und Ideologie unterschied.

Daß dafür im Schwerpunkt die wissenschaftliche und technische Intelligenz und – bei Koppelung mit sozialreformistischer und rechtssozialdemokratischer Ideologie – bestimmte Schichten der werktätigen Massen empfänglich waren, das zeigt sich wiederum frühzeitig in den USA und mit einer gewissen „Verspätung" dann auch augenfällig in der BRD. Zudem bestimmten diese Positionen in vorherrschender Weise die mehr zu Zwek-

46 Vgl. M. Buhr: „Zur Aktualität der Leninschen Positivismus-Kritik", in: ZUR KRITIK DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE, herausgegeben von Manfred Buhr, Heft 12, Berlin 1972.
47 Vgl. I.S. Kon: DER POSITIVISMUS IN DER SOZIOLOGIE. Geschichtlicher Abriß, Berlin 1968.
48 Vgl. A. Gedö: „Zur Krise der bürgerlichen Philosophie", in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 1973/Heft 5.

ken der ideologischen Diversion und psychologischen Kriegsführung gegen die sozialistischen Länder gerichteten, scheinbar ideologiefrei aufgebauten Konzepte, wie sie z.B. in den industrie- und konvergenztheoretisch orientierten Gesellschaftsinterpretationen vorzufinden sind. (49)

3. Die scheinbare wissenschaftsoptimistische und wissenschaftsfördernde Erscheinung des positivistischen Denkstils und die an bourgeoise Interessen unmittelbar gebundenen technokratischen und pragmatischen Positionen vermochten aber nicht nur bestimmte Bevölkerungsschichten ideologisch zu binden, sondern schufen auch Voraussetzungen dafür, sozialökonomische und sozialpolitische Erscheinungen und Prozesse im Interesse der Monopolbourgeoisie zielgerichtet erforschen zu lassen, ohne dabei sogleich Gefahr zu laufen, wesentliche gesellschaftliche Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten aufzuhellen. Die positivistische Beschränktheit auf das unmittelbar Gegebene, auf Erscheinungen, die „meßbar" im Sinne empirischer „Zugänglichkeit" sind, die technokratische Gläubigkeit an den Sieg der Rationalität im Bereich des sozial Machbaren und die pragmatische Doktrin von der Allgemeingültigkeit des einmal praktisch Erprobten – all diese Faktoren waren zunächst dazu angetan, dem Bedürfnis der Bourgeoisie nach einer Art von Wissen zu entsprechen, mit dem die Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse und eine effektive Verbesserung der allgemeinen Bedingungen der Macht und Herrschaft bewirkt werden sollte. Als nicht unwesentliche „Begleiterscheinung" einer solchermaßen orientierten sozial- und politikwissenschaftlichen Konzeptionsbildung war der Bourgeoisie „erwünscht" und in ihrer ideologischen Wirkung willkommen, daß in jedem Falle der Verzicht auf eine dialektisch-materialistische Untersuchung der inneren objektiven Bewegungs- und Entwicklungsgesetzmäßigkeiten von Geschichte und Gesellschaft präsent war. Die dadurch sich öffnenden Möglichkeiten, das Bestehende als das Dauerhafte, die gegebenen Erscheinungen als das Notwendige und Wesentliche, das praktisch Evidente als das Wahre und Gute ausgeben zu können, sollte einen ideologischen Wall errichten gegen die wissenschaftliche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung des Marxismus-Leninismus und die darauf gründenden praktisch-politischen Ansätze einer grundlegenden „Systemveränderung". Denn nichts war den bourgeoisen Ideologen mit größerer Verpflichtung auferlegt als die Aufgabe, dem Kapitalismus eine historische Alternative zu konstruieren, die sich als bewußtes Gegenmodell zur Theorie und Praxis des realen Sozialismus bewähren sollte.

Die Vorherrschaft der genannten weltanschaulich-methodologischen Prämissen und ihre allgemeine gesellschaftliche Determination lassen bezüglich von Parallelitäten des Antikommunismus in den USA und in der BRD zunächst also neben der analogen ideologischen Bedürfnissituation seitens der Monopolbourgeoisie auch ein entsprechendes Äquivalent in Gestalt allgemeiner Grundlagen der sozial- und politikwissenschaftlichen Theorienbildung erkennen. Die enge Verflechtung dieser Prozesse sowohl in ihrem genetischen Charakter als auch in ihren Struktur- und Funktionszusammenhängen und die Tatsache, daß die Dialektik von Objektivem und Subjektivem eine ständige Dynamik hervorrufen und spezifische Ausprägungen bedingen, erfordert bei der Erforschung der weiteren Entwicklung dieser Momente des bourgeoisen Ideologiebildungsprozesses umfangreiche, komplex und interdisziplinär angelegte Untersuchungen.

Dies gilt gerade für den Umstand, daß mit der nahezu undiskutierten Übernahme des positivistischen Wissenschaftsverständnisses in das bürgerliche sozial- und politikwissenschaftliche Denken Möglichkeiten eröffnet werden, Ergebnisse der modernen Wissenschaftsentwicklung in den Begründungszusammenhang sozialtheoretischer und politikwissenschaftlicher Konzeptionsbildung systematisch einzubeziehen. (50) An Wissenschaftsdisziplinen stehen dabei im Vordergrund: Mathematik, Kybernetik und Informationstheorie. Spieltheorie und allgemeine Systemtheorie. Dies zum ersten. Zum zweiten sind die im bürgerlichen sozial- und politikwissenschaftlichen Denken bereits vorhandenen Traditionen aus der Phase einer einseitig empirischen Grundlegung ein fruchtbares Feld, um in eklektischer Weise rasch eine Integration der aus den genannten Disziplinen stammenden „Theoriesplitter" zu bewirken. Solche Voraussetzungen wie quantifizierende Methoden, modelltheoretische Abbildung, psychologisierende Ursachenanalyse, verhaltenstheoretische Analogien sowie strukturalistische und funktionalistische Untersuchungsmethoden bilden mit den übernommenen Aussagen bzw. einzelnen Theorien eine eigentümliche Symbiose. Sie ist die allgemeinste theoretische Voraussetzung für die Herausbildung eines Theorie- und Methodentyps im bürgerlichen sozial- und politikwissenschaftlichen Denken, der unter dem verschwommenen Begriff „Systemtheorie" allgemeine Gültigkeit beansprucht. Dabei soll zugleich wieder – und die Träger und Verfechter dieser Entwicklung lassen darüber keinen Zweifel aufkommen – mittels Scheindialektik, vordergründigem Historismus, Mechanismus und Ökonomismus eine Front gebildet werden gegen den dialektischen und historischen Materialismus.

Insofern erweist sich dieses Denken als theoretische Grundlage antikommunistischer Politik und Ideologie als äußerst „anfällig" gegenüber dem Marxismus-Leninismus. Denn einerseits bedingt das Bedürfnis nach Schaffung erkenntnismäßiger Voraussetzungen für eine globale „Steuerung und Regulierung" staatsmonopolistischer Produktions- und Reproduktionsprozesse ein komplexeres Erfassen und tieferes Eindringen in gesellschaftliche Erscheinungen und Prozesse unter dem Gesichtspunkt ihrer Beherrschbarkeit. Andererseits bildet sich dabei stets auch eine Konfrontation mit der Theorie heraus, die einzig in der Lage ist, die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung zu erfassen und darauf gründend dem gesellschaftlichen Fortschritt praktisch zum Durchbruch zu verhelfen. Diese theoretische Konfrontation nimmt bei antagonistischen Klasseninteressen ihren Ausgang und bildet somit ein entscheidendes Moment des ideologisch-theoretischen und politisch-praktischen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen revolutionärer Arbeiterklasse und reaktionärer Bourgeoisie, zwischen Fortschritt und Reaktion überhaupt.

Die Zunahme gesamt-gesellschaftlicher bürgerlicher Leitbilder seit dem Ende der 60er Jahre

Aufgrund der aufgezeigten Zusammenhänge und einer Funktionsübertragung auf die sozial- wie politikwissenschaftlichen und philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen antikommunistischer Politik und Ideologie mußte sich zwangsläufig sehr bald eine „Funktionsüberbelastung" herausstellen. Der unumschränkte Einzug von positivistischen, technokratischen und pragmatischen Dogmen in das weltanschaulich-methodologische Gefüge bürgerlicher Sozial- und Politikwissenschaften und das damit zusammenhängende Übergewicht sogenannter Bindestrich-Soziologien erschloß zwar Möglichkeiten, daß diese einigen ideologischen Funktionen entsprachen, erbrachte jedoch keinen spürbaren Nutzen für solche vor der Bourgeoisie stehenden Probleme, die gesamtgesellschaftlichen Charakter trugen bzw. sich aus der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus herleiteten. (51)

49 Vgl. H. Meißner: KONVERGENZTHEORIE UND REALITÄT, Berlin 1969; G. Rose: „INDUSTRIEGESELLSCHAFT" UND KONVERGENZTHEORIE, Berlin 1971.

50 Vgl. G. Domin u.a.: BÜRGERLICHE WISSENSCHAFTSTHEORIE UND IDEOLOGISCHER KLASSENKAMPF, Berlin 1973.

51 Vgl. W.G. Kalenski/R. Mocek/B.P. Löwe: POLITOLOGIE IN DEN USA, a.a.O.

Die sogenannte Krise im strategischen Denken der USA-Monopolbourgeoisie ließ dies frühzeitig zutage treten. Wenngleich also im Übergang von den 50er zu den 60er Jahren eine Reihe von Theoriekonglomeraten (z.B. die sogen. Stadien- und Wachstumstheorien, die sogen. Theorie von der einheitlichen Industriegesellschaft und ihre konvergenztheoretischen Ableger sowie ihre Extrapolationen im Stile der postindustriellen Gesellschaft) entstanden, so entsprachen diese doch noch nicht dem wesentlich komplexeren „Theoriebedürfnis" und der umfassenderen Wahrnehmung von Ideologiefunktionen im Sinne der Interessen der Monopolbourgeoisie. Auch die auf einzelne soziale Phänomene bzw. auf herausragende Erscheinungen und Prozesse bezogenen Theorien (z.B. sogen. Theorie von der Leistungs-, Konsum-, Freizeit- und Überflußgesellschaft, von der sogen. großen Gesellschaft oder der Wissenschaftsgesellschaft) erfüllten diese Ansprüche nicht.

Trotzdem zeigte sich bereits in diesem Stadium, das zeitlich etwa Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre seine Merkmale deutlich offenbart, daß in den Ideologiebildungsprozessen ein Internationalisierungs-Effekt zu verspüren ist wie kaum in vorausgegangener Zeit. Die im Kampf gegen den Sozialismus und den Marxismus-Leninismus erreichte Kongruenz der Interessen der internationalen Monopolbourgeoisie läßt eine Art „antikommunistische Durchschnittsideologie" sich formieren, die hinsichtlich des theoretischen Arsenals ihrer Konzeptionsbildung auf nahezu die gleichen sozial- und politikwissenschaftlichen sowie philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen zurückgreift. (52) Daß dabei die allgemeine Regie von der USA-Monopolbourgeoisie und ihren Ideologen ausgeht, ist ebenso evident wie die Tatsache eines Anspruchs auf ideologische Dirigentenschaft seitens der BRD-Monopolbourgeoisie für Westeuropa.

Und gerade innerhalb dieser Parallelitäten hebt sich allseits sichtbar wiederum jenes Moment ab, das Bestandteil der inneren Krise der bourgeoisen Ideologie darstellt. Es zeigte sich nämlich, daß die positivistische und technokratische – wenn auch nur äußerliche – Ideologieabstinenz, daß der überspannte Objektivismus scientistischer Prämissen und die Kurzatmigkeit pragmatischer Dogmen sich zunehmend als ein Hindernis bzw. als ein Ballast für die bourgeoisen Ideologen erweisen, wenn diese ihrem Auftrag nachkommen wollen, eindeutig prokapitalistische, langfristige und mobilisierende Konzeptionen zu schaffen. Diese sollen eine ideologische Offensive der Bourgeoisie gegen ihren inneren und äußeren Klassengegner bewirken, wobei gerade jene Geschichts- und Gesellschaftsinterpretationen „gefragt" sind, die sich zentral und bewußt mit der Stärkung der staatsmonopolistischen Macht und Herrschaft beschäftigen und darüber hinaus weltanschauungsbildend auf die Massen wirken.

Wenn also von einer spürbaren Hinwendung bourgeoiser Ideologen auf die Probleme des Klassenkampfes der Bourgeoisie – ohne dies allerdings so zu nennen – auch seitens bürgerlicher Theoretiker gesprochen wird, so ist dieser Prozeß der sogenannten Politisierung für sich genommen noch ein Relikt aus den 60er Jahren.(53) Die notwendige „Ergänzung" entsprechend der veränderten ideologisch-theoretischen Bedürfnissituation der internationalen Monopolbourgeoisie erwartet man genau in den bislang vorhandenen „Lücken".

---

52 Vgl. B.N. Ponomarjow in: PRAWDA vom 21.1.1970; N.S. Demitschew: „Leninismus und ideologischer Kampf gegen den Antikommunismus", in:EINHEIT, 1970/ Heft 5.

53 Vgl. H.-M. Gerlach/B.P. Löwe: „Politik, Philosophie und Soziologie im westdeutschen staatsmonopolistischen System", a.a.O.; D. Bergner/B. P. Löwe: „Philosophische Probleme des Kampfes gegen die Globalstrategie", a.a.O.; B.P. Löwe: KLASSENKAMPF ODER SOZIALER KONFLIKT? Zu den Gleichgewichts- und Konfliktheorien der bürgerlichen politischen Soziologie, Berlin 1973.

Fehlte diesen sogenannten Politisierungsbestrebungen doch vor allem zweierlei: Einmal forderte die Bourgeoisie bei makrosoziologischen Konzeptionsbildungen und systemtheoretisch orientierten Konzeptionen der Politikwissenschaft eine klare Bindung und Verpflichtung auf traditionelle bürgerliche Werte, Leitbilder, Verhaltensmuster usw. Von vornherein sollte jegliche Inkonsequenz besonders in den Fragen der Legitimität der bürgerlichen „Ordnung" und ihrer Zukunftsträchtigkeit, des Alleinanspruchs auf Macht und Herrschaft und auf gesellschaftsgestaltende Leitfunktionen ausgeschaltet werden. Als zweites forderte die Bourgeoisie, daß das ihr bereitzustellende „Herrschaftswissen" die Probleme der Sicherung der bourgeoisen Existenzgrundlagen so behandelte und derart aufbereitete, daß seine praktikable Nutzung höchste Effektivität versprach. Und schließlich umschloß diese beiden Forderungen der kategorische Anspruch, jede der ausgearbeiteten Konzeptionen im politischen und ideologischen Klassenkampf gegen den real existierenden Sozialismus und den Marxismus-Leninismus so einsetzen zu können, daß die bürgerlichen Vorstellungen als glaubwürdige Alternativen massenwirksame Anziehungskraft ausstrahlen.

Diese teilweise klar formulierten bourgeoisen Erwartungen an die Ideologieproduktion und ihre sozial- wie politikwissenschaftliche und philosophisch-weltanschauliche Fundierung laufen darauf hinaus, den Nutzeffekt ideologisch-theoretischer Konzeptionsbildung als das alles entscheidende Kriterium auch an entsprechende Forschungen anzulegen. Der wissenschaftspolitische und strategische Stellenwert, den die Monopolbourgeosie solchen Forschungen beizumessen pflegt, wurde folglich über die eindeutig antikommunistische Zielstellung hinaus um das „Qualitätsmerkmal" ihrer Effizienz erweitert. Die staatsmonopolistische Dienstleistung für die geistigen Vertreter der Monopolbourgeoisie trat eindeutig in den Vordergrund.

Diese klassenmäßige Verpflichtung mußte notwendig zu einer gewissen Relativierung positivistischer Prämissen, zu einer ideologischen Öffnung technokratischer Vorstellungen und zu einer strategischen Orientierung pragmatischer Kalkulationen führen, sofern sich in diesen traditionellen Denkstilen Hindernisse gegenüber den aktivistischen ideologischen Bestrebungen fanden. Zugleich erwiesen sich eine Reihe von teils in den Hintergrund gerückten ideologischen Leitbildern als brauchbar, um das Erhoffte zu erreichen. Dies betraf in erster Linie die politische Philosophie bzw. die praktische Philosophie, die mit ihrer klareren Weltanschauungsfunktion den ideologischen Nachholbedarf abdecken sollte. So läßt sich seit einigen Jahren die Tendenz verfolgen, daß ein Ineinandergreifen von positivistischen, technokratischen und pragmatischen Grundsätzen mit einer bewußten Ideologisierung einhergeht. Dort, wo die Bindungen an die politische Praxis der Monopolbourgeoisie am engsten sind, hat sich mit der Politologie deshalb ein disziplinärer Rahmen herausgebildet, innerhalb dessen dieser Verschmelzungsprozeß zustande kommt. Daß damit den ideologisch-theoretischen Bedürfnissen der internationalen Monopolbourgeoisie am weitestgehenden entsprochen wird, ist kein Widerspruch zu der inneren Widersprüchlichkeit dieses Prozesses und hebt den Eklektizismus der Konzeptionsbildungen keineswegs auf. Vielmehr ist der darin eingeschlossene Widerstreit zwischen der Ideologie- und Erkenntnisfunktion der sozial- wie politikwissenschaftlichen und philosophisch-weltanschaulichen Begründung antikommunistischer Politik und Ideologie geradezu ein herausragendes Merkmal der sich vertiefenden Krise der bürgerlichen Ideologie wie des gesamten bourgeoisen Welt- und Selbstverständnisses unter dem Druck der Offensive des Marxismus-Leninismus und der geschichtlichen Überlegenheit des Sozialismus in unserer Epoche.

Der skizzierte Trend und die angedeuteten Parallelitäten bedürfen deshalb der verstärkten Beachtung seitens marxistisch-leninistischer Untersuchungen, weil in ihnen in konzentrierter Weise antikommunistische Konzeptionsbildungen ihre theoretische Grundlegung erfahren. Für die Erforschung der weiteren Entwicklungen scheinen deshalb nicht so sehr die

innerideologischen Disharmonien und sogen. innertheoretischen Streitpunkte im Denken der internationalen Monopolbourgeoisie im Vordergrund zu stehen, wenngleich es diese von der marxistisch-leninistischen Imperialismusforschung ständig zu analysieren gilt. Entscheidend sind die im sozialökonomischen und sozialpolitischen Bereich wirkenden Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen mit ihren internationalen Dimensionen, die letztlich ausschlaggebend für die Herausbildung übereinstimmender Interessen der internationalen Monopolbourgeoisie – und dabei solcher führenden Gruppierungen wie denen der USA und der BRD – sind. Die davon bedingte Formierung weiterer wesentlicher ideologisch-theoretischer Gemeinsamkeiten des internationalen Monopolkapitals und die Ausprägung nationaler Besonderheiten in der antikommunistischen Politik und Ideologie erfordert für die weitere Stärkung der Offensive des Marxismus-Leninismus eine Intensivierung und Konzentration der Forschung hinsichtlich solcher Prozesse.

Trimm dich

Mal wieder fit machen für den Klassenkampf

Für 3 Mark signal abonnieren.

lies signal

Bestellungen an den signal-Vertrieb 1 Berlin 44, Allerstr. 35

Rolf Famulla

Publizistikwissenschaft oder materialistische Medienwissenschaft

„Wenn es in vielen und unterschiedlichen Publikationen des Hauses Springer so etwas wie eine für alle verbindliche Linie gibt, würde ich sie nicht regierungstreu, sondern antikommunistisch nennen." Diese Erklärung Springers zieht gleichsam schlaglichtartig zusammen, was im folgenden den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet: die wachsende Bedeutung der ideologischen Auseinandersetzung für die praktische Beantwortung der Frage nach dem Gesellschaftssystem der Zukunft; der zentrale Stellenwert der Massenmedien als eines der wesentlichen Instrumente in dieser ideologischen Auseinandersetzung. Überdies beginnen immer größere Teile der in den Massenmedien Beschäftigten, vor allem auch der Journalisten, ihre eigene Stellung in diesen Prozessen zu erkennen, ihre soziale Lage als Lohnabhängige zu reflektieren und ihre Interessen organisiert zu vertreten. Ihre Aktivitäten beschränken sich nicht allein auf die Durchsetzung ökonomischer Forderungen, sie erhalten zunehmend auch unmittelbar politischen Charakter. Vor diesem Hintergrund wachsen die Anforderungen an die wissenschaftliche Untersuchung dieser Zusammenhänge. Es handelt sich durchaus um widersprüchliche Anforderungen: Eine mit den Instrumenten der ideologischen Beeinflussung und den Bedingungen ihres Einsatzes einschlägig befaßte Wissenschaft, die Publizistikwissenschaft, vermag entweder das Herrschaftsinstrumentarium der Bourgeoisie zu perfektionieren oder aber sie ergreift Partei im Interesse derjenigen, die die Massenmedien grundlegend demokratisieren wollen.

Trotz der eindeutigen Aufgabenstellung, die die herrschende Klasse der Publizistikwissenschaft zugewiesen sehen möchte, wäre es eine Fehleinschätzung, die Publizistikwissenschaft einheitlich auf die Wahrnehmung dieser Aufgaben ausgerichtet zu sehen. Im Gegenteil: Ein heftiger Methodenstreit über die wissenschaftliche Orientierung, über die Aufgaben und Funktionen der noch sehr jungen Publizistikwissenschaft ist entbrannt. Für die Wissenschaft grundlegende Begriffe wie „Öffentlichkeit" oder „öffentliche Meinung" sind umstritten. Ein Zitat aus einem weit verbreiteten Wörterbuch der Publizistik (1) mag das verdeutlichen: „Eine allgemein akzeptierte Definition von öffentlicher Meinung aber ist bis heute nicht gefunden. Um die Jahrhundertwende schreibt Oncken: Schwankendes Und Fließendes wird dadurch nicht begriffen, daß es in eine Formel gesperrt wird... . ... Und 1968 heißt es in der ‚International Encyclopedia of the Social Sciences': ‚Eine allgemein akzeptierte Definition von öffentlicher Meinung existiert nicht ... Dennoch nimmt der Gebrauch dieses Wortes ständig zu.' (Davison)

Die Hartnäckigkeit, mit der an dem Begriff festgehalten wird, während zugleich alle Definitionen als unbefriedigend empfunden werden, kann eigentlich nur bedeuten: Der Begriff öffentliche Meinung entspricht einer Wirklichkeit, aber die Begriffsbestimmungen haben diese Wirklichkeit noch nicht getroffen.

---

1 Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz (Hg.): PUBLIZISTIK, Frankfurt/Main 1971, S. 210.

Übereinstimmung besteht bei allen Autoren, daß öffentliche Meinung etwas politisch und gesellschaftlich Wichtiges und Ernstzunehmendes ist. Insbesondere in der Demokratie wird ihr ein Mitspracherecht zugestanden, ihre Reaktionen sind zu beachten."

An diesem Zitat zeigt sich eindrucksvoll das Dilemma der traditionellen Publizistikwissenschaft, die nicht in der Lage ist, zentrale wissenschaftliche Kategorien abzuklären und für eine gesellschaftswissenschaftliche Analyse fruchtbar zu machen.

Das Verdienst, schon relativ frühzeitig einen Ausweg aus der Sackgasse, in die die traditionelle Publizistikwissenschaft auf Grund ihres entweder rein hermeneutischen oder aber im Empirischen verharrenden Vorgehens geraten war, gesucht und in Umrissen die verschiedensten wissenschaftlichen Standpunkte untersucht zu haben, kommt Gerhard Maletzke zu. (2) Die Einordnungsversuche bekannter Publizistikwissenschaftler werden zitiert. Es findet sich sowohl Dovifats Auffassung („Als Geisteswissenschaft nimmt sie (die Publizistik) ernstes Wahrheitsstreben und objektive Wertungsnormen für sich in Anspruch"), als auch Hagemanns, der von den „Sozialwissenschaften, zu denen auch die Publizistik in einem wichtigen Sektor gehört", spricht. Stappers meint: „Unseres Erachtens ist ... die Publizistikwissenschaft ein Unterteil der Kommunikationswissenschaft" und schließlich wird Wersig erwähnt: „Die Publizistikwissenschaft gehört zweifellos zu der Gruppe von Bereichswissenschaften, die sich mit dem Zusammenleben der Menschen beschäftigt." Man kann hier leicht den Eindruck gewinnen, daß der Anzahl der Wissenschaftler eine Anzahl unterschiedlicher wissenschaftlicher Positionen und damit auch unterschiedlicher Gegenstandsbestimmungen der Publizistikwissenschaft entspricht.

Maletzkes eigener Versuch, die Publizistikwissenschaft zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften anzusiedeln, gerät einigermaßen willkürlich: die „Aussagen" seien primär mit geisteswissenschaftlichen, hermeneutischen Verfahrensweisen zu studieren, während die Erforschung des „Rezipient en" primär dem empirischen Ansatz, also den Methoden der Sozialwissenschaft zugänglich sei. Hier muß Maletzke entgegengehalten werden, daß die Objekte der Wissenschaft nicht mit einem Wust von wissenschaftlichen Verfahrensweisen, die sich gegenseitig widersprechen, systematisch erfaßt werden können.

Wenn er auch feststellt, daß eine Wissenschaft sich „durch die Bedeutung eines Lebensbereiches" konstituiert, also durch die Bedeutung, die die Massenkommunikation im gesellschaftlichen Leben hat, so scheint es doch seinem wissenschaftlichen Verständnis zu widersprechen, auch die Verfahrensweisen und die Methoden aus der gesellschaftlichen Praxis abzuleiten.

Seine Gegenstandsbestimmung: „Unter Publizistikwissenschaft ist im Folgenden die Wissenschaft vom gezielten öffentlichen Aussagen oder von der gezielten öffentlichen Kommunikation zu verstehen", ist ähnlich unpräzise wie die Harry Proß, Publizistikwissenschaft sei Nachdenken über zweimal Nachgedachtes. Auch ein Mathematiker macht gezielte öffentliche Aussagen und bringt es fertig, über zweimal Nachgedachtes zu sinnieren.

Soweit ein kurzer – leider im Oberflächlichen steckenbleibender – Aufriß der traditionellen Publizistikwissenschaft, die zur Zeit noch damit beschäftigt ist, ihre wissenschaftstheoretischen Grundlagen abzuklären und die Funktion dieser Disziplin abzustecken.

2 Gerhard Maletzke: PUBLIZISTIKWISSENSCHAFT ZWISCHEN GEISTES- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN, Westberlin 1967.

I.

Demgegenüber sind gerade in der letzten Zeit einige Wissenschaftler dazu übergegangen, den Gegenstandsbereich der Publizistikwissenschaft materialistisch zu fundieren. So stellt sich beispielsweise Franz Dröge die Aufgabe, einen Beitrag zu einer noch zu entwickelnden materialistischen „Kommunikationstheorie" zu leisten. (3) Es ist mithin nur folgerichtig, daß sich der Autor zunächst energisch von den bürgerlichen Medienwissenschaftlern abgrenzt, die er hauptsächlich in zwei Hauptrichtungen unterteilt. Zum einen die traditionelle Publizistikwissenschaft, die sich mit der Systematisierung und der Klassifizierung von „massenkommunikativen Phänomenen" beschäftige, die „allgemeine Begriffsbestimmungen des Denkens auf die Empirie" anwende, also geisteswissenschaftlich vorgehe. Zum anderen findet Dröges Ablehnung auch die positivistisch orientierte, empirische Sozialforschung, die durch die starre Abgrenzung ihres Untersuchungsgegenstandes nicht die gesellschaftliche Bedingtheit der Massenkommunikation erfassen könne. Dröge belegt, daß die Neopositivisten lediglich ein Abbild gesellschaftlicher Phänomene ohne wissenschaftliche Erkenntnis ihrer Gesetzmäßigkeiten liefern und ihre Erkenntnisse zur Systemstabilisierung genutzt werden. Wenn Dröge bei der Darlegung seiner Vorgehensweise konstatiert, daß „ihr (der materialistischen Kommunikationswissenschaft) gesamtgesellschaftlicher Begründungszusammenhang im Rahmen einer Kritik der politischen Ökonomie der Bewußtseinsindustrie behandelt werden" müsse, dann ist richtig daran, daß nur auf Grundlage der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus Medienforschung betrieben werden kann. Aber es gibt keine besondere politische Ökonomie der Massenmedien, wie Dröge irrtümlicherweise annimmt. Eine solche Annahme läuft auf den Versuch hinaus, ein gesellschaftliches Teilsystem aus sich selbst zu erklären. So vermag er dann nicht den komplexen Charakter des gesellschaftlichen Bewußtseins zu erfassen.

Hier liegt der Kardinalfehler Dröges. Ohne die Analyse der Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Basis des gegenwärtigen Kapitalismus geleistet zu haben, versucht er sich an einer Analyse des gesellschaftlichen Überbaus, der wie Dröge selbst zugibt ja Produkt, Widerspiegelung der ökonomischen Struktur ist. Die Betrachtung lediglich der Gebrauchswert- als auch der Tauschwertseite der Ware Zeitung erscheint isoliert von der konkreten Entwicklung des Kapitalismus. Diese Analyse allein reicht nicht aus, um die gesellschaftliche Bedeutung der Massenmedien richtig einschätzen zu können.

Schon im 18. Jahrhundert vereinigten die Waren der „Bewußtseinsindustrie" den Gebrauchs- als auch den Tauschwert in sich, auch ihnen kam das Attribut zu, Träger der herrschenden Ideologie zu sein. Die Spezifik der Wirkungsweise der Massenmedien kann man aber allein mit den allgemeinsten Kategorien der politischen Ökonomie nicht erfassen. Wenn auch Dröge an zentraler Stelle ausführt, daß die Massenmedien zur Herrschaftsstabilisierung der Kapitalistenklasse eingesetzt sind, so ist er doch nicht in der Lage, den Stellenwert, der den Massenmedien heute bei der ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung zukommt, richtig zu bestimmen.

Mit seinem beschränkten Ansatz vermag Dröge dann auch keine ausreichende Perspektiven zu bieten, wie die augenblickliche Situation der Massenmedien verändert werden kann. „Das praktische Interesse dieser theoretischen Arbeit kann nur darin bestehen, die herrschenden Bedingungen verallgemeinerter subjektiver Aneignung objektiver Realität durch die Arbeiterklasse zu analysieren. Denn es gilt, im Rahmen einer politischen Praxis

3 Franz Dröge: WISSEN OHNE BEWUSSTSEIN – Materialien zur Medienanalyse der Bundesrepublik Deutschland (unter Mitarbeit von Ilse Modelmog), Frankfurt/Main 1972.

der demokratisch-sozialistischen Transformation des gegebenen gesellschaftlichen Systems die objektiven Möglichkeiten zu bestimmen, Klassenbewußtsein zu einer mit antikapitalistischer Erfahrung rückgekoppelten proletarischen Öffentlichkeit gegen die (und partiell mit den) Medien der zutiefst massenfeindlichen Massenkultur zu vermitteln." (S. 55)

Was hier formuliert wird, ist zunächst ein abstrakter Anspruch. Marxistische Wissenschaft darf sich nicht mit der Interpretation begnügen – bei Dröge fehlt dann auch die Beschreibung dessen, was er „demokratisch-sozialistische Transformation" nennt und er ignoriert in akademischer Praxisferne die klassenbewußte proletarische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik vollkommen. Leider hat Dröge gerade die von Marxisten zu fordernde Verbindung zwischen Theorie und Praxis nicht geleistet.

Ein weiteres Beispiel: In einem der unlängst erschienen Reader zur Massenkommunikation sind Diskussionsbeiträge unterschiedlicher Provenienz zum Stand der Publizistikwissenschaft vereinigt. (4) Die Herausgeber sind sich dessen bewußt, daß sie keine fertige Analyse vorlegen, sondern ihre Absicht ist es, Materialien zusammenzustellen, um mit deren Hilfe die Frage zu diskutieren, welcher Platz „Kommunikationstheorie" in einer kritischen Gesellschaftsanalyse zukommt. Auch die Richtung, in der eine derartige Analyse zu entfalten sei, wird angedeutet: „Sie (die kritische Gesellschaftsanalyse, zu der auch die Analyse der Medienwirklichkeit gezählt wird. R.F.) wird aber auch heute nicht schlicht als simple Alternative zwischen sozialwissenschaftlicher (empirischer) Kommunikationstheorie und Kritik der politischen Ökonomie als Basis dialektischer Kommunikationstheorie formuliert werden können; vielmehr scheint sich ein Implikationszusammenhang dergestalt anzudeuten, daß die dialektische Theorie die empirisch-sozialwissenschaftlichen Ansätze sinnvoll in sich aufzunehmen in der Lage ist." (S. 9)

Indessen leisten die beiden Mitherausgeber Hans Bohrmann und Rolf Sülzer in ihrer Lagebeschreibung der bundesdeutschen Publizistikwissenschaft, die „zwischen elfenbeintürmener Resignation und bewußter oder nicht bemerkter Anpassung an die Interessen der Auftraggeber aus Politik und Wirtschaft" schwanke, außer einer vernichtenden Beurteilung der gegenwärtigen Situation, zu der oben zitierten Aufgabenstellung keinen Beitrag.

Einen solchen findet man in dem Sammelband bei Burkhard Hoffmann. Er weist in seinem Aufsatz „Zum Problem der Entwicklung einer materialistischen Kommunikationstheorie" auf die bestehenden Schwierigkeiten hin. Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildet die ökonomische Basis, auf deren Grundlage sich in dialektischer Wechselwirkung vermittels der Arbeit gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt. Nun bildet sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte, mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion auch das System der gesellschaftlichen Kommunikation aus. Die spezifische Form der Vergesellschaftung im Kapitalismus, der durch den antagonistischen Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der Dynamik der Produktivkräfte Schranken gesetzt sind und die sich daraus ergebende Spezifik der Kommunikation werden von Hoffmann jedoch nicht mehr analysiert. Hier – in der Analyse der gesellschaftlichen Kooperation unter kapitalistischen Verhältnissen – liegt jedoch der Ausgangspunkt für die Forschung, die eine materialistische Medienwissenschaft zu leisten hätte.

Hoffmann ist unbedingt zuzustimmen, wenn er darstellt, daß das Resultat des materiell ökonomischen Prozesses sich der Lebensprozeß der bürgerlichen Gesellschaft als Klassenkampf ergibt. Unter welchen spezifischen Bedingungen dieser Klassenkampf unter den

4 Jörg Aufermann, Hans Bohrmann, Rolf Sülzer (Hg.): GESELLSCHAFTLICHE KOMMUNIKATION UND INFORMATION. Forschungsrichtungen und Problemstellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation, Frankfurt/Main 1973.

heutigen Bedingungen auch mittels der Massenmedien organisiert wird, darauf bleibt der Autor allerdings die Antwort schuldig.

An einem dritten Beispiel, einem Sammelband zur Frage der gewerkschaftlichen Organisation in den Massenmedien (5), läßt sich das Problem der Verbindung von medienwissenschaftlicher Analyse mit den Anforderungen fortschrittlich politischer Praxis verdeutlichen. Die Herausgeber betonen in der Einleitung: „Wir legen mit den folgenden Aufsätzen keine in sich geschlossene theoretische Abhandlung zu dem Thema Mediengewerkschaft vor. Gleichwohl bleibt gerade die Publizistikwissenschaft aufgefordert, kommunikationspolitische Alternativen als Teil einer Gesellschaftsanalyse zu begründen."

Das Spektrum der theoretischen Positionen der Autoren dieses Bandes ist breit gefächert, es reicht von Helmut Cron, dem ehemaligen Vorsitzenden des Deutschen-Journalisten-Verbandes, bis zu Friedrich Hitzer, dem verantwortlichen Redakteur des „Kürbiskern". Hervorzuheben sind vor allem die Beiträge von Jochen Bach und Hitzer. Bach beschäftigt sich mit den Konstitutionsbedingungen bürgerlichen Bewußtseins im gegenwärtigen Kapitalismus, um dann die Möglichkeiten einer Veränderung der Massenmedien herauszukristallisieren. Das „in Gesetzen gefrorene Anrecht, als bürgerliche Klasse für alle Klassen und Schichten der Gesellschaft zu handeln" (S. 239) äußert sich auch in den Massenmedien in der Art, daß allen „Kommunikationspraktikern eine eindeutige inhaltliche Schranke gesetzt (ist): die Verbreitung relevanter gesellschaftsverändernder Inhalte, oder anders: integraler Bestandteil der Massenkommunikation ist der Antikommunismus." (S. 244)

Ein Durchbrechen dieser Schranke ist nur durch die Ausweitung des *politischen* Aktionsradius der Arbeiterklasse möglich: Dieses Problem auf den ökonomischen Kampf der Gewerkschaften zu reduzieren, hieße der Illusion zu verfallen, die Bourgeoisie würde auf die eminent wichtige, politische Position, die Möglichkeit der ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung, freiwillig „per Tarifvertrag" verzichten. Der Kampf um die Demokratisierung der Massenmedien kann nur als ein Moment der Emanzipation der Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse begriffen werden.

Hitzer bewertet die Diskussionen, die im augenblicklichen Prozeß der Bildung einer Mediengewerkschaft geführt werden, so: „Hinter den Formulierungen und dem breiten Votum für die Mediengewerkschaft steht zwar eine grundsätzliche neue Orientierung, aber noch keine klare Perspektive." (252) Er zeigt die Schwierigkeiten auf und verheimlicht nicht, daß selbst in den Gewerkschaften ein erbitterter ideologischer Klärungsprozeß stattfindet, den diejenigen, die es Ernst mit der Gewerkschaft als Klassenorganisation der Arbeiterklasse meinen, mit dem Ziel führen: „Es geht in der Tat um gesellschaftliche Kontrolle für den Fortschritt zur Demokratie ... die Medien gehören in die Kontrolle derer, für die sie da sind und die sie machen – der Mehrheit der Bevölkerung."

In den „Anmerkungen zu einem Medienkonzept" von Hendrik Schmidt wird aufgezeigt, daß sich die antagonistischen Klassenverhältnisse auch in der gegenwärtigen Organisation der Massenmedien widerspiegeln, Pressefreiheit insofern nie Freiheit für die Masse der Nichtbesitzenden ist. Schmidt versucht, bestehende medienpolitische Grundsätze daraufhin zu überprüfen, ob sie langfristige Veränderungen initiieren. Er fordert, daß die Massenmedien die Widersprüche der Gesellschaft offenlegen müssen, daß der lohnabhängigen Mehrheit verstärkter Zugang zu den Kontrollorganen der öffentlich-rechtlichen Anstalten gewährt werden müsse. Allerdings vermißt man klare politische Aussagen, auf welche Art und Weise die Werktätigen Positionen im Kampf um die Demokratisierung der Massenmedien erreichen können.

5 Ulrich Pätzold, Hendrik Schmidt (Hg.): SOLIDARITÄT GEGEN ABHÄNGIGKEIT. Auf dem Weg zur Mediengewerkschaft, Darmstadt und Neuwied 1973.

Zu welchen Resultaten eine Abstinenz von politischen Stellungnahmen führt, veranschaulicht der Beitrag von Ulrich Neveling. Ihm geht es darum, ohne daß auf die antagonistischen Klassenverhältnisse eingegangen wird, den „Raum der Freiheit in den Medien zu erweitern und damit auch zur Verwirklichung eines höheren Maßes an Freiheit in der Gesellschaft beizutragen. Kommunikationsforschung, die in diesem Sinne hilft, Kommunikationsprozesse zu optimieren und sich also gleichzeitig der Aufgabe der Journalistenausbildung stellt, ist auf dem Wege, den Anspruch einer emanzipatorischen Gesellschaftswissenschaft einzulösen." Der Raum der Freiheit sei auszuweiten, als ob im gegenwärtigen Kapitalismus und auf dem hochmonopolisierten Medienmarkt der arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit zur Freiheit gegeben wäre. Die Illusion wird auf die Spitze getrieben, indem den „solidarisch" in den Apparaten der Massenkommunikation Arbeitenden empfohlen wird, doch zur besseren Ausübung ihrer fortschrittlichen Tätigkeit die amerikanische Kommunikationsforschung zu übernehmen — die Wissenschaft, die ja gerade dazu entwickelt wurde, Kommunikationsprozesse zu Massenverdummung, zur besseren Werbewirksamkeit zu optimieren.

Die kurze Durchsicht einiger neuerer Arbeiten zu grundlegenden Fragen einer materialistischen Medienwissenschaft zeigt, daß es eine in sich geschlossene, systematische Darstellung zu diesem Thema noch nicht gibt. Die bisher beste und umfassendste Arbeit hat Horst Horst Holzer vorgelegt. (6) Er versucht, folgende Fragen zu beantworten: „a) Was bedeutet gesellschaftliche Kommunikation für soziologische Arbeit, in welchem Zusammenhang stehen gesellschaftliche Kommunikation und gesellschaftswissenschaftliche Tätigkeit? b) Wie läßt sich „Massenkommunikation" als eine spezifische Erscheinungsform gesellschaftlicher Kommunikation theoretisch fassen, und welche Konsequenzen ergeben sich dabei aus dem Verhältnis von Gesellschaftstheorie zur Theorie der Massenkommunikation? c) Welche Konstitutionsbedingungen und dominanten Merkmale weisen die massenkommunikativen Prozesse im Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf? d) Unter welchen Voraussetzungen kann sich gesellschaftliche Kommunikationspraxis in Theorie so ausdrücken, daß diese Theorie zu einer wirksamen gesellschaftspraktischen Kraft zu werden vermag? " (S. 10)

Nach einer Auseinandersetzung mit der neopositivistischen Soziologie und dem Kommunikationsidealismus der kritischen Theorie geht der Autor auf den Zusammenhang von Kommunikations-, Produktions- und Machtverhältnissen in der marxistischen Soziologie ein. Zum grundlegenden methodologischen Problem schreibt er: „Der Historische Materialismus enthält so nicht das Instrumentarium zur Analyse von gesellschaftlichen Teilsystemen und Einzelprozessen; vielmehr gibt er den Horizont vor, in dem detailliertere gesellschaftswissenschaftliche Arbeit, insbesondere soziologische Forschung im engeren Sinne, ihre Aufgaben und Zielstellungen zu verfolgen hat." (S. 56) „Das heißt: soziologische Arbeit im Verständnis des Historischen Materialismus ist darauf angewiesen, den eine Gesellschaft kennzeichnenden Zusammenhang ihrer strukturellen Bedingungen theoretisch zu rekonstruieren, bevor sie darangehen kann, einzelne soziale Tatbestände, die jenem Zusammenhang angehören und von ihm determiniert werden, zu untersuchen." (S. 47) Eine losgelöste Analyse der Ökonomie der Massenmedien ist unter diesem Aspekt ganz einfach unmaterialistisch — dies unter anderem Dröge ins Stammbuch.

Die Wahl der Methoden — das macht Holzer unmißverständlich klar — kann nicht losgelöst von dem zu behandelnden Gegenstand getroffen werden, sondern muß entsprechend den Erfordernissen der objektiven Realität, deren wesentliche inneren Zusammenhänge, die Gesetzmäßigkeiten, ja gedanklich widergespiegelt werden sollen, angepaßt sein.

---

6 Horst Holzer: KOMMUNIKATIONSSOZIOLOGIE, Hamburg 1973.

Schließlich wird auf die Bedeutung der Behandlung erkenntnistheoretischer Fragen für soziologische Forschung hingewiesen. Sind doch gerade die Klärung der Komplexe wie die Analyse der Grundlagen und der Triebkräfte des Erkenntnisprozesses, des Zwecks und Ziels des Erkennens von grundlegender Bedeutung für die Analyse des gesellschaftlichen Bewußtseins.

„Die gesellschaftlichen Verhältnisse, begriffen als Resultate der Auseinandersetzung mit der Natur im Rahmen einer konkret-historischen Gesellschaftsformation, sind aber zugleich in widergespiegelter Form Bestandteile des (ebendeshalb so zu nennenden) gesellschaftlichen Bewußtseins." (S. 58) Auf dieser Grundlage läßt sich dann unter zu Hilfenahme von Erkenntnissen der Einzelwissenschaften — Holzer weist auf die Bedeutung der Sozialpsychologie ausdrücklich hin — der gesellschaftliche Kommunikationsprozeß eingehend analysieren. Eben weil das gesellschaftliche Bewußtsein nichts anderes sein kann als die bewußte Reflexion gesellschaftlicher Realität, deren grundlegende Struktur durch die Gesetzmäßigkeiten der Produktionsweise offengelegt wird, geht Holzer auf die bestimmenden Gesetzmäßigkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein. Er deckt die Labilität dieses Systems auf, die ihre Entsprechung in der ideologischen Labilität findet; Ursache für die notwendige Herausbildung verstärkter sozialintegrativer Potenzen mittels der Massenmedien. „Die mit Hilfe der Institutionen der Massenkommunikationen geführten Gattungsgeschäfte des Kapitals lassen sich als allgemeine Herrschaftssicherung in Form ideologischer Festigung und Rechtfertigung des Kapitalverhältnisses fassen." (S. 134)

Nachdem Holzer auf die Stellung der Massenmedien im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem eingegangen ist, versucht er Möglichkeiten für den antimonopolistischen Kampf in Richtung auf die Demokratisierung der Medien aufzuzeigen. Hierbei ist insbesonderse auf die Akzentverschiebung zu den vorher besprochenen Autoren hinzuweisen. Die Bildung einer Mediengewerkschaft wird nicht als „Deus ex machina" zur Veränderung der massenmedialen Situation begriffen. Eine Demokratisierung der Massenmedien kann nur im politischen Kampf und innerhalb eines breiten Bündnisses erreicht werden. „In der gegenwärtigen gesellschaftlichen und kommunikationspolitischen Situation ist als wichtigste Organisation der Deutsche Gewerkschaftsbund anzuführen, insbesondere die IG Druck und Papier und die ihr angeschlossene Deutsche Journalisten Union (dju) sowie die der Gewerkschaft Kunst eingegliederte Rundfunk-, Fernseh- und Film-Union (RFFU). Einbezogen werden müssen aber auch die parteipolitischen Organisationen der arbeitenden Bevölkerung, die eine konsequente anti-integrationistische Arbeiter- und Angestelltenpolitik verfolgen: die Deutsche Kommunistische Partei und einzelne Gruppen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands." (S. 183)

Nur eine Wissenschaft, die eine konsequente, systematische Analyse der Massenmedien leistet, kann eine wirkliche Anleitung im praktischen Kampf sein. Holzer hat in der vorliegenden Arbeit einen wichtigen Beitrag zu der Auseinandersetzung mit der idealistischen Kommunikationstheorie geleistet und dabei gleichzeitig den Rahmen für ein materialistisches Fundament einer Medienwissenschaft gelegt. Wichtige Probleme allerdings, die genaue Eingrenzung des Gegenstandes der materialistischen Medienwissenschaft und die im Zusammenhang damit zu leistende Darlegung der Verbindung zu den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen wie der Sozialpsychologie, Soziologie, Psychologie, der Sprachwissenschaft und der Ökonomie bedürfen nach wie vor der systematischen Untersuchung.

Bei der Gegenstandsbestimmung einer materialistischen Medienwissenschaft gilt es vorrangig zu berücksichtigen, daß die Praxiserfordernisse Ausgangs- und Endpunkt der Forschung sein müssen. Die massenmedialen Institutionen sind in ihrer objektiven Beschaffenheit zu erfassen und als das darzustellen, was sie wirklich sind: politische Institutionen,

Klasseninstrumente. Nur mit einer derartig klaren Analyse wird man auch denjenigen, die in der Gesellschaft für die Demokratisierung der Massenmedien eintreten, eine Unterstützung bei dieser Aufgabe bieten können. Ungenauigkeiten bei der Gegenstandsbestimmung und der Einordnung der Medienwissenschaft in das System der Fachwissenschaften, können leicht dazu führen, daß man die Praxiserfordernisse aus den Augen verliert. Eine materialistische Gegenstandsbestimmung muß sich auch grundsätzlich von denen idealistischer Wissenschaftler unterscheiden, die nur allzu oft die Publizistikwissenschaft als neue Universalwissenschaft konstituiert sehen möchten.

Harry Pross führt zum Beispiel aus: „Die Art und Weise, wie der Austausch über das, was allen gehören soll, und das, was allen gehört, geführt wird, nennen wir Publizistik." (in: Pross, Publizistik, Neuwied 70, S. 19) Und einen Satz weiter: „Die Publizistikwissenschaft ist das Sammeln von Zeugnissen, die Kritik und Interpretation dieses Prozesses." Diese „Definition" ist nun wahrlich so weit gefaßt, daß sich von der Soziologie bis zur Mathematik sämtliche Wissenschaften unter diese Definitionen fassen lassen.

Gemeinsam ist den ideologistischen Wissenschaftlern zumeist, daß sie daran gehen, die Sphäre der Kommunikation losgelöst von der ökonomischen Basis und den gesellschaftlichen Bedingungen zu untersuchen, die „geistigen Verhältnisse" als die bestimmenden auszugeben. Sie hinterfragen nicht, woher die Kommunikation, die geistigen Verhältnisse ihre Bestimmung erhalten, sondern gehen von ihnen als Gegebenem aus. So ist diese Wissenschaft letztlich nur in der Lage ihren Zirkelschluß auszubauen: „Der Mensch entsteht durch Kommunikation." (Pross in „Publizistik" s.o.) Will man den Menschen untersuchen, muß man die Kommunikation verstehen. Vice versa, das bürgerliche Wissenschaftskarussell beginnt sich zu drehen.

Indem man die Publizistikwissenschaft zur Universalwissenschaft hochstilisiert, kann man auch getrost auf die Klärung mehrerer Probleme verzichten. Zum einen braucht man nicht den Platz zu bestimmen, der der Publizistikwissenschaft im System der Wissenschaften zukommt. Zum anderen ist man in der Lage, die Anforderungen, die aus der Praxis an die Publizistikwissenschaft zur Klärung ihrer Probleme gestellt werden, zu ignorieren. Pross diffamiert zum Beispiel diejenigen, die sich aktiv mit den Mitteln der Wissenschaft in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einschalten, als „Brotgelehrte", die nicht der Suche nach Wahrheit verpflichtet seien, sondern allenfalls als Rechtfertigungsideologen aufträten. Im Gegensatz dazu muß die materialistische Medienwissenschaft die bei weitem zu eng gewordenen Elfenbeintürme sprengen und streitbar in die augenblickliche Auseinandersetzung über Bereich und Funktion der Massenmedien eingreifen. Materialistische Medienwissenschaftler dürfen sich bei der Gegenstandsbestimmung der Medienwissenschaft nicht gleichermaßen wie die idealistischen Wissenschaftler an den Problemen vorbeimogeln. Drei Themenkomplexe gilt es vorrangig abzuklären. Zum ersten wäre das die Gegenstandsbestimmung im engeren Sinne. Unter dem Gegenstand einer Wissenschaft wird ja die Gesamtheit der Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten der Objekte verstanden, die von der betreffenden Wissenschaft untersucht werden. Nun ist die Publizistikwissenschaft eine sehr junge Disziplin, die sich mit der Entwicklung der Massenmedien herausbildete. Die Beschränkung auf den Bereich der Massenmedien ist dabei keineswegs unumstritten. Das zeigt sich schon an der Auswahl der Bezeichnungen für diese Wissenschaft: Zeitungswissenschaft, Publizistikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Journalistikwissenschaft und schließlich Medienwissenschaft. Zeitungs- und Journalistikwissenschaft begrenzen den Gegenstandsbereich zu eng. Analysiert man nur die Produkte der gedruckten Presse, den Abbau und die Produktion einer Zeitung, wird man nicht einmal die Spezifik der Wirkungsweise des Massenmediums Zeitung wissenschaftlich in den Griff bekommen. Ähnliches gilt für die Jornalistikwissenschaft: Sie stellt sich zwar schon die Aufgabe, den

Inhalt aller massenmedialen Produkte zu untersuchen, die Funktion bestimmter Genres aufzuzeigen, sie vernachlässigt jedoch die Bedingungen, die den Inhalt der Massenmedien bestimmen, und auch die Wirkungsweise der massenmedialen Produkte. Die Wissenschaftler der Kommunikations- und Publizistikwissenschaft gehen davon aus, daß der gesamte Bereich der öffentlichen Kommunikation erfaßt werden müßte. So entsteht dann eine Universalwissenschaft, die notwendigerweise in Allgemeinheiten steckenbleiben muß. Auch Wissenschaftler, die den Anspruch erheben, auf materialistischer Basis ihre Forschungen zu betreiben, verfallen nur allzu oft diesem Fehler. So weitet zum Beispiel Dröge den Gegenstand der Medienwissenschaft so weit aus, daß er nicht nur die Spezifik der Wirkungsweise der Massenmedien und der sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die praktische gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht richtig einzuschätzen vermag, sondern er verwischt auch die notwendige, grundsätzliche Unterscheidung von Basis und Überbau.

Schließlich fehlt eine überzeugende Definition, was unter Massenmedien und unter der mit ihrer Hilfe vermittelten Kommunikation zu verstehen ist. Die Massenmedien Fernsehen, Presse, Film und Rundfunk weisen in den verschiedenen Ländern eine außerordentlich verschiedene Struktur auf. Zurückzuführen sind Unterschiede auf die differierende historische Entwicklung der einzelnen Länder und vor allen Dingen auf die unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme.

In den vorliegenden bürgerlichen Definitionen der Massenkommunikation wird demgegenüber die Bedeutung von formalen gesellschafts- und klassenindifferenten Besonderheiten der Massenkommunikation gegenüber anderen Formen der Kommunikation überbetont. Es reicht nicht aus zu wissen, daß die Massenkommunikation öffentlich, indirekt und einseitig gerichtet ist, durch technische Verbreitungsmittel erfolgt und der Empfänger fast überhaupt nicht die Möglichkeit einer Rückkoppelung hat. Genauso wird auch bei der Lasswellschen Formel „Wer sagt was durch welches Medium zu wem mit welcher Wirkung? " die gesellschaftliche Bedingtheit der Massenkommunikation außer acht gelassen. Beide Definitionen geben auch keine Antwort darauf, wer der Initiator der Massenkommunikation ist. Bei der Analyse des Kommunikators „Wer" wird zumeist von atomisierten Individuen ausgegangen, der Initiator der Massenkommunikation ist jedoch die gesellschaftliche Klasse, die auch im Besitz der Produktionsmittel für die massenmedialen Güter ist. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus richtet sich die durch Medien vermittelte Massenkommunikation vor allem an die durch die herrschende Klasse unterdrückten gesellschaftlichen Kräfte.

Es gibt Versuche, den Inhalt der massenmedialen Produkte als dritte Gattung der Literatur neben der Belletristik und der wissenschaftlichen Literatur einzuordnen. Der sowjetische Forscher Zuslawsky schreibt: „Die Publizistik ist gesellschaftspolitische Literatur über aktuelle Themen der Gegenwart." In dieser Definition sind die bestimmenden Merkmale des „literarischen" Inhalts der massenmedialen Produkte enthalten: Zum einen, daß die Publizistik eine wichtige Daseinsweise der Politik ist und eine wichtige Form des Eindringens politischer Ideen in das Bewußtsein der Massen darstellt. Und weiter, daß die Publizistik im Gegensatz zu Wissenschaft und Kunst direktes und unmittelbares Eindringen in die politische Praxis der Gesellschaft ist. Auf dieser Basis wären im Rahmen einer materialistischen Medienwissenschaft die Genreforschung und eine Stilistik des massenmedialen Inhalts weiter zu entwickeln. Leider herrscht an den westdeutschen und Westberliner Instituten gerade zu dieser Frage ein praktizistisches Vorgehen vor, das sich lediglich auf die Vermittlung technischer, journalistischer Fertigkeiten beschränkt, aber nicht die politischen Implikationen vermittelt.

In diesem Sinne wäre die Massenkommunikation als ein Bereich des Klassenkampfes zu untersuchen. 2. Als ein zweiter Themenkomplex, der einer gründlichen Analyse bedarf,

erweist sich die Standortbestimmung der Medienwissenschaft im System der Fachwissenschaften. Hier gilt es wiederum zu berücksichtigen, daß es sich um eine junge Wissenschaft handelt. Gleichzeitig muß die allgemeine Wissenschaftsentwicklung beachtet werden. Zum einen erfordert die Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die größer werdende Abhängigkeit aller gesellschaftlichen Tätigkeiten voneinander, die Wechselwirkungen zwischen Ideologie, Politik, Ökonomie, Wissenschaft, Technik, Kultur und Bildung und aller anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nach sich zieht, auch eine stärkere Integration der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen. Hieraus ergibt sich die immer stärker werdende Notwendigkeit interdisziplinärer wissenschaftlicher Arbeit. Dieser auf Grund der gesellschaftlichen Entwicklung forcierte Trend zur Einheit der Wissenschaften schließt den zur vertieften Spezialisierung in sich ein.

Bürgerliche Publizistikwissenschaftler gehen sehr oft davon aus, daß die Publizistikwissenschaft deshalb keinen eigenen Gegenstandsbereich hat, weil die Massenmedien von den verschiedenen Disziplinen untersucht würden. Jedoch wird der Gegenstand einer Wissenschaft nicht dadurch bestimmt, ob andere Wissenschaften sich auch mit den Massenmedien beschäftigen, sondern ob der Praxisbereich eigene Gesetzmäßigkeiten aufweist, die eine spezifische Untersuchung erfordern. Und das ist bei den Massenmedien eindeutig der Fall.

Gerade für die Medienwissenschaft bleibt indessen interdisziplinäres Arbeiten dringend erforderlich. Hier ist besonders die Kooperation mit drei Disziplinen notwendig: mit Soziologie, Psychologie und Sozialpsychologie, mit der Sprachwissenschaft und mit der Ökonomie.

An dieser Stelle kann natürlich nur sehr oberflächlich auf die Beziehungen zwischen einer Medienwissenschaft und diesen Disziplinen eingegangen werden. Bei der Sozialpsychologie ist die menschliche Kooperation der grundlegende Ausgangspunkt sozialpsychologischer Forschung, ihr Gegenstand ist die soziale Wechselwirkung, soweit sie den subjektiven Verhaltensaspekt betrifft. Das umfaßt die Erforschung der Persönlichkeit in ihrer Wechselwirkung zur sozialen Umwelt. Dazu gehören auch die psychologischen Besonderheiten von sozialen Gruppen, Schichten und Klassen der Gesellschaft sowie Prozesse, die unter dem Einfluß verschiedener sozialer Faktoren entstehen. Das schließt natürlich die Erforschung der sozialen Wechselwirkungen mittels der Massenmedien mit ein. Von der Sozialpsychologie sind bereits wichtige Untersuchungen über die soziale Natur der Massenkommunikation, die Funktionen der Massenkommunikation, das Problem der Einstellung der Rezipienten, über Gerüchte- und Panikverbreitung, kurz über die Wirkung der Massenmedien geleistet worden. Die Notwendigkeit interdisziplinärer Arbeit wird klar, wenn man sich verdeutlicht, daß die Wirkung der Massenmedien mehr durch Eigenschaften des Publikums als durch den Inhalt bestimmt wird.

Zur Relevanz der Sprachwissenschaft für eine materialistische Kommunikationswissenschaft schreibt Horst Holzer in seiner „Kommunikationssoziologie": „Für kommunikationssoziologische Arbeit im engeren Sinne gilt folglich, daß sie sich insbesondere auf die Pragmatik der Kommunikation, die im kommunikativen Prozeß stattfindende Verwendung von sprachlichen und anderen Zeichen durch Individuen, Klassen und Gesellschaften zu bestimmten Zwecken, konzentriert. Semantik (das Verhältnis von sprachlichen und anderen Zeichen zu den gedanklichen Abbildern) und Sigmatik der Kommunikation (die Relation von sprachlichen und anderen Zeichen zu den Objekten der Widerspiegelung, vermittelt über deren gedankliche Abbilder) sind dabei als konstitutive Bestandteile eines jeden Kommunikationsvorgangs in die Analyse einzubeziehen." (7)

7 Ebenda, S. 58.

Auf die Bedeutung der politischen Ökonomie für die materialistische Medienwissenschaft wurde schon verwiesen. Es kann jedoch nicht darum gehen, eine besondere Ökonomie der Massenmedien zu entwickeln, sondern es geht um die Aufdeckung von Besonderheiten, die sich auf Grund der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft für die Massenmedien ergeben. So weist beispielsweise der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Gesamtkapitals für den Bereich der Massenmedien auf Grund seiner politischen Bedeutung beachtenswerte Spezifika auf.

3. Als dritter Themenkomplex für die Begründung der materialistischen Medienwissenschaft die klare Darlegung des methodischen Vorgehens zentrale Bedeutung. Zu Recht wurde schon von sehr vielen Publizistikwissenschaftlern festgestellt, daß man über keine besondere Methodologie verfüge. Dies ist allerdings kein Manko, sondern erklärt sich daraus, daß die Medienwissenschaft eine gesellschaftswissenschaftliche Disziplin ist.

Die Gesellschaftswissenschaften erforschen die real existierenden Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft. Dabei ist davon auszugehen, daß diese Wissenschaften eine Einheit bilden, weil ihre Gegenstand derselbe ist. Nun ist es leicht verständlich, daß ein Teilbereich dieser Gesellschaft nicht wissenschaftlich exakt erforscht werden kann, wenn er nicht in Wechselwirkung mit den anderen Bereichen untersucht wird. Unmöglich ist es, das Wesen der Gesellschaft zu erfassen, stützt man sich nur auf die Erkenntnisse isolierter Einzelwissenschaften.

Der dialektische und historische Materialismus stellt den Anspruch, die Summe der Erkenntnisse über die Gesellschaft zu ziehen, also ein theoretisches System zu erstellen, das die gedankliche Widerspiegelung der Gesellschaft als Ganzes ist. Auf dieser Basis ist dann die systematische Einordnung der einzelnen Fachwissenschaften möglich.

Dabei muß schon diese allgemeine Widerspiegelung des Gesellschaftssystems verschiedenen Ansprüchen gerecht werden. Zum einen muß den Einzelwissenschaften die weltanschauliche, erkenntnistheoretische und allgemeine methodologische Grundlage geliefert werden. Diese Aufgabe wird im System der materialistischen Wissenschaften von der Philosophie wahrgenommen, die damit auch den Einzelwissenschaften die Grundvoraussetzungen und die Grundbegriffe sichert. Keine Fachwissenschaft kann diese Aufgabe aus ihrem eigenen Wissenschaftsbereich heraus allein lösen. Daraus ergibt sich auch, daß die dialektisch-materialistische Methode eine besondere Rolle spielt. Sie ist, da sie die allgemeinsten Gesetzmäßigkeiten des Denkens, der Gesellschaft und der Natur widerspiegelt, universell anwendbar. Natürlich muß die Fachwissenschaft die dialektisch-materialistische Methode entsprechend den Praxisanforderungen konkretisieren und auf dieser Grundlage spezielle Methoden zur Erforschung entwickeln.

Zum anderen muß eine umfassende wissenschaftliche Begründung der gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft geliefert werden. Hier geht es darum, die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, welcher bestimmte Bewußtseinsformen entsprechen, zu analysieren. Es müssen also die ökonomischen Bewegungsgesetze herauskristallisiert werden, die bestimmend für die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse wirken. Aus diesem Grunde wird auch die politische Ökonomie, die diese Aufgabe leistet, als Hauptinhalt des dialektischen und historischen Materialismus bezeichnet.

Schließlich müssen die praktischen Schlußfolgerungen, die sich zwingend aus den beiden oben dargelegten Bestandteilen ergeben, gezogen werden. Schon auf dieser relativ allgemeinen Ebene muß die Verbindung von Theorie und Praxis gewährleistet sein. Dies sichert der „wissenschaftliche Sozialismus" im engeren Sinne durch die Verallgemeinerung der Erfahrungen des Klassenkampfes: Er ist „theoretischer Ausdruck der proletarischen Bewegung", „Theorie und Programm der Arbeiterbewegung".

So aufgebaut bietet der dialektische und historische Materialismus die Basis, auf der sich die Gesellschaftswissenschaft „Medienwissenschaft" systematisch und folgerichtig begründen und entwickeln läßt. Ohne dies im einzelnen schon ausführen zu können, sollten hier nur einige Gedanken und Materialien bereit gestellt werden. Deutlich sollte werden, daß dort, wo die Einheit der Wissenschaft und Methodologie auseinandergerissen wird, wo man wie Dröge die politische Ökonomie verabsolutiert oder wie teilweise bei Pätzold und Schmidt glaubt, eine isolierte Beschreibung der gewerkschaftlichen Aktion zur Veränderung der massenmedialen Situation leisten zu können, man sich der Möglichkeit beraubt, die objektive Realität wahrheitsgemäß widerzuspiegeln.

Verbandsorgan des SHB, DM 1,-

...bringt in Nr. 66 (erscheint Mitte Januar 1975) u.a.:

- Zum Bundeskongreß der Jungsozialisten in Wiesbaden
- „'ran" und „Solidarität" – die Presse der Gewerkschaftsjugend
- 2 Jahre Pariser Vietnam-Abkommen
- round-table: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
- Der SHB besteht 15 Jahre

Ferner bringt „frontal" Informationen über die Situation der Studenten in den USA, Frankreich, Großbritannien; eine Vielzahl von Nachrichten aus der Hochschule, der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, der Innenpolitik ...

Herausgeber: Bundesvorstand des SHB, 53 Bonn, Meckenheimer Allee 152, Telefon: (0 22 21) 65 56 45

Jahresabonnement: 5,50 DM zuzüglich Versandkosten (6 Ausgaben)

Vorauszahlung: Konto der „frontal", Sparkasse der Stadt Marburg, Konto-Nr. 460 51992; Abonnementbestellungen an die Anschrift des Verlags c/o R. Jäger, 355 Marburg, Haspelstraße 9

Bestellung „frontal"-Abo.

Name ..... Vorname ..... Wohnort .....

Straße ..... Datum ..... Unterschrift .....

Wilhelm Raimund Beyer: ZWISCHEN PHÄNOMENOLOGIE UND LOGIK, Hegel als Redakteur der Bamberger Zeitung
Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1974, Kl. Bibl. (Zweite, ergänzte und erweiterte Auflage). DM 19,80

Dieses Buch W.R. Beyers, des Gründers und Präsidenten der Internationalen Hegel-Gesellschaft, weist in den Umständen, die sein Erscheinen betreffen, auf den engen gesellschaftlichen Zusammenhang von Wissenschaft und Politik, von Verlagswesen und Ideologieproduktion hin. Repressionen mannigfacher Art wurden beim ersten Erscheinen im Jahre 1955 (Verlag G. Schulte-Blumke, Frankfurt/Main) gegen Verleger und Autor in Szene gesetzt; das Buch selbst wurde auf der Frankfurter Buchmesse aus dem Stand gerissen. ‚Spiegel' (14.3./21.3.56) und FAZ (31.4.56) richteten heftige Angriffe gegen die Veröffentlichung. Die Presse bewies sich als Ausdruck der herrschenden politischen Kräfte der Zeit: Am 15.3.56 war in Karlsruhe das Verbot der KPD verkündet worden. Politische Situation und Kampagne bewirkten eine Trennung des Verlegers vom Autor. Das Buch wurde verramscht. W.R. Beyer emigrierte nach Österreich.

Zweifellos haben die seit den 50er Jahren veränderten politischen Verhältnisse in der BRD und Westberlin und das immer stärkere Vordringen einer fortschrittlichen Intelligenz eine erweiterte, zweite Auflage des Werkes sinnvoll erscheinen lassen, besser gesagt: durchgesetzt.

Strategem der hier vorgetragenen Hegel-Interpretation Beyers ist die Bamberger Redakteurstätigkeit Hegels, die sein knapp dotiertes Privatdozentendasein in Jena ablöste. Vor allem finanzielle Überlegungen, die Flucht vor Alimentenverpflichtungen ließen Hegel einen Wechsel ratsam erscheinen, zumal er mit 36 Jahren noch keine Professur innehatte und eine solche auch nicht in Aussicht stand. Mit der 1806 durch Napoleon vorgenommenen Besetzung Jenas hat Hegels Umzug also nur wenig zu tun. Hegel brauchte Geld, und sein Freund, der Konsistorialrat Niethammer beschaffte ihm in Bamberg die Redakteursstelle, die er zwei Jahre versah, bevor er ans Nürnberger Gymnasium ging, um nach dieser Zeit endlich, im hohen Alter von 47 Jahren 1817 in Heidelberg Professor zu werden.

Im Gesamtschaffen Hegels machen die Bamberger Zeitungsaktivitäten, die ihn immerhin schnell zum geschäftstüchtigen Teilhaber der Firma Schneiderbanger & Hegel avancieren ließen, nur einen sehr knappen Zeitraum aus. Beyer analysiert diesen Zeitraum nicht nur real-, presse- und regionalgeschichtlich akribisch-detailliert, sondern es geht ihm um die Folgen für die Philosophie, die aus einer nicht kathederverhafteten Arbeit des Philosophen resultieren. Ist philosophische Tätigkeit grundsätzlich Lehrtätigkeit, zwangsläufig an Universitäten gebunden, die der Staat unterhält und kontrolliert, damit Staatstätigkeit? Oder wirkt Philosophie gerade dann als fortschrittliche, aufs Novum ausgerichtete Kraft, wenn sie frei von staatlichen Zwängen und Lehrverpflichtungen sich mit der Presse verbindet? „Philosophie *braucht* Presse" /89/ konstatiert Beyer und hat damit zweifellos recht. Aber ist philosophische Tätigkeit demzufolge schon zwangsläufig Pressetätigkeit, das tägliche Sammeln und Veröffentlichen von Nachrichten und Meinungen? Beyer zwingt beide zusammen, analogisiert die philosophische Synthese des philosophischen Systems und das Zusammenstellen der Zeitung. /222/ Diese Konstruktion ist diskussionswürdig, denn zweifellos bringt fortschrittliche Philosophie – und nur diese hat Beyer im Auge (M. Buhr meint dagegen in seiner Rezension, Beyer käme die Frage nach dem Charakter der Philosophie nicht in den Sinn; DZfPh 1/1959, S. 161) – raisonnement zum Ausdruck. Raisonierende Artikel aber waren nach dem bayerischen Pressegesetz von 1799 in der Bamber-

ger Zeitung verboten. /39/ Unter diesen Umständen in der Zeitungsarbeit eine spezifisch philosophische Arbeit zu erkennen mit entsprechenden Auswirkungen auf den weiteren Gang der Hegelschen Philosophie, fällt sicherlich nicht ganz leicht. Insbesondere, wo verbürgt ist, daß Hegel selbst nur sehr wenige Artikel in der Bamberger Zeitung verfaßt hat. /53/ Beyer weist selbst an vielen Stellen seines Buches auf Hegels Streben nach Sekurität, d.h. nach einem Staatsamt, hin. Eine Identifikation mit der Pressearbeit kann demnach wenig vermutet werden. Dennoch wäre es falsch, Hegels Zeitungstätigkeit lediglich eine transitorische Funktion beim Übergang von einem Staatsamt in ein anderes zuzuschreiben, denn Hegel hat, so Beyer, betont, daß „seine redaktionelle Arbeit" zwar kein „Amt" sei (Hegel: Briefwechsel I, S. 167), daß sie aber doch – trotz ihrer „isolierten Unabhängigkeit" – in „Zusammenhang mit dem Staate und in der Arbeit für denselben stehen muß". Seine „Arbeiten sind eben etwas Öffentliches" /54/. Hegel hat sich also – politisch sehr bewußt – als Sachwalter öffentlicher Angelegenheiten begriffen, der eine „Meinungszeitung" /59/ schaffen wollte, um den Staat zu ändern /54/.

Sicherlich hat er Zeit seines Lebens sein Streben auf ein Staats-, resp. Universitätsamt ausgerichtet und dies auch erreicht, dennoch hat Hegel sich während seiner Bamberger Pressejahre für die Verwirklichung der demokratischen Ideen des Vormärz eingesetzt und versucht, die Bamberger Zeitung, die sich unter seiner Leitung „bald zu einem der bedeutendsten politischen Blätter Deutschlands" erhob, wie der ‚Fränkische Merkur' 1831 schrieb /40/, an den westlichen Demokratien zu orientieren. Parlamentsberichte aber aus England z.B. waren verboten. Der Leser sollte nichts von den demokratischen Errungenschaften anderer Völker erfahren und keine Vergleiche mit den Zuständen im eigenen Lande anstellen. Mit sehr großen juristischen Kenntnissen weist Beyer dies nicht nur als Praxis der Meinungsreglementierung zu Beginn des 19. Jhdts. nach – eine Zensur, gegen die eine Eingabe Hegels am 12.12.1808 erfolgte /65/ –, sondern auch als Bestandteil des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes der BRD v. 4.8.1953 (BGBl I.735), das die §§ 11, 12 des Strafgesetzbuches abänderte und „der Presse die Veröffentlichungsmöglichkeit der Parlaments-Sitzungsberichte aus anderen Ländern, ja sogar aus einem anderen deutschen Staat" erschwerte. /66/ Auf beeindruckende Weise zieht Beyer Parallelen zwischen der reaktionären Gesetzgebung der Hegelschen Zeit und derzeit noch herrschenden und praktizierten Rechtsnormen in der BRD und zwar in einer Fülle, die einer ausführlicheren Erörterung bedürfte.

Aufgrund der eingeschlagenen Publikationsstrategie wird Hegel am 16.3.1808 und am 1.11.1808 „persönlich und ausdrücklich zur Einhaltung des Presse-Edikts von 1799 ermahnt" /68/. Dreimal wird die Bamberger Zeitung unter der Redaktion Hegels offiziell gerügt, /128/ am 2.11.1808, kurz nach dem Weggang Hegels nach Nürnberg, wird sie durch Regierungsverfügung verboten. /127/ Zweifellos hat Hegel während dieser Periode seines Schaffens bewußt auf der Seite des Fortschritts gestanden. Im Vormärz wurde in der „Presse" immer schon die gegen den Obrigkeitsstaat gerichtete Partei, die „demagogischen" Umtriebe, vermutet. Hegels Anliegen bestand nicht zuletzt darin, dem Bürgertum in der Zeitung ein Bildungsorgan zu schaffen, um als aufstrebende Klasse bestehen zu können, seine historische Mission zu erfüllen.

Wie sah das konkret philosophische Schaffen Hegels während seiner Bamberger Zeit aus? Beyer weist nach, daß die Etappe in Bamberg durchaus nicht philosophische Etappe, wie vielerorts vermutet und gewünscht, geblieben ist, sondern die bisher falsch geortete Schrift ‚Wer denkt abstrakt?' in Bamberg entstanden ist, deren Quintessenz lautet, daß nur der ungebildete, nicht aber der gebildete Mensch abstrakt denkt. Die Schrift besticht durch ihren gelösten Stil, und Hegel bekennt später, wie sehr die Redaktionsarbeit in Bamberg seine Darstellungen ‚populärer' gemacht habe. /88/

Generell vertritt Beyer die These, daß sich die unmittelbare Presseerfahrung Hegels in der Abstraktion der Logik fortgesetzt habe, er nicht abgeneigt gewesen sei, eine ‚Landlogik' (eine Hegelsche Formulierung) zu schreiben, um die realen Verhältnisse auf theoretischer Ebene widerzuspiegeln. Beyer schreibt: „Der ‚Widerspruch', der zur grundlegenden Kategorie der Logik aufsteigt, hatte sein spezifisches Erfahren-Werden bei der Pressearbeit als der Erfüllung einer konkreten Aufgabe gefunden ... Hegel dachte von seinem eigenen Fall aus weiter. Im persönlichen Schicksal sah er stets Allgemeingültiges." /186/ Die Widerspruchskategorie entwickelt sich als Haupterfahrungskategorie des Redakteurs und als dessen zentrale Erfahrung wird sie, nach Beyer, zum grundlegenden Faktor logischer Entfaltung. /187/ M. Buhr hat dem entgegen gehalten, daß Hegel in Bamberg die Gedanken der Jenenser Logik weiterentwickelt habe (DZfPh 1/1959, S. 159), und wies in diesem Zusammenhang auf das Teleologieproblem hin. Beyer ist von diesem Einwand unbeeindruckt geblieben, denn er mißt gerade bei der Ausarbeitung der Logik der Redakteurserfahrung eine tragende Bedeutung zu: „Die Erkenntnis des Gegensatzes als eines *inhaltlichen* (Hegel: Logik I, S. 36) und als eines *zusammenhängenden* (Hegel, Logik I, S. 52) gründet im praktischen Erleben des Redakteurs ... Und auch der Satz: ‚Die Kategorien der Logik sind *Abbreviaturen* ... der Einzelheiten des äußerlichen Daseins und der Tätigkeit' resultiert aus Redaktions-Erfahrung." /190/

Sicherlich ist dieser Streit schwer zu entscheiden, denn Hegels Arbeitsgang läßt sich für uns nicht mehr erhellend rekonstruieren. Allgemein richtig ist daher Beyers Feststellung über die Philosophie, die ins Leere stoßen muß, wenn sie nicht die von der Zeitung gespiegelte und ‚bespiegelte' Welt beachtet. /187/ Wie schwierig jedoch ein zwingender Schluß aus der sozialen Erkenntnis der Zeitungsarbeit auf die Erstellung philosophischer Logik zu ziehen ist, muß ein Vergleich zwischen der Zeitungstätigkeit Hegels und Marx' vor Augen führen. Marx wurde durch seine Tätigkeit in der Rheinischen Zeitung bestimmt, sich der Wissenschaft der Ökonomie zuzuwenden,und begann bald, philosophische Fragen als spezifischen Ausdruck sozialer Verhältnisse zu begreifen, die Philosophie zu revolutionieren und selbst politisch-revolutionär zu handeln. Ein solcher Bruch liegt durch die Zeitungstätigkeit Hegels zweifelsohne nicht vor. Hegel setzt sein Werk fort. Beyer selbst führt aus: „Der *Redakteur* Hegel vollendet die Phänomenologie des Geistes; der *Redakteur* Hegel beginnt die Logik." /206/ War Bamberg also für Hegels Schaffen doch nur ein stark relativierbares Intermezzo?

Beyer sieht aus einer großen Kenntnis der zeitlichen Umstände, die auch eine korrigierende Interpretation der mit Fortschritts-Mythos belegten Ära Montgelas bedingt, Bamberg keineswegs als pragmatisch gehandhabten Wartestand, vielmehr eher als eine Art Wendepunkt in der Erarbeitung des Hegelschen Systems. Nur als System vermochte Hegel sich Philosophie, „wahrhafte Philosophie", vorzustellen. Aber wie ist der Inhalt des Systems selbst beschaffen, resp. wie sollte er beschaffen sein? Muß ein Bedeutungswandel während der Erstellung der einzelnen System-Elemente eingeräumt werden? Der Zeitungstätigkeit ordnet Beyer in diesem Transformationsprozeß entscheidende Bedeutung zu, allerdings weniger als Stärkung der offenen Komponente im Hegelschen System, sondern als Überleitung zum *„System des Abgeschlossenen"* /214/. Dennoch sieht er gleichzeitig die Widerspiegelung der unabgeschlossenen Wirklichkeit auf die philosophische Ebene als Auswertung der Redaktionserfahrung. Die Divergenzen der Nachrichten und Informationen drängen auf Systematisierung und das Auffinden sie bestimmender historischer und logischer Gesetzmäßigkeiten hin, auf Korrektur der Erscheinungen. Aber dieses System bleibt offen, spiegelt das Werden wider, solange es sich an den Bewegungsformen der sozialen Welt orientiert und historisch die Interessen des aufsteigenden Bürgertums verkörpert, nur systematische Wissenschaft war diesem von Nutzen. /214/215/ So fällt denn auch Hegels Entscheidung leicht zugunsten der Wissenschaft aus. Für Presse wie Philosophie bean-

sprucht Beyer aber einen Satz Hegels in gleicher Weise: „‚Die theoretische Arbeit, überzeuge ich mich täglich mehr, bringt mehr zustande in der Welt als die praktische; ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus' " (Hegel: Briefwechsel I, S. 233) /240/. Mit dem Betreten des Heidelberger Lehrstuhls wird das erreichte Ziel gefeiert. Der Kampf für Veränderung hat sich gelohnt. Zumindest persönlich. Die Subsistenz-Sicherstellung war, wie Beyer ausführt, rein persönliches, nicht allgemeines Anliegen. Ist sie erreicht, wird von progressiven politischen Gedanken Abschied genommen. Die Affirmation des Bestehenden setzt ein, aus dem Werden wird Gewordenes. Das Reich der Vorstellung zu revolutionieren, wird nun anderen überlassen. Vielleicht anderen Arbeitslosen. Man muß Beyer ausdrücklich Dank sagen, daß er das längst überfällige Thema der Arbeitslosigkeit, der Drohung mit der Arbeitslosigkeit, der Arbeitslosigkeit als sozialer Einrichtung auch und nicht zuletzt für die Intelligenz in einer philosophisch-historischen Untersuchung zur Sprache gebracht hat. Stellenlose Intelligenz ist, so Beyer, eine typische Erscheinung des revolutionären Bürgertums.

Die Arbeitslosigkeit trifft den Menschen in seiner Wesensverwirklichung. Schon Hegel begreift Arbeit als natürliche Notwendigkeit, als unerläßliche Existenzbedingung des Menschen, als *Bedürfnis-Befriedigung.* Sie wird notwendiges wie wichtiges Element seiner Theorie, /248/ als *gesellschaftliche Arbeit.* /252/ Dennoch läßt sich das Problem der Arbeitslosigkeit, die z.B. Hegel selbst am eigenen Leibe erfuhr, nicht mit der Arbeitslosigkeit der Intelligenz im heutigen spätkapitalistischen System vergleichen, in dem die Käuflichkeit wissenschaftlicher Arbeit, wissenschaftlicher Meinung auch folglich, offen zutage tritt. Aus der verfügbaren Reservearmee werden die systembrauchbaren Kräfte mittels feiner Mechanismen selektiert, ‚vermittelt'.

Bereits am Beispiel Hegel zeigt Beyer, wie gerade die Reproduktionsschwierigkeiten bei der Intelligenz, oft trotz besserer Einsichten, Anpassungszwänge und letztlich politisch affirmative Haltungen hervorrufen, insbesondere dann, wenn versucht wird, dieses Problem individuell und nicht allgemein zu lösen. Das Allgemeine aber hat das Besondere und Einzelne zu bestimmen.

Hegels Bamberger Zeit bietet in jeder Hinsicht auch Anlaß zur Diskussion aktueller Zustände, Situationen und Probleme. W.R. Beyer hat dies mit Verve vorgetragen.

G.M. Tripp

JÜRGENS BUCHLADEN
1 Berlin 33, Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) 8313825
NEU
PÄDAGOGIK GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

T. I. Oiserman: PROBLEME DER PHILOSOPHIE UND DER PHILOSOPHIEGESCHICHTE
Dietz Verlag, Berlin 1972,
DM 8,80

In der gegenwärtigen Phase der Rezeption des Marxismus und der Auseinandersetzung um seine integralen Bestandteile in der BRD und Westberlin, die partiell bestimmt wird durch eine Leugnung der marxistischen Philosophie oder die Verzerrung ihrer Beziehung zur Philosophiegeschichte, gewinnt die grundsätzliche Arbeit Oisermans den Charakter aktueller Unmittelbarkeit. Sie legt die Prämissen dar, die eine marxistische Untersuchung des Gegenstandes bestimmen.

Die Analyse der Philosophie wie Philosophiegeschichte bestimmenden Problematik – beide sind in einer wissenschaftlichen Verhältnisbestimmung zu denken – kann nur durch eine Wissenschaft vorgenommen werden, die selbst Philosophie ist, mehr noch: die den Anspruch hat, wissenschaftliche Philosophie zu sein. Diese Philosophie markiert selbst bereits den Schnittpunkt philosophischer und philosophiehistorischer Entwicklung, indem sie nicht nur ein beliebiges Resultat des historischen Prozesses, vielmehr ein qualitativ neues Moment repräsentiert, das den Anspruch einlösen kann, gerade den Charakter des Schnittpunkts und der nachfolgenden Entwicklung adäquat zu erfassen. Diese wissenschaftliche Philosophie ist die marxistische. Sie verfährt historisch und logisch zugleich und reflektiert in dieser Verfahrensweise die historischen und logischen Voraussetzungen, die sie bedingen.

Welche unterschiedliche Zuordnung charakterisiert nun nach Oiserman Philosophie wie Philosophiegeschichte? Hat erstere die Verhältnisbestimmung von Geistigem und Materiellem zum Gegenstand, thematisiert die zweite die Frage, was denn überhaupt Philosophie sei, die Erfassung dieses Phänomens der geistigen Entwicklung der Gesellschaft und folglich die Entstehung des Begriffs Philosophie selbst. In diesen Konstatierungen äußert sich bereits die Selbstbestimmung der marxistischen Philosophie, ohne ihre historische wie logische Ableitung selbst in irgendeiner Form vorzunehmen. Doch könnte der Autor hier mit gutem Recht auf sein Buch „Die Entstehung der marxistischen Philosophie" (Berlin 1965) verweisen.

Wie entsteht Philosophie? Nach Oiserman werden die Philosophen der Antike erkannt als diejenigen, die gegen die herrschende Form des gens-bestimmten mythologischen Bewußtseins Position beziehen und dem Denken der entstehenden Klassengesellschaft Ausdruck verleihen. Die Auseinandersetzung ist bestimmt durch den Konflikt Glaube – Wissen, und Weisheit wird bestimmt als Überwindung des Zustandes begrifflosen Erkennens und der Flucht in den Mythos. Die Triebkraft der theoretischen Durchdringung des Vorhandenen wird in Skepsis, Epikureismus und Stoa aufgegeben zugunsten eines Versuchs, auf subjektive Weise die Harmonisierung gesellschaftlicher Antagonismen zu erreichen. Die Neuzeit, insbesondere Bacon, Descartes lehnen ein subjektives Weisheitsverständnis ab, das sich zwangsläufig über die Wissenschaft erheben muß. Weisheit ist für sie insbesondere auch vollkommenes Wissen über die Dinge. Strenge Ableitung und Beweisführung verlangen auch Spinoza und Leibniz. Fichte identifiziert, so Oiserman, die Philosophie mit Wissenschaftslehre und Hegel postuliert die Wahrheit in Gestalt des wissenschaftlichen Systems. Es wäre dankenswert gewesen, wenn Oiserman an dieser Stelle auch die marxistische Philosophie als wissenschaftliches System umrissen hätte. Er bricht an diesem Punkte ab durch einen Rückgriff auf den Begriff der Weisheit, den er nicht fallen lassen möchte, „weil es große, für die Menschheit ... lebenswichtige Fragen" /51/ gibt. Sie wird begriffen als „Verallgemeinerung des vielfältigen Wissens und der Erfahrung der

Menschheit ... die in Form von Prinzipien der Erkenntnis, der Wertung, des Verhaltens, des Handelns formuliert werden kann". /55/

Die Frage nach dem theoretischen Wissen, nach der Bestimmung der Philosophie setzt immer schon die Analyse ihrer historischen Formen, Funktionen und Gegenstandsveränderungen voraus. Weder früher noch heute war Philosophie resp. wissenschaftliche Theorie mit der gesellschaftlichen Praxis identisch. Der Theorie-Praxis-Bezug ist ein vielfältiger, keineswegs aber ein unmittelbarer. Dieser Tatbestand der nichtvorhandenen Unmittelbarkeit bzw. Identität weist auf den Umstand hin, daß die Ergebnisse der Theorie in die gesellschaftliche Praxis und Produktion eingeführt werden müssen. Theoretisches Wissen als Erkenntnis ist immer schon mehr als gesellschaftliches Bewußtsein, das gesellschaftliches Sein widerspiegelt, denn dieses hat die gesellschaftliche Wirklichkeit damit längst noch nicht erkannt. Wissenschaft verkörpert insofern eine besondere Art von Widerspiegelung, die sich auszeichnet durch angewandte Forschungs- und Verifikationsmethoden. /83/84/ Philosophie wird in diesem Zusammenhang von Oiserman klassifiziert als eine Form des gesellschaftlichen Bewußtseins wie der Forschung. Ihren wissenschaftlichen Charakter gewinnt sie erst im Marxismus, ihre vormarxistische Geschichte muß als Werden zur Wissenschaft angesehen werden.

Wie steht es nun um das Theorie-Empirie-Problem und den Primat der Theorie? Im Altertum gewinnt das der spekulativen Methode verhaftete Wissen seine Resultate auf dem Wege der Syllogismen und des logischen Folgerns. „Die sinnlich beobachtbaren Tatsachen können unter diesem Aspekt Gegenstand der Erklärung, Bestätigung einer Schlußfolgerung sein, jedoch auf keinen Fall Kriterium für ihre Wahrheit." /102/ Die „Praxis" als Kriterium der Erkenntnis wird nicht erkannt, doch auch die spät durch Marx analysierte Bedeutung der Praxis als kriterieller Instanz der Erkenntnisresultate kann nicht heißen, die Theorie linear aus ihr heraus zu entwickeln. Oiserman bemerkt vielmehr, daß derzeit die relative Unabhängigkeit der Theorie von den empirischen Daten zunimmt, eine These, die in Übereinstimmung mit dem Marxschen Satz vom Menschen als der wichtigsten Produktivkraft steht. In diesem Zusammenhang „wird der Satz: ‚Die Menschen machen ihre Geschichte selber', zu einer echt wissenschaftlichen These ... dank der materialistischen Geschichtsauffassung." /138/

Die Position der Philosophie gegenüber den Einzelwissenschaften, ihr im Vergleich zu diesen allgemeiner und deren Ergebnisse verallgemeinender Charakter bestimmt wiederum ihren methodischen Habitus, der als synthetischer zu kennzeichnen ist, denn sie faßt die vielfältigen Typen des menschlichen Wissens und der Erfahrung zusammen. Der Vorklärung der Frage der idealistischen oder materialistischen Ausgangsposition kommt in diesem Zusammenhang ein entscheidender Rang zu.

Theoretisches Wissen hat sich bis heute in zwei Formen artikuliert: philosophisch und wissenschaftlich. Oiserman mißt dem Begriff der Theorie einen größeren Umfang zu als dem Begriff der Wissenschaft, weil noch längst nicht jede Theorie auch schon Wissenschaft ist. „Die Wissenschaftlichkeit einer Theorie wird weniger durch ihre Form als durch ihren Inhalt bestimmt." /148/ Aus diesem Grund kann der Idealismus seinem Wesen nach keine wissenschaftliche Theorie sein, er verkörpert nur der Form, nicht aber dem gegenständlichen Inhalt nach Wissenschaft.

Neben der Bestimmung als Theorie ist die Philosophie im marxistisch-leninistischen Sinne auch Weltanschauung. Als Weltanschauung formuliert sie theoretische Positionen, die historische Ereignisse, Erfahrungen und Tätigkeiten, sowie die Bedeutung jedes Wissens bestimmen helfen. Neben der umfassenden und allgemeinen Bestimmung als Weltanschauung wird die marxistisch-leninistische Philosophie von Oiserman als weitergehend klassifiziert als die dialektisch-materialistische Philosophie, weil sie die wissenschaftliche Philosophiegeschichte und andere philosophische Ebenen mit einschließt. Es wäre an dieser Stelle hilfreich gewesen, wenn Oiserman die Verhältnisbestimmung der einzelnen Typen und Bestandteile der marxistischen Philosophie, zu denen auch die Erkenntnistheorie als Moment des dialektischen Materialismus gehört, mit aufgenommen hätte. Sehr wichtig aber erscheint der Hinweis, daß es mit Ausnahme von ‚Pseudoproblemen' keine rein philosophischen Fragen gibt, „deren Inhalt und Lösung von den durch die Einzelwissenschaften gelieferten Daten unabhängig wäre". /230/

Die spezifischen Formen der Typisierung der marxistischen Philosophie im Verlauf ihrer Geschichte weisen auf eine qualitative Veränderung des Gegenstandes der Philosophie hin. Dennoch bleibt sie Philosophie und zwar als Wissenschaft mit einer spezifischen Form objektiven Inhalts, eben als spezifische Theorie über die Wirklichkeit, die sie in ihren einzelnen Disziplinen untersucht. Dieser spezifische Inhalt – quer durch alle Bereiche – macht das Hauptthema der Philosophie aus. Ist Philosophie derart nur indirekte Widerspiegelung der Wirklichkeit, konzentriert sich die philosophiegeschichtliche Forschung darauf, Philosophie als Bewußtsein ihrer Epoche zu begreifen, ihre soziale Zielsetzung und spezifische Problematik. Dies jedoch nicht in der Weise eines bloßen Reflexes, sondern Philosophie als diejenige Kraft, die selbst zur Formierung und Entwicklung einer Epoche beiträgt, ihre Entwicklungstendenzen zum Ausdruck bringt. Wenn Philosophie die Ideologie einer Epoche begrifflich vermittelt, so ist damit gezeigt, daß Ideologie nicht als Alleinbesitz der Theoretiker zu denken ist, vielmehr Massenbewußtsein ausmacht. Die Notwendigkeit von Ideologie zeigt darüber hinaus deutlich den Tatbestand an, daß die objektive Wahrheit noch nicht die objektive Wirklichkeit ist.

Durch ihren Gegenstand unterscheidet sich die Philosophie auch in ihrer kategorialen Bestimmung von den Kategorien anderer Wissenschaften. Die von ihr analysierten unbeschränkten und ihrem Inhalt nach unendlich vielfältigen Erscheinungsformen erfordern eine begriffliche Definition, die „zumindest nicht unmittelbar auf der Verallgemeinerung der dem Wissenschaftler zur Verfügung stehenden empirischen Daten basiert". /376/

G. M. Tripp

SOZIALISTISCHE POLITIK 1974

sind bisher erschienen

28 Mai 74	**29** Juli 74	**30** Sept. 74
Arbeiterklasse und Mitbestimmung	Kultur und Bildung	Ideologischer Kampf

Peter Wetterau

Das Berufsgrundbildungsjahr, – Illusion oder Reform der Berufsausbildung?

ISBN 3-88036-012-X 160S. 7,–

Heinz Frankiewicz

Technik und Bildung: DDR

Zur Theorie der polytechnischen Bildung und zu ihrer Anwendung auf die Überarbeitung der Lehrpläne für den polytechnischen Unterricht

ISBN 3-88036-005-7 185S. 6,–

Lizenzausgabe mit Genehmigung des volkseigenen Verlages Volk und Wissen Berlin – DDR

Technikunterricht – Alternativen zur Arbeitserziehung in der BRD

zusammenfassender Bericht der Reinhardswaldtagung als Arbeitsgrundlage für den Werkpädagogischen Kongress im März 1975

ISBN 3-88036-018-9 ca. 300S.

Manfred Zinke

Hindernisse beruflicher Emanzipation Band A

Ausbildungsbetriebe und Ausbilderbewußtsein am Beispiel der kaufmännischen Lehre

ISBN 3-88036-006-5 115S. 5,–

Jörg Heidbüchel

Hindernisse beruflicher Emanzipation Band B

Hindernisse beruflicher Emanzipation, Einstellungen von Handelslehrern (eine Befragung an Berliner Berufsschulen)

ISBN 3-88036-007-3 130S. 5,–

Rossa-Verlagskooperative
1 Berlin 47, Scheveninger Str. 16
Tel. 030 / 606 23 78

ROSSA

Claus Offe: STRUKTURPROBLEME DES KAPITALISTISCHEN STAATES, Frankfurt 1972

Jochen Steffen: STRUKTURELLE REVOLUTION – VON DER WERTLOSIGKEIT DER SACHEN, Hamburg 1974

Der innere Widerspruch des heutigen Kapitalismus, des staatsmonopolistischen Kapitalismus, liegt in der Zuspitzung der gesellschaftlichen Anforderungen an die Produktion von Profit – und der privaten Kontrolle über die Bedingungen der Profitproduktion. Die dadurch erforderliche Macht- und Herrschaftsentfaltung des Finanzkapitals, der Finanzoligarchie und des bürgerlichen Staates zugunsten, aber gleichzeitig auch auf Kosten des individuellen Monopolkapitals aktualisiert unbewußt und ungewollt die Frage nach der Notwendigkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln; vorbei sind beispielsweise in der BRD und in Westberlin die Zeiten, wo sich die arbeitende Bevölkerung vorbehaltlos mit der sogenannten liberalen Marktwirtschaft identifizierte. Spätestens mit den vielschichtigen Krisenerscheinungen ab 1966/67 wird der Staat zunehmend Adressat konkreter Proteste wegen mangelnder Befriedigung vieler Massenbedürfnisse: Die objektive Verflechtung von Staat und Monopolen wird in den sozialen und politischen Forderungen der Lohnabhängigen widergespiegelt.

Die historische Brisanz des staatsmonopolistischen Kapitalismus liegt nun darin, daß das private Monopolkapital den Staat im Hinblick auf die Profitproduktion benötigt, dieser jedoch gleichzeitig die „Freiheit" des monopolistischen Einzelkapitals zum Vorteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals einengt und tendenziell zerstört. Politisch problemlos ist die Verflechtung von Staat und Monopolen, wenn der Staat von den direkten Vertretern der Monopolbourgeoisie (CDU und CSU) personell entscheidend getragen wird; vor einem Dilemma hingegen stehen die sozialreformistischen Kräfte in der SPD und FDP, deren Politik nur so lange wirkungsvoll, also letztendlich für die Monopolbourgeoisie akzeptabel ist, so lange sie die Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft bewerkstelligen und absichern. Dies jedoch erfordert – gerade im Stadium des staatsmonopolistischen Kapitalismus mehr denn je – eine Politik der Gratwanderung: das Reformverlangen der breiten Massen, das immer spürbarer wird, aufnehmen und verwirklichen zu wollen (zwecks Integration), ohne das Privateigentum an Produktionsmitteln generell zur Diskussion zu stellen oder gar aufzuheben. Insofern ist jede sozialreformistische Regierung nur eine Regierung auf Zeit, eine geduldete. Wie dieses Problem sich in den jeweiligen Köpfen der sozialreformistischen Vertreter niederschlägt und mit welchen Mitteln dieser unlösbare Konflikt angegangen werden soll, ist dabei sekundär (wenn auch nicht unwichtig), vorausgesetzt nur: die exakte Einsicht der Arbeiterklasse in ihre gesellschaftliche Situation und ihre daraus resultierende Mission wird verhindert, die Umsetzung in die Organisierung ihrer eigenen Kräfte wird geschwächt oder unterbunden und der Klassencharakter des bürgerlichen Staates wird verschleiert.

Claus Offe und Jochen Steffen (1) sind zu jener Gruppe des Sozialreformismus zu zählen, die den staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht als eine Entwicklungsstufe innerhalb des Imperialismus begreifen, sondern in ihm die Möglichkeit und Notwendigkeit sehen, auf der Basis des Kapitalverhältnisses den Kapitalismus zu überwinden. Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit ihnen ergibt sich aus deren Bedeutung innerhalb ihres Arbeits- und Wirkungsfeldes. Offe gehört zu den Sozialwissenschaftlern, die sich ab Ende der 60er

1 Zur Zitierweise: Die Zahlen in Schrägstrichen beziehen sich auf die beiden hier vorliegenden Bücher. Hervorhebungen im Original wurden grundsätzlich nicht berücksichtigt, alle Hervorhebungen sind vom Verfasser.

Jahre sowohl zu aktuellen Problemen der Kapitalismusanalyse äußerten als auch um eigenständige Theorieversuche sich bemühten und damit heute mitentscheidend den universitären Lehrbetrieb (Gesellschaftswissenschaften) bestimmen. Steffen wiederum ist einer der wenigen renommierten Sozialdemokraten, die ihr praktisches Handeln von einem theoretischen Selbstverständnis her legitimieren (Steffen, stlv. Vorsitzender der SPD-Langzeitkommission, gilt innerhalb der bürgerlichen Journaille als „Ziehvater" der SPD-Linken) und keine pragmatische Handwerkelei betreiben wollen.

Die Gegenüberstellung und Gleichsetzung der zwei Autoren resultiert daraus, daß beide in ihren Überlegungen zu gleichen Ergebnissen kommen, trotz unterschiedlicher Herleitung und trotz Differenzen in den konkreten Folgerungen ihrer Theorieresultate. Der hohe Anspruch beider, eine schöpferische Weiterentwicklung der Marxschen Theorie geleistet zu haben (eine Leninismusrezeption liegt bei ihnen nicht vor), wird in keiner Weise eingelöst. Ursprung ihrer Mißdeutungen und mangelhaften Analyse ist das falsche Verständnis von – erweitert gefaßt – Basis und Überbau im staatsmonopolistischen Kapitalismus, hierbei vor allem ihr Staatsbegriff. Die Darstellung und Entwicklung ihrer jeweiligen Theorien sind trotz ihrer Unterschiede – diese resultieren aus unterschiedlicher Gewichtung – geradezu beispielhaft für die begriffliche Erfassung oder vielmehr „Vernebelung" der Wirklichkeit seitens der sozialreformistischen Bewegung. Ihr theoretischer Kern läßt sich in drei Punkte zusammenfassen:

– die Widersprüche der monopolistischen Profitproduktion bestimmen nicht mehr den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern sind durch den Staatseingriff aufgehoben oder verlagerten sich in den Überbau. (Die Systemauseinandersetzung im Weltmaßstab samt ihrer Auswirkungen auf den Imperialismus im Innern spielt bei ihnen keine Rolle, wie überhaupt der imperialistische Charakter der Verflechtung von Staat und Monopolen weder bei Offe noch bei Steffen auch nur thematisiert wird).

– daraus folgt: das Proletariat ist nicht mehr aufgrund seiner objektiven Stellung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft das revolutionäre Subjekt, sondern Träger der neuen Bewegung sollen die Planungskader (Offe) und/oder die politischen Parteien (Steffen) sein.

– für die Organisierung des Klassenkampfes können die entscheidenden Fragen zur Massenmobilisierung und Bewußtheit des Kampfes von dieser Position aus nicht beantwortet werden. Steffen will die SPD effektivieren und verliert sich im radikalen Antikommunismus, Offe sieht in den Bürgerinitiativen die adäquate Form der Klassenauseinandersetzungen.
Die folgenden Ausführungen orientieren sich an diesen drei Komplexen; die Trennung der Darstellung und Analyse erfolgt aus Gründen der besseren Übersicht.

I. Offes Verständnis vom bürgerlichen Staat

Mit seinen Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in der kapitalistischen Gesellschaft knüpft Offe zurecht an einem historischen Verständnis des Kapitalverhältnisses an. Im Gegensatz zu vielen seiner Kritiker (Müller/Neusüß) faßt er die kapitalistische Produktionsweise als dialektische Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf, deren widerspruchsvolle Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzes ihren historisch-vergänglichen, tendenziell selbstauflösenden Charakter gibt. Hier jedoch wendet sich Offe von Marx ab, im Glauben ihn weiterzuentwickeln, und kommt in der Beantwortung des Problems, wie sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus entfaltet, welche Bewegungsformen er annimmt, zu falschen Ergebnissen. Die Antwort der marxistisch-leninistischen Wissenschaft zu diesem Komplex ist eindeutig (2):

2 Es versteht sich, daß wir hier keine umfassende Imperialismustheorie entwickeln können.

Der Grundwiderspruch zwingt die kapitalistische Produktionsweise – über den Druck des tendenziellen Falls der Profitrate – an ganz bestimmter historischer Stelle zu Kapitalformen Zuflucht zu suchen (Monopole), ohne die eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte auf kapitalistische Weise unmöglich wäre; das Monopol entsteht historisch erstmals in den Bereichen, die für die erweiterte Reproduktion des Gesamtkapitals existenznotwendig sind und zusätzlich die Möglichkeit, aufgrund unterschiedlicher Faktoren, die Umwandlung des Extra-Mehrwertes in einen Monopolprofit erlauben. Das Monopol, das fortan der Gesamtgesellschaft über den Monopolprofit einen Tribut auferlegt, zwingt in seiner weiteren Reproduktion den Staat (der als Herrschaftsorgan der Bourgeoisie für die innere und äußere Existenz des Kapitalismus zuständig ist), den permanenten Druck der Profitrate auf das Monopolkapital zu lockern, indem er – allgemein betrachtet – die Vorschüsse des Monopolkapitals für das konstante und variable Kapital reduziert und/oder durch Bezahlung überhöhter Preise die Profitspanne aufstockt und/oder die infrastrukturellen Vorleistungen der kapitalistischen Produktion übernimmt. Dh. das staatlich zentralisierte Kapital ist *Teil* des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, allerdings relativ oder absolut entwertet, beansprucht für sich selbst, zugunsten einer besseren Verwertung des Monopolkapitals, eine unterdurchschnittliche Profitrate. (3) Was sich also u.a. vom Konkurrenzkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus verändert hat, sind die *Bedingungen* der kapitalistischen Profitproduktion, nicht jedoch ihre *Gesetze*. (4) Als eine der wichtigsten Bedingungen ist eben der notwendig gewordene, dauerhafte staatliche Eingriff in den Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu werten. Damit verstärkt und erweitert sich der politische Herrschaftsbereich, aber im Sinne des Monopolkapitals.

Welchen Verlauf nimmt nun der Grundwiderspruch bei Offe? Er konstruiert hierzu „drei breite Kategorien von *‚Auffang*-Mechanismen', mit deren sukzessiver Institutionalisierung die selbstnegatorischen Tendenzen der kapitalistischen Grundstruktur jeweils *abgefangen, gepuffert* oder *umgeleitet,* jedenfalls an der krisenhaften Manifestation *gehindert* worden sind (5); ihre Funktion ist es, auf diese Weise einen jeweils neuen Überlebensspielraum für das System zu erschließen. Solche Mechanismen finden sich auf der Ebene der Organisation von Produktionseinheiten bzw. Märkten; auf der Ebene der Organisation und Entwicklung von Wissenschaft und Technik; und auf der Ebene der Reichweite und Funktion der politischen Gewalt." /21, 24/

Daß sich die Krisenerscheinungen des Kapitalismus in seinem historischen Ablauf verändern, ist nicht zu leugnen, diese Veränderungen bedeuten jedoch – gesellschaftlich gesehen – kein Abschwächen der Krisen, sondern deren Potenzierung und zwar dadurch, daß jetzt weitere gesellschaftliche Bereiche immer unmittelbarer an die monopolistische Profit-

3 Einzelheiten des Wirkens dieses Mechanismus sind nachzulesen bei Heise: „Zur Entfaltung des Widerspruchs des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate unter staatsmonopolistischen Bedingungen" (Thesen) in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Berlin, 6/1973 und Zschocke: „Kapitalstruktur und Kapitalverwertung in der BRD-Industrie", in: IPW-FORSCHUNGSHEFT 1974/2 (dort vor allem noch die Literaturhinweise in Anmerkung 10, S. 151).

4 Wie sehr Offe mit dem marxistischen Gesetzesbegriff auf Kriegsfuß steht, zeigt sich daran, daß seiner Ansicht nach mit der Fortentwicklung des Konkurrenzkapitalismus nicht unbedingt das Proletariat weiterhin die „soziologische Negation" der Gesellschaft darstelle. Dadurch, daß der Klassenantagonismus nicht mehr in der Produktionssphäre sich bemerkbar mache, gesellschaftliche Widersprüche angeblich sich also andernorts einstellen, bilden neue soziale Schichten und Gruppen das revolutionäre Subjekt, vgl. S. 12 f., 18 f. Näheres siehe Kapitel II.

5 Vgl. hierzu S. 112 f., 182.

produktion und deren Widersprüche gekettet werden. (6) Das Monopol durchdringt also alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens; für das Verständnis von Staat und Ökonomie bedeutet dies: „Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus ... ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion." (7)

Offe leugnet diesen Sachverhalt. Er trennt die Politik von der Ökonomie – obgleich er an vielen Stellen von deren gegenseitiger Abhängigkeit spricht – und hält die ökonomischen Krisen dank des Staatseingriffes für relativ befriedet. Sein Grundfehler ist, da er seine „drei breiten Kategorien von ‚Auffang-Mechanismen' " nicht in Beziehung zum Verwertungsprozeß des Kapitals setzt. Der Klassenkampf und die gesellschaftlichen Widersprüche verlagern sich somit bei ihm aus der ökonomischen Sphäre heraus, die eigentliche Klassenfunktion des Staates, den Ausbeutungsprozeß zu garantieren, wird ersetzt durch eine Integrations- und Manipilationsbestimmung. „Kurz: die im Staatsapparat institutionalisierte Sorge für das ‚Gemeinwohl', der kapitalistischen Gesellschaft reduziert deren ökonomischen Antagonismus, insofern er pragmatisch durchschaut ist, auf ein System von (begrenzt, aber ausreichend) manipulierbaren Trade-off-Funktionen. Weder die systematische Analyse noch die praktische Erfahrung des gegenwärtigen Kapitalismus gibt Anlaß, das Gegenteil für wahrscheinlich zu halten." /180/ Diese (Über)-Betonung bei gleichzeitiger Ignoranz des Staates läßt seinen Klassencharakter tendenziell verschwinden, so daß Offe – ganz entgegen seinem Willen – bei einem bürgerlichen Staatsverständnis landet. Dies äußert sich hauptsächlich auf drei Ebenen.

1. Die Rolle des Staatseingriffes in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß bleibt bei Offe unbegriffen (8), so daß es nicht verwundert, wenn er in der quantitativen Zunahme der Staatsfunktionen insofern eine neue Qualität entdeckt, als der Staat jetzt einen „Fremdkörper", eine „Gegenmacht" darstellt und verstärkte Labilität des Systems hervorruft.

> „Es stellt sich heraus, daß die durch staatlich-organisatorisches Zweckhandeln erzeugten Rahmenbedingungen der kapitalistischen Industrialisierung zwar nicht ohne die Korrektive pluralistisch-demokratischer Machtentfaltung zustande kommen können, daß es aber andererseits sehr wohl möglich ist, daß die freigesetzte Dynamik des politischen Prozesses der Parteienkonkurrenz sich in eine Richtung bewegt, die nun ihrerseits destabilisierende Auswirkungen haben kann ... Keinerlei ‚höhere Vernunft' bietet eine apriorische Gewähr dafür, daß die Inanspruchnahme des Staates als Steuerungsinstrument nicht gleichzeitig seine Eigenschaft, relativ verselbständigter ‚Fremdkörper' zu sein, akzentuiert, so daß die Frage prinzipiell offen ist und allein von kontingenten Umständen entschieden wird, ob das Einspringen einer ‚besonderten' Staatsorganisation in die Funktionslücken des marktgesteuerten Verwertungsprozesses diesen langfristig stabilisiert, oder in Frage stellt." /35f, vgl. 34,37,40/

Offe sieht hier nicht, daß der Staatseingriff auf der gemeinsamen Basis zum Monopolkapitalismus stattfindet und von dessen Verwertungssituation erzwungen wird. Die Verschmelzung von Staat und Monopolen bedeutet weder, daß sich *klassenmäßig* zwei ungleiche Kräfte verbinden noch, daß bei nichtrealisierter gesellschaftlicher Harmonie dem bürgerlichen Staat andere Alternativen zur Auswahl stehen.

---

6 Vgl. Höhme: „Krisenzyklus unter dem Einfluß staatsmonopolistischer Kapitalentwertung", in: IPW-BERICHTE 1972/6.

7 Lenin, Bd. 23, S. 34.

8 Offe sieht nicht die innere Einheit von staatlichem und privatem Kapital, vgl. S. 38 f., 52 f.

2. Wird der Klassenantagonismus innerhalb der Produktionssphäre für sekundär betrachtet, dank des Staatseingriffs, und werden gleichzeitig jedoch in der politisch-gesellschaftlichen Sphäre Widersprüche konstatiert, so können diese Widersprüche in ihrer Genesis nur innerhalb des Staatsapparates angesiedelt werden. Das Hauptproblem des Staates ist dann, seine eigene Natur (und Ohnmacht) zu verbergen. „ Nicht die ‚Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals' selbst, sondern die Blockierung ihrer (nur noch in politisch-administrativen Formen möglichen) Sicherstellung durch ‚Legitimationsdefizite' müßten demnach heute zum Ausgangszeitpunkt einer (nicht mehr nur ‚ökonomischen' sondern politischen) Kristentheorie des Kapitalismus gemacht werden." /51f, vgl. 111f, 125f/ Mit dieser Argumentation verwischt man jedoch den eigentlichen Grund des Tun und Lassens des Staates. Gesucht wird dann nämlich nach den perfekteren Manipulations-, Integrations- und Planungsstrategien, ohne den Kern dieser Politik zu berühren: die Aufrechterhaltung des Lohnarbeit-Kapitalverhältnisses. Die Aufgaben des Staates werden somit auf seine ideologische Funktion reduziert, sein direkter *Herrschafts-* und *Repressions*charakter verschwindet. (9) So läßt sich Offe an keiner Stelle im Detail über dieses zentrale Problem (Ausbau des Repressionsapparates bei gleichzeitiger Einschränkung elementarer bürgerlicher Rechte, Militarisierung etc.) des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. Hinzu kommt: In seiner ganzen Diskussion über „Legitimationsprobleme der Planung" etc. vergibt er die wichtigste und gebräuchlichste Waffe der Herrschenden: den Antikommunismus.

3. Wie politisch gefährlich und wissenschaftlich unhaltbar seine tendenziell klassenneutrale Staatsauffassung letztendlich ist, zeigt sich in der Beantwortung der Fragen: Was geschieht, wenn der Staat die Widersprüche – selbst unabhängig davon, woher sie rühren mögen – nicht bannen kann? Wie stellt sich das Problem des Übergangs zum Faschismus? Offe geht auf diese Fragen unmittelbar ein. Seine These lautet: in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wird es diesen Rückfall nicht mehr geben.

> „Diese Erwartung stützt sich auf zwei Reihen von Argumenten. Es muß einerseits gezeigt werden, daß trotz der instabilisierenden und widersprüchlichen Momente, die das Verhältnis von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und bürgerlicher Demokratie kennzeichnen, eine programmatische Abschaffung demokratischer Verfassungsregeln (d.h. das offene Umschalten auf autoritär-faschistische Formen politischer Herrschaft) zwar als Tendenz und Drohung gegenwärtig sein mag, dann aber doch in letzter Instanz mehr Probleme mit sich bringen als lösen würde und sich daher *nicht realisieren wird.* Und es muß andererseits gezeigt werden, daß die widersrpüchliche Koexistenz von kapitalistischer Ökonomie und liberaler Demokratie, insbesondere im Stadium des monopolistischen Kapitalismus, in dem sich die Privatheit des Verwertungsprozesses nur als politisch gewährleistete, organisierte, gesteuerte erhalten kann, *bestandwichtige* Funktionen für das Gesamtsystem erfüllt." /102f/ Hier zeigt sich im übrigen der bürgerliche Monopolbegriff von Offe deutlich.

Gerade der politische Gehalt des letzten Aspekts tritt in der folgenden Passage noch besser zum Vorschein:

> „Die Formalstrukturen bürgerlicher Demokratie sind aber nicht nur ohne – im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse realisierbare – Alternative; sie sind zudem wegen ihrer funktionalen Bedeutung für diese Produktionsverhältnisse *unverzichtbar* ... Wenn demzufolge das kapitalistische System nicht ohne bürgerlich-demokratische Formen politischer Herrschaftsorganisation zu überleben vermag, so weist

---

9 Vgl. S. 92 f. und Anm. 4; daß Offe viele Tendenzen richtig beschreibt und teilweise brauchbare Hinweise liefert, ist unbestritten. Aber als adäquate Ableitung reicht sein Ansatz nicht aus.

auf der anderen Seite der Widerspruch zwischen den ökonomischen und den legitimatorischen Funktionen des kapitalistischen Staates auf eine irreversible Politisierung von Klassenkämpfen, also darauf hin, daß er auch mit ihnen nicht leben kann." 104f/

Mit solchen Überlegungen wird Offe die derzeitige Situation aller hochentwickelten kapitalistischen Staaten, nämlich starke autoritäre Tendenzen im Innern bei gleichzeitig verstärkter demokratischer Bewegung, theoretisch nicht fassen können. Liberale Demokratie als Selbstzweck bürgerlicher Herrschaft ist marxistisch unhaltbar. Würde die Arbeiterklasse diese Thesen zur Grundlage ihres Handelns machen, wäre sie in ihrer Offensive wie Defensive der Bourgeoisie hilflos ausgeliefert.

II. Offes Klassenanalyse und seine Neubestimmung des revolutionären Subjekts

Die Untersuchungen Offes über die Klassenstruktur der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften enden mit dem Ergebnis:

> Solche Versuche seien wenig überzeugend, die „an der These theoretisch und praktisch festhalten, daß diejenigen eine strukturell priviligierte Funktion in den Klassenauseinandersetzungen einnehmen müssen, die ihrer ökonomischen Funktion nach Gebrauchswert und Wert zugleich produzieren und insofern die ‚Einheit des Widerspruchs' repräsentieren: die Industriearbeiter." /63/

Der Gang seiner Argumentation läßt sich zusammengerafft folgendermaßen darstellen:

In der kapitalistischen Gesellschaft wurde die Arbeitskraft des „bürokratischen Arbeiters" (Beamte und Angestellte des Staatsapparates) seit jeher nicht als Ware organisiert, sie ist unproduktiv und mit unproduktiven Arbeiten im persönlichen Dienstleistungsverhältnis gleichzusetzen. Dieser „subversive Vorgang einer funktional erforderlichen Formverletzung" der kapitalistischen Warengesellschaft führt „zur Verbreitung jener gesellschaftlichen Zwischengeschichten, die zwar ‚lohnabhängig', aber nicht ‚mehrwert-produktiv' sind." /46/

> „Die Bedingungen, nach denen über die Arbeitskraft verfügt wird, sind nicht von Kriterium der Erzeugung und Realisierung von Mehrwert gesteuert. Diese Arbeitskraft ist konkret, nicht abstrakt – sie ist keine Ware, und sie erzeugt keine Waren. Die Anwendung dieser Arbeitskraft ist vielmehr durch ihr konkretes Resultat gesteuert; sie wird um ihres Gebrauchswerts willen und wegen des Gebrauchswerts ihrer Leistungen eingesetzt, und nicht, wie bei der abstrakten Arbeit, wegen des Tauschwerts, dem der Gebrauchswert nur als sekundäre Bestimmung anhaftet." /31, 44f, 58/

Dadurch kommt es „zu einer Erosion jenes legitimatorischen Grundschemas des Äquivalentaustauschs" /46/, der für die traditionellen Lohnarbeiter die ideologische Basis der Systemintegration darstellt. Die Erosion besteht im konkreten darin, daß die Staatsbeschäftigten nicht – wie die ihre Ware Arbeitskraft austauschenden Lohnarbeiter – ihrer Arbeitsveräußerung „gleichgültig" gegenüberstehen, sondern vor allem inhaltliche Momente der Arbeit eine Rolle spielen. Die Emanzipation der Staatsbeschäftigten vom unmittelbaren Verwertungsprozeß des Kapitals bedingt, daß jene Arbeitskräfte planend in den Reproduktionsprozeß eingreifen, der subjektive Faktor also Handlungsspielraum bekommt und dadurch nicht mehr die Garantie kapitalorientierter Entscheidungen gegeben ist.

> Denn, jeder Entscheidung geht ein Prozeß voraus, in dem Alternativen thematisiert und in Betracht gezogen werden müssen. Die Form des Entscheidens bedeutet, daß sein jeweils konkretes Ergebnis auch anders aussehen könnte; sobald eine Handlungsprämisse zum Gegenstand von Entscheidungen wird ..., öffnet sich ein Kontingenzbereich, dem gegenüber das Entscheidungsresultat rechenschaftspflichtig wird: der Entscheidende muß begründen, warum er – angesichts gegebener Alternativen – nicht anders gehandelt hat". /50/

Das hierbei auftretende Legitimationsproblem – für den jeweiligen Entscheidungsprozeß müssen Geltungsgründe gefunden werden, und das hinsichtlich der Widersprüche der Klassengesellschaft – macht die Staatsbeschäftigten für antikapitalistische Bewegungen besonders anfällig. Kurzum, dieser ganze strukturelle Wandel innerhalb der werktätigen Bevölkerung erzwingt schließlich eine Erweiterung des traditionellen Klassenbegriffs um die „bürokratischen Arbeiter" , die „konkrete, nicht-mehr-wertschaffende und daher nichtausgebeutete Arbeit" /59/ leisten; und dies aus doppeltem Grund.

> Erstens„angesichts eines Verwertungsprozesses, der sich zunehmend durch administrative, aus der Warenproduktion herausgenommene Steuerleistungen und Vergesellschaftsformen organisiert, wird es problematisch, den Begriff der revolutionären Klasse an den Kriterien des Doppelcharakters der Arbeit und der Ausbeutung festzumachen. Die formelle Politisierung des Verwertungsprozesses verändert seine Klassenstruktur". /60/ Zweitens: „Wenn es zutrifft, daß der Strukturwiderspruch zwischen abstrakt wertbezogenen Funktionen und den zu ihrer Erfüllung in Anspruch genommenen konkret-gebrauchswertbezogenen Formen nur durch die Wirksamkeit legitimatorischer Mechanismen latent gehalten werden kann, die das Minimum manifester Einwilligung und Loyalität sicherstellen, dann ist der Schluß berechtigt, daß in dieser Integrationsleistung – bzw. in ihrem Versagen – die kritische Variable für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse liegt"./60/ „Der endogen vorangetriebene Auflösungsprozeß gerade der legitimatorischen Ressourcen, von deren Verfügbarkeit das kapitalistische Herrschaftssystem im höchtem Maße abhängt, scheint heute in den Bereichen und bei den Gruppen am weitesten fortgeschritten zu sein, deren Arbeitskraft aus dem unmittelbaren Verwertungsprozeß und der Form nach als nur gebrauchswertschaffende organisiert ist." /62f/ So weit Offe.

Die Resultate, die uns Offe hier vorlegt, sind wenig überraschend, Schon lange vor ihm haben Leute wie Mallet, Touraine, Galbraith, Bell, Aron etc. ähnliche Ergebnisse gewonnen. Erstaunlich nur, wie wenig Offe die hierzu vorliegende kritische Literatur verarbeitete. Neu jedoch ist die Art und Weise, wie Offe seine Resultate herleitet. Offe geht, bewußt oder unbewußt, von zwei Prämissen aus: daß das staatliche Kapital funktional völlig aus dem gesellschaftlichen Gesamtkapital herausfällt (10), und daß die Staatsbeschäftigten keine Mehrarbeit leisten (11). Beides ist nicht der Fall. Zwar ist unbestritten, daß die Staatsbeschäftigten (im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich) eine besondere Kategorie innerhalb der arbeitenden Bevölkerung darstellen. Dieser Status macht sie jedoch gerade zum Bündnispartner der Arbeiterklasse (als Intelligenz bzw. lohnabhängige Mittelschicht) und nicht zur Avantgarde. (12)

Die Staatsbeschäftigten – wir gehen davon aus, daß Offe die höhere Beamten- und Angestelltenschaft meint, über Einzelheiten läßt er sich allerdings nicht aus – besitzen keine Produktionsmittel und stehen in einem Lohnverhältnis, die Lohnarbeit ist ihre Existenzbasis. Durch die besondere Qualifikation ihrer Arbeitskraft,die nicht beliebig reproduzier- und ersetzbar ist (dies schlägt sich im Wert/Preis der Arbeitskraft nieder) und durch die spezifische Stellung in der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit fallen sie jedoch aus den allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft heraus; der Warencharakter ihrer Arbeitskraft etwa als Druck der rel. Überbevölkerung und der kapitalistischen Re-

---

10 Vgl. hierzu Kapitel I des Aufsatzes.

11 Daß das Problem der Ausbeutung an die Kategorie der Mehrarbeit gekoppelt ist und nicht an die produktive Arbeit, entgeht Offe völlig.

12 Näheres in: BEITRÄGE DES IMSF 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 - 1970, Bd. I und II, Frankfurt 1972 bzw. 1973.

servearmee etc. ist nicht voll ausgebildet. (13) Hinzu kommt der Doppelcharakter der Staatsfunktionen, das Herrschafts- und Aneignungsverhältnis, der sich in jeweils unterschiedlichem Grad auch auf den Charakter der Arbeit niederschlägt.

> „In die Qualifikation der lohnabhängigen Mittelschichten gehen in höherem Maß die sogenannten Sozialqualifikationen (positive Haltung zum kapitalistischen System – H.L.) ein, also die spezifischen Einstellungen- und Verhaltensnormen, die das Kapital und der Staat von seinen ausführenden Leistungs- und Aufsichtsratskräften aber auch von privilegierten Spezialistengruppen verlangt und die für das Funktionieren des Ausbeutungsprozesses und die Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems unabdingbar sind." (14)

Die Spitzengruppe des Staatsapparats ist gar eine der Bourgeoisie funktionell aggregierte Schicht, die zwar meist kein juristisch fixiertes Eigentum besitzt, selbst aber auf die Dauer über die unmittelbare Beteiligung an den Profiten auch die Teilhabe am kapitalistischen Eigentum erlangt.

Die Klassenanalyse Offes ist also weder theoretisch haltbar noch spiegeln sich in ihr die Ergebnisse der Wirklichkeit unmittelbar wieder; man vergleiche nur die Klassenkämpfe der vergangenen Jahre und Monate. Die Bestimmung der Technokraten als vorwärtstreibendes Element der Systemüberwindung ist das logische Resultat einer Analyse, die den ökonomischen wie den staatlichen Bereich nicht in seiner Klassenstruktur erkennt.

III. Offes Überlegungen zur Strategie und Taktik

Obwohl Offe sich auf keine umfassende Diskussion über die notwendigen Bedingungen der Oragnisierung des Klassenkampfes einlassen will /139f/, sind seine verschiedenen Hinweise zu dieser Thematik recht aufschlußreich: allesamt zeigen diese eine falsche, zumindest korrekturbedürftige Stoßrichtung. Getreu seiner Thesen, eine unmittelbare Verflechtung von Staat und Monopolen liege nicht vor (bei gleichzeitiger Negation des Wirkens von Widersprüchen in der Produktionssphäre), und das revolutionäre Subjekt sei vorrangig in den Planungskadern zu sehen, findet er die Ebene des Klassenkampfes in zumeist staatlichen Bereichen der Reproduktion der Ware Arbeitskraft /154ff/:

> „Meine Schlußfolgerung ... ist die, daß die strukturell angelegten, sich verschärfenden und deshalb politisch produktiver (d.h. jedenfalls zum Teil organisierbaren und weder machtlosen noch ohne weiteres kooptierbaren) Konflikte nicht im Zentrum der kapitalistischen Produktionssphäre entstehen und zu erwarten sind, sondern daß diese Konflikte zumindest ausgelöst werden durch Widersprüche, die in einem peripheren Verhältnis zur Produktionssphäre stehen ... Der revolutionäre Transformationsprozeß ... hat nicht die Form der organisierten Gegengewalt gegen jene Unterdrückung, von deren Erträgen sich das System sozusagen am Leben erhält, (gemeint ist die Ausbeutung – H.L.) sondern die Form der politischen Revolte gegen Umstände, die , von der Operationsweise des kapitalistischen Systems her betrachtet, weder ‚lebenswichtig' noch allerdings ‚abschaffbar' sind, ja nicht einmal in ihrer Verschärfung aufgehalten werden können." /185f/.

13 Dies hat aber nichts damit zu tun, wie Offe meint, daß diese Arbeitskraft keine Ware und nur konkret ist; jegliche Lohnarbeit kann nur in Warenform verkauft werden und besitzt daher auch stets Doppelcharakter. Was ist denn die Basis des Preises der Arbeitskraft der Staatsbeschäftigten, wenn nicht ihre Reproduktionskosten (Tauschwert)?

14 Burbaum u.a.: „Die Klassenstruktur der BRD und Westberlin 1950 - 1970", SOPO Nr. 27, S. 22.

Konsequent spricht daher Offe dem Lohnkampf eine zentrale Rolle ab /160/ und reduziert damit automatisch die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen (die Gewerkschaftsfrage wird bei ihm überhaupt nicht angeschnitten). Adäquate Kampfformen sind bei ihm Bürgerinitiativen.

> „Dabei verstehen wir unter ‚Bürgerinitiativen' alle Aktionen, die sich auf eine Verbesserung der disparitären Bedürfnisbereiche richten (d.h. also auf die Bereiche, in denen die Arbeitskraft und das Leben nicht durch individuelle Kaufakte, sondern kollektiv reproduziert werden: Wohnung, Verkehr und Personentransporte, Erziehung, Gesundheit, Erholung usw.) und die weder bloße Formen kollektiver Selbsthilfe sind noch sich darauf beschränken, den offiziösen Instanzenzug des politischen Systems zu mobilisieren; sie bringen vielmehr Formen der Selbstorganisation der unmittelbar Betroffenen hervor, die ebenso wie ihre Aktionsformen im System der politischen Institutionen nicht vorgesehen sind." /161, 141ff/ Die Erfolgsaussichten der Bürgerinitiativen im Klassenkampf mißt er an der Elle eines kleinbürgerlich-anarchistischen Aktionismusverständnisses: „Die allgemeine Bedingung dafür, daß sich Bürgerinitiativen nicht zu belanglosen Hilfsorganisationen eines ohnehin stattfindenden administrativen Anpassungs- und Reformprozesses umfunktionieren lassen und damit ihre politischen Intentionen preisgeben, besteht darin, daß sich solche Gruppen nicht an das Reglement halten, in dessen Grenzen die offizielle Reformpolitik verläuft. Das bedeutet konkret: Die sachlichen, zeitlichen und sozialen Restriktionen, unter denen insbesondere die kommunale Verwaltung steht, müssen im Verlauf von Bürgerinitiativen gesprengt werden" /163/„Alle erfolgreichen Bürgerinitiativen benutzen deshalb, neben und vor allen Verhandlungen, jene Mittel, die die einzige Basis ihrer Sanktionsgewalt (und gerade deshalb kriminalisiert) sind: Go-in, Besetzung, Blockade, gezielte Sabotage und Boykott" /165/.

Offe stellt also die Ursachen des Klassenkampfes auf den Kopf. Sind Bürgerinitiativen und die Kämpfe innerhalb „disparitärer Bedürfnisbereiche" nichts anderes als eine Ausdrucksform staatlich erweiterter Ausbeutungsverhältnisse, deren treibender Faktor der maßlose Verwertungstrieb des Monopolkapitals ist (der Druck der Profitrate soll über den Fall des Preises der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert mit Hilfe des Staates teilweise ausgeglichen werden), so wird bei Offe wiederum die politische Sphäre von der ökonomischen getrennt und werden – in dieser Ausschließlichkeit – falsche Kampfformen konstruiert. Überflüssig zu erwähnen, daß damit die Organisation des Proletariats (Gewerkschaften und Partei) für die Organisierung des Klassenkampfes bzw. für die Konstituierung des Klassenbewußtseins eine untergeordnete Rolle spielen.

IV. STEFFEN UND DER BÜRGERLICHE STAAT

Steffen tritt – im Gegensatz zu Offe – wesentlich parteipolitischer und offensiver auf; dort, wo Offe noch zögert und abwägt, wird Steffen selbstbewußt und praktisch. Obgleich beide unterschiedliche Schwerpunkte setzen, ist ihre Gemeinsamkeit in grundsätzlichen Fragen nicht zu übersehen, dies läßt sich zum Teil bis in Einzelheiten verfolgen. Abweichend von Offe entwickelt Steffen einen extrem ausgeprägten Antikommunismus (15),

15 Als Beispiel folgende Passage auf S. 72: „Die Anhänger des etablierten ‚Kommunismus' vertreten ein wenig attraktives Gegenmodell zur kapitalistischen Wirklichkeit. Es gibt kaum entscheidende Fehler unseres gesellschaftlich-wirtschaftlich-ökologischen Prozesses, den die etablierten ‚Kommunisten' nicht ebenfalls vollziehen. Falls sie einen Vorsprung gegenüber den ‚westlichen' Systemen haben, liegt er in der entwickelten Repressionstechnik und in der Entdemokratisierung der Prozesse für die Entstehung von Eliten in und über den machttragenden Strukturen, deren Entschei-

der sich durch das ganze Buch hindurchzieht und ihm für seine theoretischen Überlegungen als Leitfaden dient. Dies zeigt sich schon allein daran, daß er sich mit den neuesten Ergebnissen der marxistisch-leninistischen Wissenschaft nirgendwo ernsthaft auseinandersetzt, stattdessen seine Zustimmung sucht bei Mao, Trotzki, Marx, jugoslawischen „Praxis"-Philosophen, Habermas, Luxemburg, Bernstein, Marcuse, Johano Strasser etc. – ganz nach Belieben.

Wir wollen uns hier nur auf die drei Schwerpunktbereiche orientieren, Parallelen zu Offe aufzeigen und die von Offe abweichenden Positionen kurz diskutieren. Eine umfassende Auseinandersetzung mit dem ganzen Werk von Steffen (sein Verständnis von Marxscher Philosophie, sein Sozialismus-Bild etc.), muß anderswo geführt werden.

Steffens Gesellschaftsbild – angelehnt an Marcuse – begreift den staatsmonopolistischen Kapitalismus als einen Zustand, in dem, mangels demokratischer Kontrolle und Planung, eine zunehmende Irrationalität und Anarchie der Gesamtgesellschaft zu registrieren ist.

> „Einerseits ist der Kapitalismus nicht mehr in der Lage, die Voraussetzungen seiner Entfaltung und deren Konsequenzen selbst und allein zu bewältigen. Andererseits ist der Staat nicht in der Lage, über die politische Vermittlung des Kapitalverwertungsprozesses die Voraussetzungen und die Konsequenzen des Entfaltungsprozesses zu übersehen oder zu bestimmen ... Das ist der Doppelcharakter von Staat und Kapital im spätkapitalistischen Verhältnis von politischer Vermittlung und privater Inhaltsbestimmung des Kapitalverwertungsprozesses. Dieser Doppelcharakter verstärkt den Problemdruck und beschränkt vorwegnehmende Problemlösungen. Er fügt dem irrationalen Charakter des Ganzen neue ‚systemimmanente' Irrationalismen hinzu." /26f/

Berücksichtigt man, daß Steffen überhaupt nicht hinterfragt, wieso die Staatseingriffe notwendig sind und welche Konsequenzen das für den Staat als Klassenorganisation (16) hat, dann kann seine subjektivistische, die antagonistischen Klassenverhältnisse als irrelevant betrachtende Lösung des Problems nicht überraschen.

> „Der Doppelcharakter kann nur aufgelöst werden durch die auch politisch-gesellschaftliche Inhaltsbestimmung des *Kapitalverwertungs*prozesses. Sie wird in dem Umfang sozialistisch, wie die Entscheidung über die Inhalte und die Kontrolle über die Verwirklichung real demokratisiert werden. Die erste Maßnahme beendet den Kapitalismus. Aber erst die zweite bestimmt ihre Qualität." /27/ (17).

---

dungsfindung und deren Entscheidungen. In den hochentwickelten westlichen Ländern ‚Kommunist' werden, scheint ein bequemer Ausweg in den disziplinierten Kader, der Aktion ermöglicht und vor allzu anstrengendem Selbstdenken bewahrt."

16 Steffens Staatsableitung offenbart seinen bürgerlichen Standpunkt: „Die politisch-gesellschaftlichen Apparate des Staates und der Organisationen dienen der Daseinsordnung und der Daseinsvorsorge. Sie sind unter bestimmten Voraussetzungen unter bestimmten Werten zur Erreichung bestimmter Ziele durch Menschen geschaffen worden. Sie können im Veränderungsprozeß ihre ursprüngliche Mittel-Zweck-Bestimmung verlieren. Sie alle müssen sich dem Veränderungsprozeß anpassen, neue Ziele und Funktionen übernehmen können." /26/

17 Vgl. auch S. 272: „Der Staat gewinnt in dem erforderlichen Transformationsprozeß eine besondere Bedeutung ... Würde er sich mit Ziel- und Inhaltsangabe für unternehmerische Entscheidungen an den Kopf der Entwicklung setzen, würde er gleichzeitig die inhaltlich-private Bestimmung durch die Unternehmerentscheidungen einschränken. Genau das ist seine Aufgabe in dem simultan geplanten und gesteuerten Prozeß (Produktivkräfte-Produktionsverhältnisse) unter demokratischer Zielsetzung und Maßnahmenkontrolle."

Demgegenüber muß festgehalten werden, daß sich diese Inhaltsbestimmung überhaupt nicht realisieren läßt, wenn das Kapitalverhältnis nicht aufgehoben wird. Die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise lassen sich durch staatlichen Eingriff nicht außer Kraft setzen (wobei es sich bei Steffen immer noch um den bürgerlichen Staat handelt). Insofern sind dann auch seine Vorschläge zum sozialistischen Kampf (27ff, 341ff), seine Visionen über die neuerrichtete sozialistische Gesellschaft (mit Demokratie, Transparenz, Kontrolle, Mitbestimmung, Dezentralisierung – dies alles natürlich abgegrenzt gegenüber den Staaten des realen Sozialismus) ziemlich wertlos. Umso mehr, als er der ökonomischen Kardinalfrage jeglicher Revolution, der Eigentumsfrage, keine große Bedeutung beimißt; es ist für ihn eine Frage von juristischen Kategorien (18):

> „Jedenfalls ist die Alternative entweder kapitalistischer Marktwirtschaft oder Planwirtschaft ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln falsch. Vor allem dann, wenn Verdinglichung, Waren und Warenbeziehungen aufgehoben werden sollen. Tatsache ist: Marktwirtschaft hat nichts mit der Eigentumsstruktur zu tun; Nichtprivateigentum an Produktionsmitteln und Planung bedeutet nicht: Aufhebung der Verdinglichung oder Nicht-Marktwirtschaft; Privateigentum an Produktionsmitteln, Marktwirtschaft sind mit politischer Planung und Lenkung vereinbar." /155/ Die Antwort der Marxisten lautet: „Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Aber das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendeteste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätze, die auf der Ausbeutung der einen durch die andren beruht. In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen." (19)

V. Steffen und das revolutionäre Subjekt

Steffen sieht in der Arbeiterklasse keine Klasse mehr, die durch ihre sozialökonomische Stellung in der Gesellschaft in grundsätzlicher Opposition zur Bourgeoisie steht, d.h. die trotz ihrer inneren Differenzierung – die kein Marxist leugnet – objektive Gemeinsamkeiten besitzt, die sie von anderen Klassen und Gruppen abgrenzt und als revolutionäres Subjekt bestimmt; Kern der Arbeiterklasse war, ist und bleibt das Industrieproletariat. Bei Steffen verliert sich diese zentrale Aussage des Marxismus im Relativen:

> „Das ... sozioökonomische System vermag den antagonistischen Klassencharakter nicht aufzuheben, aber es kann die Fronten des tatsächlichen Kampfes verschieben. Die Eigengesetzlichkeit des Systems und der funktionalen, d.h. bewußtlosen Interessenvertretung in ihm, *scheint die Tendenz* zum Bündnis von Teilen der Arbeiterklasse mit Teilen der politischen und ökonomisch herrschenden Klasse gegen andere Teile mit der gleichen Bündnisstruktur, bei gleichzeitiger Erzeugung einer neuen Unterklasse aus den Bereichen der unteren und mittleren Einkommen, zu haben. Die Angehörigen der Arbeiter – und der neuen Unterklasse – verbinden in ihrer Person die Zugehörigkeit zu priviligierten und unterpriviligierten Bereichen. Es sind sich selbst ausbeutende Ausbeuter, die untereinander darum kämpfen, den Schwächsten in den alleinigen ‚Besitz' aller ‚Unterprivilegien' zu setzen." /247, vgl. auch 226, 162/.

---

18 Vgl. hierzu folgende Äußerung unseres „Marxisten": „Das Entscheidende war für Marx die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Überspitzt formuliert: Eine juristische Kategorie gelangt zur Funktion einer existentiellen Kategorie. Die juristische Kategorie ist damit überfordert." /130/

19 MEW Bd. 4, S. 475.

Was damit eigentlich gemeint ist, verschweigt Steffen nicht. Zuerst revidierter Marx:„ Die Arbeitswertlehre gehörte nie zu den festesten Säulen des Marxschen Gebäudes, das gilt auch für die Mehrwertlehre," /241/ und setzt dann die Schwerpunkte: Avantgarde der proletarischen Bewegung sind die Intellektuellen, die Planer, die – „Macher" /220/.

> „Ihre tatsächliche Bedeutung für die Entwicklung der gewerkschaftlichen und politischen ‚Organisation des Proletariats', ihrer Methoden, Aktionen und ihrer Bewußtheit kann kaum überschätzt werden. Sie wird ständig grob unterschätzt. Der junge Arbeiter, der junge ‚kleine' Angestellte oder Beamte, wenn sie innerorganisatorisch mitspielen wollen, übernehmen ihre Denk- und Verhaltensweisen ... Heute ... ist die Planung und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse kein sozialistisches Vorrecht mehr. Heute geht es um die Qualität von Planung und Steuerung. Um ihre Ziele, die gesellschaftlichen Auswirkungen der Maßnahmen. Hier ist das Bild des Menschen von entscheidender Bedeutung. Es geht vor allem darum, was er sein soll und werden kann. Das Bewußtsein der Planer und Lenker, die Ziel- und Wertvorstellungen der Perspektiven und Projekte-‚Macher' gewinnt an Bedeutung. Der politische Kampf um das Bewußtsein der Intellektuellen wird damit zu einem um die Qualität der im Dualismus des vergesellschafteten Kapitalismus produzierten Planungsprozesse." /221; vgl. auch 242f, 218/.

Wozu eine Klassenanalyse fähig ist, die den Antagonismus gesellschaftlicher Klassen wegretuschiert, das Bewußtsein der Mehrzahl der Ausgebeuteten als „verdinglicht" betrachtet und trotzdem ein revolutionäres Subjekt findet, demonstriert Steffen so:

> „Die Einsicht oder das Gespür ... sind bei den Intellektuellen höher entwickelt durch Ausbildung oder Praxis als bei den Massen des ‚Proletariats'. So vermag ein Intellektueller in der Markt- oder Werbeabteilung eines Konzerns der Waschmittel- oder Kosmetik-Produktion den ‚Un'-Sinn und die Verschwendung von Kapital, Arbeitskraft und Verstand, der stattfindet, um Prozente des Absatzes zwischen den Giganten hin- und herzubewegen, sehr viel deutlicher zu erkennen als der ‚einfache' Arbeiter oder Angestellte." /224/

VI. Zu Problemen der Strategie und Taktik bei Steffen

Im Zentrum seiner Überlegungen zur Strategie und Taktik steht bei Steffen das Verhältnis von Partei und Massen (20). Ausgehend von seiner Theorie, daß der Gesellschaft neue Wert- und Zielvorstellungen vorgegeben werden müssen, erscheint dies konsequent. Gleichzeitig will er in der Lösung dieses Problems sich positiv gegenüber der kommunistischen Bewegung abgrenzen, der er vorwirft und unterstellt, mit ihren doktrinären Ideen die Arbeiterbewegung zu vergewaltigen, sie zum willenlosen Objekt zu degradieren; ihr wichtigster Hebel hierzu sei der parteiorganisatorische Aufbau nach den Prinzipien des demokrati - schen Zentralismus. Steffen verstrickt sich dabei in einen unlösbaren, inneren Widerspruch. Einerseits spricht er der Arbeiterbewegung eine eigene Weltanschauung, die in sich geschlossen ist und von daher eine bestimmte Form und Struktur der Partei bedingt, ab (Identität von Form und Inhalt), andererseits will er auf der Basis einer „weltanschaulich-religiösen Neutralität" /351/ eine effiziente, liberale Freiheiten garantierende Partei aufbauen. /365/ Steffen sieht nicht, daß innerhalb jeder sozialreformistischen Partei eine Identität von Form und Inhalt (21) nur so lange bestehen kann, wie die innere Widersprüchlichkeit des programmatischen Selbstverständnisses – das stets nur ein bürgerliches sein kann („weltanschaulich-religiöse Neutralität") – nicht zum Handeln zwingt: schieben sich die proletarischen Elemente der Sozialdemokratie in den Vordergrund, kann es nur zwei Möglichkeiten geben: Parteiausschluß oder Revision der politischen Programmatik.

Zweifelsohne hat die sozialreformistische Bewegung in Jochen Steffen einen flachen Vertreter der Verfälschung des Marxismus-Leninismus gefunden, gegenüber Offe wirkt Steffen einfach, bieder und phantasielos. Wichtig erscheint jedoch, daß auch bei Steffen die bürgerliche Gesellschaft nicht in ihrem spezifischen Klassenantagonismus, der in allen gesellschaftlichen Bereichen vorherrscht, erkannt worden ist, und deshalb sämtliche Konstruktionen bezüglich einer Klassenanalyse und des Klassenkampfes die Position eines bürgerlichen Betrachters nicht verlassen.

Horst Löffler

20 Vgl. S. 350; wir beschränken uns hier auf den Parteibegriff, da Diskussionspunkte wie gewerkschaftlicher Kampf, demokratischer Kampf, Bündnispolitik, Aktionseinheit nicht ein einziges Mal bei Steffen angeschnitten werden.

21 Die Identität von Form und Inhalt ist der Gradmesser seiner Kritik an den kommunistischen Parteien.

Zu den Autoren

Rolf Famulla, geb. 1949, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin(West).

Ursula Koch, geb. 1944, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin(West).

Horst Löffler, geb. 1948, Studium der Politik und Geschichte an der Freien Universität Berlin(West).

Dr. phil. Bernd P. Löwe, Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Dr. Günter Matthias Tripp, geb. 1937, Assistenzprofessor am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin(West).

Korrektur zu Heft 30: Dr. G. Krause ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Sektion Wirtschaftswissenschaften (Bereich Politische Ökonomie) an der Humboldt-Universität in Berlin.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

1974 haben die Ausgaben der Zeitschrift folgende Schwerpunkte in Politik, Theorie, Parteiarbeit und Dokumentation:

Heft 15	**Aktionseinheit — Generallinie der SEW**
Heft 16	**Lage der Westberliner Werktätigen und Forderungen der SEW**
Heft 17	**IV. Parteitag der SEW 1974**
Heft 18	**Wahlkampf — Klassenkampf**
Sonderheft 3	**25 Jahre Deutsche Demokratische Republik**

Herausgeber: **Sozialistische Einheitspartei Westberlins — Kreisvorstand Zehlendorf**, 1 Berlin 37, Teltower Damm 23, Tel.: 8 11 56 14.

KONSEQUENT erscheint viermal im Jahr. Einzelheft 2,– DM, Jahresabonnement 6,– DM, Sonderheft 3,– DM außerhalb des Abonnements. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Bln.-West 260319 – 109.

KONSEQUENT ist in den Büros der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins und im Buchhandel erhältlich. Abonnementsbestellungen sind an die Sozialistische Einheitspartei Westberlins – Kreisvorstand Zehlendorf zu richten.

horizont

die sozialistische Wochenzeitung
für internationale Politik und
Wirtschaft aus der DDR

gibt
Informationen,
die Sie brauchen!

horizont

„horizont" erscheint
im Berliner Verlag,
Berlin, Hauptstadt
der Deutschen
Demokratischen
Republik

Bitte Probeexemplar anfordern.
Senden Sie den Kupon an den
Berliner Verlag,
DDR — 102 Berlin,
Karl-Liebknecht-Str. 29

Wünschen Sie ein Abonnement
(Jahresabonnement DM 52,–
zzgl. Versandkosten),
senden Sie den Kupon an
„Das Europäische Buch",
1 Berlin 12, Knesebeckstr. 3,
oder
Firma Gebr. Petermann,
Buch- und Zeitungen- International
1 Berlin 26,
Kurfürstenstr. 11

Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine
wichtige Informationsquelle, die es ermöglicht,
internationale Zusammenhänge besser
zu erkennen und einzuschätzen.

„horizont" bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten
Exklusivberichte hervorragender Autoren
aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren
international bekannter Persönlichkeiten, Analysen
des Weltgeschehens und der Weltwirtschaft,
Interessantes aus allen Kontinenten.

Ich bitte um Zusendung
eines kostenlosen Probeexemplars.
Ich möchte „horizont" im Abonnement beziehen.
(Zutreffendes ankreuzen)

Name, Vorname

Postleitzahl, Wohnort

Straße, Hausnummer